

Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

**Jahrbuch für Extremismus- und
Terrorismusforschung 2015/16 (I)**

Brühl /Rheinland 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-83-7

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:
Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.hsbund.de

Inhalt

Vorwort	7
----------------	----------

Grundsatzfragen

Rudolf van Hüllen: Extremismus als „Schalenmodell“. Anmerkungen zur Struktur extremistischer Phänomene	9
Armin Pfahl-Traugher: Von Norberto Bobbio und Ernst Fraenkel über Thomas Meyer bis zu Karl Popper und Bertrand Russell. Fünf linke Beiträge zur Extremismustheorie	31

Rechtsextremismus

Ann-Christin Wegener: Geistige Brandstiftung oder strategische Alternative? Zum Zusammenhang zwischen Anti-Asyl-Demonstrationen und Übergriffen auf Asylunterkünfte	61
Christoph Busch: „Überall dort, wo die Systemknechte versagen, sind wir zur Stelle“. Direktdemokratische Verfahren als rechtsextremistisches Instrument in der Kommunalpolitik	91
Thomas Pfeiffer: Wege in die Szene. Muster und Motive der Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus	122
Sonja Hansen: „Hooligans gegen Salafisten“ zwischen Fußball und Rechtsextremismus. Eine Analyse zu Akteuren, Zielen, Vorgehensweise, Kontext und Wirkung	141

Michael Adelmund: Einflussnahme und Rekrutierungsstrategien von Rechtsextremisten auf gewaltbereite Fußballfanggruppierungen. Eine Fallstudie zu Bremen	166
Elmar Vieregge: „Ansgar Aryan“: Rechtsextremistische Mode für die Straße. Eine Analyse zu ideologischen Botschaften eines Modelabels	193
Florian Finkbeiner: Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus	209
Samuel Salzborn: Renaissance der „Neuen Rechten“ in Deutschland? Zur Diskussion über neurechte Elemente im gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus	234
Christoph Renner: Der Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten – Eine Fallstudie zur „Deutschen Geschichte für junge Leser“ von Karlheinz Weißmann	266

Vorwort

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die sechste Ausgabe des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET). Aus „arbeitsökonomischen“ Gründen musste es erneut als Doppelausgabe erscheinen. Das JET will kontinuierlich Analysen zu den im Titel angesprochenen Themen veröffentlichen. Es versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage präsentieren. Darüber hinaus will das Jahrbuch auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen.

Im Unterschied zu anderen Jahrbüchern ähnlicher thematischer Ausrichtung finden sich darin nur Aufsätze zu den genannten Inhalten. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich, steht jeder Autor für seinen Beitrag, d.h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden. Die Texte finden sich in die Kategorien „Grundsatzfrage“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“ eingeteilt. Auch in der vorliegenden Ausgabe sei Jochen Rosar von der Hochschule des Bundes in Brühl für sein hohes Engagement bei der Herausgabe des JET ausdrücklich gedankt.

Armin Pfahl-Traughber

Extremismus als „Schalenmodell“

Anmerkungen zur Struktur extremistischer Phänomene

Rudolf van Hüllen

1. Einleitung und Fragestellung

Die Frage der Definition und generalisierenden Darstellung extremistischer Phänomene gehört zu den Dauerbaustellen der einschlägigen Forschung und trägt zur mehr oder weniger politisch motivierten Kritik an der Extremismuskonzeption bei. Grundsätzlich gab es bisher drei Lösungswege: Man hat Ausprägungen von Extremismus zu mehr oder weniger überzeugenden Kategorien zusammengefasst, die sich entweder auf ihre Handlungsoptionen, ihre organisatorische Gestalt oder auf ihre ideologische Ausrichtung bezogen. Man hat sich um mehr oder weniger überzeugende Definitionen bemüht. Und man hat schließlich versucht, mehr oder weniger überzeugend eine Visualisierung des Phänomens durch Schaubilder ins Werk zu setzen. Das didaktisch vielseitigste „Schalenmodell“ ist seit den 1980er Jahren gebräuchlich. Es wurde zumal auf den Rechtsextremismus angewandt (dort auch „Extremismus-Zwiebel“ genannt). Dieses Modell eines prozesshaften, dynamischen Verständnisses von Extremismus hat hohen propädeutischen Wert für die politische Bildung und für die Prävention. Es ist älter als die seinerzeitigen Konzeptoren sich bewusst waren. Für seine Potenziale soll hier geworben werden.

2. Vom Elend der Kategorisierungen und Begrifflichkeiten

Für Extremismus als ein Phänomen, das man als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat¹ verstand, waren die Jahrzehnte bis 1989 zweifellos am übersichtlichsten. Mit dem einigermaßen eklektischen Rechtsextremismus einerseits und dem philosophisch-systematisch anspruchsvollen und in sich logisch geschlossenen Marxismus(-Leninismus) gab es zwei sehr handige Gegenpole zum Konzept einer pluralistischen und gewaltenteiligen Demokratie. Ihre Konsistenz ging beim Zerfall der linken Großideologie verloren. Heute definieren sich

¹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 40 f.

demokratie- und menschenfeindliche Weltbilder eher nicht mehr durch die Geschlossenheit und Überzeugungskraft ihrer Ideologie, sondern durch ihre gemeinsamen Feindbilder. „Globalisierungskritik“ als gemeinsame Chiffre für eine islamistische, rechts- wie linksextremistische Ablehnung der „westlichen“ Verfassungsordnungen und Lebensweisen ist ein gutes Beispiel dafür². Die Träger der extremistischen Komponenten solcher Protestbewegungen sind um logischen Zusammenhang ihrer Konzepte eher nicht bemüht; häufig handelt es sich um eklektische Patchword-Ideologien.³

Die Szenerie der weltanschaulich geschlossenen Organisationen zerfaserte mithin. Das Bemühen, in sie eine behördentaugliche Ordnung zu bringen, führte zu allerhand untauglichen Kategorien. Die vermutlich einfältigste davon, zweifellos auf dem strafrechtsgeschulten Denken von Verwaltungsjuristen gewachsen, war die Vorstellung, man könne zwischen „gewalttätigem“ und „nicht-gewalttätigem“ Extremismus unterscheiden, um daraus eine „Priorisierung“ bei der nachrichtendienstlichen Beobachtung und auch bei der polizeilichen Prävention abzuleiten. Unglücklicherweise ist jeder Extremismus mindestens potenziell und intentional gewaltbereit - was die praktische Befähigung zur Militanz angeht, mag zwischen achtzigjährigen Kommunisten und kampfssporttrainierten neunzehnjährigen Autonomen durchaus ein relevanter Unterschied bestehen. Allerdings kann die erste Kategorie mit ihrer verbalen Aggressivität, ihrer Fähigkeit zur Agitation gegen demokratische Werte und ihrer scheinbaren Integration in die „Zivilgesellschaft“ gleichwohl mehr Gewalt „ankochen“ und rechtfertigen, als dies primitive Schläger jemals fertig brächten. Insofern taugt das „Gewaltkriterium“ auch bei aller bemühten Differenzierung in „gewalttätig“, „gewaltbereit“, „gewaltunterstützend“ und „gewaltbefürwortend“⁴ überhaupt nichts, es sei denn als

² Da war der Verfassungsschutz mit seinem ersten Symposium 2003 ausnahmsweise prognostisch auf der Höhe der Diskussion: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Politischer Extremismus in der Ära der Globalisierung, Beiträge zu einem Symposium, Köln 2002.

³ Vgl. Viola Neu, Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche, St. Augustin 2012, S. 25.

⁴ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 20.

Rechtfertigung für polizeiliches Einschreiten. Um selbst der letztgenannten mildesten Kategorie zu entgehen, würde es nämlich ausreichen, sich an Gewaltexzessen nicht aktiv zu beteiligen und sich anschließend formal von ihnen zu distanzieren.

Vergleichbare fehlgeleitete Kategorisierungsbemühungen findet man nicht nur bei Behörden, sondern auch bei Politikwissenschaftlern, wo es um die beliebte Unterscheidung in (es gibt feine Abweichungen vom Schema) „aktionsorientierten“, „parlamentsorientierten“ und „diskursorientierten“ Extremismus geht. Kaderparteien rechts wie links nutzen zwar die juristische Form der politischen Partei, verstehen sich aber als „Bewegung“ und sind lediglich taktisch an Wahlen und Parlamentssitzen interessiert. Der parlamentarische Betrieb an sich steht für sie zur schleunigen Beseitigung an, und sie verstoßen auch fortgesetzt und ständig gegen die inneren Organisationsgrundsätze parlamentarischer Parteien. Umgekehrt nutzt der „aktionsorientierte“ Extremismus wie selbstverständlich parteiförmige Strukturen für seine Logistik - die logistische und rechtfertigende Rolle der Partei „Die Linke“ bei gewalttätigen Exzessen ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür. Selbst erfahrene Sozialwissenschaftler verheddern sich gelegentlich im Wust unbrauchbarer Begriffe und Kategorien⁵. Die Kategorisierung, scheint es, wird mit ihrer Neigung zum Schubladendenken weder den Grauzonen zwischen den Phänomenen, noch deren Dynamik gerecht.

Das beschriebene Dilemma wirkt sich in der politischen Bildung unterschiedlich aus. Was den Rechtsextremismus angeht, ist es im Allgemeinen möglich, auf sozialmoralisch plakativ unwertige ideologische Aussagen aus dem Neonazi-Spektrum und der NPD hinzuweisen - beide Akteure lassen sich da nicht lumpen und präsentieren sich in aller Deutlichkeit. Linksextremistische Forderungen, die sich an Zielen festzumachen scheinen, die für sich betrachtet auch Demokraten teilen können, sind schwieriger darzustellen. Linksextremisten versehen solche Werte mit anderen, meist gegenläufigen,

⁵ Armin Pfahl-Traugber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, unterscheidet „parteipolitischen Linksextremismus“ und meint in politischen Parteien organisierten Linksextremismus. Mit der zweiten Kategorie „sozialer Linksextremismus“ ist die Akzeptanz linksextremer Einstellungsmuster in der Gesellschaft gemeint.

Inhalten. Freiheit wird dann die „Freiheit“, sich in die Normen einer regulierten sozialistischen Gesellschaft zu fügen; „soziale Gerechtigkeit“ mutiert zur obrigkeitlich verfüigten Zuteilung von Lebenschancen, „Frieden“ kann Krieg bedeuten, als „befreiende“ Gewalt, aber auch erzwungene Friedhofsruhe als Unterwerfung unter einer sozial-egaliserende Diktatur. Dies alles zu erklären, benötigt mehr Zeit als der politischen Bildung üblicherweise bleibt.⁶

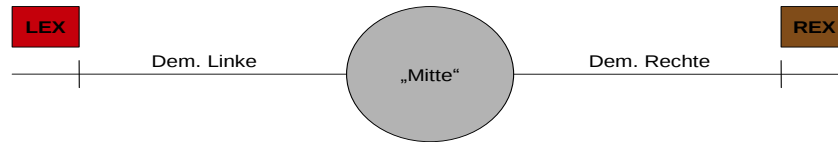
Erstaunlich ähnlich bleiben dagegen Topographie und Architektur unterschiedlicher Extremismusphänomene. Soweit sie sich visualisieren lassen, können sie zwar die intellektuelle Auseinandersetzung mit den Zielen und (Un-)Werten des Extremismus nicht ersetzen, aber zumindest ein Verständnis dafür schaffen, wie er soziologisch funktioniert. Es ist eine einfache Wahrheit der Pädagogik, dass Schaubilder nun mal eingängiger wirken als das gesprochene Wort.

3. Graphische Darstellungen extremistischer Phänomene

Nicht sehr viel besser steht es um die - allerdings zählebigen – graphischen Darstellungen des Extremismusphänomens. Die europäische politische Ideengeschichte legte seit der Aufklärung und der Französischen Revolution zunächst eine bipolare Unterscheidung zwischen „rechten“ (konservativen, mit der gewünschten Bewahrung des „Ancien Régime“ identifizierten) und „linken“ (progressiven, im Sinne einer konsequenten Verwirklichung der Hauptlosungen der Französischen Revolution Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) Richtungsverortungen nahe. Die Erfahrung diktatorischer Entgleisungen beider Pole führte zum Extremismusbegriff: „Rechts“ und „links“ erschienen jetzt auf einer vektoriellen Darstellung, an deren Endpunkten die „Extreme“ angesiedelt wurden, als Punkte, die am weitesten von einer mutmaßlich „gemäßigten“ Mitte entfernt waren (Abb. 1).

⁶ Zu den Eingangsschwellen der Linksextremismus-Prävention siehe Rudolf van Hüllen, Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus - eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden 2013, S. 489-504.

Abb.1: linear-vektorielles Modell



Die Konfrontation „Mitte“ gegen „Extrem“ brachte eine Reihe von Nebenproblemen mit sich: Zum einen können extremistische Haltungen auch in der soziologischen Mitte einer Gesellschaft entstehen⁷, zum anderen impliziert die Bewertung „extrem“ Exklusion, also eigentlich das Gegenteil eines demokratischen Integrationsmodells, das auf Inklusion zielen muss⁸.

Der naheliegende Vergleich weitgehend ähnlicher Herrschaftspraktiken von Nationalsozialismus und Stalinismus hat den Extremismus-Vektor auf der Basis der klassischen Totalitarismus-Theorie zum so genannten „Hufeisenmodell“ (Abb. 2) erweitert. Dabei wurden die offenen Enden, an denen der Extremismus positioniert war, nach oben gebogen. Ein U entstand und zugleich die Aussage, dass in dieser graphischen Darstellung die beiden Extremismen einander mehr

⁷ Zu der bisweilen politisch induzierten Verwendung des Begriffs „Extremismus der Mitte“ vgl. Eckhard Jesse, Mitte und Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 25, Baden-Baden 2014, S. 13-36.

⁸ Der Vorwurf einer Exklusion findet üblicher Weise in einer „schiefen Schlachtordnung“ statt: Linke und Linksextremisten beklagen unisono ihre Exklusion („politische Repression“), betreiben die Stigmatisierung und dauerhafte Ausgrenzung nach „rechts“ selbst umso eifriger - wobei sie den auszugrenzenden Bereich eigenständig definieren - und bei Erfolg natürlich ständig ausweiten.

ähnelten als der Demokratie - eine der Hauptaussagen der Totalitarismus-Theorie.⁹

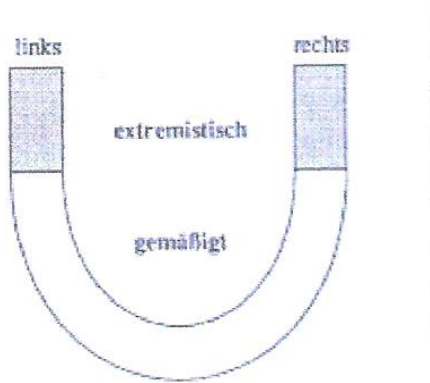


Abb.2: „Hufeisen-Schema“

Diese zugespitzte Darstellung des vektoriellen „Extremismus-Balkens“ suggerierte eine statische Situation (die sich tatsächlich nur auf die 1930er bis 1950er Jahre bezog), sie konnte dynamische Entwicklungen in extremistischen Phänomenen nicht erfassen und blendete zugleich die ideologischen Kontexte mit ihren Zielen, Begründungen und den Motivationen der handelnden Personengruppen aus. Als dann mit dem islamistischen Extremismus ein Phänomen erschien, dass nicht mehr auf einer Geraden eingeordnet werden konnte (obwohl es, wie Rechts- und Linksextremismus, in einer antagonistischen Position zur rechtsstaatlichen Demokratie angesiedelt war), schien die vektorielle Extremismus-Darstellung endgültig überholt.

4. Die „Extremismus-Zwiebel“: eine Wiederentdeckung

In den 1970er und 1980er Jahren wandte sich das (soziologische) Interesse einer Beschreibung und Erforschung sozialer Protestbewegungen zu. Dabei ging es keineswegs um ihre verfassungspolitische Qualität, sondern in erster Linie um ihr inneres Gefüge, ihre Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen und ihr Verhältnis zur sozialen Außenwelt. „Soziale Bewegungen“, identifiziert auf unter-

⁹ Carl-Joachim Friedrich, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957, S.15, schreibt „...dass die faschistischen und kommunistischen totalitären Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleich sind, d.h., dass sie sich untereinander mehr ähneln als anderen Systemen staatlicher Ordnung“.

schiedlichen Protestfeldern (Anti-Kernkraft, „Frieden“, Umwelt, Frauen, Dritte Welt, um nur die Klassiker zu nennen) wurden dabei gerne als „hierarchiefreie“ Alternativen zu den formal verfassten Strukturen des Verfassungsstaates und der repräsentativen Demokratie begriffen. Die sich daran knüpfende „Bewegungsforschung“, publizistisch institutionalisiert 1988 im „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung“, war dem gemäß von ihrer Intention her „emanzipatorisch“ aufgestellt. Da viele der „Neuen Sozialen Bewegungen“ keine Abgrenzung gegenüber linksextremistischen Akteuren kannten, war die Frage ihrer extremismustheoretischen Verortung für die beteiligten Forscher nicht relevant.

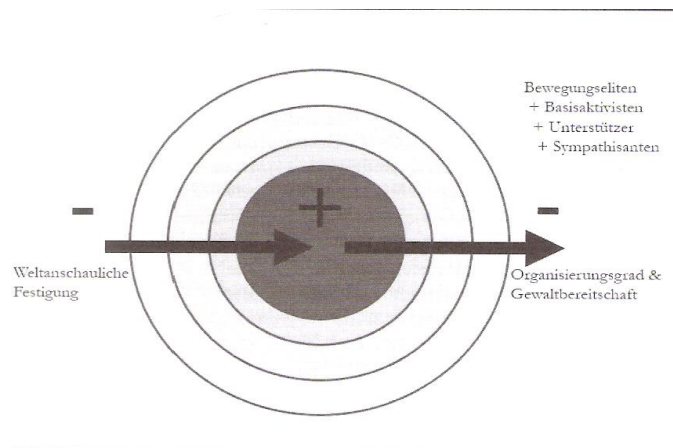
Interessanterweise gewann im Forschungsprozess ein Darstellungsmuster an Bedeutung, das dem vektoriellen genau entgegengesetzt war: Schon in einer sehr frühen Analyse der „Sponti-Bewegung“ (in der man eine der Vorläufer der Autonomen sehen konnte) griff der Soziologe Matthis Dienstag auf das Modell einer Anzahl konzentrischer Scheiben zurück, um die Sozial- und Kommunikationsbeziehungen einer „Szene“ zu versinnbildlichen, die nach unterschiedlichen Intensitäten ihres politischen Wollen sortiert auch unterschiedlich kommuniziert.¹⁰ Offensichtlich sind dieser oder andere Anstöße bei der systematischen Erforschung von sozialen Protestbewegungen aufgenommen und weiter entwickelt worden. Der zentrale Schlüssel ist hier nicht mehr die Vorstellung einer linearen Top-Down-Hierarchie und also eines pyramidalen Aufbaus der Phänomene, sondern das Ausmaß der Intensität von Einbindung in einen sozialen Kontext. Aus ihm erwachsen dann verschiedene Grade an Professionalität, Autorität und auch Handlungsoptionen. Der „Klassiker“ unter den Darstellungen ist das von dem Soziologen Dieter Rucht entwickelte Modell einer sozialen Protestbewegung¹¹, dargestellt als ein System

¹⁰ Vgl. Matthis Dienstag, Provinz aus dem Kopf. Neue Nachrichten über die Metropolen-Spontis, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Berlin 1978, S. 148-186, hier S. 157. Die hellsichtige Darstellung sei, so der Autor, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits drei Jahre alt gewesen: Rolf Schwendters „Theorie der Subkultur“ (1. Aufl. Köln 1973, 2. Aufl. Berlin 1981) behält zur Visualisierung durchgängig die pyramidale Form bei.

¹¹ Vgl. insgesamt Dieter Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen in Deutschland, Frankreich und den USA, Frankfurt am Main/New York 1994

konzentrischer Ringe, in dem weniger ein „Oben“ und „Unten“ als vielmehr ein „Drinnein“ und „Draußen“ existieren. Im innersten Kern identifiziert Rucht die „Bewegungseliten“ als professionalisierte und heimliche Ideen- und Weisungsgeber von Protestbewegungen. In den weiter nach außen angelagerten Ringen verortet er die fest eingebundenen Aktivisten, noch weiter außen die Sympathisanten und die gelegentlich Ansprechbaren, schließlich das gesellschaftliche Protestpotenzial, auf dessen zumeist schweigende Zustimmung sich die Bewegung zumindest bei Umfragen verlassen kann. Von diesem Modell (Abb. 3), das Hierarchien und „Wertigkeiten“ ohne formalisierte Weisungsstrukturen an Intensitäten der Einbindung fest macht, gab es unzählige Variationen¹², die auf verwandte Phänomene angewendet wurden.

Abb. 3:
„Modell der Konzentrischen Kreise im Rechtsextremismus“
(Salzborn 2015)



Die Erklärungskraft dieses Modells bewährte sich in der auch so bezeichneten „Rechtsextremismus-Zwiebel“, für die vermutlich das Zentrum für demokratische Kultur in Berlin die Urheberrechte beanspruchen kann. Rechtsextremistische Szenen werden verstanden als komplexe Gebilde aus hoch ideologisiertem Kern, verlässlich eingebundener Anhängerschaft und Peripherie. Das Modell berücksichtigt die Dynamik einer extremistischen Bewegung: Die in einer

¹² Abb 3 ist entnommen aus: Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 2. Aufl., Baden-Baden 2015, S.121.

solchen Zwiebel handelnden Personen verhalten sich nicht statisch, sondern dynamisch: Sie können sich radikalisieren, also von den äußeren Schalen der Zwiebel nach innen in die „schärferen“ Zonen bewegen, oder auch umgekehrt hinauswandern oder ausgestoßen werden. „Innen“ herrscht mehr und intensiverer Rechtsextremismus als „außen“ - aus dieser Erkenntnis ergeben sich auch unterschiedliche Präventionsansätze.

Die Anwendung des Rucht-Modells auf ein keineswegs „progressives“, gleichwohl aber wie andere gesellschaftliche Protestbewegungen strukturiertes Phänomen brachte den Urhebern beleidigte Kritik ein - schließlich galt es bis dahin als ausgemacht, dass „soziale Bewegungen“ (in neuerer Diktion „zivilgesellschaftliche Initiativen“) „links“ und damit gut seien - gerade, weil sie sich von den formalen Strukturen der parlamentarischen Demokratie deutlichst absetzten. Und nun zeigte sich, dass das Modell zur Erklärung eines Rechtsextremismus, der sich in „modernisierter“ Form als Protestbewegung von rechts gerierte, sehr genau passte.¹³

Die Bewegungsforscher irrten indessen, soweit sie glaubten, das zielführende Modell sei ihre ureigene Erfindung. In den 1970er Jahren war es in den Sozialwissenschaften aus Gründen des ideologischen Comments aus der Mode gekommen war, Erkenntnisse über kommunistische Apparatstrukturen für die Erforschung des spiegelbildlichen Rechtsextremismus, aber auch anderer „sozialer Bewegungen“ mit mindestens tendenziell systemoppositionellem Gestus, fruchtbar zu machen. Andernfalls hätte man auch die Forschungen der französischen Historikerin Annie Kriegel (1926-1995) zur Kenntnis nehmen können. Sie war in Frankreich etwa das, was in Deutschland Hermann Weber und Wolfgang Leonhard darstellten: eine Doyenne der Kommunismusforschung mit ganz grundsätzlich kritischem Ansatz gegenüber ihrem Untersuchungsgegenstand. Schließlich war sie selber dessen Funktionärin gewesen: 1943/44 in der Leitung der „Jeunesses communistes“ in der Region Rhone-Alpen des „Parti Communiste Francais“ (PCF), später bis zu ihrem Bruch mit dem PCF 1956 Redakteurin der Ideologiezeitschrift „Nouvelle Critique“. Kriegel

¹³ Vgl. zur Kontroverse: Dieter Rucht, Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 75-86.

hatte vollständigen Einblick und somit die Fähigkeit, das Phänomen quasi „von innen“ darzustellen. Die Wissenschaft verdankt ihr zahlreiche Werke über die Mechanismen, mit denen aus einer ursprünglich emanzipativen Idee eine totalitäre Apparatur werden konnte¹⁴. Hier geht es allerdings um ihre Studie „Les Communistes français. Essai d'ethnographie politique“¹⁵. Kriegels Hauptaugenmerk liegt auf dem personellen Substrat der Partei und ihrer politischen Umfelder, und deren Analyse bringt sie zu der Einsicht, dass die Partei eine „Gegengesellschaft“ („contre-société“) innerhalb Frankreichs gebildet habe, die ein eigenes System kollektiver Vergesellschaftung darstelle - man beachte die Parallele zum anti-etatistischen Impetus der „neuen sozialen Bewegungen“. Die Partei sei wie ein System konzentrischer Kreise aufgebaut: „Un parti communiste, c'est l'enfer de Dante: une série de cercles concentriques.“¹⁶ Sie verwirft damit, genau wie die spätere deutsche Bewegungsforschung, das Bild einer vektoriell aufgebauten Befehlspyramide, bei der die Weisungsstränge gemäß dem – ausschlaggebenden - zentralistischen Element des „Demokratischen Zentralismus“ von oben nach unten verlaufen. Das Bild einer solchen Pyramide sei, so Kriegel an gleicher Stelle, viel zu formalistisch, um einen strukturellen Typus zu erfassen, der Anhänger, Kader und Spitzenkader einschließe. Die Wahrheit sei, dass sich in einer vielgestaltigen Anhängerschaft ein harter und homogener Kern von hauptamtlichen Funktionären verberge, die man dort verharmlosend als „Hauptamtliche“ (franz. „permanents“) bezeichne. Es sind dies diejenigen, die ihr Leben der Revolution geweiht haben, die sich durch Feindbilder und Verschwörungstheorien zuverlässig vor intellektuellen Anfechtungen zu schützen wissen und die auch jenseits aller menschlichen moralischen Normen zum Äußersten bereit sind, möchte man ergänzen. Das Modell von Kriegel sortiert also die

¹⁴ Das sind z.B., beginnend mit ihrer Dissertation: *Aux origines du communisme français 1914-1920*, 2 Bd. Paris 1964; *Le socialisme français et le pouvoir*, Paris 1966; 1920. *Le Congrès de Tours. Naissance du Parti communiste français*, Paris 1964.

¹⁵ Annie Kriegel, *Les Communistes français. Essai d'ethnographie politique*, Paris 1968.

¹⁶ „Eine Kommunistische Partei ist die Hölle von Dante: eine Abfolge konzentrischer Kreise“, Kriegel, *Les Communistes français* (Anm. 15), S. 28.

Intensität der Kader zwischen bloßen Anhängern / Sympathisanten („le peuple communiste“).

Das alles ist Grund genug, ihre Schriften nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Verdienste der Kriegel'schen Analyse gehen aber weiter und lassen aus ihrer 1968 über die französischen Kommunisten geschriebenen Studie erkennen, wo ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen dem heutigen Rechts- und Linksextremismus in Deutschland besteht: Annie Kriegel beschreibt nicht nur die „couronnes extérieures“, die „äußeren Ringe“ ihres Modells als diejenigen, in denen die Wähler der Kommunisten und die Leser der kommunistischen Presse¹⁷ zu finden waren. In den „couronnes extérieures“ sind gewiss die mehr oder weniger (eher weniger) vollständigen Einstellungsmuster¹⁸ zu finden, die bei entsprechender Anreicherung zu geschlossenen rechts- oder linksextremistischen Weltbildern werden können.

Damit nicht genug: Kriegels Studie kennt auch noch ein weiteres Phänomen, das die Forscherin als „couronnes intermédiaires“ beschreibt. Das ist nun äußerst interessant: Es handelt sich um einen ganzen Kranz von gesellschaftlichen (heute: „zivilgesellschaftlichen“) Organisationen und Personen, welche die Anliegen des PCF in die bürgerliche Gesellschaft hinein vermitteln. Die Partei, schreibt sie, werde umgeben und geschützt und zugleich genährt, belebt, ausgelüftet, befruchtet durch verschiedene vermittelnde Schalen, die ihre „contre-société“ mit der Außenwelt, der Welt der „Anderen“ verbinde¹⁹.

In der Diktion der Verfassungsschutzbehörden waren das die „extremistisch beeinflussten“ Gruppen - teils wurden sie von der

¹⁷ Kriegel, Les Communistes (Anm. 15), S. 11 ff und 19 ff.

¹⁸ Es sei auf die verdienstvollen Langzeitstudien der Heitmeyer-Schule zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ verwiesen, ferner auf die weniger verdienstvollen, weil methodisch unsauberen „Mitte“-Studien fachfremder Wissenschaftler aus Leipzig. Als Beispiele seien hier nur die erste und die vermutlich letzte genannt: Oliver Decker/Norman Geissler/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006 und Oliver Decker/Elmar Brähler/Joachim Kiess, Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen 2015.

¹⁹ Kriegel, Les communistes (Anm. 15), S. 10.

Kernorganisation gegründet, teils schlicht erobert, aber immer galt dies: Gegen den Willen der steuernden extremistischen Partei war keine Entscheidung in ihnen möglich, obwohl die Mehrzahl der Mitglieder keine Extremisten waren. Die auf „gewaltbereiten Extremismus“ gepolten Verfassungsschutzbehörden haben heute solche „weichen“ Phänomene im Zuge ihrer „Priorisierung“ weitgehend aus dem Auge verloren und damit auch die „breeding grounds“ für die Rekrutierung von Extremismus/Terrorismus. Ihnen dürfte inzwischen auch das Wissen und das Verständnis für die Entstehung extremistischer Karrieren fehlen: zu dem Weg, der aus den äußeren „couronnes“ in den Kern des Extremismus führen kann.

Auffällig ist dies: Es gibt die „couronnes intermédiaires“, also die Vermittlungsinstitutionen, welche den Extremismus in der Mehrheitsgesellschaft hoffähig machen, nur im Linksextremismus. Es wäre ermüdend, alles an dieser Stelle zu wiederholen, was zu kommunistischer Bündnispolitik geschrieben wurde²⁰. Ein schlichter Blick in ein knallhart extremistisches Blatt wie das Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) der DKP genügt, um zu zeigen, dass zum Beispiel vor allem jugendzentrierte Teile bestimmter DGB-Gewerkschaften wie selbstverständlich solche - in Lenins Diktion - „Transmissionsriemen“ darstellen²¹. Das mögen bei einer großen Einheitsgewerkschaft nur Bruchstückchen sein, aber auffällig ist schon, dass Geländegewinne einer zwar zahlenmäßig bedeutungslosen, aber aggressiv demokratiefeindlichen Gruppe wie der DKP nicht auf Widerspruch stoßen.

Beim Rechtsextremismus ist das völlig anders: Die „Zivilgesellschaft“ achtet sorgfältig darauf, das weder in den Feuerwehren, noch in Fussballvereinen vor Ort, noch auch nur in Elternvereinen irgend ein Rechtsextremist sein Wesen treiben kann. Kaum denkbar, dass sie

²⁰ Vgl. zuletzt zu einem der zentralen Bündnisfelder: Bettina Blank, Neue Wege in der „antifaschistischen Bündnispolitik“. „Dresden 2010“ und das Konzept der „friedlichen Massenblockaden“, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl 2014, S. 84-111.

²¹ Die „Unsere Zeit“ (UZ) vom 5. Juni 2015 berichtete vom organisationseigenen „Festival der Jugend“ und freute sich, dass eine Reihe von DGB-Gliederungen zu den offiziellen Unterstützern dieser lupenrein extremistischen Veranstaltung gehört hatte.

gegen die „ver.di-Jugend Bayern“ ungestraft NPD-kompatible Beschlüsse verabschieden könnte. Umgekehrt scheint es, dass Linksextremisten wie selbstverständlich von der Mehrheitsgesellschaft geschützt werden. Und die „couronnes intermédiaires“ des Linksextremismus sind erstaunlicher Weise auch nach der Entdeckung der kommunistischen Massenverbrechen absolut intakt ²².

Solche „couronnes intermédiaires“ gab es bisher im Rechtsextremismus nicht. Was es dort gibt, ist die „kleine Welt der Neonazis“, eine isolierte und geächtete Szene. Die wirklich wichtige Frage in Sachen „Pegida“ und verwandter Klone ist demnach, ob wir es hier mit einem Durchbrechen dieser Situation zu tun haben: Ist Pegida ein „couronne intermédiaire“ des Rechtsextremismus?

5. Potenziale des Schalenmodells

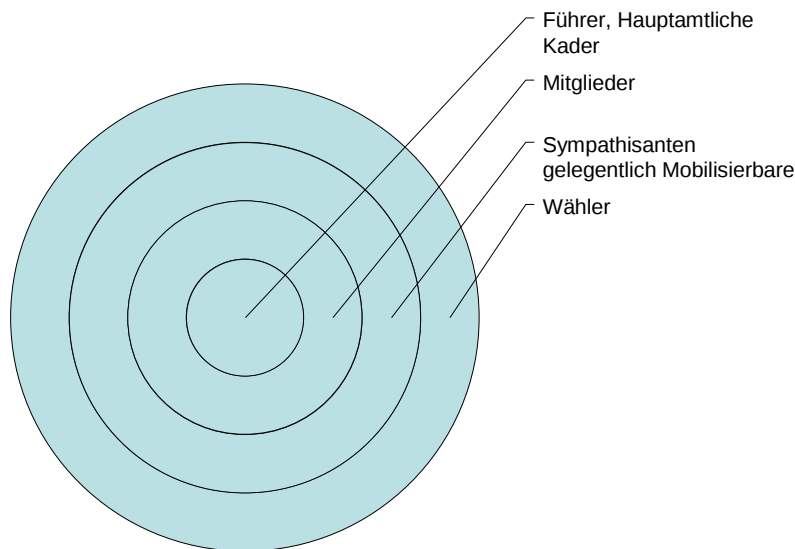
Das Schalen- oder „Zwiebel“-Modell, von einer französischen Historikerin anhand einer Kommunistischen Partei entwickelt, hat für die Prävention einen erheblich höheren Wert als die linearen/vektoriellen Darstellungen. Annie Kriegel und auch Dieter Rucht mögen es in erster Linie zur Beschreibung der handelnden Akteure vorgesehen haben. Es enthält aber darüber hinaus weisende Potenziale.

Das Modell kann die *Intensität* des politischen Extremismus und damit dessen (denkbare) Handlungsformen beschreiben, ohne dabei auf die Akteure abzustellen. Es kann ferner die *Organisationsformen* des politischen Extremismus beschreiben. Und es kann auch zur

²² Ein gutes Beispiel für die Wirksamkeit diskreter, aber wirksamer Pressionen zur Reinwaschung von (Links-)Extremisten ist das Verschwinden der orthodox-kommunistischen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.“ aus dem Verfassungsschutzbericht des Bundes 2006.

Darstellung einer *sozialräumlichen Verdichtung* von Extremismus dienen.

Abb. 4: Schalenmodell, personelle Dimension



Die *personenbezogene Variante* (Abb. 4) sieht im inneren Kern der „Zwiebel“, wie bereits angedeutet, diejenigen Personen, die zu allem bereit sind, ihr Leben der Revolution oder ihrem sonstwie gearteten Anliegen gewidmet haben. Das können die „Permanents“ (Leitenden Kader) einer Kommunistischen Partei sein (beim Rechtsextremismus: „Führer“). Darunter gibt es die Funktionäre („Kader“; beim Rechtsextremismus: „Politische Soldaten“), dann die zahlenden und bewussten Mitglieder (das so genannte „Parteiaktiv“; ein Mitglied der NPD geht, mindestens was die Gefahr gesellschaftlicher Ächtung betrifft, etwa das gleiche Ausmaß an Einbindung ein). Das „Zwiebel“-Modell ist in diesen Einbindungsformen - soweit erkennbar - auf alle Extremismusphänomene anwendbar. Man kann die klassische Kommunistische Partei (nach ihren Parteiebenen und den dazu gehörenden Nomenklaturkadern) zwar durchaus als pyramidalen Aufbau mit einer sehr kleinen Leitungsspitze (Politbüro/Generalsekretär) bis hinunter zum Millionenheer der einfachen Parteimitglieder beschreiben, wie dies 1982 in einem Verfassungsschutzbericht für die DKP

geschehen ist ²³. Aber dieses strenge Modell gilt nur für die KPen bis 1989. In der DKP gab es offenbar Machtzentren außerhalb der Parteispitze, anders ist der Sturz der DKP-Vorsitzenden Bettina Jürgensen 2013 auf einem Parteitag nicht erklärbar. Für andere, formal verfasste linksextremistische Formationen gelten solche Einschränkungen erst recht: Neben dem streng „demokratisch-zentralistischen“ Aufbau, sofern er denn noch gepflegt wird, existieren informelle Hierarchien, die sich nicht mit „oben“ und „unten“ im Sinne hierarchischer Positionierung im Apparat, sondern eher mit „drinnen“ und „draußen“ im Sinne informeller, aber effektiver Einflussmöglichkeiten beschreiben lassen. Und solche informellen Hierarchien existieren selbstverständlich uneingestandenermaßen auch innerhalb der Autonomen sowie der Subkulturellen, der Kameradschaftler und Autonomen Nationalisten im Rechtsextremismus. Führerschaft wird hier zwar nicht durch Wahl und Ernennung, wohl aber durch Autorität, Erfahrung, „Dienstalter“, beim Rechtsextremismus auch durch Brutalität und Vorstrafen, erworben.

Anhänger außerhalb fest eingebundener Strukturen, die „gelegentlich Mobilisierbaren“, bilden die nächste Kategorie nach den „Mitgliedern“ und „fest eingebundenen Anhängern“. Wer in dieser Schale des Zwiebelmodells angesiedelt ist, geht im Phänomenbereich Rechtsextremismus ein soziales Sanktionsrisiko ein, beim Linksextremismus aber nicht. Das mag mit dazu beitragen, dass diese für die „couronnes intermédiaires“ charakteristische Klientel beim Linksextremismus zahlreich ausfällt und bei öffentlichen Manifestationen auch dazu in der Lage ist, eine schützende Kulisse für die Gewaltbereiten zu liefern.

Was die mit „extremistischen Einstellungsmustern“ versehenen Personen als potenzielle Anhänger angeht, so bilden sie eine weitere, noch weiter außen liegende Schale. Es mag dahin gestellt bleiben, inwieweit sie mit den Wählern von extremistischen Parteien identisch sind. Zu den Trägern von rechtsextremistischen Einstellungsmustern gibt es in Deutschland ausgefeilte Untersuchungen und entsprechende Erkenntnisse, für Untersuchungen über die Träger von links-

²³ Vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1982, Bonn 1983, S. 32.

extremistischen Einstellungsmustern gab es mit einer Ausnahme bisher keine Forschungsmittel ²⁴.

Unter Präventionsgesichtspunkten muss klar sein, dass ein „Bashing“ dieser beiden Schalen nicht in Betracht kommt. Hier handelt es sich um ein Potenzial, das die Demokratie zurückgewinnen muss. Und hier zeigt sich auch der besondere Wert des Schalenmodells für die Prävention: Jeder junge Mensch, der sich an extremistische Strukturen akkulturiert, durchläuft im Zuge seiner Ideologisierung diese beiden Schalen. Vereinfacht gesagt: Auch Ulrike Meinhof wurde nicht als Linksterroristin geboren. Sie hat sich dazu entwickelt.²⁵ Ziel der Prävention muss es sein, den Marsch in die extremistische Barbarei, also von den äußeren Schalen in die inneren, zu unterbrechen.

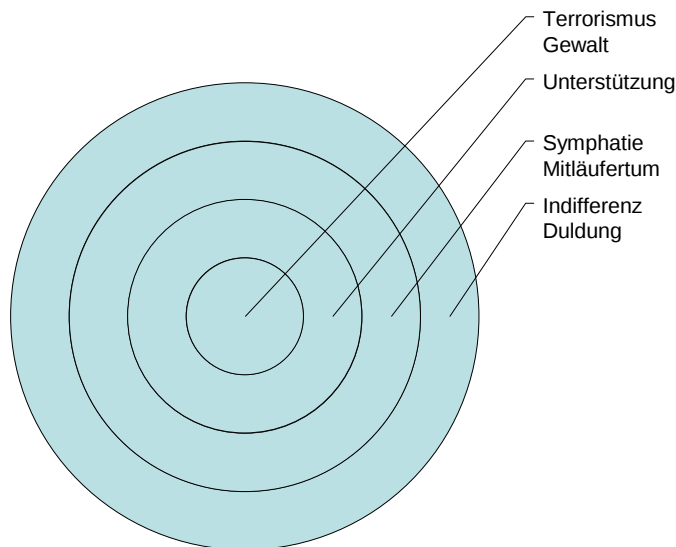
Das Modell liefert aber mehr als nur eine Einschätzung der Kaderqualität: Man kann damit auch die *Intensität des extremistischen Handelns* darstellen (Abb. 5). Demnach wäre im Kern der Terrorismus anzusiedeln, gedacht im Sinne seiner Legaldefinition als systematische Ausführung schwerer und schwerster Gewalttaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Menschen zu politischen Zwecken. Das ist bei terroristischen Formationen gewissermaßen die „Kommandoebene“ der „Roten Armee Fraktion“ und die Zelle NSU beim Rechtsterrorismus.²⁶ Es mag Unterschiede in der Intensität des terroristischen Wollens bei Akteuren der verschiedenen Phänomenbereiche geben: Linksterroristen wollen die Revolution und

²⁴ Diese Ausnahme ist: Klaus Schroeder/Monika Deutz Schroeder, „Gegen Staat und Kapital - für die Revolution!“ Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie, Frankfurt/Main 2015.

²⁵ Sie war allerdings, berücksichtigt man ihre Erziehung durch den KP-Kader Renate Riemeck, mit einigen Belastungsfaktoren (hier heißt es bewusst nicht: kriminologischen Belastungsfaktoren) beschwert. Solche spielen eine erhebliche Rolle z.B. bei der „dynastischen“ Rekrutierung von Linksextremisten aus kommunistischen und von Rechtsextremisten aus nationalsozialistischen Familien. Fast könnte man sagen: Deren Nachwuchs hat alle Chancen, seinen politischen Lebensweg bereits in einem der inneren Schalen zu beginnen.

²⁶ Und selbstverständlich gab es den Kern der „terroristischen“ Schale auch im etablierten, „nicht-gewaltbereiten“ Extremismus: Sämtliche Leitungskader des MfS und vergleichbarer staatterroristischer Strukturen gehörten in den innersten Kern der Täter – von Markus Wolf und Erich Mielke bis zumindest zum Abteilungsleiter des MfS.

Abb. 5: Schalenmodell, Intensitätsdimension

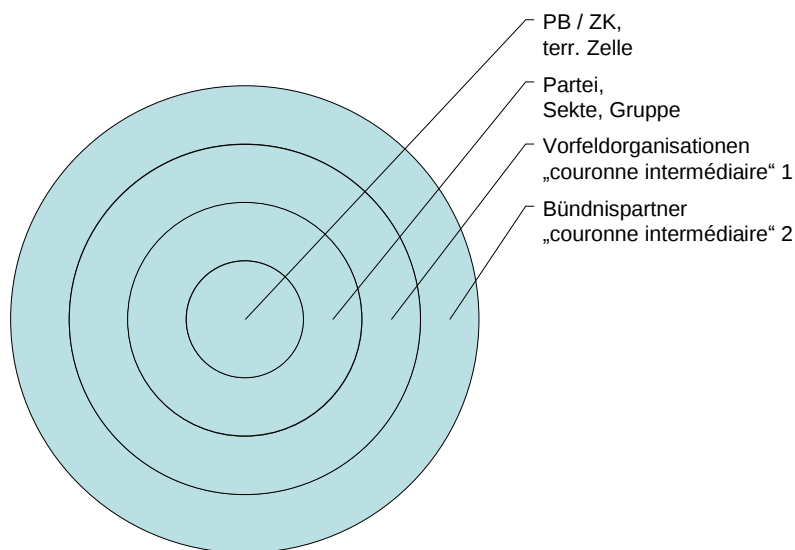


den Kommunismus erleben, versuchen also, ihre Anschläge zu überleben. Das ist angesichts der transzendental gelagerten Belohnungsstruktur bei Islamisten anders. Auch der Rechtsterrorist dürfte nach seiner ideologisch mentalen Ausstattung (geringer Wert des Einzelnen, Opfergedanken für „Volk und Rasse“) einen gewissen Bezug zum Gedanken der Selbstopferung aufweisen.

Verwendet man das Schalenmodell zur Messung der Intensität von Terrorismus, bilden die vor dem Kern liegenden Schalen dann zunächst eine nachdrückliche Unterstützung terroristischer Gewalt, ohne sie selber auszuüben. Um im Bild zu bleiben: Es handelte sich hier um das „Umfeld“ der RAF. Beim Rechtsextremismus hätte man es etwa mit einer Struktur wie „Blood and Honour“ zu tun, deren Mitglieder zwar nicht selber Hand anlegen, aber doch, soweit die Aufklärung des NSU-Komplexes bisher ergeben hat, Unterstützungshandlungen vollziehen und Ziele teilen. In der nächsten Schale findet man schwer gewaltaffinen Rechtsextremismus, dem völkischer Rassismus die ideologische Grundlage für Gewalt gegen „Andere“ liefert, aber auch die linksextremistische Autonomen-Szene mit ihrer steten „Gewaltdiskussion“. Diese ist derzeit auf dem Stand, dass die Tötung von Feinden nicht intendiert wird, „Faschos“ und „Bullen“ aber halt „draufgehen“ könnten.

Weiter außen in einer weiteren Schale angesiedelt wären schließlich diejenigen, die man in den 1970er Jahren ungenau als „Sympathisanten-(Sumpf)“ des Linksextremismus bezeichnete: Sie brachten für die Taten „Verständnis“ auf, versetzen die Terroristen in den Status von „Verfolgten“ des „Systems“ und warben - zumeist aus einer gesellschaftlich abgesicherten Funktion als Publizisten und Wissenschaftler, Künstler oder Politiker - um „Verständnis“ für die Täter. Praktisch sämtliche „etablierten“ linksextremistischen Organisationen, auch die vom Verfassungsschutz als „nicht gewaltorientiert“ eingestuft, argumentieren bis heute genauso. Dergleichen, es entspräche den „couronnes intermédiaires“ von Annie Kriegel, gibt es gegenüber rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland nicht.

Abb. 6: Schalenmodell: organisationssoziologische Dimension



Das Modell kann sich schließlich auf die *Organisationssoziologie* des Phänomens beziehen (Abb. 6). Es geht hier nicht um die juristische, sondern die soziologische Gestalt des extremistischen Phänomens - eine Dimension, die von den Verfassungsschutz- und Polizeibehörden aufgrund ihrer Besetzung mit Verwaltungsjuristen in der Regel übersehen wird. Während sich solches Personal an Satzungen und geschriebenen Regularien abarbeitet, funktioniert die reale Welt des Extremismus ganz anders - und sie legt dabei keinen besonderen Wert

darauf, juristischen Vorschriften gesetzestreu zu entsprechen und „gerichtsbeweisbar“ zu sein.

Für die organisationssoziologische Dimension ist das Modell sogar besonders brauchbar. Üblicherweise stellt man beim Schalenmodell die verschiedenen Ringe gleich groß dar und differenziert sie farblich. Insbesondere bei den aus der Bewegungsforschung stammenden Modellen war die Darstellung der Übergänge zwischen zwei benachbarten Schalen dünn gezeichnet und damit als nicht besonders wichtig eingestuft: Es gehörte zur Logik sozialer Bewegungen, dass sie über flache Hierarchien und leichte Wege zwischen unterschiedlichen Formen des Engagements verfügten.

Das ist bei extremistischen Formationen gänzlich anders. Ihr Charakter als antagonistische Kräfte zu den bestehenden Gesellschaften (Kriegels „contre-société“) bestimmt sie zu rigiden Strukturen, welche die Abwehrreaktionen des angegriffenen Systems unwirksam machen wollen. Die Arcana solcher Gruppen befinden sich notwendigerweise im Inneren des Schalenmodells. Die Übergänge zwischen ihnen stellen sich als unterschiedlich gründlich gesicherte Zugänge zu höheren Leitungsebenen dar. Klassischerweise erfolgt hier die Kommunikation von innen nach außen, während Einblicke und erst recht Einflüsse von außen nach innen beschränkt sind (Nomenklatursystem und Selbstergänzung der inneren Schalen durch Kooptation). Das gilt für alle formell verfassten Gruppen, auch für „modernisierte“ linksextremistische Parteien, die aus dem klassischen Modell der marxistisch-leninistischen Kaderpartei hervorgegangen sind.

Am ausgeprägtesten fällt die Abschottung zwischen den Schalen bei sektenhaft verfassten Strukturen aus. Sie können sich als Logen und Geheimbünde („Blood & Honour“, „Hammerskins“ oder die als „GegenStandpunkt“ firmierende „Marxistische Gruppe“) darstellen, auch als direkte weltanschauliche Sekten (Scientology) oder als Mischgröße aus orthodox stalinistisch-leninistischer Partei und Sekte (MLPD). Das schließt nicht unbedingt aus, dass der Kernstruktur angelagerte, von ihr vollständig kontrollierte und nur scheinbar selbstständige Vorfeldorganisationen (Kriegels „couronnes intermédiaires“) existieren. Sie akulturieren bestimmte soziale Gruppen (Kinder, Jugendliche, Frauen, auch bestimmte Berufsgruppen) für spätere Mit-

gliedschaften. In der Regel folgen in einer weiteren nach außen angelagerten Schale die Bündnisorganisationen oder -milieus. Sie umgeben die Kernorganisation wie eine schützende Schicht, verteidigen sie gegen Anfeindungen und vermitteln und werben um Akzeptanz für ihre Nahziele – damit auch für die Existenz der Kernorganisation an sich. Die äußeren Schalen haben weder Einfluss auf das Handeln der inneren, noch auch nur die Möglichkeit geregelter Einblicke. Interessenten durchlaufen in der Regel diese äußeren Schalen, bevor sie nach strengen Zutrittsregularien in die Kernorganisation aufgenommen werden. Mitglieder, die in den „Kern“ aufsteigen, erhalten nicht selten mit dem Erreichen einer neuen „Schale“ ein ganz neues Bild von „ihrer“ Organisation. Bisweilen lernen sie Strukturen und Menschen kennen, von deren Existenz sie bis dahin nichts gewusst hatten. Charakteristisch ist zudem die Leitung durch eine sehr kleine Gruppe oder einen „Führer“, die absolute Autorität genießen und ohne eigene Zustimmung nicht zu ersetzen sind.

Nur scheinbar grundsätzlich verschieden nimmt sich die Struktur von rechts- oder linksextremistischen „Szenen“ aus. Während Parteien in ihren Statuten die Übergänge von außen nach innen beschreiben (und dann zumeist auch so handhaben), sind die Barrieren innerhalb von Szene-Strukturen informeller Art, aber oft genauso wirksam. „Aufstiege“ nach „innen“ ergeben sich durch erwiesene Zuverlässigkeit, Erfahrung, Einsatzbereitschaft und Verschwiegenheit (bei Autonomen), bei Rechtsextremisten kommen Führerverhalten, Gewaltaffinität und Straftaten hinzu.

Durchaus noch Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der *territorialen Dimension von extremistischen Phänomenen*. Besitzen Zonen „verdichteter extremistischer Gewalt“ auch entsprechende Infrastrukturen, in denen sich extremistische Kerne einrichten und mit einem Konkon von schützenden Kulissen umgeben können? Wenn ja, was zeichnet solche Problemgebiete aus? Dass es sie gibt, ist offenkundig: Für den Rechtsextremismus hätte man an bestimmte Kleinstädte und Ortschaften im Osten Deutschlands²⁷, aber auch aktuell verdichtete

²⁷ Dazu gibt es hinreichend viele Detailstudien, z.B. Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schulen und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten,

Szenen wie Dortmund-Dorstfeld zu denken; für den Linksextremismus sind seit Jahren etabliert der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg²⁸, das Schanzenviertel in Hamburg²⁹, auch Leipzig-Connewitz. Selbst im Islamismus sind bestimmte territoriale Verdichtungen augenscheinlich: Dinslaken und Bonn-Bad Godesberg in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel. Welche städtebaulichen, sozialen und politischen „Angebotsstrukturen“ müssen gegeben sein, damit sich extremistische Kerne in einer Infrastruktur so festsetzen können, dass sie perspektivisch befähigt sind, die Machtfrage zu stellen? In Leipzig ist dies im Juni und im Dezember 2015 durch den Linksextremismus geschehen, in Kreuzberg-Friedrichshain ist es ebenso wie in Hamburg jährliche Routine. Im Rechtsextremismus gab es die Mischung aus Kern und Kulisse, also schützenden Schichten, eher in den 1990er Jahren, festgemacht am stärker propagandistischen denn realen Konzept „national befreiter Zonen“. Aber dass die Inszenierung fremdenfeindlicher Krawalle wie im August 2015 in Heidenau (Sachsen) ohne eine entsprechende logistische Struktur auskommt, scheint gleichwohl eher zweifelhaft.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Präventionsarbeit lebt von der anschaulichen Vermittlung von Sachverhalten, die beim politischen Extremismus naturgemäß als komplizierte daherkommen. Je nach Zielgruppe wird man eine Ideologie-Exegese nur mit mäßigem Erfolg zum Einsatz bringen können. Dies verbieten einerseits das Zeitbudget, andererseits aber auch die schwindende Neigung des Publikums, sich mit grundsätzlichen Fragen politischer Werte auseinander zu setzen. Wenn es

o.O., 2007; Andreas Klärner, „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ - Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, in: Ders./Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 44-67.

²⁸ Dazu die erste Untersuchung des Berliner Verfassungsschutzes „Linke Gewalt in Berlin 2003-2008“, Berlin 2009. Hier ist ausdrücklich von „verdichteten Räumen linker Gewalt“ (S. 25) schon für den Berichtszeitraum die Rede.

²⁹ Zur territorialen Verdichtung der Autonomen-Szene in Hamburg: Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksalternativen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011.

gelingt, die Grundelemente des politischen Extremismus und dann - je nach Themenstellung - seiner unterschiedlichen Phänomenbereiche zu vermitteln, kann man schon leidlich zufrieden sein. Bleibt die Topographie und Geographie von Extremismus: Zu deren Entschlüsselung hilft nicht die Verlesung der Parteigeschichte, des Organisationsaufbaus oder gar der Straftatenbilanz eines Phänomens weiter, denn alle diese Elemente bleiben unterkomplexe, statische Schlaglichter. Das für die Bewegungsforschung entwickelte, tatsächlich aber wesentlich ältere „Schalenmodell“ ist hingegen in der Lage, die Dynamik von extremistischen Phänomenen zumindest teilweise abzubilden. Es leistet einiges zur Frage, wie ein Abdriften in den Extremismus funktioniert, und in welcher „Schale“ Prävention noch aussichtsreich ist, wann Intervention und vielleicht sogar Repression scheitern werden.

Von Norberto Bobbio und Ernst Fraenkel über Thomas Meyer bis zu Karl Popper und Bertrand Russell

Fünf linke Beiträge zur Extremismustheorie

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Die Extremismustheorie löst mitunter Kritik an den Grundlagen und Perspektiven der damit einhergehenden Forschung aus. Hierbei kann man häufig Fehldeutungen und Missverständnisse ausmachen, wobei ideologisch motivierte Positionen eine herausragende Rolle spielen. Dazu gehört die Behauptung, die Extremismusverständnis diffamiere pauschal Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Indessen macht die genaue Beachtung der einschlägigen Begründungen für die Extremismustheorie deutlich, dass davon keineswegs gesprochen werden kann. Nur wenn bei der Ablehnung des Kapitalismus und der Bejahung des Sozialismus die Abwahlmöglichkeit, die Gewaltenteilung, das Individualitätsprinzip, die Menschenrechte, der Pluralismus, die Rechtsstaatlichkeit oder die Volkssouveränität in Zweifel gezogen werden, hat man es mit einer extremistischen Bestrebung und Zielsetzung zu tun.¹ Insofern richtet sich die Extremismustheorie entgegen mancher Annahmen oder Unterstellungen nicht pauschal gegen „links“.

Dies macht auch der Blick auf manche Beiträge von Philosophen und Sozialwissenschaftlern deutlich, welche selbst so politisch verortet werden können. Denn entgegen eines einseitigen und schiefen Bildes haben demokratische Sozialisten einen herausragenden Beitrag zur Begründung und Differenzierung der Extremismustheorie geleistet.²

¹ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Fallstudien über deren Verhältnis zu Demokratie und Extremismus, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 197-210; ders., Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 24-28.

² Ähnliches gilt für die Totalitarismustheorie, vgl. Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007.

Meist benutzten sie dabei zwar nicht den einschlägigen Begriff, argumentierten aber in diesem Sinne. Dies soll die vorliegende Abhandlung deutlich machen: Denn grundlegende Auffassungen im Kontext der Extremismustheorie wurden keineswegs allein von konservativer, sondern sehr wohl auch von linker Seite entwickelt. Da die folgenden Denker und Positionen in der Fachliteratur zur Begründung der gemeinten Auffassungen bislang noch nicht genügend Aufmerksamkeit fanden, sollen hier fünf ganz unterschiedliche Philosophen und Sozialwissenschaftler von „links“ aus unterschiedlichen Ländern und Zeiten fortan hinsichtlich ihrer Beiträge zur Extremismustheorie dargestellt und kommentiert werden.

Dem vorangestellt findet man eine Kurz-Definition zur Extremismustheorie (2.), da diese nicht selten in einseitiger oder verkürzter Form inhaltliche Beachtung findet. Die präsentierte Auffassung entspricht dabei der des Autors und erfolgt aus politikwissenschaftlicher Sicht. Danach geht es bezogen auf folgende Denker jeweils um ein biographisch-politisches Kurz-Portrait, eine Darstellung von deren Auffassungen anhand von Zitaten und eine Kommentierung von deren Beitrag zur Extremismustheorie: Norberto Bobbio (3., 4., 5.), Ernst Fraenkel (6., 7., 8.), Thomas Meyer (9., 10., 11.), Karl R. Popper (12., 13., 14.) und Bertrand Russell (15., 16., 17.). Für die Abfolge wurde in Ermangelung anderer sinnvollerer Kriterien die alphabetische Reihung nach den Nachnamen gewählt. Denn für eine regionale oder zeitliche Einteilung der genannten Personen sprachen keine gesonderten Argumente. In Schlusswort und Zusammenfassung (18.) soll noch ein komparativer Blick auf die Genannten und deren Bedeutung für die Extremismustheorie geworfen werden.

2. Kurz-Definition zur Extremismustheorie

Der Ausgangspunkt für die hier gemeinte Begriffsbestimmung von „Extremismus“ besteht in dem normativen Bekenntnis zu Freiheiten und Rechten des Einzelnen und nicht in der Garantie oder der Verteidigung des Staates. Wenn ihm in der Extremismustheorie eine hohe Bedeutung zugeschrieben wird, dann nur aufgrund seiner Funktion zur Gewährung von Freiheiten und Rechten für das Individuum. Fragt man nun nach den politischen und sozialen Ordnungsmodellen, die

deren Akzeptanz und Umsetzung am stärksten ermöglicht haben, so wäre die Antwort: moderne Demokratien und offene Gesellschaften. Die erstgenannte Bezeichnung nimmt eine Abgrenzung bzw. Erweiterung vom klassischen Demokratiemodell vor: Dieses kannte Abwahlmöglichkeit und Volkssouveränität, aber nicht Gewaltenteilung und Individualismus. In Erweiterung um die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit kann die moderne Demokratie auch als demokratischer Verfassungsstaat³ bezeichnet werden. Die Rede von der offenen Gesellschaft stellt demgegenüber auf den sozialen Pluralismus ab.

Um aber die Artikulation unterschiedlicher Interessen und Meinungen in einem Miteinander zu ermöglichen, bedarf es nicht nur eines Maximums an einschlägigen Freiheiten, sondern auch eines Minimums an regulierenden Verbindlichkeiten. Denn es besteht die Gefahr, dass ein Bestandteil der Gesellschaft in Anspruchnahme seiner Freiheiten einem anderen Bestandteil der Gesellschaft die Garantie seiner Freiheiten abspricht. Dies liefe auf die Aufhebung einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft zugunsten einer repressiven Diktatur oder unsicheren Willkürherrschaft hinaus. Demgemäß bedarf es bestimmter Minimalbedingungen, die erst als Grundlage für das Miteinander allseitige und gleichrangige Freiheiten und Rechte ermöglichen. Als solche gelten Abwahlmöglichkeit, Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip, Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. In Kombination miteinander ergeben sie die Normen und Regeln einer modernen Demokratie bzw. eines demokratischen Verfassungsstaates.

Deren Ablehnung bildet den entscheidenden Gesichtspunkt bei der Negativ-Definition von Extremismus, die damit eine Sammelbezeichnung für ideologisch unterschiedliche Auffassungen und Bestrebungen gegen die genannten Minimalbedingungen meint. Demnach geht es entgegen kursierender Fehldeutungen nicht um eine Abweichung von einer „Mitte“, die im Rahmen des Pluralismus mehr als nur legitim ist. Eine erweiterte Positiv-Definition stellt darüber hinaus auf be-

³ Vgl. Birgit Enzmann, *Der Demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen*, Wiesbaden 2012; Peter Graf Kielmansegg, *Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat*, Baden-Baden 2013; Christian Starck, *Der demokratische Verfassungsstaat. Gestalt, Grundlagen, Gefährdungen*, Tübingen 1995.

stimmte Strukturmerkmale in den Ideologien der Extremismen ab, welche in der Frontstellung gegen die moderne Demokratie und offene Gesellschaft formale Gemeinsamkeiten wie Absolutheitsansprüche, Deutungsmonopole oder Homogenitätsforderungen aufweisen.⁴ Je nach der politischen Ausrichtung der gemeinten Bestrebungen können diese Denkstrukturen mit unterschiedlichen Inhalten verbunden sein. Insofern nimmt die Extremismustheorie keine Gleichsetzungen vor, welche auch für die Auffassungen wie das Gefahrenpotential der gemeinten Phänomene unangemessen wären.⁵

3. Norberto Bobbio I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Der italienische Rechts- und Sozialphilosoph Norberto Bobbio⁶ ist angesichts von nur wenigen deutschen Übersetzungen seiner Werke⁷

⁴ Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; ders., Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

⁵ Vgl. zur Auseinandersetzung mit Fehldeutungen und Kritik: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Mathias Brodkorb, Eine Kritik der Kritik. Über die missverstandene Extremismustheorie, in: ders. (Hrsg.), Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011, S. 89-99; Armin Pfahl-Traughber, Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 31-55.

⁶ Vgl. Otto Kallschuer, Über den Autor, in: Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988, S. 181-183; ders., Menschenrechte als Fortschritt der Humanität. Norberto Bobbios skeptische Geschichtsphilosophie, in: Norberto Bobbio, Das Zeitalter der Menschenrechte. Ist Toleranz durchsetzbar?, Berlin 1998, S. 114-125; ders., Italiens skeptischer Aufklärer, in: Norberto Bobbio, Ethik und die Zukunft des Politischen, Berlin 2009, S. 7-18.

hierzulande nicht breiter bekannt, lieferte aber beachtenswerte Beiträge zur Debatte um Auffassungen und Dimensionen von Demokratie und Menschenrechte: Geboren wurde er 1909 als Kind einer Familie der höheren Mittelschicht, die aufgrund ihrer antikommunistischen Neigungen eine gewisse Sympathie für das faschistische Mussolini-Regime hatte. Dazu neigte auch der junge Bobbio, wobei dies mehr Ausdruck von beruflichem Karriereinteresse und weniger von innerer Überzeugung war. Daher verwundert es nicht ganz, dass der doppelt promovierte Bobbio nach seinem Jura- und Philosophiestudium 1935 ein engagierter Aktivist der antifaschistischen Gruppe „Giustizia e Libertà“ („Gerechtigkeit und Freiheit“) wurde. 1942 schloss er sich der damals illegalen „Partito d’Azione“ („Aktionspartei“) an, welche in der Tradition eines demokratischen, liberalen und nicht-marxistischen Sozialismus stand.

Diese Grundposition prägte auch das Denken von Bobbio, der 1948 nach Dozenturen an den Universitäten in Siena und Padua einen Lehrstuhl für Rechtsphilosophie an der Universität Turin erhielt. Danach setzte er sich jahrelang kritisch mit kommunistischen Intellektuellen auseinander, welche in der „bürgerlichen“ Demokratie nur eine Form „kapitalistischer Klassenherrschaft“ sahen. Stattdessen betonte Bobbio die eigenständige Bedeutung der damit einhergehenden Freiheitsrechte und präsentierte eine Minimaldefinition von Demokratie über Verfahrensregeln. Dazu gehörten die Existenz echter Alternativen, die Freiheit des politischen Wettbewerbs, die Garantie der politischen Grundrechte und die Regelmäßigkeit von allgemeinen Wahlen.⁸ Diese Prinzipien dürften auch nicht im Namen der Gleichheit zur Disposition gestellt werden. Trotz der damit eingehenden Differenzen mit der Kommunistischen Partei Italiens trat Bobbio auch als zeitweiliges Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei für ein Bündnis mit den Kommunisten ein.

⁷ Vgl. Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, ebenda; ders., Rechts und links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994; ders., Das Zeitalter der Menschenrechte, ebenda; ders., Vom Alter – De senectute, Berlin 1997; ders., Ethik und die Zukunft des Politischen, ebenda.

⁸ Seine Beiträge finden sich in deutscher Übersetzung gesammelt in dem Band: Bobbio, Die Zukunft der Demokratie (Anm. 6).

Durch seine zahlreichen Beiträge zum öffentlichen Diskurs über politische Fragen hatte sich Bobbio zwischenzeitlich den Ruf eines „Papa laico“, eines „Papstes für die Aufgeklärten“, erworben. Tatsächlich begleitete er die politische Entwicklung Italiens mit persönlichen Kommentaren, die den Auffassungen eines empirischen Rechtspositivisten und liberalen Sozialisten entsprachen. Insofern kritisierte Bobbio auch scharf die Entwicklung während der Regierung von Berlusconi, sah er doch eine Gefahr für die Gewaltenteilung in der mit seiner Person verbundenen Machtposition. Bobbio lehrte in Turin bis zur Emeritierung 1979, wobei er an der Universität zuvor 1972 auf einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft gewechselt war. 1984 ernannte man ihn aufgrund seines öffentlichen Ansehens zum Senator auf Lebenszeit. Im hohen Alter von 94 Jahren verstarb Bobbio 2004. Neben seinem Bekenntnis zu einem liberalen Sozialismus prägte ein politischer Realismus sein Denken, das durch die Aufklärung und nicht durch den Marxismus motiviert war.

4. Norberto Bobbio II: Darstellung des Beitrags zur Extremismustheorie

Bezogen auf Bobbios Beitrag zur Extremismustheorie, der von ihm indessen nicht explizit so formuliert wurde, spielt sein knappes Buch „Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung“ von 1994 eine zentrale Rolle. Darin geht es allgemein um die im Titel bereits angedeutete Frage, über welches Kriterium bzw. welche Kriterien eine linke und eine rechte politische Position unterschieden werden können. Bobbio reagierte mit seiner Schrift auf die damalige öffentliche Debatte, welche die Angemessenheit einer solchen Differenzierung mit Blick auf die seinerzeitigen Umbrüche in Abrede stellte. Bobbio hielt indessen an der Einteilung des politischen Spektrums über die Links-rechts-Unterscheidung fest. Als das entscheidende Kriterium dafür benannte er die Einstellung gegenüber der Gleichheit. Denn „wenn es ein charakteristisches Element in den Doktrinen und Bewegungen gibt, die sich links nennen“, dann sei dies „der Egalitarismus“, der in dem realen Bestreben bestehe, „die Ungleichen etwas gleicher werden zu lassen“.⁹

⁹ Bobbio, Rechts und Links (Anm. 7), S. 82f.

Demgemäß nahm Bobbio eine idealtypisch angelegte Gleichsetzung von einerseits Egalitaristen und Linken und andererseits Nicht-Egalitaristen und Rechten vor. Bei seiner Einteilung der politischen Lager verwies er aber noch auf eine andere Dimension: „Es gibt sowohl auf der Rechten wie auf der Linken freiheitliche und autoritäre Doktrine und Bewegungen. Und zwar deshalb, weil das Kriterium der Freiheit dazu dient, das politische Ordnungssystem nicht so sehr im Hinblick auf seine Ziele, als vielmehr im Hinblick auf seine Mittel oder auf seine Methode zu unterscheiden, die es zur Erreichung seiner Ziele einsetzt: das heißt es bezieht sich auf die Annahme oder auf die Verweigerung der demokratischen Methode, unter der man die Gesamtheit von Regeln zu verstehen hat, die es möglich machen, kollektive Beschlüsse auf Grund freier Diskussionen und freier Wahlen zu fassen, und nicht, weil zu Mittel der Gewalt gegriffen wird.“¹⁰ Demgemäß komme zum inhaltlichen Kriterium der Gleichheit noch das formale Kriterium der Methode zur Unterscheidung hinzu.

Dadurch vollzog Bobbio eine zweidimensionale Einteilung, die einerseits auf eine Rechts-links-Differenzierung und andererseits auf eine Autoritär-freiheitlich-Unterscheidung abstellte. Bereits zuvor hatte er von Extremisten und Gemäßigten gesprochen, wobei dezidiert von „Linksextremisten“ und „Rechtsextremisten“ die Rede war. Das gemeinsame Element sei „die Antidemokratie“: „Jetzt verbindet sie die Antidemokratie zwar nicht im Hinblick auf den Teil, den sie innerhalb des politischen Lagers darstellen, sondern nur insoweit, als sie in diesem Lager die äußersten Flügel darstellen. Die Extreme berühren sich.“ Und weiter formulierte er: „Philosophisch, das heißt von einem wesentlich allgemeineren Standpunkt aus, vom Standpunkt einer allgemeinen Anschauung der Welt und der Geschichte aus, liegt in jeder Form von politischem Extremismus etwas stark antiaufklärerisches.“¹¹ Als Beispiel für die extreme Linke nannte Bobbio die Jakobiner - und hier noch nicht die Kommunisten - , als Beispiel für die extreme Rechte den Faschismus und Nationalsozialismus.¹²

¹⁰ Ebenda, S. 83.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 35.

¹² Vgl. ebenda, S. 84f.

5. Norberto Bobbio III: Kommentierung des Beitrags zur Extremismustheorie

Als erstes kann in Bobbios Argumentation aus der Perspektive der Extremismustheorie ein bedeutender Beitrag zur ideologietheoretischen Einordnung von untersuchten Phänomenen gesehen werden. Ebenso wie sich der Gesichtspunkt „Gleichheit“ gut zur Differenzierung einer allgemein linken von einer allgemein rechten Auffassung anbietet, eignet er sich zur Unterscheidung einer extremistisch linken von einer extremistischen rechten Einstellung. Bobbio betonte dabei aber auch die idealtypische Dimension seiner Einteilung, denn bei Untersuchungsobjekten können mitunter Probleme bei der Zuordnung auftauchen. Zunächst wäre hier zu differenzieren, dass es um eine soziale Gleichheit unabhängig von anderen Zugehörigkeiten geht. Denn auch Rechtsextremisten, die eine sozialrevolutionäre Einstellung vertreten, wollen durchaus mehr Gleichheit, indessen nur für die Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe. Ergänzt man somit Bobbios Differenzierung um die genannten Punkte, so lässt sie sich demnach erkenntnisfördernd und sinnvoll nutzen.

Weitaus bedeutsamer für die hier zu erörternde Frage ist indessen, dass Bobbio ohne konkrete Absicht mit seinen Erörterungen eine Rekonstruktion der Extremismustheorie vornahm und dabei ganz entscheidende Gesichtspunkte bezogen auf gemeinsame Feindbilder und Handlungsstile hervorhob. Er betonte zunächst ganz seinem empirischen Selbstverständnis verbunden, dass die Forderung nach größerer Gleichheit keineswegs grundsätzlich als etwa Gutes angesehen werden müsse. Der bekennende Sozialist positionierte sich somit in dieser Frage hier nicht einseitig. Bobbio, der eben das Bekenntnis zu politischen Grundrechten als von herausragender Bedeutung ansah, verwies auf die Grundeinstellung von Linken und Rechten zum Prinzip der Freiheit: Die gemäßigte Linke fordere Gleichheit im Einklang mit der Freiheit, die extremistische Linke plädiere für den Vorrang der Egalität. Die gemäßigte Rechte erhoffe sich im Rahmen der Freiheit mehr Ungleichheit, die extremistische Rechte setze demgegenüber die Forderung nach Ungleichheit absolut.

Bobbio differenzierte demnach auch Inhalte und Mittel: Es komme eben nicht nur auf einen inhaltlichen Konsens, sondern auch auf die konkrete Umsetzung an. Dabei fragte er, ob die Durchführung mehr

Ergebnis von Beschlüssen auf Basis freier Diskussionen oder Folgen des Einsatzes von repressiver Gewalt seien. Bezogen auf die Mittel sah Bobbio somit formale Gemeinsamkeiten von Links- und Rechts-extremisten, die eben im Einsatz solcher Methoden bestünden. Er band demnach die Einschätzung einer politischen Bestrebung als „extremistisch“ an die Anwendung von Gewalt. Indessen muss an dieser Stelle erneut betont werden, dass es Bobbio nicht um die Entwicklung einer eigenen Extremismustheorie ging. Ansonsten hätte er darüber hinaus wohlmöglich noch andere Handlungsweisen und Strukturmerkmale benannt. Bezogen auf den letztgenannten Gesichtspunkt verwies er nur auf eine „antiaufklärerische“ und „antidemokratische“ Dimension, wobei diesmal die Kommunisten als „italienische Marxisten“ ausdrücklich genannt wurden.¹³

6. Ernst Fraenkel I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Als nächster linker „Beiträger“ zur Extremismustheorie soll Ernst Fraenkel¹⁴, einer der „Gründungsväter“ der deutschen Politikwissenschaft nach 1945, behandelt werden: Der 1898 Geborene wurde bereits in seiner Jugend in einem sozialdemokratischen Sinne geprägt und schloss sich später der SPD an. Nach dem kurzen Einsatz als Soldat am Ende des Ersten Weltkriegs begann Fraenkel ein Jurastudium und engagierte sich gewerkschaftlich im Bereich des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik. Nach seiner Promotion arbeitete er zunächst als Dozent an einer Bildungseinrichtung des Metallarbeiterverbandes und später als Rechtsvertreter des SPD-Parteivorstandes. Bis Ende der 1920er Jahre zeigte sich Fraenkel noch von einer klassenkämpferischen Ausrichtung geprägt, danach plädierte er im Lichte der Bedrohung durch den Nationalsozialismus für die Beibehaltung der politischen Gegebenheiten der Weimarer Republik. Als Anwalt konnte Fraenkel nach

¹³ Vgl. ebenda, S. 35.

¹⁴ Vgl. Heinrich Erdmann, Neopluralismus und institutionelle Gewaltenteilung. Ernst Fraenkels pluralistische Parteienstaatstheorie als Theorie parlamentarisch-pluralistischer Demokratie, Opladen 1988; Simone Ludwig-Winters, Ernst Fraenkel. Ein politisches Leben, Frankfurt/M. 2009; Robert Chr. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hrsg.), (Doppel-)Staat und Gruppeninteressen. Pluralismus – Parlamentarismus – Schmitt-Kritik bei Ernst Fraenkel, Baden-Baden 2009.

1933 noch eingeschränkt arbeiten, musste aber 1938 als Jude und Sozialist das Land verlassen.

Im gleichen Jahr erstellte er seine Analyse „Doppelstaat“¹⁵, worin die nationalsozialistische Diktatur als eine Kombination von „Maßnahmen-“ und „Normenstaat“ gedeutet wurde. Im Exil in den USA nahm Fraenkel die dortige Demokratie als gelungenes Ordnungssystem wahr. Fortan entwickelte er seine bisherigen Auffassungen, angeregt auch durch Erfahrungen als Berater der US-Regierung in Südkorea, weiter in Richtung seiner Pluralismustheorie. Diese prägte auch Fraenkels Engagement als Politikwissenschaftler in Berlin, wo er 1953 nach der Rückkehr nach Deutschland eine Professur erhielt. Damit leistete Fraenkel einen bedeutenden Beitrag zur inhaltlichen und institutionellen Neugründung des Faches und seinem Verständnis als Demokratie- und Integrationswissenschaft. In dem 1964 erschienenen Sammelband „Deutschland und die westlichen Demokratien“¹⁶ finden sich seine bedeutendsten Beiträge zum Thema. 1967 wurde Fraenkel emeritiert. Danach kritisierte er noch die Auffassungen der Achtundsechziger scharf. 1975 starb Fraenkel in Berlin.

Die vorherigen Angriffe der Neuen Linken, die ihn als Reaktionär diffamierten, nahm der Sozialist verbittert zur Kenntnis. Denn entgegen dieser Behauptungen hatte sich Fraenkel bis zum Ende seines Lebens als linker Reformer und den „Pluralismus als Demokratietheorie des Reformismus“¹⁷ verstanden. So schrieb er noch 1969: „Abstrahiert man von den Chancen, die in der sozioökonomischen Realität die Angehörigen der verschiedenen Klassen tatsächlich auszuüben in der Lage sind, verschließt man seine Augen vor der Tatsache, dass Gleichheit des politischen Wahlrechts und Gleichheit vor dem Gesetz allein nicht genügen, um die Ungleichheit der sozialen Startsituation zu eliminieren, so läuft man Gefahr ... die Argumente all derer zu unterstützen, die den demokratischen Rechtsstaat als eine Attrappe denunzieren, hinter der sich die Herrschaft des Monopolkapitals ver-

¹⁵ Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat* (1938), hrsg. von Alexander von Brünneck, mit einem Nachwort von Horst Dreier, 3. Auflage, Hamburg 2012.

¹⁶ Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (1964), hrsg. und eingeleitet von Alexander von Brünneck, 9. Auflage, Baden-Baden 2011.

¹⁷ So lautet der Titel eines Beitrags, vgl. Ernst Fraenkel, *Pluralismus als Demokratietheorie des Reformismus* (1972), in: ebenda, S. 344-353.

birgt.“ Und weiter: „Hieraus ergibt sich ... für den Staat die Notwendigkeit, dem übermäßigen Einfluss oligopolistischer, wenn nicht gar monopolistischer Träger sozio-ökonomischer Macht entgegenzutreten.“¹⁸

7. Ernst Fraenkel II: Darstellung des Beitrags zur Extremismustheorie

Fraenkels Auffassungen, die als Beitrag zur Extremismustheorie gedeutet werden können, beziehen sich auf besondere Gesichtspunkte seiner Demokratie- und Pluralismustheorie. Diese findet sich indessen nicht systematisch entwickelt in einer Monographie, sondern verstreut in dem Sammelband „Deutschland und die westlichen Demokratien“. Fraenkel formulierte darin aus einer empirischen wie normativen Perspektive: Zunächst konstatierte er mit Blick auf die Gegebenheiten, dass man nicht von einer homogenen Bevölkerung sprechen könne. Diese Auffassung gehe auf das identitäre Demokratiebild von Rousseau zurück: „Das Volk ist aber nicht so einheitlich, wie es diese Theorie unterstellt. Das Volk ist in der sozialen Realität heterogen, ist differenziert.“¹⁹ Demnach bedürfe es um der Freiheit der unterschiedlichen Einzelnen und Gruppen willen des „Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie“²⁰, womit die Legitimität unterschiedlicher Interessenartikulationen auch in Konkurrenz zueinander angesprochen war.

Fraenkels Auffassung enthält aber eine Besonderheit gegenüber den klassischen Pluralismustheorien im Sinne von Harald Laski. Dieser hatte im Staat eine von vielen Gruppen in der Gesellschaft gesehen, wohingegen Fraenkel dem Staat eine Rolle über den Gruppen in der Gesellschaft zuschrieb. Demnach kam ihm auch die Aufgabe zu, das Gegen- und Miteinander der politischen und sozialen Interessenver-

¹⁸ Ernst Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie (1969), in: ebenda, S. 314-343, hier S. 342.

¹⁹ Ernst Fraenkel, Die ordnungspolitische Bedeutung der Verbände im demokratischen Rechtsstaat (1968), in: ebenda, S. 297-313, hier S. 301.

²⁰ So lautet der Titel eines Beitrags, vgl. Ernst Fraenkel, Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie (1964), in: ebenda, S. 256-280.

bände zu garantieren. Bezogen auf Prinzipien und Regeln sprach Fraenkel von einem „kontroversen“ und „nicht-kontroversen Sektor“, ganz entsprechend der These, „dass kein politisches Gemeinwesen lebensfähig ist, dessen Normensystem nicht auf einen generell als gültig anerkannten, mehr oder weniger abstrakten Wertkodex beruht ...“²¹

Anders formuliert: Um ein Maximum an Pluralismus zu garantieren, bedürfe es eines Minimums an Verbindlichkeiten. Die damit einhergehende Auffassung richtete sich erklärtermaßen gegen ein identitäres Demokratieverständnis, das Fraenkel in der Gesellschaftstheorie von Rousseau und über diesen in der Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt verankert sah. Für ihn bestand ein enger Kontext von Anti-Pluralismus und Totalitarismus. Die Auffassung von einer Einheit der Gesellschaft, die in erklärter Frontstellung zum Pluralismus formuliert werde, laufe auf die Etablierung einer Diktatur hinaus. Fraenkel sprach hier von einem heteronom legitimierten Demokratieverständnis, das aufgrund des postulierten Anspruchs zur Repräsentanz nicht des realen, sondern des „wahren Volkswillens“ derartige Folgen habe. Als Beispiele nannte er Rousseau, Robespierre, den Marxismus, den Nationalsozialismus und die „Neue Linke“, was wohl mit der erwähnten Diffamierung von Fraenkel als „reaktionär“ durch die Letzgenannten erklärt.

8. Ernst Fraenkel III: Kommentierung des Beitrags zur Extremismustheorie

Fraenkels Demokratie- und Pluralismustheorie kann auf unterschiedlichen Ebenen als ein Beitrag zur Extremismustheorie gelten: Bereits bei der Differenzierung von einem „kontroversen“ und „nicht-kontroversen Sektor“ zeigt sich dies. Denn eine moderne Demokratie und offene Gesellschaft muss aufgrund der ihnen eigenen konstitutiven Auffassungen der Artikulation unterschiedlicher ethischer, politischer oder sozialer Interessen breiten Raum geben. Indessen kann eine solche Einheit in Vielfalt nur funktionieren, wenn sich alle Akteure an ein gemeinsames Minimum an Normen und Regeln halten. Den damit gemeinten „nicht-kontroversen Sektor“ definierte Fraenkel indessen

²¹ Ernst Fraenkel, Demokratie und öffentliche Meinung (1963), in: ebenda, S. 231-255, hier S. 243.

nicht näher, schrieb er doch nur von „einem stets und von neuem durch Anpassung an die einem ständigen Wandel unterzogenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten“²². In der Extremismustheorie besteht der „nicht-kontroversen Sektor“ aus den genannten Minimalbedingungen moderner Demokratien und offener Gesellschaften.

Einen weiteren Gesichtspunkt erblickt man in der Differenzierung von einem identitären und pluralistischen Demokratieverständnis. Auch Diktaturen und Extremisten bezeichnen sich gelegentlich als demokratisch, da ihre politische Legitimation auf das „Volk“ bezogen sein soll. Hierbei imaginieren sie die Auffassung von einer Homogenität, die so nicht der gesellschaftlichen Realität entspricht. Gleichzeitig konstruiert diese Deutung dabei ein Allgemeininteresse, das nicht aus der Betrachtung der gesellschaftlichen Gegebenheiten, sondern aus der Ideologie der extremistischen Protagonisten abgeleitet wird. Sie behaupten, das Gemeinwohl besser zu kennen als das Volk selbst. Demgegenüber differenzierte Fraenkel auch eine empirische und eine hypothetische Form: Die Erstgenannte ergab sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung, die etwa ihren Ausdruck in Wahlergebnissen fand. Die hypothetische Auffassung von Gemeinwohl leitete sich ab aus der besonderen Einsicht der extremistischen Elite, die einen exklusiven Erkenntnisanspruch erhob.

Und schließlich soll noch gesondert auf den Gegensatz von identitärem und pluralistischem Gesellschaftsbild bei Fraenkel verwiesen werden: Gerade in der Auffassung, wonach es eine politische Einheit in der Bevölkerung geben sollte bzw. würde, kommt eine extremistische Grundposition zum Ausdruck. Denn hierbei geht es um Abschaffung oder Unterordnung der jeweiligen Einzelinteressen gegenüber dem vorgeblichen Kollektiv. In der Konsequenz läuft dies darauf hinaus, dass individuelle Grund- und Menschenrechte in ihrer allseitigen und gleichrangigen Gültigkeit mitunter abgeschafft oder zumindest relativiert werden. Fraenkel argumentierte hierbei als vehementer Kritiker von Rousseau, der ihm als „Apostel des Ant-Pluralismus“²³ erschien. Auch wenn man über die subjektive Absicht und das objektive

²² Ebenda, S. 243.

²³ Fraenkel, Pluralismus als Strukturelement freiheitlich-rechtstaatlicher Demokratie (Anm. 20), S. 264.

Wirken dieses Denkers auch differenzierterer Auffassung sein kann, ist doch der von Fraenkel betonte Einklang seiner Grundargumentation mit der extremistischen Legitimation von identitären Gesellschaftsauffassungen nicht von der Hand zu weisen.

9. Thomas Meyer I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Als neuerer Repräsentant der deutschen Politikwissenschaft soll hier Thomas Meyer²⁴ hinsichtlich seiner Beiträge zur Extremismustheorie inhaltliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ähnlich wie bei den meisten anderen Genannten entstanden seine Auffassungen nicht beabsichtigt für einen solchen Kontext, die von ihm stammenden Deutungen zum „Fundamentalismus“ können gleichwohl so interpretiert werden: Der 1943 Geborene war nach seinem Studium sowohl in parteipolitischen wie politikwissenschaftlichen Kontexten tätig. Einerseits engagierte Meyer sich im Bereich der theoretischen Grundlagenarbeit der SPD und wurde stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission beim Parteivorstand. Andererseits legte er eine Fülle von politikwissenschaftlichen Arbeiten zu unterschiedlichen Themen vor und erhielt eine Professur an der Universität Dortmund. Auch wenn seine Aufsätze und Bücher die Ausrichtung des Parteimitglieds erkennen lassen, standen sie doch für eine eigenständige Analyse der jeweiligen Fragestellungen.

Man kann indessen mehr parteipolitisch und mehr politikwissenschaftlich ausgerichtete Publikationen auch hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung unterscheiden: Der eher knapp gehaltene Band „Demokratischer Sozialismus – Soziale Demokratie. Eine Einführung“ von 1982 deutet die genannten Bezeichnungen ganz im Lichte der SPD. Darin heißt es etwa: „Demokratischer Sozialismus ist das Prinzip für eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung, in der gleiche Freiheit für alle Menschen in allen Lebensbereichen durch Solida-

²⁴ Über Thomas Meyers Leben und Werk liegen keine gesonderten Darstellungen vor. Auch folgender Sammelband enthält keinen Eintrag über ihn: Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hrsg.), Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin, Baden-Baden 2014.

rität und gesellschaftliche Organisation verwirklicht wird.“²⁵ Meyer betonte in diesem Kontext dezidiert den Gegensatz von „Demokratischem Sozialismus versus Marxismus-Leninismus“, wobei Letzterer ihm als „Diktatur einer ‚bewußten‘ Elite“²⁶ galt. Die parteipolitische „Enge“ seiner Argumentation machten dann aber zwei Aspekte deutlich: Die Frage der Realisierung der genannten Ideale durch die SPD blieb weitgehend unerörtert, und die Position eines „demokratischen Sozialismus“ wurde auf die Partei verengt gesehen.

Meyer legte zum gleichen Thema aber auch eine umfangreiche Darstellung zur „Theorie der Sozialen Demokratie“ von 2005 vor, worin eine Begründung für den Gestaltungsanspruch „Sozialer Demokratie in Auseinandersetzung mit den Positionen ihrer libertären Alternative in der normativen, theoretischen und empirischen Dimension“²⁷ präsentiert werden sollte. Den dabei selbst gestellten Anspruch, ebenso empirisch wie normativ zu arbeiten, löste Meyer durchaus ein. Offenbar in bewusster Abgrenzung zu der zwischenzeitlich entstandenen bzw. umbenannten „Partei des Demokratischen Sozialismus“ sprach er fortan nicht mehr vom „Demokratischen Sozialismus“, sondern von der „Sozialen Demokratie“. Sie sei *„das Gestaltungsprogramm, mit dem die Gesellschaft auf sich selbst mit dem Ziel einwirkt, beides, die Bedingungen menschlicher Würde und politischer Handlungsfähigkeit, im Hinblick auf die grundlegende Legitimationsnorm der Gleichheit zu sichern.“*²⁸ Damit betonte der Autor seine Akzeptanz und Wertschätzung des konstitutiven Prinzips der politischen Linken.

10. Thomas Meyer II: Darstellung des Beitrags zur Extremismustheorie

Meyers Analysen zum Fundamentalismus, die hier als Beitrag zur Extremismustheorie dargestellt und kommentiert werden sollen, haben mit der erwähnten Ambivalenz von parteipolitischen und politikwissenschaftlichen Stellungnahmen dann schon nichts mehr zu tun. Bevor

²⁵ Thomas Meyer, Demokratischer Sozialismus – Soziale Demokratie. Eine Einführung (1982), 3. Auflage, Bonn 1991, S. 11.

²⁶ Ebenda, S. 60.

²⁷ Thomas Meyer, Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2005, S. 5.

²⁸ Ebenda, S. 52.

deren Besonderheiten genaueres Interesse finden sollen, bedarf es noch einer grundsätzlichen Anmerkung zur „Fundamentalismus“-Definition in den Politik- und Sozialwissenschaften. Es lässt sich ein engeres und weiteres Verständnis unterscheiden: Das Erstgenannte meint Bestrebungen, die eine wörtliche Interpretation der „Heiligen Schriften“ einer bestimmten Religion einfordern. Das weitere Verständnis nimmt auch Bestrebungen über die Religionen hinaus in den Blick, wobei auf bestimmte Denkungsarten im Sinne von Dogmatisierung und Kritikimmunisierung abgestellt wird. Hierbei kann es sich um ethische, ökonomische oder soziale, aber eben auch politische Phänomene handeln. Meyers Auffassung ist diesem letztgenannten weiten Verständnis zuzuordnen.

Er schrieb denn auch in seinem Buch „Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne“ von 1989 in Anlehnung an eine bekannte Formulierung von Kant: „Fundamentalismus ist der selbstverschuldete Ausgang aus den Zumutungen des Selberdenkens, der Eigenverantwortung, der Begründungspflicht, der Unsicherheit und der Offenheit aller Geltungsansprüche, Herrschaftslegitimationen und Lebensformen, denen Denken und Leben durch Aufklärung und Moderne unumkehrbar ausgesetzt sind, in die Sicherheit und Geschlossenheit selbsterkorener absoluter Fundamente.“²⁹ Diese Definition beschreibt eine Haltung, aber keine Inhalte. Demnach können dem Fundamentalismus je nach Einstellung unterschiedliche Phänomene zugeordnet werden. Meyer nannte als Erscheinungsformen christliche Evolutionsgegner, islamistische „Gottesstaat“-Anhänger, esoterische Kleingruppen, fanatische Ökologie-Aktivistinnen, sozialrevolutionäre Terroristen und jüdische Ultra-Orthodoxe als Angehörige einer „Internationale der Unvernunft“.³⁰

Die Gemeinsamkeiten dieser Bewegungen bestanden nicht in Auffassungen zur Bekundung eigener Identität, sondern in Strukturmerkmalen bei der Frontstellung gegen die Moderne. Der Fundamentalismus galt Meyer demnach als Ausdruck von Absolutheitsansprüchen, Geschlossenheit und Kritikabwehr, während er die Moderne als Ausdruck von Differenz, Individualität und Zweifel ansah. Indessen benannte er auch dezidierte politische Kategorien wie Menschenrechte,

²⁹ Thomas Meyer, *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne*, Reinbek 1989, S. 157.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 65-154.

Pluralismus und Volkssouveränität.³¹ Aus der Auflistung der obigen Beispiele geht indessen hervor, dass Fundamentalismus für Meyer nicht nur eine Bezeichnung für politische Bestrebungen war. Seine Definition als Sammelbegriff ging darüber hinaus und erfasste eben auch Phänomene aus den Bereichen von Ethik, Kultur oder Religion.³² Die inhaltlichen Unterschiede der gemeinten Bewegungen stritt Meyer dabei nicht ab, er betonte aber die formalen Gemeinsamkeiten bei der inhaltlichen Stoßrichtung gegen die Grundprinzipien einer kulturellen und politischen Moderne.

11. Thomas Meyer III: Kommentierung des Beitrags zur Extremismustheorie

Die „Fundamentalismus“-Definition von Meyer entspricht über weite Strecken den Grundauffassungen der Extremismustheorie, können doch nur Differenzen bei den Bezugsfaktoren ausgemacht werden: Auch die Fundamentalismus-Definition stellt auf die Autonomie und Grundrechte des Individuums ab, wie die Anlehnung an die Erläuterung zur Aufklärung von Kant deutlich macht. Daher betonte Meyer die Inanspruchnahme von Freiheiten wie Dissens gegen Harmonismus, Eigenverantwortung gegen Opportunismus oder Individualität gegen Kollektivismus. Bei ihm sind die Kategorien mehr lebensweltlicher denn politischer Natur. Gleichwohl nannte er auch solche Merkmale für die antithetische Auffassung von Fundamentalismus, wenn etwa Demokratie und Menschenrechte hier Erwähnung fanden. Meyer geht aber über die Extremismusauffassung mit seinem Fundamentalismusverständnis hinaus, nimmt er doch Erscheinungsformen in den Religionen ohne politischen Bezug ebenfalls in seinen Sammelbegriff auf.

³¹ Vgl. ebenda, S. 25, 157 und 185.

³² Vgl. auch die Auflistung unterschiedliche Spielarten des Fundamentalismus in einer späteren Publikation: Thomas Meyer, Was ist Fundamentalismus? Eine Einführung, Wiesbaden 2011, S. 31-72. In einem von ihm früher herausgegebenen Sammelband finden sich darüber hinaus noch weitere Formen von anderen Autoren genannt, vgl. ders. (Hrsg.), Fundamentalismus in der modernen Welt. Die Internationale der Unvernunft, Frankfurt/M. 1989.

Der programmatische Buchtitel „Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne“ nennt darüber hinaus den Gegensatz zum Fundamentalismus und bestimmt ihn inhaltlich über die dabei zum Ausdruck kommende Frontstellung. Fundamentalismus ist in dieser Perspektive als Negativ-Definition die Ablehnung der Moderne. Auch dafür benannte Meyer einzelne Gesichtspunkte, die über eine politische Dimension im engeren Sinne hinaus gehen: Autonom gewordene Künste wollten der inneren Erfahrung des modernen Menschen frei von Konventionen und Zwängen inhaltlichen Ausdruck geben; in Moral- und Rechtsdiskursen gehe es um die allgemein anerkennungsfähige Begründung gerechter Normen und Prinzipien für soziales Agieren und Zusammenleben; individuelles und kollektives Handeln folge nicht mehr traditionellen Gruppenmustern, sondern müsse sich aus universellen Handlungsnormen legitimieren. Indessen meinte Meyer aber auch: „Der Begriff der Moderne bliebe jedoch ein Torso ohne Bezug auf die politische Organisation der Gesellschaft ...“³³

Er nannte daraufhin die Abdrängung der Religion in den Bereich privater Glaubensfragen und die rationale Legitimation der Herrschaftsausübung, aber auch als deren konstitutive Grundlagen die Menschenrechte und Volkssouveränität. Mit Ausnahme des erstgenannten Gesichtspunktes entsprechen diese Merkmale denen der modernen Demokratien und offenen Gesellschaften im oben definierten Sinne. Demnach entspricht die Extremismustheorie durchaus der Fundamentalismustheorie von Meyer. Die eigentliche Differenz besteht darin, dass „Fundamentalismus“ bei ihm viel weiter angelegt ist. Man darf gleichwohl sagen, dass „Extremismus“ die politische Form des Fundamentalismus ist. Denn alle von Meyer genannten politischen Beispiele können als extremistisch im oben definierten Sinne gelten, sieht man einmal von den Bestrebungen der ökologischen Fundamentalisten ab. Erstaunlich wirkt im Nachhinein nur, dass er in seinem ersten „Fundamentalismus“-Buch nicht Fälle aus dem Links- oder Rechtsextremismus nannte.³⁴

³³ Meyer, Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne (Anm. 29), S. 25.

³⁴ Ähnliche Auffassungen zum Fundamentalismus finden sich in: Hans-Gerd Jaschke, Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg 1998; zuvor hatte der Autor indessen die Extremismustheorie verworfen, vgl. ders., Streitbare Demokratie

12. Karl R. Popper I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Die Aufnahme von Karl R. Popper³⁵ in die Kategorie „linke Beiträge zur Extremismustheorie“ mag zunächst überraschen, gilt der Erkenntnistheoretiker doch als Liberaler und nicht als Linker. Diese Einschätzung trifft für den Zeitraum ab Beginn der 1950er Jahre zu, indessen schrieb er seine bedeutendsten Werke „Logik der Forschung“ und „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ noch als demokratischer Reform-Sozialist. Deutlich belegt dies der Blick auf seine biographisch-politische Entwicklung³⁶ ebenso wie in das letztgenannte Werk: Der 1902 in Wien geborene Popper engagierte sich bereits nach dem Abgang vom Realgymnasium in der sozialistischen Arbeiterbewegung Österreichs. 1919 stand er sogar zeitweise dem Kommunismus nahe, brach aber mit Ideologie und Partei aufgrund von Dogmatismus und Verantwortungslosigkeit. Auch danach blieb Popper bekennender Sozialist, ohne aber parteipolitisch in der Sozialdemokratie aktiv zu werden. Sein Betätigungsfeld lag vielmehr in der parteinahen Jugend- und Schulreformbewegung.

Nach dem Abschluss des Studiums arbeitete Popper zunächst als Lehrer und entwickelte parallel dazu seine erkenntnistheoretischen Grundpositionen. Sie erschienen 1934 gebündelt in seinem Buch „Logik der Forschung“ und ließen ihn innerphilosophisch schnell bekannt werden. Dadurch lernte er 1935 auch Friedrich August Hayek und Bertrand Russell kennen. Durch den zwischenzeitlich erlangten wissenschaftlichen Ruf erhielt Popper eine Dozentenstelle in Neuseeland, wohin er 1937 ein Jahr vor der Annektierung Österreichs durch das Hitler-Regime umzog. Dort entstand 1944 der Beitrag „Das Elend des Historizismus“ und 1945 das Werk „Die offene Gesellschaft und

und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 33-61.

³⁵ Vgl. Manfred Geier, Karl Popper, Reinbek 1992; Martin Morgenstern/Robert Zimmer, Karl Popper, München 2002; Lothar Schäfer, Karl R. Popper, München 1988.

³⁶ Der Soziologe Hans-Joachim Dahms meint, Popper habe seine linke Prägung in späteren autobiographischen Darstellungen zwar formal erwähnt, aber „kräftig heruntergespielt“, ders., Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus, Frankfurt/M. 1994, S. 325, vgl. ebenda, S. 325-330.

ihre Feinde“. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhielt Popper 1946 eine Dozentenstelle an der bekannten London School of Economic, wodurch er weit über Fachgrenzen hinaus bekannt wurde. In der Folgezeit entwickelte sich Popper immer mehr zu einem Liberalen und kritisierte die Linke. 1994 starb der 1965 in den Adelstand erhobene Popper in London.

Das erwähnte sozialphilosophische Hauptwerk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ enthält zwar auch eine Kritik an Marx, sie ging aber immer wieder mit aner kennenden Kommentaren einher. Popper argumentierte darin aus der Perspektive eines nicht-marxistischen Sozialismusverständnisses. Man findet auch kapitalismuskritische Aussagen wie etwa die folgende Position, die gegen die Freiheit des Marktes und für die Intervention des Staates plädierte: „Der Staat muss darauf achten, dass niemand aus Furcht vor Hunger oder vor wirtschaftlichem Zusammenbruch ein ungerechtes Abkommen zu schliessen braucht. Das bedeutet natürlich, dass das Prinzip der Nichtintervention eines unbeschränkten ökonomischen Systems aufgegeben werden muss; wenn wir die Freiheit sicherstellen wollen, dann müssen wir fordern, dass die Politik schrankenloser ökonomischer Freiheit durch die geplante ökonomische Intervention des Staates ersetzt werden. Wir müssen fordern, dass der schrankenlose *Kapitalismus* einem *ökonomischen Interventionismus* weiche.“³⁷

13. Karl R. Popper II: Darstellung des Beitrags zur Extremismustheorie

Die Auffassungen von Popper, die als Beiträge zur Extremismustheorie gedeutet werden können, finden sich auch in „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“. Das zweibändige Werk sah der Autor als eine indirekte Kritik an Nationalsozialismus und Stalinismus als den totalitären Diktaturen seiner Zeit an. Inhaltlich ging es indessen um eine kritische Auseinandersetzung mit Platon, Hegel und Marx, wobei diese Denker als geistige Repräsentanten einer „geschlossenen Gesellschaft“ interpretiert wurden. Popper verstand darunter eine antipluralistische und homogene, kollektivistische und starre Sozialordnung,

³⁷ Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2: Hegel, Marx und die Folgen, 6. Auflage, München 1980, S. 154.

die mit der Aufhebung individueller Freiheit und der Etablierung diktatorischer Systeme einhergehe. Indessen beschäftigte er sich im Kern mit der Herrschaftslegitimation und nur am Rande mit den Herrschaftsstrukturen. Popper arbeitete bei der Auseinandersetzung mit den genannten Denkern eher beiläufig formale Bestandteile ihrer Ideologien heraus, welche ebenso als Strukturprinzipien extremistischer Doktrine interpretiert werden können.

So benannte Popper etwa den „Historizismus“ als einer Lehre, wonach „die Geschichte von besonderen historischen oder Entwicklungsgesetzen beherrscht ist, deren Entdeckung uns die Möglichkeit geben würde, das Schicksal der Menschen vorauszusagen.“³⁸ Er erwähnte auch den „Essentialismus“ als Annahme, wonach es möglich sei, „Essenzen mit Hilfe der intellektuelle Intuition zu erkennen und zu unterscheiden, sowie in der Annahme, dass jede Essenz einen ihr eigentümlichen Namen besitze, den Namen, nach dem die wahrnehmbaren Dinge genannt werden, und dass sie sich in Worten beschreiben lasse.“³⁹ Popper formulierte auch am Beispiel von Platon, wie der Individualismus zugunsten des Kollektivismus ausgespielt werde. Denn ihm sei es nicht daran gelegen „die Forderungen des Individuums denen des Staates anzupassen. Denn das Individuum ist ein völlig minderwertiges Ding. ... Nur das kollektive Ganze als solches ist von Interesse, und die Gerechtigkeit besteht für ihn in nichts anderem als in der Gesundheit, Einheit und Stabilität des Kollektivkörpers.“⁴⁰

Bei der Auseinandersetzung mit Hegel hob der Erkenntnistheoretiker dessen Absicht hervor, die eigenen Auffassungen durch eine besondere Darstellungsweise von einer argumentativen Prüfung zu schützen: „Indem er Kritik und Argumentation unmöglich macht, schützt er seine eigenen Philosophie vor aller Kritik; so vor jedem Angriff sicher, kann sie sich als ein doppelt verschanzter Dogmatismus und als der unübertreffliche Gipfel der philosophischen Entwicklung niederlassen.“⁴¹ Demnach geht es hier um die Dogmatisierung von Positionen. An Marx kritisierte Popper seine Auffassung von den Gesetzen

³⁸ Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 1: Der Zauber Platons, 6. Auflage, München 1980, S. 32.

³⁹ Ebenda, S. 60.

⁴⁰ Ebenda, S. 151.

⁴¹ Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 2 (Anm. 37), S. 52.

der Geschichte und der Möglichkeit der Prophetie: „Ich glaube, dass Marx trotz seiner Verdienste ein falscher Prophet gewesen ist. Er war ein Prophet des Ablaufs der Geschichte, und seine Prophezeiungen haben sich nicht bewahrheitet; aber das ist nicht mein Hauptvorwurf. Viel wichtiger ist, dass er zahllose intelligente Menschen dazu verführte, zu glauben, dass die wissenschaftliche Behandlung sozialer Probleme in der Aufstellung historischer Prophezeiungen besteht.“⁴²

14. Karl R. Popper III: Kommentierung des Beitrags zur Extremismustheorie

Aus den von Popper benannten und kritisierten Bestandteilen des Denkens von Platon, Hegel und Marx lassen sich Strukturmerkmale extremistischer Ideologien ableiten. Gemeint sind damit formale Besonderheiten, die allen Formen des politischen Extremismus unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung gemeinsam sind. Dies erlaubt auch den Extremismus nicht mehr nur negativ über die Ablehnung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates zu definieren. Vielmehr lässt sich auf die Existenz eben dieser Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft verweisen. Hierbei kann die Bedeutung der Ideologiekritik des Kritischen Rationalismus, also der von Popper entwickelten und vertretenen Erkenntnistheorie, kaum unterschätzt werden.⁴³ Die eher geringe Aufmerksamkeit für diese Leistung erklärt sich wohl mit dadurch, dass der Erkenntnistheoretiker und Sozialphilosoph seine Auffassungen im Rahmen exemplarischer Erörterungen und nicht mit der Stringenz einer entwickelten Typologie präsentierte.

⁴² Ebenda, S. 104.

⁴³ Gleiches gilt für die Totalitarismusforschung, vgl. Marc-Pierre Möll, Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus, Baden-Baden 1998, S. 182-191; Armin Pfahle-Traughber, Ideologische Strukturmerkmale der geschlossenen Gesellschaft. Karl R. Popper als Totalitarismustheoretiker, in: Aufklärung und Kritik 10 (2003), Nr. 1, S. 106-125; ders., Die Ideologiekritik des Kritischen Rationalismus als Beitrag für die extremismus- und Totalitarismustheorie, in: Erick Giesecking u.a. (Hrsg.), Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag, Lauf 2006, S. 389-403.

In Anlehnung an Popper können folgende Strukturmerkmale extremistischer Doktrine benannt und unterschieden werden: Dazu gehört erstens der exklusive Erkenntnisanspruch. Es geht dabei um den Glauben an ein „höheres Wissen“, das nur ausgewählte Individuen besitzen und das den anderen Menschen eher unzugänglich sei. Als zweites Merkmal gelten kann der dogmatische Absolutheitsanspruch. Diese Einstellung manifestiert sich in Behauptungen von Aktivisten und Ideologen, bestimmte Einsichten oder Prinzipien ihrer Auffassung seien absolut wahr, allgemein gültig und nicht bezweifelbar. Als drittes Merkmal soll hier das essentialistische Deutungsmonopol genannt werden. Diese Einstellung geht von der Annahme aus, man könne mit Hilfe der intellektuellen Intuition den verborgenen Kern bestimmter Dinge erkennen und unterscheiden. Als viertes Merkmal sei die holistische Steuerungsabsicht genannt. Dabei beabsichtigt man, eine Gesellschaft ganzheitlich unter Kontrolle zu bringen und sie in die entsprechende Richtung steuern zu wollen.

Als fünftes Merkmal extremistischer Ideologien soll hier das deterministische Geschichtsbild genannt werden. Dabei steht die Auffassung im Zentrum, wonach der historischen Entwicklung unabdingbar ein Sinn eigen und ebendieser von den Anhängern dieses Denkens erkannt worden sei. Als sechstes Merkmal gelten kann eine Gesellschaftskonzeption, die auf politische Homogenität und Kollektivismus hinausläuft. Im letztgenannten Sinne hebt man die Bedeutung der Gruppe, des Kollektivs oder des Staates eindimensional gegenüber dem Stellenwert des einzelnen Menschen hervor und fordert dessen konformistische Unterordnung ein. Als siebtes Kriterium soll der dualistische Rigorismus genannt werden. Gemeint sind damit rigorose Gegensatzpaare wie Gut-Böse, Freund-Feind, Schwarz-Weiß. Und schließlich kann als achttes Merkmal die fundamentale Verwerfung gelten. Diese auch „Alternativ-Radikalismus“⁴⁴ genannte Einstellung bezieht sich auf die rigorose Ablehnung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates.⁴⁵

⁴⁴ Diese Formulierung stammt von dem Popper-Anhänger Hans Albert, vgl. ders., Traktat über kritische Vernunft (1968), Tübingen 1991, S. 211-213.

⁴⁵ Vgl. zur ausführlicheren Begründung bzw. Erläuterung dieser Merkmale: Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde eine offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: ders. (Hrsg.),

15. Bertrand Russell I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Und schließlich soll hier der britische Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell⁴⁶ besondere Aufmerksamkeit finden, wobei seine gleichzeitige Kritik am Faschismus und Kommunismus den inhaltlichen Bezugspunkt bildet: Der 1872 Geborene entstammte dem Hochadel und genoss eine entsprechende Erziehung. Russell wich indessen ganz bewusst in seiner persönlichen Lebensweise und politischen Orientierung von den Vorgaben ab, welche in diesen sozialen Kontexten als allgemein üblich galten. Nach seinem Studium der Mathematik und Philosophie in Cambridge reiste Russell 1896 nach Berlin. Als Ausdruck dort gemachter Erfahrungen erschien noch im gleichen Jahr sein erstes Buch „German Social Democracy“⁴⁷, welche mit unverkennbarer politischer Sympathie beschrieben und kommentiert wurde. Russell hatte sich zwischenzeitlich zu einem Sozialisten entwickelt, indessen nicht in einem marxistischen Sinne. Eher neigte er seinerzeit einer syndikalistischen Ausrichtung mit anarchistischen Einschlägen im Sinne eines „Gildensozialismus“ zu.⁴⁸

Darüber hinaus nahm Russell eine pazifistische Einstellung ein, welche ihn zu einem vehementen Kritiker der britischen Außenpolitik machte. Einschlägiges Engagement führte 1917 zu einer Gefängnisstrafe wegen Beleidigung der US-amerikanischen Armee. Russells sozialistische Grundposition machten ihn einige Jahre später indessen nicht blind gegenüber den gesellschaftlichen und politischen Zuständen in der Sowjetunion, die von nicht wenigen westlichen Linksintellektuellen als neues „Paradies der Arbeiterklasse“ apologetisch gefeiert wurde. In seinem Buch von 1920 „The Practice and Theory of

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

⁴⁶ Vgl. Philip Ironside, *The Social and Political Thought of Bertrand Russell. The Development of an Aristocratic Liberalism*, Cambridge 1996; Thomas Mormann, *Bertrand Russell*, München 2007; Ernst R. Sandvoss, *Russell*, Reinbek 1980

⁴⁷ Bertrand Russell, *German Social Democracy*, London 1896.

⁴⁸ Vgl. Bertrand Russell, *Wege zur Freiheit. Sozialismus, Anarchismus, Syndikalismus*, (1918), Frankfurt/M. 1973.

Bolshevism“⁴⁹ formulierte Russell eine vehemente Kritik an Lenins Herrschaft und hob dabei insbesondere den dogmatischen Hass bei der gewaltsamen Veränderung hervor. Diesen dezidierten Antikommunismus sollte der Sozialist sein Leben lang beibehalten. Er schrieb 1937: „Ich für mein Teil bin zwar ein ebenso überzeugter Sozialist wie der glühende Marxist, halte aber den Sozialismus nicht für ein Evangelium proletarischer Rachegefühle.“

Russell betonte stattdessen: „Ich sehe darin vornehmlich eine Methode der Anpassung an die maschinelle Produktion, wie sie der gesunde Menschenverstand fordert ...“⁵⁰ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt er an seinen pazifistischen und sozialistischen Auffassungen fest und engagierte sich insbesondere gegen die Atomrüstung in Ost und West. Da ihm 1950 der Literaturnobelpreis für seine „History of Western Philosophy“⁵¹ verliehen wurde, konnte Russell seine damit einhergehende öffentliche Bekanntheit nutzen. Bei Demonstrationen gegen militärische Einrichtungen plädierte er für die Anwendung von Methoden des zivilen Ungehorsams, was ihm 1961 noch mit 89 Jahren eine Gefängnisstrafe wegen Aufhetzung der Öffentlichkeit gegen die Staatsgewalt einbrachte. 1966 gründete Russell das Internationale Tribunal gegen Kriegsverbrechen mit und engagierte sich insbesondere gegen den US-Krieg in Vietnam. 1970 starb Russell als hochgeachteter Intellektueller, dem allerdings auch eine gewisse Eitelkeit ebenso wenig fremd war wie eine romantische Schwärmerei.

16. Bertrand Russell II: Darstellung des Beitrags zur Extremismustheorie

Als ein besonderer Beitrag Russells zur Extremismustheorie kann eine eher kurze Abhandlung mit dem Titel „Scylla and Charybdis, or Communism and Fascism“ von 1934 gelten. Gegen die seinerzeit be-

⁴⁹ Auszüge davon finden sich in deutscher Übersetzung in: Bertrand Russell, Politische Schriften I: Was wir tun können, München 1972, S.117-156.

⁵⁰ Bertrand Russell, Was für den Sozialismus spricht (1937), in: ders., Lob des Müßiggangs, München 2002, S. 132-171, hier S. 132f.

⁵¹ Das Buch gilt mittlerweile als Klassiker der Philosophiegeschichte und liegt als Einführung und Gesamtdarstellung in vielen Ausgaben vor, vgl. Bertrand Russell, Philosophie des Abendlandes (1945), München 2004.

hauptete Alternativlosigkeit gegenüber Faschismus und Kommunismus bemerkte er bereits zu Beginn: „Ich befinde mich in Opposition zu beiden und kann mich keiner der beiden Alternativen anschließen ...“⁵² Danach führte er seine Einwände zunächst gegen den Kommunismus und dann gegen den Faschismus aus. Mit den „Kommunisten“ meinte er die seinerzeitigen Anhänger der „Dritten Internationale“, also jener Kommunistischer Parteien, die in ihrem ideologischen und strategischen Selbstverständnis an der seinerzeitigen Politik der Sowjetunion unter Stalin ausgerichtet waren. Bei der genauen Lektüre von Russells Erörterungen wird indessen deutlich, dass er sich auch gegen die geistigen Väter der damit gemeinten politischen Bewegungen und Parteien richtete. Demgemäß bezog Russell sich auch auf die ideologischen Grundlagen bei Marx.

Bereits im ersten von acht Punkten formulierte er: „Ich glaube nicht an irgendeine dialektische Zwangsläufigkeit in der historischen Entwicklung ...“⁵³ Marx's Auffassung, wonach jede folgende Entwicklungsstufe der menschlichen Geschichte ein Fortschritt sein müsse, hielt Russell für unbegründet. Nach Einwänden gegen die Marx'sche Werttheorie und die Unfehlbarkeitsvorstellung über ihn bemerkte Russell weiter: „Der Kommunismus ist undemokratisch“, er sei die Diktatur einer kleinen Minderheit. Darüber hinaus schränke er „die Freiheit, vornehmlich die geistige Freiheit, stärker ein als jedes andere System, abgesehen vom Faschismus.“⁵⁴ Darüber hinaus fand die Verherrlichung der Handarbeiter im kommunistischen Denken und die Fixierung auf eine gewalttätige Durchführung des Klassenkampfes Russells Kritik. Und schließlich hieß es: „In Marx und im Kommunismus steckt so viel Hass, dass schwerlich zu erwarten ist, die Kommunisten würden im Falle ihres Sieges ein Regime aufrichten, das keine Böswilligkeiten zuließe.“⁵⁵

Erst danach ging Russell zur Kritik am Faschismus über, wobei er eine bedeutende Differenzierung vornahm: „Mit der Absicht, die die Kommunisten verfolgen, stimme ich im großen und ganzen überein;

⁵² Bertrand Russell, *Scylla und Charybdis oder Kommunismus und Faschismus*, in ders., *Lob des Müßiggangs* (Anm. 50), S. 118-130.

⁵³ Ebenda, S. 119.

⁵⁴ Ebenda, S. 120.

⁵⁵ Ebenda, S. 123

ich wende mich weit mehr gegen die von ihnen angewandten Methoden als gegen ihre Ziele. Bei den Faschisten aber missbillige ich Ziel und Methoden gleich stark.“⁵⁶ Denn die Anhänger dieser Bewegung oder Partei seien in ihrer antidemokratischen Einstellung weitaus grundsätzlicher, gingen sie doch von auserwählten Einzelpersonen oder Völkern aus, welche mit gewaltsamen Mitteln die anderen Menschen zu deren Untergebenen machen wollten. Demnach heißt es bei Russell: „Der grundsätzlich stärkste Einwand aber richtet sich gegen das faschistische Prinzip, einen Teil der Menschheit als den einzig wichtigen herauszustellen.“⁵⁷ Und schließlich benannte er noch einen Einwände gegen beide Bestrebungen: Sie seien „Versuche einer Minderheit, eine Bevölkerung gewaltsam entsprechend einer vorgefassten, schablonenhaften Vorstellung umzubilden.“⁵⁸

17. Bertrand Russell III: Kommentierung des Beitrags zur Extremismustheorie

Russell formulierte in der vorgestellten Abhandlung entgegen der Erwartungen für den seinerzeitigen Hintergrund - in Deutschland bestand die Hitler-, in Italien die Mussolini- und in der Sowjetunion die Stalin-Diktatur - keineswegs allein oder zentral bezogen auf die Ebene der Herrschaft. Er stellte auf formale, aber auch inhaltliche Merkmale der jeweiligen Ideologien ab, welche den extremistischen Bestrebungen in der Bewegungs- und nicht nur in der Systemphase eigen sind. Demnach können Russells Einschätzungen auch für den hier zu erörternden Kontext genutzt werden. Darüber hinaus nahm er eine bedeutende Differenzierung bezogen auf die Inhalte und Mittel vor. Russell erklärte seinen Konsens mit den Absichten der Kommunisten, womit er wohl auf deren Forderung nach einer klassenlosen Gesellschaft anspielte, und richtete seine Kritik primär gegen die genutzten Mittel. Diese Unterscheidung erklärt sich nicht allein, aber doch mit durch seine politische Selbstverortung als Sozialist, allerdings in einem demokratischen und nicht-totalitären Sinne.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Ebenda, S. 125.

⁵⁸ Ebenda, S. 128.

Abstrahiert man einige kritische Anmerkungen von Russell, so lassen sich daraus strukturelle Merkmale von extremistischen Doktrinen ableiten. Bereits der erste Einwand gegen die Auffassung von einer in der historischen Entwicklung angelegten dialektischen Zwangsläufigkeit steht für eine Denkungsart, wonach der Geschichte ein richtig von bestimmten Akteuren richtig deutbarer fester Sinn innewohnt. Damit gehe ein blinder Autoritätsglaube mit der Behauptung einer Unfehlbarkeit einher, was im Gegensatz zum wissenschaftlichen Denken stehe. Demnach konstatierte Russell einen dogmatischen Absolutheitsanspruch in Kombination mit einem deterministischen Geschichtsbild. In der Konsequenz führe dieser Anspruch zur Diktatur einer Minderheit, da diese nicht mehr der Kritik durch Andersdenkende ausgesetzt werden könne. Gerade die im Kommunismus geforderte Einheit von politischer und wirtschaftlicher Macht führe aus sich heraus zu einem Repressionsapparat, der keine Abweichungen von der vorgegebenen Linie mehr zulasse.

Auch wenn Russell selbst für eine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse in der Gesellschaft eintrat, sah er doch im propagierten revolutionären Klassenkampf einen kriegsähnlichen Prozess bis hin zur Vernichtung der Zivilisation. Ausdrücklich plädierte er dafür, dass die Sozialisten hier auf die Überzeugungskraft setzen sollten. Russell schätzte bei aller Skepsis angesichts eigener Wahrnehmungen die parlamentarische Regierungsform, sei sie doch mit all ihren Eigenschaften von Grundrechten bis Institutionen in England und den USA traditionell in den Gesellschaften stark verwurzelt. Demgegenüber kritisierte er das Ausmaß von Hass, das dem Kommunismus gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft eigen sei, was wiederum nur eine gewaltsame Unterdrückung nach sich ziehe. Gerade in der ideologisch bedingten Neigung, die eigene Auffassung als Schablone für die Umerziehung von Menschen anzusehen, sah Russell denn auch konsequenterweise ein gemeinsames formales Merkmal in der Ideologie von Faschismus und Kommunismus.

18. Schlusswort und Zusammenfassung

Betrachtet man den linken Standpunkt der vorgenannten Philosophen, Politik- und Sozialwissenschaftler, so fällt als Gemeinsamkeit das politische Bekenntnis zu einem demokratischen und nicht-marxistischen Sozialismusverständnis auf. Inhaltlich bestand eine Ausrichtung im Sinne eines ethischen Sozialismus, organisatorisch eine Nähe oder Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und strategisch eine Orientierung an einer nicht-revolutionären Reformpolitik. Demnach prägte alle Genannten eine dezidierte Ablehnung des Kommunismus im ideologischen und praktischen Sinne. Der Blick auf die Biographien macht dabei deutlich, dass es noch nicht einmal eine entsprechende Phase in der politischen Entwicklung der Genannten gab. Nur Popper stand offenbar für wenige Monate den Kommunisten nahe, brach aber aufgrund persönlicher Erfahrungen schnell wieder mit ihnen. Am Marxismus orientiert war lediglich Fraenkel ansatz- und zeitweise in den 1920er Jahren. Meyer bezog sich nur auf einzelne Bestandteile. Und Russell lehnte ihn rigoros ab.

Betrachtet man die erwähnten Beiträge der genannten Denker zur Extremismustheorie, so lässt sich bei Bobbio und Meyer ein ausgeprägter Gleichklang in der jeweiligen Argumentationsweise ausmachen. Der italienische Rechtsphilosoph nutzte gar die Formulierung „Extremismus“ und unterschied eine extremistische und gemäßigte Linke bzw. Rechte. Berücksichtigt man darüber hinaus noch, dass Bobbio von Minimalbedingungen von Demokratie sprach, so findet man bei ihm auch den inhaltlichen Anti-Kern für extremistisches Denken und Handeln. Insofern entspricht seine Auffassung genau der Extremismustheorie. Lediglich die Ausrichtung seiner Differenzierung anhand des Aspektes der Gewalt würde eine leichte Abweichung darstellen. Auch Meyers Fundamentalismus-Deutung entspricht mit anderen Begriffen und Reichweiten der Argumentationsgrundlage der Extremismustheorie: Extremismus steht hier für die politische Form des Fundamentalismus, die Moderne wäre demnach die moderne Demokratie und offene Gesellschaft.

Aus Poppers erkenntnistheoretischer und ideologiekritischer Analyse klassischer Denker wie Platon, Hegel und Marx lassen sich die Denkweisen der Anhänger von „geschlossenen Gesellschaften“ ableiten, welche ebenso die Strukturmerkmale von Protagonisten extremisti-

scher Doktrine bilden. Allein von daher kann man den Begründer des Kritischen Rationalismus als innovativen Stichwortgeber für eine Positiv-Definition von Extremismus wahrnehmen. Auch Fraenkels Pluralismustheorie enthält bedeutsame Anregungen: Die Kritik am identitären Demokratieverständnis entspricht dem Merkmal von der identitären Gesellschaftskonzeption. Und die Betonung des „nicht-kontroversen Sektors“ meint nichts anderes als die Hervorhebung von Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und einer offenen Gesellschaft. Bei Russell findet man ebenfalls eine Fülle von Hinweisen auf Gemeinsamkeiten in der Struktur extremistischen Denkens. Darüber hinaus betonte er für die Einschätzung, warum es einer Unterscheidung von Methoden und Zielen bedarf.

Geistige Brandstiftung oder strategische Alternative?

Zum Zusammenhang zwischen Anti-Asyl-Demonstrationen und Übergriffen auf Asylunterkünfte

Ann-Christin Wegener

1. Einleitung und Fragestellung

Als im August 2013 im Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf Rechtsextremisten gegen eine dortige Asylunterkunft protestierten, waren dabei Parolen wie "Zündet das Heim an" oder "Brennt das Heim nieder" zu hören. Einige Demonstrationsteilnehmer trugen T-Shirts mit der Aufschrift "22.-26.08.1992" – dem Datum der massiven Ausschreitungen gegen eine Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen. Zwar wurde in Berlin weder dieser implizite noch der explizite Gewaltappell in die Tat umgesetzt. Allerdings waren allein im Zeitraum Juli 2013 bis Februar 2014 fast 20 strafrechtlich relevante Übergriffe auf die Hellersdorfer Unterkunft und ihre Bewohner zu verzeichnen, zwei davon unter Einsatz von Pyrotechnik.

Die Proteste in Marzahn-Hellersdorf, in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs vor allem durch die NPD angeheizt, standen jedoch nur für den Auftakt einer bundesweiten rechtsextremistischen Anti-Asyl-Kampagne. Auch die Parteien „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ sowie die „pro-Bewegung“ und regionale neonazistische Gruppierungen führten seither zahlreiche Demonstrationen zu diesem Thema durch, in der Regel unmittelbar auf konkrete Unterkünfte bezogen. Gleichzeitig nahmen strafrechtlich relevante Übergriffe auf Asylunterkünfte bundesweit dramatisch zu: Nach Angaben des Bundeskriminalamts hat sich ihre Zahl im Jahr 2013 mit 59 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (2012: 24), 2014 mit 162 Übergriffen gegenüber dem Vorjahr sogar verdreifacht¹.

¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a., Proteste und Übergriffe vor Flüchtlingsunterkünften, Bundestagsdrucksache 18/203 vom 18. Dezember 2013 [bezieht sich auf die Jahre 2012 und 2013]; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a., Proteste gegen und Übergriffe auf Flücht-

Sowohl in der medialen Öffentlichkeit als auch durch die Sicherheitsbehörden wird allgemein die Auffassung vertreten, dass die öffentlichen Proteste den gewaltsamen Übergriffen zumindest mittelbar Vorschub leisten, indem sie als „geistige Brandstiftung“ wirken und den Tätern eine vermeintliche Legitimationsgrundlage zur Verfügung stellen. So heißt es etwa im Bundesverfassungsschutzbericht 2013: "Die Aufrufe zu Demonstrationen zielen vordergründig nicht auf eine Eskalation. ... Gleichwohl kann die Diktion gegen Asylbewerber und verantwortliche Stellen für Einzelne und Kleingruppen einen entsprechenden unmittelbaren Handlungsdruck suggerieren und Gewalttaten anstacheln. Damit wird der Boden bereitet für gezielte Aktionen gegen Unterkünfte von Asylbewerbern oder direkt gegen Flüchtlinge. Rechtsextremisten können sich als 'Vollstrecker' eines vermeintlichen 'Volkswillens' gerieren"². "Der Spiegel" schreibt über

lingsunterkünfte, Bundestagsdrucksache 18/1593 vom 30. Mai 2014 [bezieht sich auf das erste Quartal 2014]; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a., Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im zweiten Quartal 2014, Bundestagsdrucksache 18/2284 vom 5. August 2014; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a., Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im dritten Quartal 2014, Bundestagsdrucksache 18/3376 vom 1. Dezember 2014; Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a., Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im vierten Quartal 2014, Bundestagsdrucksache 18/3964 vom 6. Februar 2015. Sofern nicht anders angegeben, stammen die Daten zu Anti-Asyl-Demonstrationen und zu Übergriffen auf Asylunterkünfte im gesamten Text aus den genannten Bundestagsdrucksachen. In der letztgenannten Drucksache wurden die Daten zu den Straftaten aus den vorherigen Drucksachen seitens der Bundesregierung teilweise aktualisiert, etwa weil sich die Bewertung hinsichtlich der Zugehörigkeit zum Phänomenbereich der KPMD-PMK-rechts oder hinsichtlich der Deliktsart zwischenzeitlich geändert hatte. In diesen Fällen wurde der aktuellere Stand berücksichtigt.

² Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014, S. 122. Vgl. außerdem eine Pressemitteilung der Fraktion „Die Linke“ im sächsischen Landtag (in Reaktion auf die Veröffentlichung der Zahl der Demonstrationen gegen und die Zahl der Übergriffe auf Asylunterkünfte in Sachsen im Zeitraum 2012 bis 2014): "Diese Zahlen legen nahe, dass Gewalt gegen geflüchtete Menschen und deren Unterkünfte auch durch Demonstrationen gegen Asylunterkünfte angeheizt wird" ("Minderheitenschutz ist Grundaufgabe jedes demokratischen Staatswesens", 23.

Proteste, die "immer wieder ... in Gewalt um(schlagen)"³, und suggeriert damit einen noch unmittelbareren Wirkmechanismus.

Systematische Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen den aktuellen Protestkundgebungen gegen Asylunterkünfte auf der einen und den Übergriffen auf diese Unterkünfte auf der anderen Seite fehlen bislang. Die sozialwissenschaftliche Forschung, insbesondere die Bewegungsforschung, hat sich in der Vergangenheit jedoch mit einer verwandten Frage intensiv auseinander gesetzt: der nach dem Zusammenhang zwischen rechten Wahlerfolgen und rechten Gewalttaten. Die dabei gewonnenen empirischen Erkenntnisse und theoretischen Erklärungsansätze sind der – intuitiv plausiblen – Vorstellung von der geistigen Brandstiftung allerdings diametral entgegengesetzt. So hat vor allem der Soziologe Ruud Koopmans nachgewiesen, dass in Ländern, in denen rechte Parteien schwach sind, das rechte Gewaltniveau hoch ist (z.B. Deutschland und Großbritannien), während Länder mit starken rechten Parteien ein vergleichsweise niedriges Niveau rechter Gewalttaten aufweisen (z.B. Frankreich und Österreich)⁴. Starke rechte Parteien scheinen rechte Gewalt demnach

Dezember 2014, <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?section=news&cmd=details&newsid=3324> (29. März 2015)).

³ "Neue deutsche Welle. Wutbürger und Rechtsextreme formieren sich zu einer Protestbewegung ...", in: Der Spiegel, Nr. 51 vom 15. Dezember 2014, S. 24.

⁴ Vgl. Ruud Koopmans, *A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe*, Berlin 1995. Vgl. außerdem: Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich: USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen 1998; Frank Esser u.a. (Hrsg.), *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht*, Opladen 2002; Uwe Backes u.a., *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich*, Köln 2010. Backes u.a. kommen allerdings hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen NPD-Wahlmobilisierung und –Wahlergebnissen auf der einen und rechtem Gewalthandeln auf der anderen Seite zu einem undeutlichen Ergebnis: In Sachsen war nach der Landtagswahl 2004 kein Anstieg rechter Gewalt zu beobachten, und auch zwischen den NPD-Wahlergebnissen und dem rechten Gewaltniveau war kein Zusammenhang feststellbar - weder im Sinne „geistiger Brandstiftung“ noch im Sinne zweier strategischer Alternativen. In NRW hingegen stieg das rechte Gewaltniveau nach der Landtagswahl 2005 leicht an, zudem war das rechte Gewaltaufkommen in denjenigen Landkreisen höher, in denen die NPD

nicht zu schüren, sondern vielmehr eine strategische Alternative zu bieten: "Politische Gewalt ist eine sehr riskante und kostspielige Strategie. Wer weniger riskante Wege hat, wird meistens die wählen. Auch Rechte sind rationale strategische Akteure, trotz irrationaler Ziele."⁵

Übertragen auf das Thema Anti-Asyl hieße dies, dass durch eine vermeintliche "Asylflut" bzw. eine konkrete Unterkunft aufgebrachte Menschen soweit möglich straffreie Protestformen wie die Teilnahme an einer Demonstration wählen werden, um ihren Unmut zu artikulieren, und nur dann bzw. nur dort, wo ihnen solche nicht zur Verfügung stehen, zu drastischeren Mitteln greifen. Und tatsächlich liefern die letzten Jahre auch für einen derartigen Befund Anhaltspunkte: So fanden im Herbst 2013 im sächsischen Schneeberg drei von der NPD angemeldete Großkundgebungen (Motto: "Schneeberger Lichtellauf – Nein zum Heim") mit jeweils mindestens 1.500 Teilnehmern statt. Im selben Zeitraum gab es keinen einzigen Übergriff auf die dortige Asylunterkunft – nicht einmal ein Propagandadelikt.

Die genannten konträren Beobachtungen und Annahmen geben Anlass für eine systematische Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Demonstrationen gegen Asylunterkünfte auf der einen und strafrechtlich relevanten Übergriffen auf Asylunterkünfte auf der anderen Seite. Hierzu sollen zunächst die regionale und zeitliche Verteilung von Demonstrationen und Übergriffen einander gegenübergestellt werden. Sind in Städten oder Regionen mit vielen Demonstrationen auch besonders viele Übergriffe zu verzeichnen, oder gibt es Übergriffe vor allem dort, wo wenige oder keine Demonstrationen stattfinden? Und nehmen im zeitlichen Zusammenhang mit einer Demonstration die

besonders gut abgeschnitten hatte. Dieser - wenn auch schwache - Zusammenhang deutet anders als die Ergebnisse der o.g. Autoren eher in Richtung „geistiger Brandstiftung“. Die kontrastiven Befunde zu den beiden Bundesländern konnten allerdings trotz weiterer qualitativer Analysen nicht aufgeklärt werden (vgl. ebd., S. 190f).

⁵ "Die Gesellschaft insgesamt muss sich Fragen stellen". Soziologe Koopmans zu NPD-Verbot, in: Der Tagesspiegel vom 5. Dezember 2011, www.tagesspiegel.de/politik/soziologe-koopmanns-zu-npd-verbot-die-gesellschaft-insgesamt-muss-sich-fragen-stellen/5916542.html (gelesen am 11. August 2014). Vgl. auch Koopmans (Anm. 4), S. 29/30. Koopmans bezeichnet diesen Erklärungsansatz als "opportunity model" (in deutschsprachigen Forschungsbeiträgen "Gelegenheitsstrukturansatz").

Übergriffe am betreffenden Ort eher zu oder eher ab?

2. Regionale und zeitliche Verteilung von Demonstrationen und Übergriffen in Deutschland

Offizielle Daten sowohl zu Demonstrationen gegen als auch zu (strafrechtlich relevanten) Übergriffen auf Asylunterkünfte liegen für den Zeitraum seit Anfang 2012 vor. Die Daten wurden in den Antworten der Bundesregierung auf insgesamt fünf Kleine Anfragen von Abgeordneten der Fraktion „Die Linke“ im Deutschen Bundestag veröffentlicht⁶.

Dabei führte die Bundesregierung Kundgebungen⁷ gegen geplante oder schon bestehende Asylunterkünfte auf, die von rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen organisiert wurden und eine nennenswerte Mobilisierung, d.h. mehr als 20 Teilnehmer, aufwiesen. Veranstaltungen, die sich nicht konkret gegen Asylunterkünfte richteten, sondern sich lediglich in allgemeiner Form mit dem Thema "Asyl" befassten – etwa die mehr als 100 Stationen umfassende "Deutschlandfahrt" der NPD im Sommer 2013 unter dem Motto "Asylflut und Europawahn stoppen" – wurden nicht berücksichtigt.

Die Angaben zu strafrechtlich relevanten Übergriffen auf Asylunterkünfte basieren auf den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes für den Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität (KPMD-PMK). Hier erfolgt eine Erfassung aller Straftaten, die sich gegen eine Asylunterkunft oder deren Bewohner richten und denen eine politische Motivation zugrunde liegt oder bei denen eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden kann. Berücksichtigt wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur die Straftaten aus dem Bereich der PMK-rechts. Neben Angriffen bzw. Anschlägen im engeren Sinne (etwa Brandstiftungen, Sachbeschädigungen an der Unterkunft oder Körperverletzungen zum Nachteil von Asylbewerbern) umfasst dies auch Propagandadelikte, Volksverhetzungen,

⁶ Vgl. Anm. 1.

⁷ Der Begriff der Kundgebungen wird seitens der Bundesregierung offensichtlich in einem weiteren Sinne und synonym mit dem Begriff der Demonstrationen verwendet und nicht auf stationäre Veranstaltungen mit Redebeiträgen eingeschränkt.

Beleidigungen u. ä.⁸.

Im Zeitraum von Anfang 2012 bis Ende 2014 wurden insgesamt 100 Demonstrationen und 245 Übergriffe gezählt. Deren jeweilige regionale Verteilung ist in Abbildung 1 dargestellt.

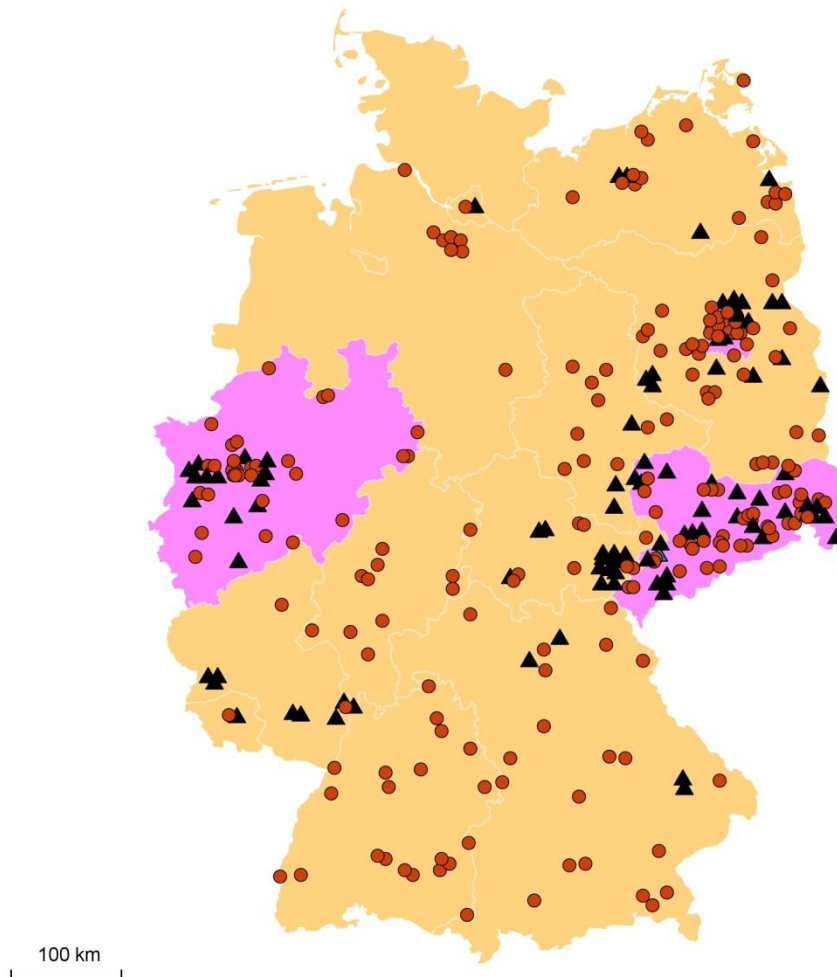


Abb. 1: Verteilung von Demonstrationen gegen Asylunterkünfte und Übergriffen auf Asylunterkünfte im Bundesgebiet im Zeitraum 2012 bis 2014; ▲ = Demonstration, ● = Übergriff

Hier wird zunächst einmal deutlich, dass die Schwerpunkte rechts-

⁸ Entsprechend der PMK-Erfassungsgrundsätze wird bei Verwirklichung mehrerer Straftatbestände unterschiedlicher Qualität derjenige angeführt, der die höchste Qualität aufweist. Zudem handelt es sich um die im Zuge der kriminalistischen Erstbewertung veranschlagten Straftatbestände; die spätere Verurteilung kann u.U. aufgrund eines anderen Straftatbestands erfolgen (etwa Hausfriedensbruch/Landfriedensbruch, einfache/gefährliche Körperverletzung u. ä.). Schließlich erfolgt keine Unterscheidung zwischen Versuch und Vollendung.

extremistischer Anti-Asyl-Agitation⁹ in Nordrhein-Westfalen (insbesondere dem Ruhrgebiet), Berlin und Sachsen liegen. Sobald man allerdings die Einwohnerzahlen der jeweiligen Bundesländer einbezieht, ergibt sich ein etwas anderes Bild (siehe Abb. 2). Dann wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen sich – sowohl was die Zahl der Demonstrationen als auch was die Zahl der Übergriffe bzw. Straftaten betrifft – nicht wesentlich von einer Reihe anderer westdeutscher Bundesländern abhebt, ebenso wie Sachsen im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer lediglich geringfügig „vorn“ liegt. Gemessen an den Einwohnerzahlen zeigt sich vielmehr das im deutschen Rechts extremismus üblicherweise zu beobachtende Ost-West-Gefälle. Die Ursachen hierfür sollen an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Denn maßgeblich für die vorliegende Forschungsfrage ist weniger die Intensität der Anti-Asyl-Agitation in den verschiedenen Bundesländern als vielmehr das jeweilige Verhältnis von Demonstrationen und Übergriffen.

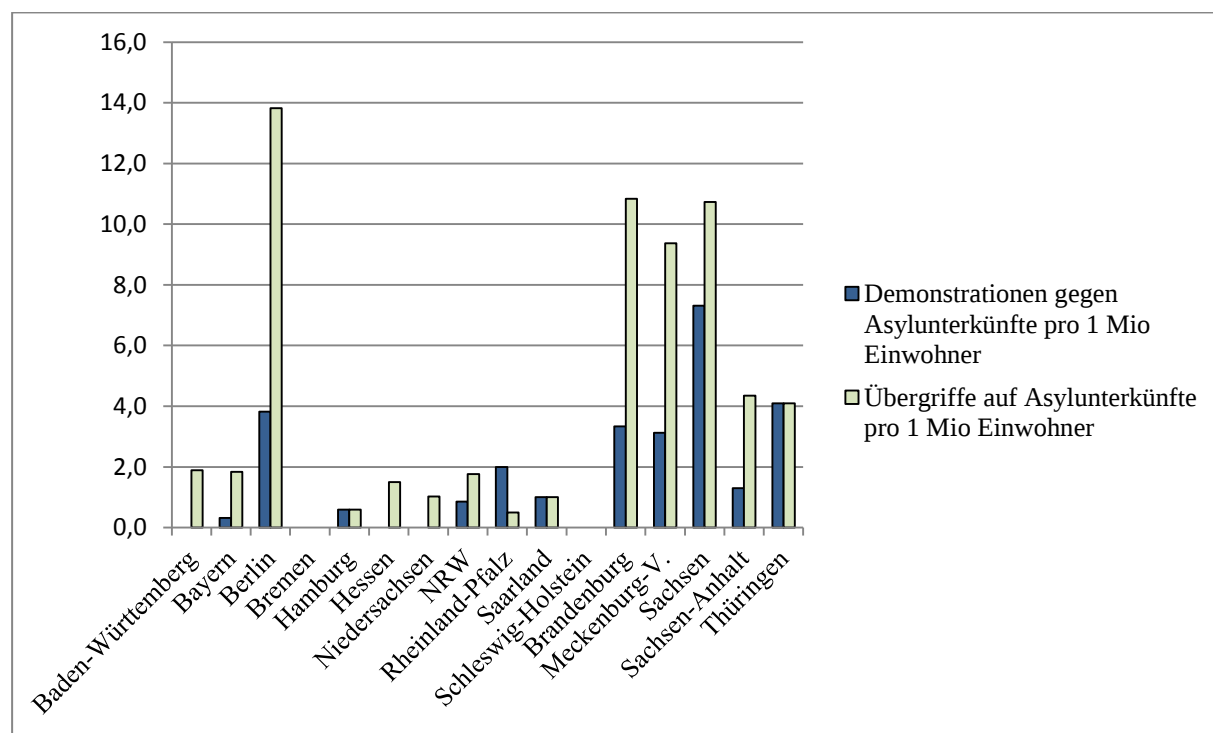


Abb. 2: Demonstrationen gegen Asylunterkünfte und Übergriffe auf Asylunterkünfte pro 1 Mio. Einwohner - Verteilung auf die Bundesländer

Hierzu lassen sich aus Abbildung 1 bereits einige erste Beobachtungen ableiten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sollen die Schwerpunkt-

⁹ Agitation wird hier als Oberbegriff für Demonstrationen und Übergriffe verwendet.

regionen Nordrhein-Westfalen, Berlin und Sachsen (inkl. dem unmittelbar angrenzenden thüringischen Greiz) zu einem späteren Zeitpunkt in sowohl räumlich als auch zeitlich detaillierteren und differenzierteren Karten dargestellt werden. Im Hinblick auf das übrige Deutschland zeigt Abbildung 1 jedoch bereits, dass wenig dafür spricht, dass Demonstrationen gegen Asylunterkünfte Übergriffe auf dieselben auslösen:

Zum einen ist nicht zu beobachten, dass das Straftatenniveau an Orten mit Demonstrationen nennenswert höher ist als an Orten ohne Demonstrationen. Von denjenigen Orten, an denen Demonstrationen stattfanden, kam es lediglich an zweien zu mehr als einer Straftat, und zwar in Suhl (Thüringen) mit einer Demonstration und zwei Straftaten und Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) mit zwei Demonstrationen und vier Straftaten. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nicht nur einzelne Orte, sondern ganze Regionen einander gegenüberstellt¹⁰: In Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Teilen Sachsen-Anhalts etwa fanden vergleichsweise viele Demonstrationen statt. Die Zahl bzw. Dichte der Straftaten ist hier indessen zumindest nicht höher als in Baden-Württemberg, Bayern oder Hessen. Im südlichen Rheinland-Pfalz ist das Straftatenniveau bei überdurchschnittlich vielen Demonstrationen sogar besonders niedrig.

Zum anderen gibt es zwar eine Reihe von Orten, an denen sowohl eine oder mehrere Demonstrationen als auch eine oder (vereinzelt) mehrere Straftaten zu verzeichnen sind. Hier macht eine nähere Untersuchung des zeitlichen Zusammenhangs zwischen Demonstrationen und Straftaten jedoch in fast allen Fällen deutlich, dass erstere kaum als Auslöser der letzteren angesehen werden können:

¹⁰ Die Agitation gegen Asylunterkünfte dürfte für einen großen Teil der Akteure ein lokales Anliegen sein – in dem Sinne, dass sich die Ablehnung auf eine konkrete Unterkunft in der eigenen Stadt oder gar Nachbarschaft bezieht und eine Demonstration gegen eine andere Unterkunft in einer anderen Stadt, und sei sie nur 20 Kilometer entfernt, nur sehr begrenzt als strategische Alternative in Frage kommt. Aus diesem Grund ist eine sehr kleinteilige Analyse der regionalen Verteilung erforderlich. Ein Teil der Akteure dürfte das Thema Asyl hingegen von einer abstrakteren Warte sehen bzw. stärker überregional orientiert sein, so dass auch diese Perspektive bei der Analyse nicht außen vor bleiben sollte.

In drei der insgesamt sieben Fälle ereigneten sich die Straftaten vor den Demonstrationen¹¹. In den übrigen Fällen lag zweimal ein zeitlicher Abstand von etwa zehn Monaten¹² und einmal ein zeitlicher Abstand von etwa drei Monaten¹³ zwischen Demonstrationen und Straftaten. Lediglich in Suhl lässt sich mit einer Demonstration am 16. Juli 2014 und zwei Straftaten am 10. August 2014¹⁴ zumindest ein gewisser zeitlicher Zusammenhang erkennen.

In der Gesamtschau deutet also bislang nichts darauf hin, dass Demonstrationen gegen Asylunterkünfte zu vermehrten Übergriffen auf dieselben führen. Damit verbleibt die Frage, inwieweit sich aus Abbildung 1 Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Demonstrationen und Übergriffe stattdessen als strategische Alternativen fungieren.

Angesichts insgesamt geringer Fallzahlen lässt sich diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt allenfalls vorübergehend beantworten: Signifikante Häufungen von Demonstrationen oder Straftaten kommen jenseits der Schwerpunktregionen Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin kaum vor. Die wenigen zu verzeichnenden Fälle sprechen allerdings deutlich für die Annahme zweier strategischer Alternativen: Mehr als vier Straftaten ereigneten sich in der Region Biberach/Meßstetten/Ulm (acht¹⁵) und im niedersächsischen Tostedt (fünf) bzw. in der Region

¹¹ Hamburg: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 3. November 2014, Demonstration am 13. Dezember 2014; Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz): Volksverhetzung am 10. März 2012, Demonstrationen am 3. Januar und 18. Dezember 2014; Lebach (Saarland): Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 4. November 2013, Demonstration am 17. Oktober 2014.

¹² Fürstenwalde (Brandenburg): Demonstration am 22. Februar 2014, Körperverletzung am 17. Dezember 2014; Pätz-Bestensee (Brandenburg): Demonstration am 12. Oktober 2013, Sachbeschädigung am 14. August 2014.

¹³ Güstrow: Fahrlässige Körperverletzung am 1. Oktober 2012, Demonstration am 23. März 2013, Sachbeschädigung am 19. Juni 2013, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion am 22. Juni 2013 und Brandstiftung am 12. Oktober 2013, Demonstration am 18. Oktober 2014.

¹⁴ Beides Sachbeschädigungen.

¹⁵ Dreimal Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Biberach, am 2. Dezember 2012, 10. Juli 2013 und 24. März 2014, Volksverhetzung am 5. November 2011 in Sigmaringen, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten am 2. August 2014 in Mengen, Diebstahl am 10. November und Verwenden von Kennzeichen

Tostedt/Heidenau (sechs)¹⁶ – beides Orte bzw. Regionen ohne eine einzige Demonstration. Besonders auffällig ist jedoch das südliche Rheinland-Pfalz: Jenseits der Schwerpunktregionen ist dies die einzige Region mit einer nennenswerten Häufung von Demonstrationen (acht). Sowohl die Partei „Der Dritte Weg“ als auch die NPD hatten hier das Thema „Anti-Asyl“ spätestens ab Anfang 2014 in besonderer Weise ins Zentrum ihrer öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten gestellt. In der gesamten Region kam es lediglich zu einem einzigen Übergriff auf eine Asylunterkunft, der zudem zeitlich deutlich (zwei Jahre) vor allen Demonstrationen lag¹⁷. Der gleiche Befund ergibt sich, wenn man auch das unmittelbar angrenzende Saarland in die Betrachtung einbezieht; auch die dortige eine Straftat ereignete sich bereits vor allen rheinland-pfälzischen und saarländischen Demonstrationen¹⁸. Die Koopmansche Grundannahme – "Wer weniger riskante Wege hat, wird meistens die wählen" – scheint hier also tatsächlich zuzutreffen. Rheinland-pfälzische und saarländische Asylgegner, denen der weniger riskante Weg einer Demonstrationsteilnahme zur Verfügung stand, verzichteten auf strafrechtlich relevante Übergriffe, anders als Asylgegner etwa im benachbarten Baden-Württemberg oder Hessen, die diese weniger riskante Möglichkeit nicht sahen.

Diese ersten Schlussfolgerungen sollen im Folgenden jedoch durch eine tiefergehende Untersuchung der drei genannten Schwerpunktregionen mit deutlich höheren Fallzahlen überprüft werden.

verfassungswidriger Organisationen am 19. November 2014 in Meßstetten und Sachbeschädigung am 31. Oktober 2013 in Senden.

¹⁶ Versuch der Beteiligung (§ 30 StGB) am 8. Februar 2014 (in Heidenau), Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 15. und 18. April sowie 15. August 2014, Beleidigung am 15. Mai und Volksverhetzung am 26. Mai 2014 (alle in Tostedt).

¹⁷ Eine Volksverhetzung am 10. März 2012 in Ludwigshafen (siehe oben), alle acht Demonstrationen fanden erst 2014 statt (am 3. Januar und 18. Dezember in Ludwigshafen, am 3. Oktober in Limburgerhof, am 1. Februar, 24. Mai und 19. Dezember in Trier, am 1. und 22. Mai in Kaiserslautern).

¹⁸ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 4. November 2013 in Lebach. Die dortige Demonstration fand am 17. Oktober 2014 statt.

3. Entwicklung in Sachsen

In Sachsen fanden im Untersuchungszeitraum von Anfang 2012 bis Ende 2014 insgesamt 30 Demonstrationen gegen und 44 Übergriffe auf Asylunterkünfte statt. Betrachtet man deren regionale Verteilung im Gesamtzeitraum – wie in Abb. 1 dargestellt – entsteht das Bild einer relativ gleichmäßigen Verteilung sowohl von Demonstrationen als auch Übergriffen über den Freistaat hinweg. Sobald man jedoch die Zeitachse stärker differenziert, kommt man zu einem anderen Ergebnis: In Zeiten, in denen in einer Region viele Demonstrationen stattfanden, kam es dort kaum zu Übergriffen, während Brandherde im Hinblick auf Übergriffe dort lagen, wo im entsprechenden Zeitraum keine Demonstrationen stattfanden.

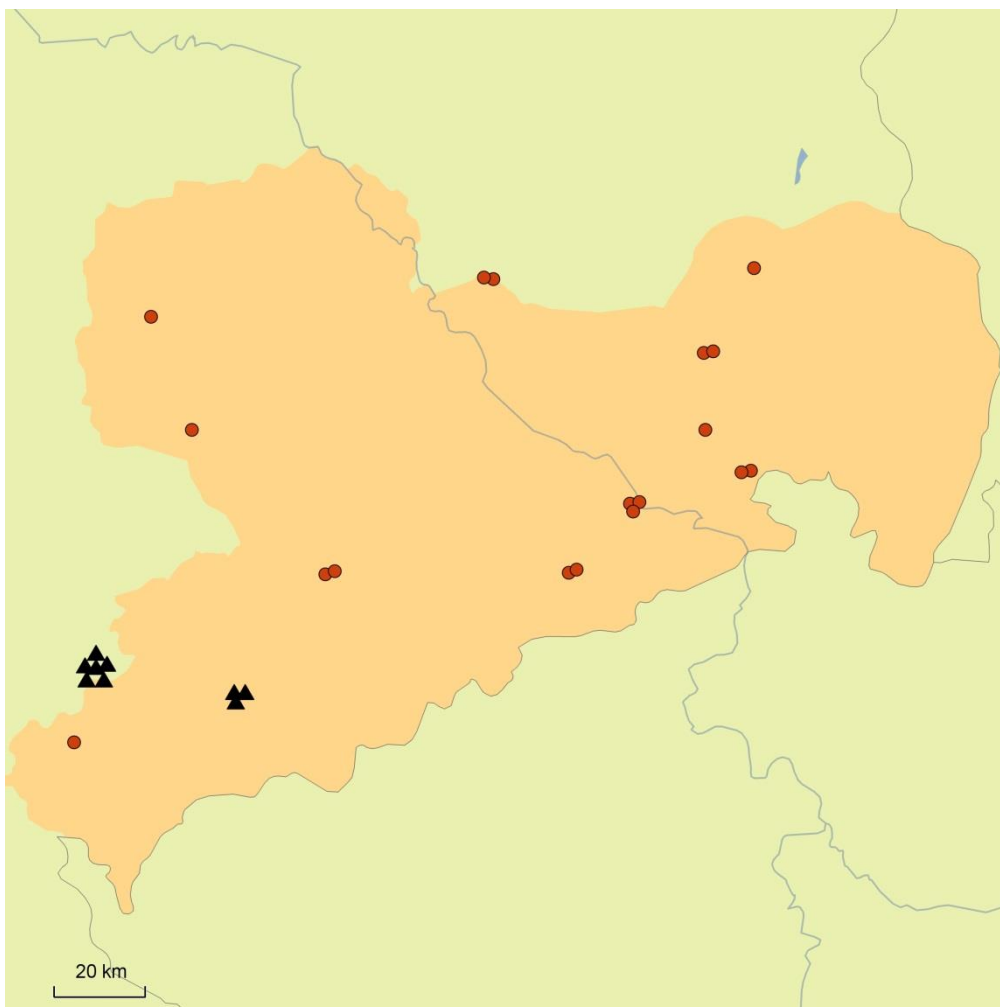


Abb. 3: Verteilung von Demonstrationen gegen Asylunterkünfte und Übergriffen auf Asylunterkünfte in Sachsen im Zeitraum 2012/13

Abb. 3 veranschaulicht die Verteilung von Demonstrationen und Übergriffen im Zeitraum 2012/13. Hier zeigt sich geradezu eine Zwei-

teilung Sachsens in einen westlichen Zipfel (Vogtland- und westlicher Erzgebirgskreis) mit einer extremen Konzentration an Demonstrationen (drei in Schneeberg und sechs im unmittelbar an Sachsen angrenzenden thüringischen Greiz) und lediglich einer einzigen Straftat und einen östlichen Teil mit keiner einzigen Demonstration, aber einer im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen Zahl an Übergriffen (17), deren Schwerpunkt im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge liegt (sieben Übergriffe) und damit deutlich über 100 Kilometer entfernt von der genannten westlichen Region.

Die beiden Demonstrationsreihen in Schneeberg und Greiz¹⁹ sind im bundesweiten Vergleich Ausnahmephänomene, sowohl was die starke Häufung von Demonstrationen als auch was deren Teilnehmerzahlen angeht. So kamen zu den drei von der NPD Erzgebirge veranstalteten sogenannten "Schneeberger Lichtelläufen"²⁰ jeweils zwischen 1.500 und 1.800 Personen zusammen²¹. Bei den Demonstrationen einer – von lokalen Rechtsextremisten initiierten – sogenannten "Greizer Bürgerinitiative gegen ein Asylheim 'Am Zschberg'" lagen die Teilnehmerzahlen mit zwischen 85 und 185 zwar deutlich niedriger, dafür ist Greiz – mit Ausnahme Berlins – der im gesamten Bundesgebiet und im gesamten Untersuchungszeitraum einzige Ort, an dem innerhalb weniger Monate mehr als fünf Demonstrationen stattfanden. Die Tatsache, dass im gesamten Raum Schneeberg/Greiz lediglich ein einziger, vergleichsweise niedrigschwelliger Übergriff auf eine Asylunterkunft (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) zu verzeichnen ist, der sich noch dazu vor allen Demonstrationen ereignete²², spricht stark gegen die These, dass Demonstrationen gegen Asylunterkünfte Übergriffe auf dieselben hervorrufen.

¹⁹ Die Veranstaltungen in Schneeberg fanden am 19. Oktober, 2. November und 16. November 2013 statt, diejenigen in Greiz am 13., 20. und 27. September, 4. und 10. Oktober und 23. November 2013.

²⁰ Der Begriff ist eine Anlehnung an die lokale Tradition des Schneeberger "Lichtelfests", das alljährlich am zweiten Adventswochenende stattfindet.

²¹ Zum Vergleich: Die bundesweit viertgrößte Demonstration – am 23. August 2014 in Bautzen (Sachsen) – hatte lediglich 580 Teilnehmer. Insgesamt sind bereits Teilnehmerzahlen von über 200 selten (lediglich 16 von 100 Demonstrationen bundesweit).

²² Am 1. September 2013 in Plauen, die Demonstrationen fanden im Zeitraum 13. September bis 23. November 2013 statt.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich, wenn man die Entwicklung im ersten Quartal 2014 betrachtet. Die zuvor auf Schneeberg und Greiz konzentrierten Demonstrationen breiteten sich in diesen Monaten auf das restliche Sachsen aus – mit je einer Veranstaltung in Schneeberg, Chemnitz, Leipzig, Dresden und Bautzen²³. Hinzu kam eine Kundgebungstour der sächsischen NPD durch elf – über ganz Sachsen verteilte – Städte²⁴ unter dem Motto "Heimat schützen – Asylmissbrauch bekämpfen". Im selben Zeitraum kam es in ganz Sachsen lediglich zu zwei Straftaten – beide am 21. März in Dresden, einem Ort, an dem bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Demonstration stattgefunden hatte²⁵.

Insgesamt lässt sich also für den gesamten Zeitraum von Anfang 2012 bis Ende März 2014 in Sachsen kein einziger Anhaltspunkt dafür finden, dass Demonstrationen gegen Asylunterkünfte im Sinne geistiger Brandstiftung zu Übergriffen auf dieselben führen. Stattdessen spricht einiges dafür, dass Demonstrationen und Übergriffe zwei strategische Alternativen darstellen und Übergriffe gerade dort bzw. gerade dann erfolgen, wo die weniger riskante und kostspielige Strategie der Demonstrationsteilnahme nicht zur Verfügung steht.

Im Zeitraum Juni bis Dezember 2014 wird der bis dato sehr eindeutige Befund ein wenig ambivalenter. Dies macht Abb. 4 deutlich. Zwar findet sich auch hier eine nennenswerte Häufung von Straftaten an einem Ort, an dem keine Demonstration stattfand, nämlich drei Straftaten in Zwickau²⁶. Dem stehen jedoch zwei Orte gegenüber, in

²³ Am 25. Januar, ebenfalls am 25. Januar, 3. Februar, 28. März und 15. März.

²⁴ Zwickau, Glauchau, Döbeln (alle 17. März), Schkeuditz, Delitzsch, Eilenburg (18. März), Zittau, Bischofswerda, Pirna (19. März), Hoyerswerda und Großenhain (20. März).

²⁵ Landfriedensbruch am 21. März in Dresden. Aus einer Gruppe junger Männer heraus wurde das Fenster einer Wohnung eingeworfen, in der tunesische Asylbewerber untergebracht waren, zudem wurde versucht, die Türe einzutreten und in die Wohnung zu gelangen. Quelle: DNN online Polizeiticker, <http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/specials/polizeiticker/detail/-/specific/Angriff-auf-Wohnung-tunesischer-Asylbewerber-in-Dresden-Leuben-Zeugen-gesucht-414098184> (gelesen am 21. März 2015). Zu dem zweiten Übergriff, einem Körperverletzungsdelikt, liegen keine näheren Informationen vor.

²⁶ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 6. und

denen eine nennenswerte Anzahl von Demonstrationen mit einer nennenswerten Häufung von Straftaten einhergeht, nämlich Chemnitz mit zwei Demonstrationen und zwei Straftaten und Bautzen mit fünf Demonstrationen und drei Straftaten.

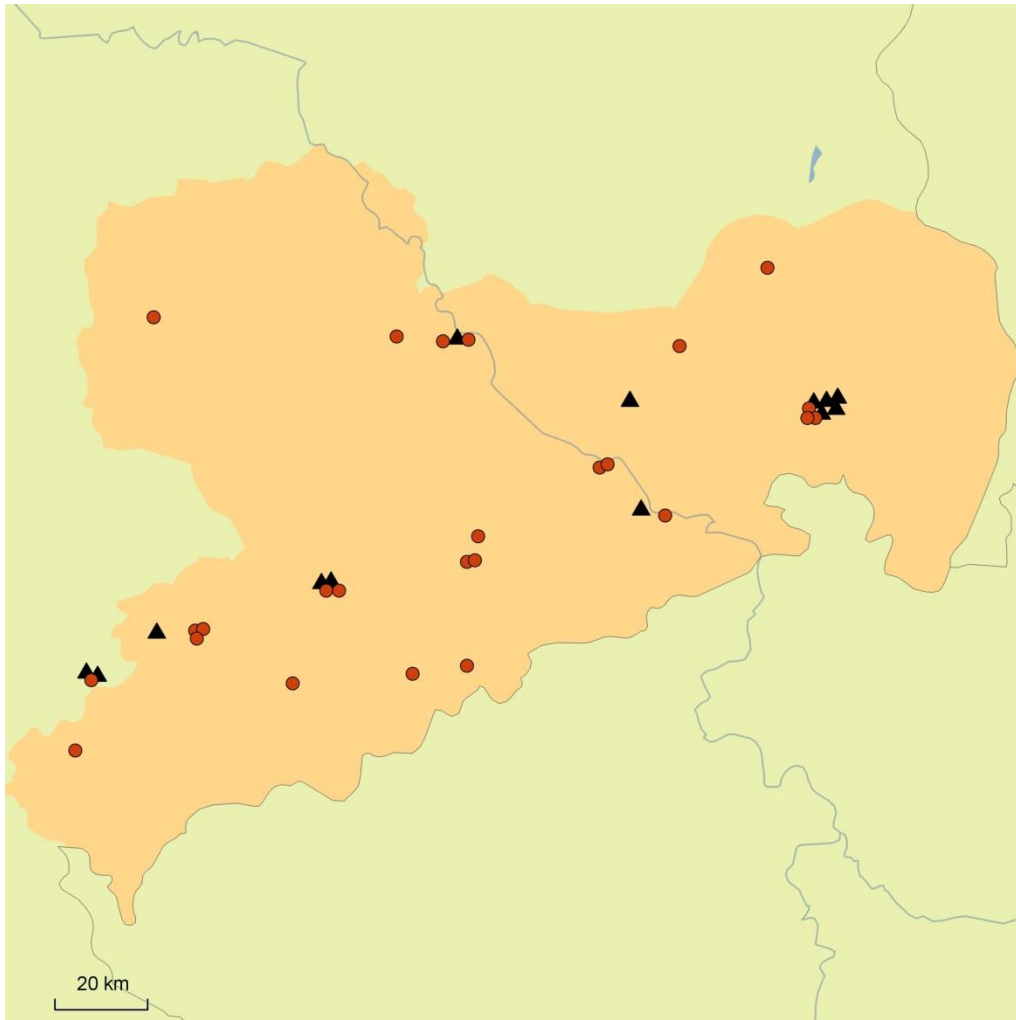


Abb. 4: Verteilung von Demonstrationen gegen Asylunterkünfte und Übergriffen auf Asylunterkünfte in Sachsen im Zeitraum zweites bis viertes Quartal 2014

In Chemnitz lagen zwischen der ersten Demonstration vom 2. August 2014 und zwei Übergriffen vom 24. Oktober und 9. November²⁷ allerdings mehr als zweieinhalb Monate, die zweite Demonstration fand erst am 22. November, also nach den Übergriffen, statt. Bezüglich Bautzen zeigt sich bei näherer Betrachtung eine ganz andere interessante Entwicklung: Hier folgte zwar zunächst auf drei kleinere Demonstrationen eine Reihe von Straftaten. An Demonstrationen der NPD am 10. und 28. Juni und 12. Juli nahmen jeweils nur zwischen

12. September, Körperverletzung am 7. November 2014.

²⁷ Volksverhetzung und Sachbeschädigung.

30 und 70 Personen teil, im selben Zeitraum kam es zu drei Übergriffen: Am 30. Juli sowie zweimal am 3. August 2014²⁸. Bei einer NPD-Demonstration am 23. August hingegen stiegen die Teilnehmerzahlen auf etwa 580 Personen an, bei einer weiteren Veranstaltung am 8. November kamen erneut etwa 550 Personen zusammen. Es handelt sich dabei um die nach den "Schneeberger Lichtelläufen" größten Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet und Untersuchungszeitraum. Träfe die Annahme zu, dass Demonstrationen Übergriffe befördern, dann wäre zu erwarten, dass nach zwei derart großen, teilnehmerstarken Veranstaltungen das Straftatenniveau stark ansteigt. Übergriffe auf Asylunterkünfte waren jedoch seit dem 3. August in Bautzen nicht mehr zu verzeichnen, wir haben es also mit einer deutlichen Verringerung des Straftatenniveaus zu tun. Je größer die Demonstration, deutet sich hier an, desto geringer die Übergriffe. Auch dies spricht stark dafür, dass Demonstrationen und Übergriffe als strategische Alternativen fungieren.

4. Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

Neben Sachsen ist Nordrhein-Westfalen das zweite Flächenland mit einer besonderen Dichte sowohl an Anti-Asyl-Demonstrationen als auch an Übergriffen auf Asylunterkünfte. Die regionale Verteilung der insgesamt 15 Demonstrationen und 31 Übergriffe im Zeitraum Anfang 2012 bis Ende 2014 ist in Abb. 5 dargestellt. Jenseits der Ballungsgebiete Duisburg und Essen gibt es hier nur einen einzigen Ort, an dem sowohl eine Demonstration als auch ein Übergriff zu verzeichnen ist: Radevormwald mit einer Demonstration der rechtsextremistischen Partei „pro NRW“ am 2. Mai 2014 und einer gemeinschaftlichen Sachbeschädigung am 20. Dezember 2014. Der zeitliche Abstand ist hier mit fast acht Monaten so groß, dass von einem Zusammenhang im Sinne „geistiger Brandstiftung“ nicht auszugehen ist. Ansonsten treten Demonstrationen und Übergriffe alternativ auf, wobei die Fallzahlen allerdings gering und signifikante Häufungen des einen oder anderen Phänomens kaum zu verzeichnen sind.

²⁸ Amtsanmaßung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Hausfriedensbruch.

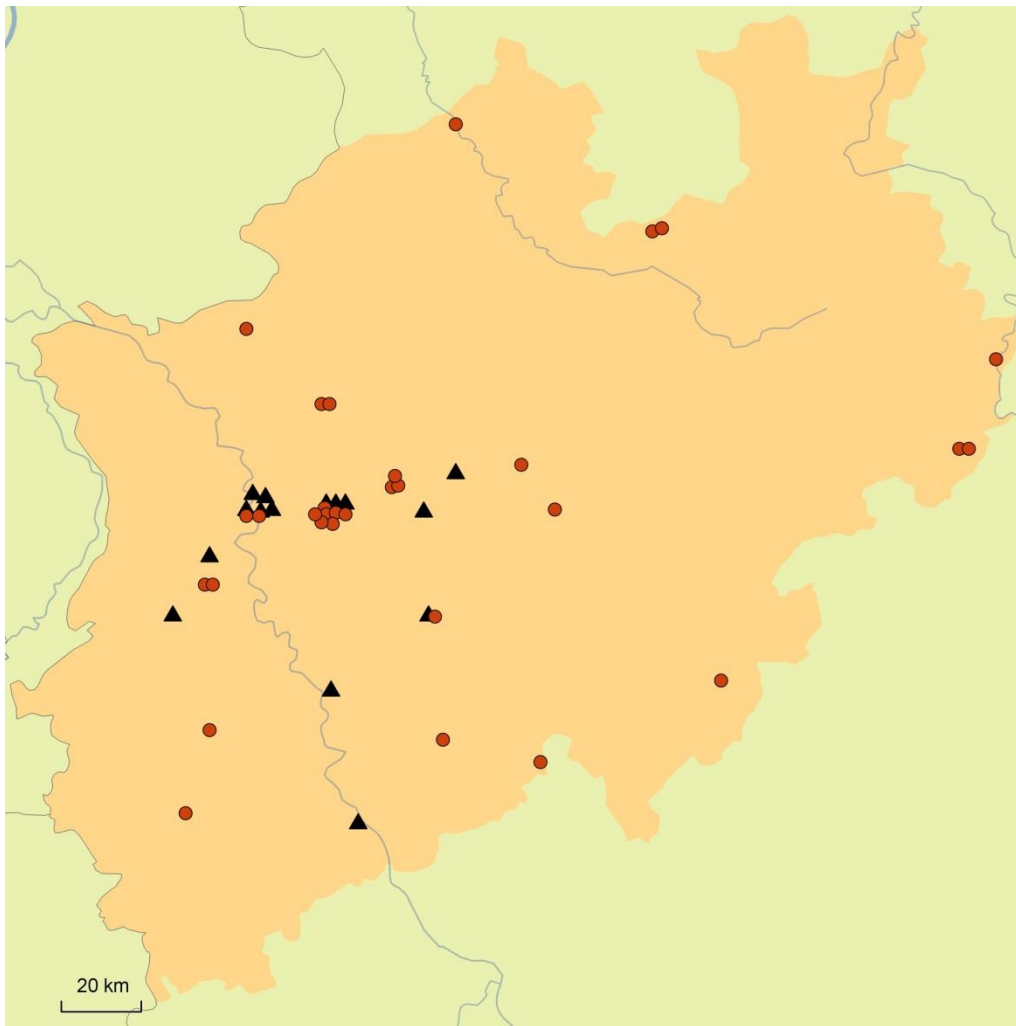


Abb. 5: Verteilung von Demonstrationen gegen Asylunterkünfte und Übergriffen auf Asylunterkünfte in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum 2012 bis 2014

Interessant sind in Nordrhein-Westfalen insofern vor allem die Städte Duisburg und Essen. Dass hier sowohl Demonstrationen als auch Übergriffe gehäuft auftreten, dürfte zunächst einmal vor allem an der hohen Bevölkerungsdichte im Ballungsraum Ruhrgebiet sowie einer vergleichsweise hohen Zahl an Unterkünften in dieser Region liegen, und muss nicht zwangsläufig ein Hinweis darauf sein, dass die Demonstrationen den Übergriffen den Boden bereiteten, zumal gerade in Duisburg die Zahl der Übergriffe (zwei) trotz eines herausragenden Demonstrationsaufkommens (fünf) vergleichsweise gering ist. Hier lohnt vielmehr ein genauerer Blick auf die zeitliche Abfolge der einzelnen Ereignisse sowie auf ihre Verteilung innerhalb der beiden Städte. Denn in beiden Städten gibt es jeweils mehr als eine Asylunterkunft, so dass sich die Frage stellt, ob diejenigen Unterkünfte, vor denen die meisten Demonstrationen stattfanden, auch diejenigen sind, die das Ziel vermehrter Übergriffe wurden, oder ob umgekehrt

Übergriffe vor allem dort zu verzeichnen sind, wo keine oder nur wenige Demonstrationen stattfanden. Die beiden folgenden Tabellen stellen diese zeitliche Abfolge und räumliche Verteilung überblicks- haft dar²⁹:

Tabelle 1: Duisburg

Demonstrationen	Übergriffe
5. Oktober 2013: D.-Rheinhausen, pro NRW	
5. Okt. 2013: D.-Neumühl, pro NRW	
9. November 2013: D.-Neumühl, pro NRW	
	27. Januar 2014: Duisburg-Baerl, Verstoß gegen das SprengstoffG
	17. Februar 2014: D.-Neudorf, Verstoß gegen § 86a StGB
1. Mai 2014: D.-Rheinhausen, pro NRW	
26. September 2014: D.-Neumühl, pro NRW	

²⁹ Die Angaben zu den Unterkünften bzw. Stadtteilen in diesem und dem folgenden Unterkapitel basieren auf Internetrecherchen sowie Angaben des Bundeskriminalamts.

Tabelle 2: Essen

Demonstrationen	Übergriffe
19. Oktober 2012: E.-Frintrop, NPD, 30 Teilnehmer (TN)	
5. Okt. 2013: E.-Frintrop, pro NRW, 40 TN	
5. Okt. 2013: E.-Kupferdreh, pro NRW, 40 TN	
	18. Oktober 2013: Essen-Frintrop, Sachbeschädigung
	27. Okt. 2013: Essen-Burgaltendorf, Beleidigung
	7. Nov. 2013: E.-Burgaltendorf, Brandstiftung
	20. März 2014: Essen-Frintrop, Gefährliche Körperverletzung
	21. März 2014: Essen-Frintrop, Gefährliche Körperverletzung
1. Mai 2014: E.-Frintrop, pro NRW, 110 TN	
	10. Juli 2014: Essen-Kupferdreh, Verstoß gegen das Waffengesetz
	23. Oktober 2014: Essen-Haarzopf, Gemeinschaftl. Sachbeschädigung

Insbesondere die Verteilung in Duisburg, aber auch diejenige in Essen, weisen deutlich in Richtung des „strategische-Alternativen“-Modells. So richteten sich in Duisburg alle Demonstrationen gegen die Unterkünfte in den Stadtteilen Rheinhausen und Neumühl; dort kam es zu keinem einzigen Übergriff. Stattdessen ereigneten sich die zwei zu verzeichnenden Übergriffe an Unterkünften in Baerl und Neudorf, an denen wiederum keine Demonstrationen stattgefunden hatten.

In Essen liegt zwar ein Schwerpunkt sowohl des Demonstrationsgeschehens als auch der Übergriffe bei einer Unterkunft in Essen-Frintrop. Hier fanden drei der vier Demonstrationen und drei der sieben Übergriffe statt. Ein Blick auf die Zeitachse zeigt jedoch, dass

die Übergriffe in Frintrop vor allem in derjenigen Phase zu verzeichnen sind, in der dort keine Demonstration stattfand, nämlich im Frühjahr 2014. Lediglich eine vergleichsweise niedrigschwellige Straftat – eine Sachbeschädigung – vom 18. November 2013 erfolgte in zeitlicher Nähe zur Demonstration vom 5. Oktober 2013. Der Schwerpunkt der Übergriffe lag zu dieser Zeit mit einer Beleidigung und einer Brandstiftung an der Unterkunft in Essen-Burgaltendorf, an der keine Demonstration stattgefunden hatte. In Frintrop ereigneten sich zwei deutlich schwerere Übergriffe – zwei gefährliche Körperverletzungen – vom 20. und 21. März 2014 hingegen erst fast ein halbes Jahr nach der Demonstration vom 5. Oktober. Auf eine mit 110 Teilnehmern vergleichsweise große weitere Demonstration in Frintrop folgten – ähnlich wie in Bautzen – keinerlei Übergriffe mehr. Auch nun waren solche lediglich an demonstrationsfreien Unterkünften – in Kupferdreh und Haarzopf – zu verzeichnen.

5. Entwicklung in Berlin

Noch stärker als Duisburg und Essen weist Berlin eine besonders hohe Zahl sowohl von Anti-Asyl-Demonstrationen (13) als auch von Übergriffen (47) auf Asylunterkünfte auf. Angesichts der Größe, Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte Berlins ist dies statistisch kaum verwunderlich. Entscheidend sind auch hier vor allem der zeitliche Zusammenhang zwischen Demonstrationen und Übergriffen sowie die örtliche Verteilung der Ereignisse innerhalb der Stadt bzw. auf die verschiedenen Unterkünfte.

Hier zeigt sich bei näherer Betrachtung eine gänzlich andere Situation als bei den bislang untersuchten Fallbeispielen: In Berlin gehen Demonstrationen und Übergriffe eindeutig Hand in Hand. Der Untersuchungszeitraum lässt sich klar in drei Phasen aufteilen – mit einer ersten Phase von Juli 2013 bis März 2014, in der sich nahezu sämtliche Demonstrationen und Übergriffe auf Unterkünfte in Marzahn-Hellersdorf, und einer zweiten Phase von März 2014 bis Juni 2014, in der sich nahezu sämtliche Demonstrationen und Übergriffe auf Unterkünfte in Treptow-Köpenick bezogen. Eine dritte Phase, und hier insbesondere das vierte Quartal 2014, war geprägt von den „Montagsdemonstrationen“ in Marzahn-Hellersdorf, die sich mit bis

zu 950 Teilnehmern deutlich vom vorherigen Berliner Demonstrationsgeschehen abhoben³⁰. Gleichzeitig war im vierten Quartal 2014 in Berlin ein weiterer starker Angriff der Zahl der Übergriffe zu verzeichnen – von 15 in den drei Quartalen zuvor zusammen auf 19 alleine im vierten Quartal, auch hier mit einem Schwerpunkt im Bezirk Marzahn.

In Phasen, in denen in einem Bezirk viele Demonstrationen stattfanden, kam es also in diesem Bezirk auch zu vielen Übergriffen und umgekehrt. Haben wir es in Berlin doch mit einem Fall „geistiger Brandstiftung“ zu tun? Haben hier Anti-Asyl-Demonstrationen Übergriffen auf Asylunterkünfte erst den Boden bereitet, indem sie den Hass der Täter anstachelten und ihnen eine vermeintliche Legitimationsgrundlage lieferten?

Die zeitliche Abfolge der Ereignisse weist in eine andere Richtung: In Hellersdorf begann die Welle der Anti-Asyl-Agitation am 9. Juli 2013 am Rande einer Informationsveranstaltung der örtlichen Behörden zu einer geplanten Unterkunft. Hier kam es zu einer ersten Straftat³¹, der in den folgenden sechs Wochen sieben weitere folgten³². Erst am 20. August fand die erste rechtsextremistische Demonstration gegen die Hellersdorfer Unterkunft statt. Das Gleiche in Treptow-Köpenick: Hier waren der ersten Demonstration am 4. April 2014 bereits drei Übergriffe vorangegangen³³. In beiden Fällen führten diese ersten Demonstrationen nicht zu einem Anstieg des Straftatenniveaus. Im Gegenteil, in beiden Fällen war zunächst ein Rückgang zu verzeichnen, allerdings jeweils nur vorübergehend. Nach der zweiten bzw. dritten Demonstration stieg die Zahl der Straftaten jeweils erneut an und entsprach in Quantität und Qualität wieder in etwa dem Niveau

³⁰ Diese Veranstaltungen sind in den Antworten der Bundesregierung auf die parlamentarischen Anfragen zur Zahl der Anti-Asyl-Demonstrationen und -Übergriffen aus nicht bekannten Gründen nicht genannt. Aufgrund ihrer herausgehobenen Bedeutung sollen sie hier dennoch berücksichtigt werden.

³¹ Belohnung und Billigung von Straftaten.

³² Viermal Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen am 20. Juli, 3. August und zweimal am 19. August, Beleidigung am 24. Juli, öffentliche Aufforderung zu Straftaten am 24. Juli und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz am 16. August 2013.

³³ Dreimal Sachbeschädigung, zweimal am 27. März und einmal am 3. April 2014.

vor der ersten Demonstration.

In Berlin fungieren Anti-Asyl-Demonstrationen also allem Anschein nach nicht oder allenfalls vorübergehend als strategische Alternative zu Übergriffen auf Asylunterkünfte. Die Tatsache, dass das Straftatenniveau nach den Demonstrationen jedoch nicht anstieg, sondern in etwa konstant blieb, macht gleichzeitig deutlich, dass von einem Mechanismus der geistigen Brandstiftung dennoch nicht auszugehen ist. Stattdessen haben Anti-Asyl-Demonstrationen in Berlin offensichtlich im Großen und Ganzen gar keine Auswirkungen auf die Zahl der Übergriffe – weder in die eine noch in die andere Richtung.

Dies gilt selbst für die herausragend teilnehmerstarken „Montagsdemonstrationen“ vom November und Dezember 2014. Zwar war die Zahl der Übergriffe im vierten Quartal 2014 wie oben erwähnt gegenüber den Vormonaten deutlich erhöht. Sechs der 19 Vorfälle und damit etwa ein Drittel ereignete sich jedoch bereits vor Beginn der Kundgebungen am 3. November. Das Straftatenniveau stieg also im November und Dezember 2014 gegenüber demjenigen im Oktober nicht nennenswert an.

In dieser Phase fällt allerdings besonders auf, dass sich Übergriffe nun vermehrt am selben Tag ereigneten wie die Demonstrationen. Dies ist im bundesweiten Vergleich ein absolutes Novum – strafbare Übergriffe aus dem Demonstrationsgeschehen heraus bzw. am Rande des Demonstrationsgeschehens waren ansonsten im gesamten Untersuchungszeitraum und Bundesgebiet nicht zu verzeichnen. In Berlin hingegen kam es im Herbst 2014 zu einer zunehmenden Vermischung von Protestaktionen und strafrechtlich relevanten Übergriffen. Eine besondere Rolle dabei spielten die nun regelmäßig stattfindenden Aktionen an bzw. Übergriffe auf die Bauzäune an geplanten Containerunterkünften. Bei "Straßen-Aktionen" wurden die Zäune mit Plakaten und Flyern beklebt oder mit Kreide oder Farbe beschmiert, aber auch umgeworfen und schwer beschädigt. Hier ist weniger zu beobachten, dass Demonstrationen Übergriffe im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Verhältnisses hervorrufen, als vielmehr eine Verwischung der Grenzen zwischen straffreien Protestformen und strafrechtlich relevanten Übergriffen, eine Radikalisierung des Protestgeschehens selbst.

Wie passen diese Beobachtungen zu den übrigen Ergebnissen dieser Untersuchung?

6. Bedingungsfaktoren des "strategische Alternativen"-Modells

Die Auswertung der vorliegenden Daten hat gezeigt, dass einerseits vieles dafür spricht, dass straf- und gewaltfreie Protestformen wie Demonstrationen tatsächlich als strategische Alternative zu strafrechtlich relevanten oder gar gewaltsamen Übergriffen fungieren – während die Annahme geistigen Brandstiftertums sich nicht empirisch erhärten lässt. Anders formuliert: Demonstrationen gegen Asylunterkünfte scheinen Aggressionen gegen Asylbewerber eher zu kanalisieren als sie zu schüren. Am augenfälligsten ist dies am Beispiel Sachsens. Andererseits wurde am Beispiel Berlins aber auch deutlich, dass es Fälle gibt, in denen dieser Mechanismus kaum oder gar nicht zum Tragen kommt, in denen Demonstrationen das Straf- bzw. Gewalttatenniveau zumindest nicht verringern. Es bleibt somit die Frage, *unter welchen Bedingungen* Demonstrationen eine strategische Alternative darstellen, und unter welchen Bedingungen dies nicht der Fall ist.

Die Koopmansche Vorstellung, dass das Wählen rechter Parteien und rechte Gewalttaten zwei strategische Alternativen darstellen, stützt sich auf Grundannahmen, die in der Bewegungsforschung als "opportunity model" (deutsch: Gelegenheitsstrukturansatz) bezeichnet werden: "Die Wahl der Aktionsformen ist abhängig von den Handlungsoptionen, also den Gelegenheitsstrukturen, in den jeweiligen nationalen gesellschaftspolitischen Kontexten. Gelegenheitsstrukturen lassen sich als konsistente, jedoch nicht notwendig formale oder dauerhafte Parameter für soziale und politische Akteure definieren, die ihre Aktionen entweder ermutigen oder entmutigen"³⁴. Bei der Wahl zwischen den verschiedenen Handlungsoptionen agieren politische Akteure als strategische Akteure, die Kosten und Risiken ihres Handelns in ihre Entscheidungen einbeziehen. Dies führt zu der eingangszitierten Annahme, dass die kostspielige und riskante Strategie von Straf- oder gar Gewalttaten nur dann gewählt wird, wenn weniger

³⁴ Esser u.a. (Anm. 4), S. 191. Vgl. auch Koopmans (Anm. 4), S. 16f.

kostspielige und riskante Strategien nicht zur Verfügung stehen. Kosten bzw. Risiken sind im Rahmen des Gelegenheitsstrukturansatzes jedoch nicht der einzige handlungsleitende Faktor: Strategische Akteure wägen Kosten bzw. Risiken einer Handlungsoption auf der einen *und ihren Nutzen* auf der anderen Seite gegeneinander ab. Hier kommt der Aspekt der Wirksamkeit einer Handlungsoption ins Spiel: "Dort, wo andere Wege zur Verfügung stehen, um die Forderungen einer Bewegung *auf potenziell effektive Art und Weise* auszudrücken, ist es weniger wahrscheinlich, dass der Protest gewaltsame Formen annehmen wird"³⁵. Entscheidend dafür, ob die Strategie der Straf- und Gewalttaten gewählt wird, ist nicht nur, inwiefern weniger riskante Handlungsoptionen zur Verfügung stehen, sondern auch, inwiefern diese erfolgsversprechend sind. Konkret auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand bezogen heißt das, dass nicht nur die bloße Durchführung von Anti-Asyl-Demonstrationen und deren Anzahl eine entscheidende Rolle spielen dürften, sondern auch deren (potenzielle) Effektivität.

Längerfristig betrachtet ist eine politische Aktionsform dann effektiv, wenn die entsprechenden politischen Forderungen tatsächlich umgesetzt werden, mittelfristig betrachtet jedoch bereits dann, wenn die Forderungen sich – quasi als Vorstufe einer späteren Umsetzung – gesellschaftlich etablieren. Entsprechend wird innerhalb des Gelegenheitsstrukturansatzes auch die Rolle rechter Parteien verstanden. Der Soziologe Frank Esser und andere beschreiben, wie diese "den weit verbreiteten, diffusen fremdenfeindlichen Positionen eine offizielle Stimme verleihen, dadurch für eine Enttabuisierung dieser Positionen in der Gesellschaft sorgen und durch die offensive Thematisierung der Zuwanderungsängste die Gewaltbereitschaft zurückdrängen. In Gesellschaften mit effektiven Rechtsparteien ... muss das Mobilisierungspotential nicht unter der Decke gehalten und in dunkles Sektierertum und dumpfe Kanäle anonymer Gewalt abgedrängt werden"³⁶.

Tatsächlich handelt es sich bei der hier beschriebenen Enttabuisierung um einen Aspekt, der gerade im Zusammenhang mit den von der NPD veranstalteten Demonstrationen in Schneeberg besonders hervorstach

³⁵ Koopmans (Anm. 4), S.16/17. Übersetzung aus dem Englischen und Hervorhebung durch die Autorin.

³⁶ Esser u.a. (Anm. 4), S. 213f.

und bundesweit für Schlagzeilen sorgte. Allein die Teilnehmerzahlen von zwischen 1.500 und 1.800 machen deutlich, auf welcher breiten Zustimmung die Agitation gegen die örtliche Asylunterkunft in Schneeberg traf. Unter diesen Teilnehmern befanden sich nach Schätzungen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen lediglich 200 bis 250 Rechtsextremisten³⁷. Die NPD hatte die – auch andernorts immer wieder zu beobachtende – Strategie eines Schulterschlusses mit der sogenannten bürgerlichen Mitte in Schneeberg besonders konsequent angewandt: Schon mit der Bezeichnung "Schneeberger Lichtellauf" in Anlehnung an das Schneeberger "Lichtelfest" knüpften die Veranstalter bewusst an das Brauchtum der Schneeberger Mehrheitsgesellschaft an³⁸. Die zweite Demonstration stand zusätzlich unter dem Motto "Fragt uns Bürger! Wir sagen NEIN zum Asylmissbrauch". Bei der Mobilisierung wurde der NPD-Hintergrund der Veranstalter systematisch verschleiert. Auf ihrer Internetseite führte die NPD Sachsen dann auch die "lokale Verankerung" als "entscheidende Voraussetzung zur Gewinnung von Mobilisierungsfähigkeit" und als wesentliche Ursache ihres Mobilisierungserfolges in Schneeberg an³⁹.

Der Protest gegen die breite Anti-Asyl-Agitation fiel in Schneeberg hingegen vergleichsweise gering aus: So fand der erste "Lichtellauf" am 19. Oktober noch gänzlich ohne Gegendemonstration statt. Am 2. November schlossen sich einer Gegenveranstaltung der „Initiative Sächsischer Antifa & Antira Gruppen“ lediglich ca. 500 Teilnehmer an⁴⁰. Erst beim dritten "Lichtellauf" am 16. November regte sich auch aus der bürgerlichen Mitte nennenswerter Protest: An einer durch den Schneeberger Stadtrat initiierten Kundgebung nahmen ca. 1.500 Personen teil, an einer erneuten Veranstaltung der „Initiative Sächsischer Antifa und Antira Gruppen“ ca. 950. Beide Demonstrationen verliefen

³⁷ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Dresden 2014, S. 20.

³⁸ Vgl. Anm. 20.

³⁹ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Anm. 37), S. 55 und 112/13.

⁴⁰ Polizeimeldung der Polizeidirektion Chemnitz, zit. auf http://www.annaberger.info/Lokales/13_Schneeberg_Demos/13_schneeberg_demos.html (gelesen am 1. Februar 2015).

weitgehend friedlich⁴¹.

Bei der rechtsextremistischen Demonstrationsreihe im thüringischen Greiz fielen die Teilnehmerzahlen mit zwischen 85 und 185 Personen zwar deutlich geringer aus als in Schneeberg, auch hier war der Anteil bürgerlicher Klientel jedoch laut Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen insbesondere bei den ersten Veranstaltungen ungewöhnlich hoch⁴². Und auch hier blieben die Gegendemonstrationen überschaubar – bei den ersten vier Veranstaltungen lag die Zahl der Gegendemonstranten im Schnitt deutlich unter der der Anti-Asyl-Aktivist⁴³, erst bei der fünften leicht und bei der sechsten deutlich darüber⁴⁴.

Ganz anders hingegen die Situation in Berlin: Zwar versuchte die rechtsextremistische Szene auch hier, ihren Protest gegen die Asyl-

⁴¹ Polizeimeldung der Polizeidirektion Chemnitz, zit. auf <http://www.hit-tv.eu/2013/11/17/proteste-gegen-asylbewerberheime-chemnitz-und-schneeberg/> (gelesen am 1. Februar 2015).

⁴² Vgl. Thüringer Innenministerium (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Erfurt 2014, S. 53.

⁴³ Die erste Veranstaltung fand gänzlich ohne Gegenveranstaltung statt, bei der zweiten hielten sich beide Seiten mit jeweils 150 Personen etwa die Waage, bei der dritten standen 100 bis 130 Asylgegnern (abweichende Angaben der örtlichen Presse und der Bundesregierung) nur etwa 80 Gegendemonstranten (Angabe der örtliche Presse, offizielle Angaben liegen nicht vor) gegenüber, bei der vierten 110 Asylgegnern nur etwa 60 Gegendemonstranten. Quellen: "Demos in Greiz-Pohlitz friedlich", in: Ostthüringer Zeitung, 20. September 2013, <http://zeulenroda.otz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/Demos-in-Greiz-Pohlitz-friedlich-452162892>; "Greiz Pohlitz: Weniger Interesse an Demos", in: Ostthüringer Zeitung, 27. September 2013, http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Greiz_Pohlitz-Weniger-Interesse-an-Demos-1615598391; Friedliche Mahnwache auf dem Greizer Zschberg", in: Vogtlandspiegel, 5. Oktober 2013, <http://www.vogtlandspiegel.de/friedliche-mahnwache-auf-dem-greizer-zaschberg/> (gelesen am 14. Februar 2015).

⁴⁴ 110 bzw. 400 Gegendemonstranten. Quellen: "Greiz: Mit Trommeln und Pfeifen gegen Hetze", in: Ostthüringer Zeitung, 11. Oktober 2013, <http://greiz.otz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/Greiz-Mit-Trommeln-und-Pfeifen-gegen-Hetze-1640008727>; "Hunderte demonstrieren in Greiz für und gegen Asylbewerberheim", in: Ostthüringer Zeitung, 25. November 2013, <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Hunderte-demonstrieren-in-Greiz-fuer-und-gegen-Asylbewerberheim-741399169> (gelesen am 14. Februar 2015).

unterkunft in Marzahn-Hellersdorf als Initiative besorgter Anwohner darzustellen. Der "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" (BMH) gelang der Schulterschluss mit dem bürgerlichen Spektrum allerdings nur sehr begrenzt: An ihren Demonstrationen nahmen mit Ausnahme der späteren „Montagsdemonstrationen“ lediglich 45 bzw. 85 Personen teil, der überwiegende Teil davon Angehörige rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen⁴⁵. Das Gleiche gilt für Demonstrationen der NPD in anderen Teilen Berlins, deren Teilnehmerzahlen in der Regel zwischen 20 und 40, lediglich ein einziges Mal bei 200 Personen lagen.

Stattdessen sah sich insbesondere die BMH von Anfang an mit teils massiven Gegenreaktionen konfrontiert – zunächst vor allem seitens politischer Parteien und antirassistischer Initiativen, dann überwiegend seitens linksextremistischer Autonomen. Die Auseinandersetzungen mit dem rechtsextremistischen Lager gewannen damit an Aggressivität: Bei rechtsextremistischen Anti-Asyl-Demonstrationen wurde regelmäßig versucht, die Veranstaltung zu blockieren und die Teilnehmer anzugreifen. Eine BMH-Demonstration vom 26. Oktober 2013 musste aufgrund von Blockaden vorzeitig abgebrochen werden. Die Zahl der Gewaltdelikte „Links gegen Rechts“ stieg in diesem Zeitraum deutlich an, mit 45 Fällen allein im Kontext der Hellersdorfer Links-Rechts-Auseinandersetzungen⁴⁶. Aber auch das gemäßigte Spektrum stellte sich weiterhin gegen die rechtsextremistischen Anti-Asyl-Aktivisten: Am 3. Oktober 2013 etwa nahmen an einer "Demonstration gegen Rassismus" in Hellersdorf ca. 1.500 Menschen teil⁴⁷. Ähnlich die Situation auch in Treptow-Köpenick – hier kam es zu Gegenveranstaltungen mit bis zu 2.000 Teilnehmern, etwa am 26. April 2014, wobei der NPD-Aufmarsch aufgrund der massiven Blockaden nach wenigen hundert Metern beendet werden musste⁴⁸.

⁴⁵ Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014, S. 85f.

⁴⁶ Ebd., S. 147-49 und 153f.

⁴⁷ "Rechter Aufmarsch am Samstag in Berlin-Hellersdorf geplant", auf: ZEIT Online, 25. Oktober 2013, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/10/25/rechter-aufmarsch-am-samstag-in-berlin-hellersdorf-geplant_14256 (gelesen am 14. März 2015).

⁴⁸ "Tausende Gegendemonstranten blockieren NPD-Aufmarsch", auf: Süddeutsche.de, 26. April 2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nazi->

Massive Gegenproteste und intensive Rechts-Links-Auseinandersetzungen kennzeichneten auch die „Montagsdemonstrationen“ in Marzahn-Hellersdorf im November und Dezember 2014. Dieser Gegenwind dürfte dazu geführt haben, dass die rechtsextremistischen Akteure trotz hoher Teilnehmerzahlen hier nicht von einer Enttabuisierung oder gar gesellschaftlichen Etablierung ihrer Forderungen ausgehen konnten.

Zusammenfassend darf man konstatieren, dass sich Anti-Asyl-Demonstrationen aus der Perspektive sächsischer Asylgegner als effektive Handlungsoption erwiesen, weil die von Esser und anderen beschriebene Enttabuisierung der entsprechenden Positionen hier weitgehend gelang, während aus der Perspektive Berliner Asylgegner das Gegenteil der Fall war. So lässt sich möglicherweise erklären, warum Anti-Asyl-Demonstrationen für die Berliner Akteure keine strategische Alternative zu Übergriffen auf Asylunterkünfte darstellten, warum Anti-Asyl-Demonstrationen dort keine Verringerung der hohen Zahl strafrechtlich relevanter Übergriffe auf Asylunterkünfte bewirkten bzw. warum die Akteure sich im Laufe der Zeit zunehmend auch strafrechtlich relevanter Demonstrationsformen wie der Beschädigung von Bauzäunen bedienten.

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stand die Frage nach dem Verhältnis von Demonstrationen gegen Asylunterkünfte auf der einen und Übergriffen auf diese Unterkünfte auf der anderen Seite. Bereiten Demonstrationen den Übergriffen den Boden, indem sie im Sinne „geistiger Brandstiftung“ Aggressionen schüren und eine vermeintliche Legitimationsgrundlage für Straf- und Gewalttaten schaffen – wie es Äußerungen sowohl der Presse als auch der Sicherheitsbehörden vielfach suggerieren? Oder fungieren Demonstrationen und Übergriffe als strategische Alternativen – wie es die Forschungsergebnisse von Koopmans und anderen in Bezug auf das Verhältnis von rechtem Wahlverhalten und rechten Gewalttaten nahelegen?

Eine systematische Analyse der räumlichen und zeitlichen Verteilung von Demonstrationen und Übergriffen im gesamten Bundesgebiet im Zeitraum 2012 bis 2014 machte Folgendes deutlich:

1. Für die Annahme, dass Übergriffe auf Asylunterkünfte durch Demonstrationen gegen dieselben befördert werden, fanden sich keine Anhaltspunkte. Die Fälle, in denen es kurz nach einer oder mehreren Demonstrationen zu Übergriffen kam, beschränken sich auf drei⁴⁹. Angesichts einer Gesamtzahl von 100 Demonstrationen und 245 Übergriffen können diese drei Fälle eher als zufälliges Zusammenreffen verbucht werden.
2. Stattdessen spricht einiges für die Annahme zweier strategischer Alternativen. In weiten Teilen Deutschlands waren die Fallzahlen zwar zu gering, um hierzu eine belastbare Aussage zu treffen. Überall dort, wo höhere Fallzahlen vorliegen, weisen diese jedoch deutlich in Richtung des Koopmanschen Modells. Neben den Regionen Biberach/Meßstetten/Ulm (Baden-Württemberg), Tostedt/Heidenau (Niedersachsen) und dem südliche Rheinland-Pfalz gilt dies insbesondere für Nordrhein-Westfalen bzw. das Ruhrgebiet sowie für Sachsen.
3. Eine klare Ausnahme ist hier lediglich der Fall Berlin, wo Demonstrationen und Übergriffe in der Regel gemeinsam auftraten. Hier führten Demonstrationen gegen Asylunterkünfte zwar nicht zu einem Anstieg der Übergriffe auf dieselben, aber eben auch nicht zu einem Rückgang. Die Annahme Koopmans, "wer weniger riskante Wege hat, wird meistens die wählen", scheint hier nicht zuzutreffen.
4. Diese Beobachtung warf die Frage nach den Bedingungsfaktoren des „strategische Alternativen“-Modells auf, wobei ein Vergleich Berlins und Sachsens dafür spricht, dass das Modell dort greift, wo die Demonstrationen zumindest ein Stück weit eine gesellschaftliche Etablierung oder zumindest Enttabuisierung der Anti-Asyl-Positionen bewirken – etwa in Form von hohen Teilnehmerzahlen, einer Beteiligung auch des bürgerlichen Spektrums, einem Ausbleiben von

⁴⁹ Suhl (Thüringen) mit zwei Straftaten etwa einen Monat nach einer Demonstration, Bautzen (Sachsen) mit drei Straftaten in den Wochen nach drei Demonstrationen und Essen mit einer Straftat etwa zwei Wochen nach einer Demonstration, wobei die Zahl der Straftaten hier in anderen Phasen ohne Demonstrationen höher war.

Gegenprotesten oder zumindest geringen Teilnehmerzahlen bei den Gegendemonstrationen. Wo umgekehrt etwa eine kleine Zahl von Rechtsextremisten massivem Gegenprotest breiter gesellschaftlicher Gruppen gegenübersteht, ist die Wahrscheinlichkeit hingegen hoch, dass diese Akteure die riskantere und kostspieligere, aber vermeintlich wirkungsvollere Strategie der (gewaltsamen) Übergriffe auf Asylunterkünfte wählen werden.

Die letztgenannte Annahme wäre durch weitere systematische Untersuchungen zu erhärten. Hier sollten die jeweiligen Situationen in den einzelnen Regionen im Hinblick auf die genannten Faktoren (Teilnehmerzahlen, Verhältnis von rechtsextremistischen und bürgerlichen Teilnehmern, Ausmaß und Intensität von Gegenprotesten) analysiert werden. Darüber hinaus ließe sich die Frage, inwieweit die Forderungen der Demonstranten gesellschaftlich etabliert oder zumindest enttabuisiert werden, durch eine Auswertung der lokalen oder sogar überregionalen Presseberichterstattung beantworten.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang außerdem die Frage nach der Rolle nicht-extremistischer Protestbewegungen wie etwa der „Pegida“. Neben ihren islamfeindlichen Kernbotschaften griff diese auch das Thema Anti-Asyl auf und erzielte insbesondere in Dresden mit vielen Tausend Demonstrationsteilnehmern eine breite gesellschaftliche Resonanz. In der Presse wurde daraufhin hervorgehoben, dass die Zahl der Übergriffe auf Asylunterkünfte seit dem Aufkommen der Bewegung deutlich zugenommen hatte⁵⁰. Die Tatsache, dass die Zahl der Übergriffe seit 2012 und insbesondere im Laufe des Jahres 2014 von Quartal zu Quartal stets kontinuierlich anstieg, lässt allerdings daran zweifeln, ob der Anstieg im vierten Quartal 2014 tatsächlich auf „Pegida“ zurückzuführen ist. Auffällig ist vielmehr, dass es in diesem Zeitraum in Dresden selbst zu keinerlei Übergriffen kam. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Untersuchung läge es nahe, dass die „Pegida“-Demonstrationen als wenig riskante und wenig kostspielige, aber – im Hinblick auf ihre gesamtgesellschaftliche Resonanz – besonders effektive strategische Alternative zu

⁵⁰ Vgl. "Fremdenhass in Deutschland. Wie Pegida das Land verändert", auf: DasErste.de, 27.Januar 2015, <http://www.swr.de/report/pegida-demos/-/id=233454/did=14756452/nid=233454/qqcvcx/index.html> (gelesen am 3. Mai 2015).

Übergriffen auf Asylunterkünfte fungierten.

Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass sich Bürger, Politik und Sicherheitsbehörden rechtsextremistischen oder auch rechtspopulistischen Anti-Asyl-Demonstrationen nicht dennoch entgegenstellen sollten. Die Folgen einer gesellschaftlichen Etablierung der entsprechenden Positionen dürften langfristig noch verheerender sein als die derzeitigen Übergriffe auf Asylunterkünfte. Doch gerade für die Sicherheitsbehörden gilt es, die skizzierten Zusammenhänge zu verstehen, um ihnen effektiv begegnen zu können – zumal von einem weiteren Anstieg der Asylbewerberzahlen und damit vermutlich auch der Demonstrationen und Übergriffe in der kommenden Zeit auszugehen ist.

„Überall dort, wo die Systemknechte versagen, sind wir zur Stelle“¹

Direktdemokratische Verfahren als rechtsextremistisches Instrument in der Kommunalpolitik

Christoph Busch

1. Einleitung und Fragestellung

In den letzten Jahren initiierte die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP) in der Schweiz mehrfach Volksentscheide, in denen es um restriktive Regelungen für Minderheiten ging. Die vorgeschlagenen Maßnahmen waren so weitgehend, dass diskutiert wurde, ob hier auch Menschenrechte eingeschränkt werden.² Dies betraf die Abschiebung von straffälligen Ausländern (2016 und 2010), die Beschränkung von Zuwanderung (2014) und das „Minarettverbot“ (2009)³. Jene Initiativen der SVP, die in einer langen Tradition direktdemokratischen Initiativen von nationalistischen Parteien in der Schweiz stehen⁴, fanden in der politischen Öffentlichkeit europaweit Beachtung – auch in der extremistischen Rechten in Deutschland. Sie haben für deutsche Akteure einen Vorbildcharakter und die Diskussion darüber verstärkt, direkt-demokratische Verfahren auch für die eigene Arbeit zu nutzen. „Die Rechte“ berichtet in einem Artikel über die aktuelle „Ausschaffungsinitiative“ mit der Überschrift „Von den Schweizern lernen heißt sie-

¹ NPD Schöneiche, Bürgerbegehren „Schule statt Rathaus!“, Schöneiche (25. Oktober 2010), in: de.altermedia.info (gelesen am 17. November 2015).

² Vgl. z.B. Nora Bossong, Menschenrechte im Schlussverkauf, in: Die Zeit vom 25. August 2015, hier nach: www.zeit.de; Markus Hofmann, Zündeln mit Menschenrechten, in: Neue Zürcher Zeitung vom 15. August 2015, hier nach: www.nzz.ch.

³ Vgl. zur Genese dieser Volksinitiative Wolfgang Benz, Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, München 2012, S. 184ff.

⁴ Vgl. Damir Skenderovic, Transformationen und „direkte“ Erfolge am rechten Rand: Die Schweiz als Vorbild in Europa?, in: Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.), Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin 2011, S 171-191, hier S. 171ff.

gen lernen!“⁵ und befürwortet darin die direkte Demokratie. Die Mehrheit für die Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung begrüßte die NPD und verband dies mit einem positiven Kommentar zum Instrument der Volksabstimmung: „Für die NPD heißt es ab sofort: Basisdemokratie auch in Deutschland stärken – Ausländerstopp auch in der Bundesrepublik!“⁶ Die „Ausschaffungsinitiative“ kommentierte Pro NRW zustimmend und forderte eine solche direktdemokratische Initiative ebenso hierzulande: „Auch in Deutschland ist eine Volksabstimmung über Abschiebung fällig“⁷. Zum „Minarettverbot“ betitelte Karl Richter für die NPD seinen Beitrag in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ mit: „Danke Schweiz ... Das Minarett-Votum der Schweizer – und was jetzt zu tun ist“⁸.

Die deutschen Rechtsextremisten konzentrieren sich bezüglich direktdemokratischer Verfahren indessen auf die kommunale Ebene, vor allem auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Ein wichtiger Grund ist, dass bei diesen beiden Instrumenten die rechtlichen Hürden relativ niedrig sind. Tatsächlich haben verschiedene rechtsextremistische Akteure in den letzten Jahren gelegentlich Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als politisches Instrument genutzt. Dies stand bislang nicht im Blickpunkt der wissenschaftlichen Analyse.

⁵ Die Rechte, Von den Schweizern lernen heißt siegen lernen!, (9. Februar 2016), in: die-rechte.com (gelesen am 12. Februar 2016). Der Autor des Beitrags geht fälschlicherweise davon aus, dass die „Ausschaffungsinitiative“ eine Mehrheit erzielt hat.

⁶ Karl Richter, „Ausländerstopp“ – in der Schweiz jetzt offiziell (9. Februar 2014), in: npd.de (gelesen am 16. Januar 2016).

⁷ Pro NRW, Auch in Deutschland ist eine Volksabstimmung über Abschiebung fällig (29. November 2010), in: pro-nrw.net (gelesen am 13. Januar 2016).

⁸ Karl Richter, Danke Schweiz. Das Fanal vom 29. November: Das Minarett-Votum der Schweizer – und was jetzt zu tun ist, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2010, S. 1; vgl. auch Pro Deutschland, Glückliche Schweiz (29. November 2009), in: www.pro-deutschland-online.de (gelesen am 13. Januar 2016). Für den damals beginnenden Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen kündigten Pro NRW und Pro Köln mit Verweis auf das Schweizer Vorbild eine Antiminarett-Initiative an. Vgl. Dirk Weinspach, Islamfeindschaft in rechtsextremistischen Parteien, in: Wolfgang Benz/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), „Wir oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention, Schwalbach/Ts. 2011, S. 96-109, S. hier S. 106.

Die Rechtsextremismusforschung entdeckte in den letzten Jahren zwar zunehmend die kommunale Ebene als Handlungsfeld rechtsextremistischer Akteure. Dabei fokussierte sie insbesondere auf deren kommunale Parlamentsarbeit⁹ und die Auseinandersetzung damit.¹⁰ In einigen wenigen Fällen wurden auch Sozialraumanalysen bzw. das Wirken von rechtsextremistischen Subkulturen auf lokale Räume untersucht.¹¹ Ein Sammelband beschäftigt sich damit, wie Rechtsextremisten Konflikte um Moscheebauten für ihre Zwecke nutzen.¹² Die Forschung zu Direkter Demokratie auf kommunaler Ebene befasst sich aber überwiegend mit Rahmenbedingungen, Prozessen, Inhalten und Wirkun-

⁹ Vgl. u. a. Birgit Griesse/Gunther Niermann, Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten (1989 – 1994), in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien, Opladen 1997, S. 147-207; Katharina Beier/Jenny Bogitzky/Hubertus Buchstein/Katharina Feike/Benjamin Fischer/Pierre Freyber/Mathias Strüwing/Tim Wiedemann, Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006; Sven Braune / Christian Demuth / Norbert Hanisch / Josephine Koch / Barbara Schmidt / Alexander Wendland, Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens, in: Uwe Backes/ Henrick Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 175–207. Pascal Begrich/Thomas Weber, Zwei Jahre NPD-Vertreter/innen in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Ein Forschungsbericht, Magdeburg 2009; Christoph Busch, Politikherstellung und Politikdarstellung in der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln, in: Kathrin Mok/Michael Stahl (Hrsg.), Politische Kommunikation heute, Berlin 2010, S. 67-86.

¹⁰ Vgl. Benno Hafeneger/Sven Schönfelder, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in den Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin 2007; Vera Henßler/Ulrich Overdieck, Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus, Berlin 2014; Verein für demokratische Kultur (Hrsg.), Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus im Vergleich. Studienbericht, Berlin 2014.

¹¹ Vgl. Uta Döring, Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden 2008; Andreas Klärner, Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg 2008; Matthias Quent/Peter Schulz, Peter (Hrsg.) Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden 2015.

¹² Vgl. Patrick Fels/Hans-Peter Killguss/ Hendrik Puls (Hrsg.), Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte, Köln 2012.

gen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden.¹³ Wenig beachtete die Forschung allerdings die Akteure direktdemokratischer Verfahren.

Eine größere Verbreitung direktdemokratischer Verfahren wird oftmals als Stärkung der Zivilgesellschaft normativ begrüßt. Dagegen weist die Forschung zur Zivilgesellschaft in jüngerer Zeit auch auf deren Schattenseiten¹⁴ hin, insbesondere auf rechtsextremistische Akteure, die sich mit antidemokratischen Zielen engagieren.¹⁵ Nur weil ein politischer Akteur demokratische Verfahren benutzt, bedeutet dies nicht zugleich, dass er damit pro-demokratische Ziele verfolgt. Eine Problematisierung der Akteure fand im Zusammenhang mit direktdemokratischen Verfahren regional für die Schweiz¹⁶ und inhaltlich bezüglich einiger Akteure von Initiativen gegen Moscheebauten statt.¹⁷ Seit längerem werden bereits Themen von direktdemokratischen Verfahren problematisiert. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Einschränkung von Bürgerrechten, insbesondere von Minderheiten¹⁸, was ein wichtiges Thema für rechtsextremistische Akteure darstellt.

Rechtsextremismus wird hier als Sammelbegriff verstanden, unter dem Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationen subsumiert werden, denen die gemeinsame Auffassung zugrunde liegt, „die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den

¹³ Vgl. u. a. Frank Rehmet/Volker Mittendorf, Erster Bürgerbegehrensbericht Deutschland 1956-2007, Marburg 2008; Mehr Demokratie e. V. (Hrsg.), Bürgerbegehrensbericht 2014, Berlin 2014.

¹⁴ Vgl. Franziska Blomberg, *The Bright & Dark Sides of Civil Society. Democratic Consolidation and Regime Hybridity in Divided Societies*, Frankfurt (Oder) 2014, S. 74ff.

¹⁵ Vgl. Simon Teune, Rechtsradikale Zivilgesellschaft -- *contradictio in adiecto*?. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, H.4/2008, S. 17-22.

¹⁶ Vgl. Damir Skenderovic, Transformationen und „direkte“ Erfolge am rechten Rand: Die Schweiz als Vorbild in Europa?, in: Nora Langenbacher/Britta Schellenberg (Hrsg.), *Ist Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*, Berlin 2011, S 171-191, hier S. 171.

¹⁷ Vgl. Anna Christmann, Die Rolle direktdemokratischer Instrumente in Moschee- und Minarettkonflikten in der Schweiz und Deutschland, in: Adrian Vatter (Hrsg.), *Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie*, Zürich 2011, S. 191-214.

¹⁸ Vgl. Barbara S. Gamble, Putting Civil Rights to a Popular Vote, in: *Journal of Political Science* 41 (1997), Nr. 1, S. 245-269.

Wert eines Menschen“¹⁹. Dies beinhaltet die Vorstellung einer homogenen Gemeinschaft, die sich an Abstammung und einer vermeintlich gemeinsamen Kultur orientiert und hat die Ausgrenzung von Menschen zur Folge, die diese Merkmale nicht erfüllen. Insofern richtet sich Rechtsextremismus gegen Freiheit und Gleichheit. Typische Ideologeme sind Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Zur Analyse des Rechtsextremismus sind bewegungstheoretische Ansätze in der Forschung bewährt.²⁰ Im Folgenden wird auf den Forschungsstrang der Gelegenheitsstrukturen rekurriert. Dieser nimmt unter anderem den Zugang zur öffentlichen Arena in den Blick und arbeitet die fördernden und erschwerenden Faktoren heraus.²¹ So lassen sich Bürgerbegehren und –entscheide als strukturelle Gelegenheiten verstehen, einen relativ niedrigschwelligen Zugang zur politischen Öffentlichkeit zu bekommen. Dabei kann man zwei Dimensionen unterscheiden: 1. Politikherstellung fokussiert auf den Einfluss auf politische Entscheidungen, und 2. Politikdarstellung meint die Vermittlung von Informationen, um Aufmerksamkeiten und Bewertungen bezüglich politischen Themen und Akteuren zu generieren bzw. zu steuern.²²

Die vorliegende Abhandlung geht der Frage nach, inwieweit Bürgerbegehren und -entscheide für rechtsextremistische Akteure als Gelegenheitsstruktur eine Rolle spielen. Dabei werden sowohl die Bedeutung als auch das Ausmaß von rechtsextremistischen Bürgerbegehren und –entscheiden beleuchtet. Die Untersuchung erörtert zunächst die Bezüge zur rechtsextremistischen Ideologie und Strategie. Das folgende Kapitel stellt empirische Ergebnisse zu Bürgerbegehren und –entscheiden vor und analysiert diese. Das Schlusskapitel fasst die Er-

¹⁹ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013, S. 52.

²⁰ Vgl. Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hrsg.), Paradigmen der Bewegungsforschung, Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen/Wiesbaden 1998.

²¹ Vgl. Friedhelm Neidhardt, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen 1994, S. 7 – 41, hier S. 33.

²² Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Politikvermittlung, Wiesbaden 2009, S. 102.

gebnisse zusammen, bezieht sie auf die erkenntnisleitende Fragestellung und diskutiert, was sie für die Ausgestaltung direktdemokratischer Verfahren bedeuten.

Unter den rechtsextremistischen Bürgerbegehren und –entscheiden kann man zwei Typen unterscheiden: Zum einen sind es Verfahren, die Akteure initiieren, die durch ihre sonstigen politische Aktivitäten ihren rechtsextremistischen Charakter hinreichend nachgewiesen haben. Dabei handelt es sich vor allem um Parteien wie die NPD, die „Republikaner“ (REP)²³ und die Pro-Bewegung²⁴. Inhaltlich vertreten

²³ Bei den REP wird schon fast seit ihrer Gründung diskutiert, inwieweit sie als rechtsextremistisch gelten kann. Zwar haben die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die Partei in den letzten Jahren nicht mehr in ihren Berichten erwähnt, jedoch ist die Entscheidung zwischen extremistisch und nicht-extremistisch aus wissenschaftlicher Sicht problematisch, da somit graduelle Abstufungen negiert werden. In der Wissenschaft gibt es deswegen eine Diskussion, wie man die REP einordnen sollte. Der Politikwissenschaftler Ralf Grünke kommt aus extremismustheoretischer Sicht zum Schluss, wonach die REP sich in den letzten Jahren dem Konservatismus angenähert hätten. (Vgl. Ralf Grünke, Die Partei der Republikaner im Wandel der Zeit: eine extremistische Partei?, in: Eckhard Jesse/Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007, S. 89-106, hier S. 106) Die hier berücksichtigten Fälle stammen aber aus der ersten Hälfte der 2000er Jahre als die REP nach herrschender Meinung der Verfassungsschutzbehörden und der Wissenschaft als rechtsextremistisch zu qualifizieren war.

²⁴ Zur „Pro-Bewegung“ gehören die drei Organisationen Pro Köln e.V., Pro NRW und Pro Deutschland. Alle drei Gruppierungen entstanden aus der gleichen Gruppe ehemaliger Kölner REP und profilieren sich allesamt mit islamfeindlicher Propaganda, wobei sie kulturell-rassistische Argumentationsmuster benutzen. Vgl. Christoph Busch, Rheinischer Rechtsradikalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 53 (2008), Nr. 9, S. 17-20; Hans-Peter Killguss/Jürgen Peters/Alexander Häusler, PRO KÖLN – Entstehung und Aktivitäten, in: Alexander Häusler, Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 55 – 71; Jürgen Peters/Tomas Sager/Alexander Häusler, PRO NRW und PRO D – Entwicklung, Struktur und Methodik, in: Alexander Häusler (Anm. 24), S. 72 – 87. In 2015 gab es allerdings tiefgreifende Konflikte zwischen führenden Akteuren um Fragen der Macht und Strategie, die zu einer Neustrukturierung der „Pro-Bewegung“ geführt haben. Insbesondere Pro NRW hat in Zuge dessen an Bedeutung verloren. Vgl. Ministerium für

diese in direktdemokratischen Verfahren nicht zwangsläufig ein rechtsextremistisches Anliegen. Zum anderen werden hierzu Bürgerbegehren und -entscheide gezählt, die in ihrer inhaltlichen Begründung rechtsextremistisch argumentieren und Freiheit sowie Gleichheit der Bürger in Frage stellen. Dies sind, um es vorwegzunehmen, durchweg Verfahren, die den Bau einer Moschee verhindern wollen. Diesbezüglich ist es schwierig, eine Grenze zwischen Islamfeindschaft und Islamkritik zu ziehen. Ausschlaggebend für eine Kategorisierung als rechtsextremistisch ist, ob eben Menschenrechte und damit Freiheit und Gleichheit von Muslimen grundsätzlich negiert werden.²⁵ Zudem bedeutet eine diesbezügliche rechtsextremistische Argumentation nicht, dass die Initiatoren überdies hinaus rechtsextremistische Aktivitäten entfalten. Zum Teil handelt es sich dabei um Akteure, die sich nur für das konkrete Anliegen zusammengefunden haben.

2. Ideologische und strategische Einordnung von Bürgerbegehren und -entscheiden

2.1 Rechtsextremismus und Direkte Demokratie

Entgegen der ersten Intuition ist es schwierig, das Verhältnis des Rechtsextremismus zur Demokratie bündig zu charakterisieren. Denn zum einen führt das Konzept der wehrhaften Demokratie in Deutschland dazu, dass Akteure die offen systemfeindlich auftreten, mit staatlichen Sanktionen rechnen müssen. Dies möchte ein Teil der Rechtsextremisten vermeiden und betreibt deshalb politische Mimikry. Solche Akteure äußern sich vordergründig demokratiekonform. Erst eine genauere Analyse zeigt, dass wesentliche demokratische Prinzipien und Verfahren negiert werden. Zum anderen tritt der Rechtsextremismus ideologisch in zahlreichen Unterströmungen auf, in denen jeweils unterschiedliche Akzente gesetzt werden und die Ablehnung der liberalen Demokratie in zahlreichen graduellen Abstufungen zu beobachten ist.

Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das 2015, Düsseldorf 2016 i. E..

²⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Feindschaft gegenüber den Muslimen? Kritik des Islam? Begriffe und ihre Unterschiede aus menschenrechtlicher Perspektive, in: Wolfgang Benz/Thomas Pfeiffer (Anm. 8), S. 59-69.

Den ideologischen Kern dieser Ablehnung kann man jedoch unter Rückgriff auf die Schriften des Staatsrechtlers Carl Schmitt identifizieren, dessen Ideen immer noch einen großen Einfluss auf die rechtsextremistische Bewegung ausüben. Demnach seien nur politische Kollektive wie die Nation als politische Subjekte anzusehen. Einseitig Rousseaus demokratietheoretische Überlegungen interpretierend postuliert Schmitt, dass dieses Kollektiv demokratisch sei, wenn eine Identität zwischen Beherrschten und Herrschern vorliege. Um diese Identität herzustellen und zu bewahren, müsse nach Schmitt innerhalb dieser Kollektive Gleichheit herrschen, damit die Kollektive homogen seien. Heterogenität zu akzeptieren hätte eine Schwächung des Kollektivs zur Folge, weshalb Minderheiten aufgrund z.B. ethnischer, religiöser, kultureller Kriterien ausgegrenzt werden sollten: „Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“²⁶.

Insbesondere richten sich die Schmittschen Überlegungen gegen die parlamentarische Form der Demokratie, da diese gerade als Ausdruck der gesellschaftlichen Pluralität gilt. Zumal für den Parlamentarismus die Deliberation kennzeichnend ist, so dass Konflikte zunächst diskutiert und dann erst Mehrheitsentscheidungen herbeigeführt werden. Statt Heterogenität und Deliberation favorisiert die auf Schmitt beruhende rechtsextremistische Ideologie hingegen Homogenität und Dezision.²⁷ Den Volkswillen soll dabei ein autoritärer Führer zum Ausdruck bringen, während dem Volk nur die Aufgabe der Akklamation der Entscheidungen bleibt. Insofern begreifen Rechtsextremisten, die sich in dieser Denktradition verorten, direktdemokratische Verfahren

²⁶ Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (1928), 4. Aufl., Berlin 1969, S. 15. Vgl. auch dazu Armin Pfahl-Traughber, *Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen*, in: Ders. (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*, Brühl 2013, S. 56-76, hier S. 60ff.

²⁷ Vgl. Kurt Lenk/Günter Meuter/Enrique Otten, Enrique Ricardo, *Vordenker der neuen Rechten*. Frankfurt a. M. 1997, S. 85ff.; Wolfgang Gessenharter, *Der Schmittismus der „Jungen Freiheit“ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz*, in: Stephan Braun/Ute Vogt (Hrsg.), *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007, S. 77-94, hier S. 81ff.

nicht als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, sondern bringen sie gegen diese in Stellung. In der NPD-Broschüre „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“ heißt es: „Wir wollen das liberale Parteienregime – ganz demokratisch! – durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. Es entstünde eine wirkliche Volksherrschaft mit ‚Identität von Regierten und Regierenden‘ (Carl Schmitt)“²⁸.

Der entsprechende rechtsextremistische Diskurs verläuft unter dem Frame „gegen die da oben“. Dieser Diskurs diskreditiert die politischen Akteure in der parlamentarischen Demokratie, da sie sich nur für ihre eigenen Interessen und nicht für die Interessen des Volkes einsetzen würden. Zudem agierten die Politiker vom Volk abgehoben, so dass sie die Identität von Beherrschten und Herrschern aufheben würden. Ein Politiker von „Pro Deutschland“ formulierte dies folgendermaßen: „Mit der Wahl soll der Wille des Volkes in ein Entscheidungsgremium getragen werden, der zu beachten ist, und nicht die Vertretung von Interessen einer wie auch immer gearteten Lobby. Da dies offenbar immer weniger funktioniert, ist eine grundlegende Änderung der bürgerlichen Mitbestimmungsrechte nach Schweizer Vorbild zu fordern“²⁹.

Um also den vermeintlich „wahren“ Interessen des Volkes Ausdruck zu verschaffen, böten neben der Wahl einer rechtsextremistischen Partei ebenfalls direktdemokratische Verfahren eine Option. Freilich geht es im rechtsextremistischen Sinne nicht darum, mit direktdemokratischen Verfahren die Deliberation öffentlicher Angelegenheiten auszuweiten und somit den mündigen Bürger stärker in den politischen Prozess einzubeziehen. Denn das Gemeinwohl sei kein Ergebnis des Diskurses und deshalb erst a posteriori zu bestimmen, sondern a priori vorgegeben und durch den „gesunden Menschenverstand“ zu erkennen. Direktdemokratische Verfahren würden also dazu beitragen,

²⁸ NPD-Vorstand (Hrsg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin 2006, S. 32.

²⁹ Pro Deutschland, Mehr Demokratie wagen!, (12. Oktober 2010), in: www.pro-deutschland-online.de (gelesen am 16. Januar 2016).

dem homogenen Volkswillen Geltung zu verschaffen.³⁰ In diesem Sinne nahm die NPD die SVP-Initiative zum Minarett-Verbot zum Anlass, eine inhaltlich entsprechende Kampagne in Deutschland anzukündigen, „um dem Volkswillen endlich auch bei uns Gehör zu schaffen“³¹.

Ein weiterer Aspekt von Carl Schmitts Überlegungen betrifft den Kernbestand der Demokratie, die Volkssouveränität. Es stellt sich die Frage, inwieweit der damit begründete Herrschaftsanspruch des Kollektivs über das Individuum reicht. Einen totalitären Herrschaftsanspruch des Volkes postuliert Schmitt. Es überrascht daher nicht, dass Diktatur und Demokratie bei ihm keine Gegensätze sind, sondern Diktatur die Konsequenz von verwirklichter Demokratie ist.³² Um eine totalitäre Demokratie zu verhindern, solle nach Auffassung liberaler Theoretiker die demokratische Herrschaft sich selbst an das

³⁰ Decker bezieht diese Analyse auf den Rechtspopulismus. Hier zeigt sich allerdings eine Schnittmenge zum Rechtsextremismus, in dem dieses Verständnis ebenfalls weit verbreitet ist. Vgl. Frank Decker, Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.), Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster 2011, S. 39-54, hier S. 40ff. Michelsen differenziert zwischen einer faschistischen und einer populistischen Variante des im Rechtsextremismus benutzten Demokratiebegriffs. Vgl. Danny Michelsen, Der Demokratiebegriff im organisierten Rechtsextremismus: nur „populistisch“ oder auch „faschistisch“? Eine Fallstudie am Beispiel der NPD, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (I), Brühl 2014, S. 101-137, hier S. 106ff.

³¹ Klaus, Beier, „Wir wollen Schweizer Verhältnisse!“. NPD ergreift Minarett-Initiative: „Danke Schweiz!“ und eine Bundestags-Petition, (5. Dezember 2009), in: www.npd-niedersachsen.de (gelesen am 16. Januar 2016). Sehr ähnlich argumentiert der NPD-Politiker Jürgen Gansel: „Die Volksabstimmung in der Schweiz zeigt, wie der politische Wind weht, wenn nicht Ausländerlobbyisten das Wort haben, sondern das Volk, der Souverän, der mündige Bürger, der sich trotz aller Multi-Kulti-Propaganda von Politik und Medien seinen gesunden Menschenverstand bewahrt.“ NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, „Wir wollen, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt!“, Pressemitteilung vom 10. Dezember 2009, in: www.npd-fraktion-sachsen.de (gelesen am 16. Januar 2016).

³² Vgl. Wolfgang Gessenharter, Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994, S. 76ff.

Recht binden. Eine solchermassen zweifach legitimierte Herrschaft durch Volkssouveränität und Recht wird als „Liberale Demokratie“³³ bezeichnet. Diesem Verständnis liegen die zentralen „Prinzipien der individuellen Autonomie, der kollektiven Selbstbestimmung und der politischen Gleichheit zugrunde“³⁴. Direktdemokratische Verfahren stehen dazu in einem Spannungsverhältnis. Einerseits sind sie Ausdruck dieser Prinzipien, andererseits finden sie ihre Grenze an der Autonomie und dem Eigenwert des Individuums, wie sie in den Menschenrechten konkretisiert sind. Rechtsextremisten wollen mit direkt-demokratischen Verfahren dieses Spannungsverhältnis einseitig zu Lasten des Individuums und damit der Menschenrechte auflösen, indem sie einer „Tyrannei der Mehrheit“³⁵ das Wort reden. Damit zielen direktdemokratische Verfahren solchermassen verstanden darauf ab, Minderheiten auszugrenzen, um Homogenität im Kollektiv herzustellen. Beispielsweise planten die REP in den 1980er Jahren zwei Volksinitiativen in Nordrhein-Westfalen, mit denen sie den Zuzug von Ausländern beenden wollten. Die Landesregierung ließ beide Initiativen nicht zu, weil sie ihr als verfassungswidrig galten.³⁶

Ein solches Vorgehen von Rechtsextremisten wendet sich letztlich gegen die Normen der Konfliktregelung einer liberalen Demokratie. Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel hat diese in seinem pluralismustheoretischen Ansatz skizziert. Demnach können aus der Interessenvielfalt und -differenz einer heterogenen Gesellschaft Konflikte entstehen. Diese führen jedoch nicht zu einer gewaltsamen Auflösung des Gemeinwesens, weil die Gegensätze im Pluralismus institutionalisiert werden. Das Gemeinwohl ist dann das Resultat des geregelten

³³ Vgl. u.a. Gerhard Himmelmann, Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschaft- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch, Schwalbach/Ts. 2001, S. 210ff.; Giovanni Sartori, Demokratietheorie, Darmstadt 1992, S. 374ff.

³⁴ Peter Henning Feindt, Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion, Frankfurt a. M. 2001, S. 267.

³⁵ Alexis de S. Toqueville, Über die Demokratie in Amerika, 2. Aufl., München 1994, S. 289. Dieser Punkt ist ein Klassiker der Demokratiekritik. Vgl. Manfred G. Schmidt, Demokratietheorien. Eine Einführung, Bonn 2010, S. 462.

³⁶ Vgl. Thorsten Sterk, Ausschaffungsinitiative: NRW ist nicht die Schweiz. Pressemitteilung von Mehr Demokratie e.V. am 28. November 2010.

Konfliktaustrages. Dabei unterscheidet er zwischen einem nicht-kontroversen und einem kontroversen Sektor. Die Voraussetzung für die positive Rolle von Konflikten im Pluralismus ist ein Konsens unter den Bürgern über einen nicht-kontroversen Sektor. Zu diesem gehören Werte und Normen, vor allem die gegenseitige Anerkennung des Anderen und der Legitimität unterschiedlicher Interessen sowie eines geregelten Verfahrens zur Austragung der Konflikte. Alles was nicht diesem Sektor angehört, zählt zum kontroversen Sektor und ist möglicher Gegenstand eines Konfliktes. Demnach stellt der nicht-kontroverse Sektor den Rahmen dar, in dem die Konflikte des kontroversen Sektors ausgetragen werden.³⁷ Im rechtsextremistischen Verständnis dienen direktdemokratische Verfahren dazu, den nicht-kontroversen Sektor in Frage stellen. Konkret heißt das, dass man die Verfassungssouveränität durch die Volkssouveränität delegitimieren möchte. Hier kommt die Feindschaft gegenüber der liberalen Demokratie zum Ausdruck. So sprach sich der rechtsintellektuelle Autor Klaus Kunze in einem programmatischen Aufsatz für Volksentscheide aus, denn diese seien der „archimedische® Punkt ..., von dem aus das System aus den Angeln gehoben werden kann. ... Wir müssen das demokratische Prinzip gegen das liberale ausspielen.“³⁸

2.2 Rechtsextremismus und kommunale Ebene

Rechtsextremistische Akteure betonen oftmals die Bedeutung der kommunalen Ebene. Ideologisch wurzelt dies in einem organischen Weltbild, wonach die drei Gemeinschaftsformen Familie, Dorf und Volk aufeinander aufbauen und naturgegeben seien. Dies bedeutet freilich nicht, dass der kommunalen Ebene eine politische Eigenstän-

³⁷ Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 9. Aufl., Baden-Baden 2011, S. 245ff.; Annette Zimmer, Demokratietheorie. Vom Pluralismus zur Identitätsfindung, in: Gegenwartskunde, 44 Jg., (1995), Nr. 4, S. 537 – 567, hier S. 541ff.

³⁸ Klaus Kunze, Wege aus der Systemkrise, in: Andreas Molau (Hrsg.), Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung, Berg 1995, S. 202-223, hier S. 215f. Dies steht im Kontext weiterer Einlassungen Kunzes, die sich gegen die pluralistische Demokratie wenden. Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 26), S. 68f.

digkeit zugestanden wird. Denn der einheitliche, autoritäre Staat bleibt das rechtsextremistische Leitbild.³⁹

Strategisch zielt die Betonung der kommunalen Ebene insbesondere bei den Parteien darauf ab, Bürgernähe zu demonstrieren und die Partei mit Persönlichkeiten vor Ort zu repräsentieren.⁴⁰ Dabei setzten rechtsextremistische Parteien bislang aber weniger auf direktdemokratische Verfahren, sondern vor allem auf den Einzug in die Kommunalparlamente. Bei dem von der NPD so bezeichneten „Kampf um die Parlamente“ sollten die Kommunalparlamente die Basis darstellen, von der aus dann Mandate in den Landtagen oder gar im Bundestag gewonnen werden würden. Ebenfalls spricht die „Pro-Bewegung“ davon, dass sie zunächst eine Verankerung in den Kommunalparlamenten anstrebe und dies die Voraussetzung für Erfolge auf Landesebene sei. Dabei spricht sie auch von „Graswurzelbewegung“⁴¹. Diese von beiden Akteuren postulierte Bedeutung der kommunalen Ebene hat sich institutionell niedergeschlagen. Die NPD gründete 2003 die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV). In deren Schulungen geht es hauptsächlich darum, das Handwerkszeug für Abgeordnete in den Kommunalparlamenten zu vermitteln.⁴² Und ebenso besitzt die „Pro-Bewegung“ eine kommunalpolitische Vereinigung, die dem Austausch und damit der Fortbildung der Akteure dient. Jedoch gelingt es den rechtsextremistischen Parteien kaum, zur Politikherstellung in den

³⁹ Vgl. H. Joachim Schwagerl, Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt a.M. 1994; Beier u.a. (Anm. 9), S. 13f.

⁴⁰ Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihre Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005, S. 109ff.

⁴¹ Alexander Häusler, Die Pro-Bewegung. Antimuslimischer Kulturrassismus von Rechtsaussen, in: Patrick Fels u.a. (Anm. 12), S. 35 – 39, hier S. 36. Vgl. auch Pascal Beucker, Welche Rolle spielt die Kommunalpolitik für Pro NRW, in: Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hrsg.), 33 Fragen und Antworten zur Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln 2014, S. 25-29.

⁴² Vgl. Ulli Jentsch, Über die Kommunen in den Bundestag. Zum Profil der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik, in: Friedrich Burschel (Hrsg.), Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin 2010, S. 93-99.

Kommunalparlamenten beizutragen und nur in wenigen Fällen die öffentliche Bühne zur Politikdarstellung effektiv zu nutzen.

Islamfeindliche Organisationen in Deutschland haben sich bislang auf kommunaler Ebene gebildet, um konkret den Bau von Moscheen zu verhindern. Ihre Perspektive ist deshalb in der Regel auf das unmittelbare Lebensumfeld gerichtet. Politisch heißt das, dass die kommunale Ebene ihr selbstverständlicher Aktionsraum ist.

2.3 Strategische Wahrnehmung von Bürgerbegehren und -entscheiden

Obgleich bezüglich der kommunalpolitischen Ebene der Schwerpunkt der Parteien auf Kommunalparlamenten liegt, diskutieren einige rechtsextremistische Akteure zunehmend, direktdemokratische Verfahren als kommunalpolitisches Mittel strategisch zu nutzen. Denn die Akteure haben in Deutschland das Problem, dass sie stigmatisiert sind und andere Akteure jegliche Zusammenarbeit meiden.⁴³ Auf der Ebene der Kommunalparlamente besitzen sie angesichts der weitgehenden Isolierung keinen Einfluss auf die Politikherstellung. Zudem versuchen die anderen Parteien im Rahmen der parlamentarischen Spielregeln, den Rechtsextremisten möglichst keine Bühne für ihre Politikdarstellung zu geben.⁴⁴ Zudem üben die lokalen Medien ihre Gatekeepingfunktion dahingehend aus, dass sie Rechtsextremisten kein Forum bieten und über deren politische Aktivitäten in der Regel nicht berichten.⁴⁵

⁴³ Vgl. Friedrich W. Stallberg, Stigma und Ächtung. Zur soziologischen Interpretation des Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen 1996, S. 101-113. Einige wenige Ausnahmen sind bislang nur von sächsischen Kommunalparlamenten bekannt. In diesen Fällen bekam die NPD aber nur dann Stimmen von Abgeordneten anderer Parteien, wenn die Abstimmung geheim erfolgte. Vgl. Kerstin Köditz, Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen, Berlin 2009, S. 33.

⁴⁴ Vgl. Benno Hafener/Sven Schönfelder, Politische Strategien gegen die extreme Rechte in den Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 84.

⁴⁵ Daniel Müller, Lunatic Fringe Goes Mainstream? Keine Gatekeeping-Macht für Niemand, dafür Hate Speech für Alle – zum Islamhasser-Blog Politically

Angesichts dieser Schwierigkeiten sehen rechtsextremistische Akteure in Bürgerbegehren und –entscheiden alternative Wege, um jenseits der Parlamente und lokalen Medien die Bürger zu erreichen und sogar Entscheidungen herbeizuführen. Als weitere Vorteile betont die NPD, dass dieses Instrument relativ wenige Ressourcen erfordert, der politische Gegner durch seine Reaktion die Aufmerksamkeit erhöht und die rechtsextremistischen Akteure die Gelegenheit erhalten, sich über konkrete lokalpolitische Lösungsvorschläge zu profilieren.

Die NPD in Schöneiche fasst ihre Erfahrungen folgendermaßen zusammen: „Mit politischen Inhalten erreichen wir meist nur die Wähler, die uns ohnehin wählen. Mit einem Bürgerbegehren, das ein volksnahes Thema aufgreift, erreichen wir jeden Wähler und sogar Nichtwähler. Es steht das sinnvolle, politische Vorhaben im Vordergrund und die Zustimmung ist überwältigend. So konnten wir für unser Bürgerbegehren mehr als 500 Unterschriften an einem Tag sammeln. ... Der politische Wettbewerber stellte daraufhin ‚Warnschilder‘ im Ort auf und verteilte ‚warnende‘ Flugblätter. Eine bessere Werbung konnte es gar nicht geben. Es wurde sogar eine Pressemitteilung herausgegeben. ... Es müssen lediglich Unterschriftenlisten kopiert werden. ... Ein Bürgerbegehren muß auch nicht angemeldet werden.“⁴⁶

Zudem gelinge es mit Hilfe direktdemokratischer Verfahren, sich als Vertreter „der da unten“ gegen „die da oben“ zu profilieren und die demokratischen Akteure abzuqualifizieren - in den Worten der NPD in Schöneiche: „Überall dort, wo die Systemknechte versagen, sind wir zur Stelle.“⁴⁷

Bei der „Pro-Bewegung“ wird stärker darauf abgehoben, dass man einen Anlass sucht, um mittels eines Themas Kontaktdaten zu sammeln. Damit soll eine Gegenöffentlichkeit konstituiert und dauerhaft gepflegt werden. Im Folgenden sei dies am Beispiel von Petitionen dokumentiert. In einem Konzept von „Pro Deutschland heißt es dazu: „Das hier beschriebene Procedere zur Ansprache von Menschen – Thema suchen, Petition erstellen, Adressen einpflegen, Info-Blatt aus-

Incorrect, in: Annegret März/Daniel Müller (Hrsg.), Internet: Öffentlichkeit(en) im Umbruch, Marburg 2008, S. 109-126, hier S. 109ff.

⁴⁶ NPD Schöneiche (Anm. 1).

⁴⁷ Ebenda.

senden usw. – wird ständig wiederholt. Sobald ein Handlungszyklus abgeschlossen ist, folgt der nächste: wir suchen ein neues Thema, erstellen eine neue Petition, und so weiter.“⁴⁸

Allerdings gab es auch Hinweise, dass „Pro Köln“ die Daten der Personen, die beim Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee in Köln unterschrieben haben, für die eigene Arbeit nutzte. Da dies strafrechtlich relevant ist, hat „Pro Köln“ dies stets bestritten.⁴⁹ Bei der „Pro-Bewegung“ zählen direktdemokratische Verfahren zu den Instrumenten der Politikdarstellung, wie Petitionen, Rundmails oder Flugblätter, mit denen sie eine Gegenöffentlichkeit generieren möchte, um ihre Angstkampagnen zu lancieren.⁵⁰

Die „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE), eine islamfeindliche Organisation⁵¹, die lokale Anti-Moschee-Initiativen bei ihren Kampagnen unterstützt, betont, dass man mittels Bürgerbegehren die politische Diskussion verlängern und den Konflikt verschärfen kann. Damit erhält der Akteur ein Drohpotential gegenüber den Parteien. Es komme also nicht unbedingt darauf an, dass man Bürgerbegehren erfolgreich durchführt, sondern dass aufgrund der Androhung eines Begehrens die Moscheebauinitiative oder die kommunalpolitischen Entscheidungsträger die Pläne revidieren. Sollten diese nicht darauf eingehen, könne man mit dem Bürgerbegehren und dann Bürgerentscheid aber auch eine Entscheidung im Sinne der islamfeindlichen Bewegung herbeiführen. So rät die BPE: „... der Konflikt muss in den nächsten Wahlkampf verschleppt werden (durch Bürgerbegehren, Normenkon-

⁴⁸ Pro Deutschland, Konzept. Aufbau von unten, o.O. 2009, <http://www.pro-deutschland.net>, (gelesen am 20. November 2014).

⁴⁹ Vgl. Peters u.a. (Anm. 24), S. 86.

⁵⁰ Vgl. Busch (Anm. 9), S. 82ff.

⁵¹ Die Organisation ist das Ergebnis einer Fusion im Jahr 2008 von den Vereinen „Pax Europa“ und „Bundesverband der Bürgerbewegungen“. Der Gründer von „Pax Europas“ verließ die BPE im Jahr 2008, weil er sie auf den Weg zum Rechtsextremismus sah. Vgl. Benz (Anm. 3), S. 193; der Landesverband Bayern der BPE war in den vergangenen Jahren ein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes Bayern, zeigte aber seit 2013 keine öffentlichen Aktivitäten mehr. Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, München 2015, S. 141.

trollklagen, usw.), da die meist konfliktscheue Politik nur dann bereit ist, sich den Bürgerwillen an die eigene Fahne zu heften.“⁵²

3. Rechtsextremistische Bürgerbegehren und –entscheide: Empirische Ergebnisse

3.1 Methodische Anmerkungen

Die ausgewerteten Daten umfassen den Zeitraum von 1956 bis Anfang 2012 und beziehen sich ausschließlich auf Deutschland. Die Datenerhebung erfolgte vor allem mit der Bürgerbegehrens-Datenbank.⁵³ Allerdings initiierten einige rechtsextremistische Akteure auch bewusst das Begehren über Privatpersonen oder Tarnorganisationen, um den rechtsextremistischen Hintergrund zu verschleiern. Deswegen wurde mittels Suchmaschinen ebenfalls versucht, Bürgerbegehren von rechtsextremistischen Akteuren auf die Spur zu kommen. Ein solches Verfahren kann zwar keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, allerdings berichteten zumindest die Medien darüber, wenn die lokale Öffentlichkeit über einen rechtsextremistischen Hintergrund eines Bürgerbegehrens debattierte. Insofern kann man davon ausgehen, dass damit annähernd alle rechtsextremistischen Bürgerbegehren erfasst wurden.

Die Daten zu den rechtsextremistischen Bürgerbegehren und –entscheiden werden zunächst quantitativ frequenzanalytisch ausgewertet, um einen Überblick über das Ausmaß zu gewinnen. Anschließend folgt nach rechtsextremistischen Akteuren gegliedert eine Erörterung, wie diese die direktdemokratischen Verfahren einsetzten.

⁵² Vgl. Bürgerbewegung Pax Europa e. V., Moschee? – Nein danke! Handreichungen für Moscheebau-Verhinderer, <http://bpeinfo.wordpress.com> (gelesen am 16. März 2016).

⁵³ Die Datenbank ist ein Kooperationsprojekt der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Universität Wuppertal und der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie der Universität Marburg. Bei den Quellenangaben zu den einzelnen Bürgerbegehren und –entscheiden wird die Identifikationsnummer der Bürgerbegehrensdatenbank angegeben. Die Datenbank ist online unter folgender Adresse zu erreichen: <http://www.datenbank-buergerbegehren.info>.

3.2 Ergebnisse im Überblick

Im Untersuchungszeitraum von 1956 bis 2011 ließen sich 14 rechtsextremistische Bürgerbegehren und zwei Bürgerentscheide identifizieren. Damit nehmen die rechtsextremistischen direktdemokratischen Verfahren nur einen verschwindend geringen Anteil an den fast 6.000 Bürgerbegehren und rund 2.800 Bürgerentscheiden ein.⁵⁴ Von den 14 Bürgerbegehren wurden immerhin acht⁵⁵ für unzulässig erklärt und drei nicht eingereicht. Im Vergleich zu allen Bürgerbegehren, bei denen der Anteil der unzulässigen mit 27 Prozent liegt, ist der Anteil der unzulässigen rechtsextremistischen Bürgerbegehren mit 57 Prozent deutlich höher. Ebenso liegt der Anteil der nicht eingereichten Bürgerbegehren bei den rechtsextremistischen mit 21 Prozent höher als bei allen Bürgerbegehren mit ca. 9 Prozent.⁵⁶ Von zwei Bürgerentscheiden verlief einer erfolgreich, während der andere knapp verloren wurde. Bei zwei weiteren Begehren, die unzulässig bzw. erst nach dem Urteil eines Verwaltungsgerichtes zulässig waren, hat der Rat dem Ansinnen der Initiatoren entsprochen. Insofern lassen sie sich als indirekter Erfolg qualifizieren. Geht man davon aus, dass im Regelfall während des Verfahrens die Inhalte der rechtsextremistischen Bürgerbegehren nicht von anderen lokalpolitischen Akteuren aufgegriffen und umgesetzt wurden, ist die Erfolgsquote der rechtsextremistischen Bürgerbegehren bezüglich der Herstellung von politischen Entscheidungen relativ gering.

Einschränkend ist hinzuzufügen, dass den Daten oftmals nicht zu entnehmen ist, ob rechtsextremistische Drohungen mit direktdemokratischen Verfahren dahingehend erfolgreich waren, dass andere lokalpolitische Akteure bei der Politikherstellung nun rechtsextremistische Positionen berücksichtigten. Somit brauchten rechtsextremistische Akteure letztlich kein Bürgerbegehren einzuleiten. Eine solche Drohstrategie schlägt jedenfalls die BPE vor. Eine weitere Einschränkung

⁵⁴ Vgl. Mehr Demokratie e. V. (Hrsg.), Bürgerbegehrensbericht 2012, Berlin 2012, S 18.

⁵⁵ Ein Bürgerbegehren in Wertingen wurde zunächst durch die Stadt als unzulässig erklärt. Danach entschied ein Verwaltungsgericht, dass das Bürgerbegehren doch zulässig sei. Vgl. Christmann (Anm. 17), S. 201.

⁵⁶ Hier wurden die nicht eingereichten und zurückgezogenen Bürgerbegehren addiert.

ist, dass hier nur die Bürgerbegehren und –entscheide erfasst werden, die rechtsextremistische Akteure initiierten. Darüber hinaus schlossen sich rechtsextremistische Parteien in mindestens fünf Fällen einem Bürgerbegehren inhaltlich an und unterstützten es öffentlich, indem sie sich beispielsweise an Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen beteiligten.⁵⁷

Erst in den 2000er Jahren entdeckte die extreme Rechte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide für ihre praktische politische Arbeit. 2001 fand das erste statt. Mit vier rechtsextremistischen Bürgerbegehren wurden im Jahr 2006 die meisten gestartet, drei im Jahr 2008 und jeweils eins in den Jahren 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2010 und 2011. Im Zeitverlauf lässt sich nicht die Tendenz erkennen, dass die Anzahl stetig zugenommen und dieses Verfahren somit bei Rechtsextremisten an Bedeutung gewonnen hat.

Geographisch fanden fünf in Nordrhein-Westfalen, jeweils zwei in Bayern, Berlin und Sachsen sowie jeweils eins in Brandenburg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern statt. Es scheinen hierbei weniger die landesspezifischen rechtlichen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide⁵⁸ eine Rolle gespielt zu haben, sondern vielmehr ob strategisch geschickt handelnde rechtsextremistische Akteure lokalpolitische Anlässe fanden.

⁵⁷ Im Zuge der Recherche wurden fünf Bürgerbegehren identifiziert, bei denen Rechtsextremisten als Trittbrettfahrer mitwirkten. Allerdings sind die Recherchemöglichkeiten zu Trittbrettfahrern unzureichend, so dass von einer höheren Anzahl auszugehen ist. Zu den Fällen gehören: 1. Wuppertal: Bürgerbegehren für Erhalt der Baumschutzsatzung; Trittbrettfahrer Republikaner (Vgl. www.rep-wuppertal.de, gelesen am 16. März 2016); 2. Hirschfeld: Bürgerbegehren Durchsetzung plebiszitärer Demokratie; Trittbrettfahrer NPD (www.npd-loebau-zittau.de, gelesen am 15. März 2011); 3. Kronach: Bürgerbegehren gegen Neubau Aufzug; Trittbrettfahrer NPD (npd-oberfranken.de, gelesen am 16. März 2016); 4. Karlsruhe: Bürgerbegehren gegen die U-Strab; Trittbrettfahrer NPD (www.npd-karlsruhe.de, gelesen am 16. März 2016); 5. Solingen: Bürgerbegehren gegen Privatisierung städtischer Einrichtungen; Trittbrettfahrer NPD (www.pohl-markus.de, gelesen am 15. März 2011).

⁵⁸ Vgl. Mehr Demokratie (Anm. 54), S. 13.

Eine Differenzierung der Verfahren hinsichtlich der Akteure zeigt, dass fünf der Bürgerbegehren islamfeindliche Bürgerinitiativen⁵⁹ initiierten, vier die NPD, drei die „Pro-Bewegung“ und zwei die REP. Angesichts dieser Verteilung ist es naheliegend, dass sich dies in den Themen der rechtsextremistischen Bürgerbegehren niederschlägt. So lehnten zehn den Bau einer Moschee ab. Zwei Begehren richteten sich gegen den Standort eines Asylbewerberheimes und jeweils eins gegen eine Gemeindereform sowie für die Umwidmung von finanziellen Mitteln für eine Renovierung eines Rathauses zugunsten einer Schule.

3.3 NPD

Die NPD war bei ihren vier Begehren zweimal erfolgreich. Im Jahr 2004 initiierte sie, als Bürgerinitiative „Schöner und sicherer Wohnen in Ueckermünde“ getarnt, ein Bürgerbegehren gegen den Umzug eines Asylbewerberheimes in das Zentrum der Stadt. 2.000 Personen bzw. rund 20 Prozent der Abstimmungsberechtigten unterschrieben. Obgleich das Begehren wegen eines Formfehlers für unzulässig erklärt wurde, änderten die lokalpolitischen Entscheidungsträger ihren Beschluss und das Asylbewerberheim zog nicht ins Zentrum.⁶⁰ Der Politikwissenschaftler Dierk Borstel untersuchte eingehend den Rechtsextremismus in Ueckermünde und resümierte: „Die Bürgerinitiative feierte diese Absage an ein Flüchtlingsheim als ihren politischen Erfolg und deutete die Anzahl der Unterschriften als tiefe Verankerung im

⁵⁹ Nicht alle Bürgerbegehren, die sich gegen den Bau einer Moschee richteten, wurden als islamfeindlich und damit rechtsextremistisch motiviert eingestuft. Es musste deutlich werden, dass mit dem Versuch, den Bau einer Moschee zu verhindern, Muslime pauschal ausgegrenzt und ihre Menschenrechte eingeschränkt werden sollten. Beispielsweise wurde eine Initiative in Iserlohn nicht zu den islamfeindlichen Initiativen gezählt, weil sie angab, sich nicht generell gegen den Bau von Moscheen auszusprechen, sondern nur gegen das Bauvorhaben einer speziellen muslimischen Gemeinde, die selbst innerhalb der muslimischen Gemeinschaft umstritten sei. Vgl. Der Westen, Der Widerstand wächst, 26. März 2010, hier nach: www.derwesten.de. Einen ähnlichen Fall stellt das Bürgerbegehren gegen eine Moschee in Eisenfeld dar, bei dem die Kritik der Initiatoren des Begehrens sich auf die konkrete Gemeinschaft bezieht, die das Bauvorhaben betreibt. Vgl. ID 4213 (Anm. 52).

⁶⁰ Vgl. ID 3923 (Anm. 52).

städtischen Gemeinwesen.“⁶¹ Insofern erzielte die NPD indirekt die von ihr gewünschte Wirkung auf der Ebene der Politikherstellung, weshalb es aus ihrer Sicht zweckdienlich war. Zugleich wurden diese Aktivitäten vom Journalisten Frank Jansen auch als Teil einer Strategie gedeutet, mit der die Partei sich öffentlich als „Kümmerer“ darstellen möchte⁶² – mithin ist das Begehren also auch als Teil der Politikdarstellung zu interpretieren.

Ein weiteres erfolgreiches Bürgerbegehren initiierte die NPD in Sachsen in Reinhardtsdorf bei Bad Schandau im Dezember 2005 gegen eine unpopuläre Fusion der Gemeinde. In dem kleinen Ort mit nur 1.385 Stimmberechtigten sammelte die Partei bis Januar 2006 215 gültige Unterschriften. Mit bereits 139 Unterschriften hätten sie das Quorum erfüllt. Bei dem folgenden Bürgerentscheid stimmten 732 Bürger dem Begehren zu, was 93 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht.⁶³ Der Hintergrund der Eingemeindung bestand darin, dass zunächst nur die NPD für die anstehende Bürgermeisterwahl einen Kandidaten fand, während bei allen anderen Parteien die Suche zunächst ergebnislos verlief. Deswegen beschloss der Rat mehrheitlich eine Eingemeindung des Ortes Bad Schandau. Die beiden Vertreter der NPD im Rat nutzten dann das Bürgerbegehren, um die bei den Bürgern unpopuläre Fusion zu verhindern. Sie erhielten bei einer Diskussionsveranstaltung mit Vertretern anderer Parteien zum Thema des Bürgerbegehrens dann auch ein Forum, um sich als „Kümmerer“ für die Sorgen der Bürger darzustellen.

Bei zwei weiteren Bürgerbegehren konnte die NPD die Entscheidung nicht beeinflussen. So initiierte die Partei in Brandenburg im November 2010 in Schöneiche bei Berlin ein Bürgerbegehren. Inhaltlich ging es darum, finanzielle Mittel nicht für die Renovierung des Rathauses, sondern für den Bau einer weiterführenden Schule auszugeben.⁶⁴ Dabei griff die NPD ein Thema auf, das andere Initiatoren in der Ge-

⁶¹ Dierk Borstel, Heimat und Zukunft in Ueckermünde, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt/M. 2007, S. 197-206, hier: S. 202.

⁶² Vgl. Frank Jansen, Brauner Rand, in: Der Tagesspiegel vom 18. September 2006.

⁶³ Vgl. ID 3308 (Anm. 52).

⁶⁴ Vgl. ID 6829 (Anm. 52).

meinde bereits zuvor in einem Bürgerbegehren problematisiert hatten und relativ breite Zustimmung in der Bevölkerung fand. Aus diesem Grund erzielte sie mit ihrem Bürgerbegehren auch einen relativen Erfolg. So verfehlte die Partei mit fast acht Prozent der Unterschriftenberechtigten nur knapp das in Brandenburg notwendige Quorum von 10 Prozent.⁶⁵ Die NPD-Schöneiche betont in ihrer Pressemitteilung zu dem Bürgerbegehren, dass sie mit diesem Bürgerbegehren auch die Bürger erreicht, die nicht zu ihren Sympathisanten zählen. Zudem gelänge es ihr, sich als Vertreter der einfachen Bürger gegen die elitären Politiker zu profilieren und die demokratischen Akteure zu diskreditieren.⁶⁶

In Sachsen startete die NPD in Kamenz 2011 ein Bürgerbegehren, das den Bau eines Asylantenheimes verhindern sollte.⁶⁷ Die NPD verteilte ihr Propagandamaterial dazu allerdings nicht unter ihrem Namen, sondern nutzte die Bezeichnung „Bürgerinitiative direkte Demokratie“⁶⁸, um ihre Urheberschaft zu verschleiern. Das Begehren war unzulässig.

Obgleich die NPD von den hier betrachteten Akteuren die höchste Extremismusintensität aufweist, nutzt sie Bürgerbegehren und –entscheide auch relativ pragmatisch. Da die Partei grundsätzliche Überzeugungen zu kommunalpolitischen Strukturfragen als auch zur Bildungspolitik ansonsten nicht kommuniziert, ist davon auszugehen, dass es den Akteuren weniger darum ging, auf die politischen Entscheidungen in einem bestimmten inhaltlichen Sinn Einfluss zu nehmen. Bei den Bürgerbegehren zu Asylbewerberheimen hingegen greift die NPD ein lokalpolitisches Thema auf und spitzt es fremdenfeindlich zu, was in Übereinstimmung mit der rechtsextremistischen Ideologie geschieht. Die Auswahl aller Themen zeigt aber, dass sie lokalpolitisch die Attitüde des „Kümmerers“ pflegen möchte, der sich der Sorgen des „kleinen Mannes“ annimmt. Zugleich werden die anderen Parteien als abgehoben dargestellt und somit eine ausgeprägte Anti-

⁶⁵ Vgl. ID 6425 (Anm. 52).

⁶⁶ Vgl. NPD Schöneiche (Anm. 1).

⁶⁷ Vgl. ID 6949 (Anm. 52).

⁶⁸ Vgl. Deutschlandecho, Sachsen: NPD will mittels direkter Demokratie gegen Asylbewerberheim in Kamenz vorgehen (ergänzt), (31. Januar 2011), in: deutschlandecho.wordpress.com (gelesen am 20. Februar 2011).

Establishment-Haltung präsentiert. Dies traf in den ersten drei Fällen auf in der Bevölkerung verbreitete Einstellungen, weshalb die NPD für sich Interesse generieren konnten.

In der Gesamtschau nutzte sie die direktdemokratischen Verfahren sowohl zur Politikherstellung, indem sie Entscheidungen trotz ihrer Oppositionsrolle in ihrem Sinne beeinflusste, als auch zur Politikdarstellung, da sie Themen suchte, um Kommunikationsgelegenheiten für eine „gegen-die-da-oben“-Rhetorik zu kreieren.

3.3 „Pro-Bewegung“

In einem Interview im Jahr 2008 mit der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ verdeutlichte der Vorsitzende von „Pro NRW“, Markus Beisicht, dass die Anti-Moschee-Kampagne für die Partei eine große strategische Rolle spielt, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen und damit letztlich mehr Wähler zu gewinnen: „Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. Wir haben nach Inhalten Ausschau gehalten und waren anfangs selbst überrascht, welche außerordentliche Resonanz wir dem Thema gefunden haben. Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“⁶⁹

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass sich alle drei initiierten Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee richteten. „Pro Köln“ startete ihr erstes Bürgerbegehren im Juni 2006. Den Anlass gaben die Planungen des islamischen Verein DITIB, im Kölner Stadtteil Ehrenfeld eine repräsentative Moschee zu bauen. „Pro Köln“ begründete die Ablehnung mit städtebaulichen Einwänden, befürchteten Verkehrsproblemen und dem vermeintlichen Beitrag der Moschee zu islamischen Parallelgesellschaften. Im April 2007 reichte die Vereinigung dann über 23.000 Unterschriften ein, von denen aber lediglich 15.940 gültig waren. Damit verfehlte das Bürgerbegehren das Quorum. Überdies beurteilte die Stadtverwaltung das Bürgerbegehren

⁶⁹ Moritz Schwarz, „Wir sind die Stimme der Bürger“, Interview mit Markus Beisicht, in: Junge Freiheit vom 16. September 2008, S. 3.

für unzulässig, weil es Fragen der Bauleitplanung berührte. Bürgerbegehren zu diesem Thema sind in Nordrhein-Westfalen aber bislang ausgeschlossen. Außerdem bemängelte die Verwaltung am Bürgerbegehren, dass „Pro Köln“ in der Begründung den zu entscheidenden Sachverhalt unzureichend darstellte. Zum einen verschwieg „Pro Köln“, dass an der Stelle des Neubaus bereits eine Moschee existierte, zum anderen bezeichneten die Rechtsextremisten in dem Bürgerbegehren das Bauvorhaben als „Großmoschee“, was eher negative Reaktionen hervorrufen dürfte. Der Stadtrat folgte der Argumentation der Stadtverwaltung und erklärte das Bürgerbegehren für unzulässig.⁷⁰ Trotzdem bewertete „Pro Köln“ das Verfahren als großen Erfolg, weil es die Rechtsextremisten durch die Unterschriftensammlung mit Straßenständen schaffte, eine Teilöffentlichkeit zu erreichen und bei ihrem Hauptthema sogar relativ viel Zustimmung zu erfahren.⁷¹ Dies gelang ohne die Unterstützung von Medien⁷² oder größeren gesellschaftlichen Organisationen.⁷³

Weniger Resonanz erfuhren Nachahmungsversuche der „Pro-Bewegung“. So initiierte „Pro Köln“ bereits im August 2006 ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee im Kölner Stadtteil Porz, den sie mit den gleichen Argumenten wie das Ehrenfelder Bauvorhaben ablehnten: Städtebau, Verkehrsprobleme und islamische Parallelgesellschaft. Jedoch reichten die Rechtsextremisten keine Unterschriften ein.⁷⁴ In Gelsenkirchen startete der kommunale Ableger der „Pro-Bewegung“, „Pro Gelsenkirchen“, im Juni 2008 ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee in einer Bergbausiedlung. Die Initiatoren begründeten die Ablehnung damit, dass die Moschee städtebaulich nicht ins Quartier passe. Auch bei diesem Bürgerbegehren versandete

⁷⁰ Vgl. ID 3578 (Anm. 52).

⁷¹ Vgl. Christmann (Anm. 17), S. 209.

⁷² Hinsichtlich der Medien muss man allerdings differenzieren, dass die Medien sich zwar einerseits mit Pro Köln kritisch auseinandersetzen, aber andererseits zum Teil islamfeindliche Stereotype unhinterfragt verbreiteten. Vgl. die Untersuchung zum Beispiel der lokalen Tageszeitung Kölner Stadtanzeiger Andreas Lindner, „Wo, wenn nicht in Köln?“ Zur Moscheebau-Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers, in: Häusler (Anm. 24), S. 213-223.

⁷³ Vgl. Patrick Fels, Die Perspektive der Akteure. Moscheebaukonflikt in Köln-Ehrenfeld, in: P. Fels u.a. (Anm. 12), S. 4-9.

⁷⁴ Vgl. ID 3893 (Anm. 52).

die Unterschriftensammlung und die Initiatoren reichten keine Unterschriften ein.⁷⁵ Zwei wesentliche Ursachen dürften sein, dass es kaum einen lokalpolitischen Konflikt um die beiden Bauvorhaben gab und die „Pro-Bewegung“ mittlerweile als rechtsextremistischer Akteur öffentlich stigmatisiert war.

Wie bereits dargestellt sucht die „Pro-Bewegung“ gezielt nach lokalpolitischen Konflikten um Moscheebauten. Sie versucht mit außerparlamentarischen Mitteln die lokale Öffentlichkeit zu erreichen, Konflikte kulturellrassistisch⁷⁶ zu dramatisieren und sich mit Anti-Establishment-Parolen zu profilieren. Insofern sind direktdemokratische Verfahren für die „Pro-Bewegung“ ein wichtiges Instrument, um mit Bürgern mit islamfeindlichen Einstellungen in Kontakt zu kommen und die eigene Organisation als deren Vertreter darzustellen. Bürgerbegehren und –entscheide dienen also zur Politikdarstellung auf der kommunalen Ebene jenseits der parteipolitischen Isolation und der medialen Stigmatisierung.

3.4 „Die Republikaner“

Im Jahr 2002 initiierte ein Ratsherr der REP in Schlüchtern (Hessen) ein Bürgerbegehren gegen den Standort einer Moschee. Die 1.370 eingereichten Unterschriften entsprachen immerhin 10 Prozent der Abstimmungsberechtigten. Während das Bürgerbegehren erfolgreich war, votierte beim folgenden Bürgerentscheid eine knappe Mehrheit gegen das Begehren. Allerdings erzielten die Initiatoren 2.383 der Stimmen, was 46,6 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach.⁷⁷ Das letztlich doch keine Moschee gebaut wurde, lag an einer Bürgerinitiative, die sich in der Folgezeit gegen den Bau aussprach, zugleich

⁷⁵ Vgl. ID 5875 (Anm. 52).

⁷⁶ Im Gegensatz zum biologischen Rassismus propagiert der Kulturrassismus „nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist“. Etienne Balibar, Gibt es einen „Neo-Rassismus“?, in: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hrsg.), Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten, 2. Aufl., Hamburg / Berlin, 1992, S. 28; Vgl. auch Yasemin Shooman, Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von Kultur und Religion im antimuslimischen Rassismus, in: Fels u.a. (Anm. 12), S. 16–25, hier S. 16f.

⁷⁷ Vgl. ID 2160 (Anm. 52).

von den REP und fremdenfeindlichen Positionen distanzierte und damit in der Öffentlichkeit relativ viel Zustimmung erfuhr.⁷⁸

Ein weiteres Begehren startete 2003 unter dem Tarnnamen „Augsburger Bündnis“ gegen den Bau eines Islam-Zentrums. Immerhin 9.200 Unterschriften reichte das Bündnis im März 2004 ein. Das Begehren wurde allerdings als unzulässig qualifiziert.⁷⁹ An dem von Republikanern dominierten Bündnis beteiligten sich auch Vertreter der NPD und DVU. Da jedoch der Vorsitzende und die Mehrzahl der vertretungsberechtigten Personen den REP angehörte, wird dieses Bündnis der Partei zugerechnet. In der Begründung des Bürgerbegehrens schlugen die Initiatoren einen gemäßigten Ton an, wenngleich die generell negative Sicht auf den Islam und Muslime hinreichend deutlich wird. Als Konsequenzen eines Islam-Zentrums prognostizierte man: „Diese Entwicklung ist negativ für Wohnqualität, Sicherheitslage, Verkehrssicherheit und Werterhalt von Eigentum. Auch muß mit einer Zunahme fundamentalistischer und extremistischer Einflüsse gerechnet werden.“⁸⁰

Die REP griffen in beiden Fällen lokalpolitische Konflikte auf und machten sich zum Sprachrohr von kulturellassistischen Argumenten. Obschon die Partei nicht unmittelbar Entscheidungen in ihrem Sinne herbeiführte, gelang dies in Schlüchtern indirekt. Insofern nutzten die REP die direktdemokratischen Verfahren sowohl zur Politikherstellung als auch zur Politikdarstellung.

3.5 Islamfeindliche Initiativen

Im Jahr 2001 startete im bayerischen Wertingen eine Bürgerinitiative eine Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee. Einer der Wortführer war ein ehemaliges Mitglied der NPD und Ratsmitglied der Bürgerinitiative „Keine Moschee in Wertingen“, die den REP verbunden war. Im September präsentierte die Bürgerinitiative 942 Unterschriften. Nachdem die Stadt das Bürgerbegehren als unzulässig zurückwies, entschied das Verwaltungsgericht

⁷⁸ Vgl. A. Christmann (Anm. 17), S. 202.

⁷⁹ Vgl. ID 4161 (Anm. 52).

⁸⁰ Augsburger Bündnis, Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheids (Bürgerbegehren) (Stadt Augsburg), o.O., o.J.

Augsburg, dass dieses zulässig sei. Der Gemeinderat nahm dann seinen den Moscheebau befürwortenden Beschluss zurück.⁸¹ Somit erreichten die Initiatoren indirekt ihr Ziel. Die Initiative machte einen Konflikt öffentlich, trug mit einer fremdenfeindlichen Rhetorik zu dessen Emotionalisierung bei und mobilisierte damit ausreichend Bürger, um die lokalen Entscheidungsträger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der oben angesprochene Wortführer trat bei der Stadtratswahl 2002 als Vertreter der Bürgerinitiative an und gewann ein Mandat, obschon der Großteil der Bürgerinitiative einen Wahlantritt ablehnte.⁸²

Den Vorschlägen der BPE folgte weitgehend die „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“ (IPAHB) bei ihren Bemühungen, den Bau einer Moschee im Berliner Stadtteil Heinersdorf zu verhindern. Zunächst startete die IPAHB im April 2006 ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee, das die Senatsinnenverwaltung als unzulässig beurteilte und zurückwies.⁸³ Ein weiteres Bürgerbegehren im Juli 2006 beurteilte die Senatsinnenverwaltung ebenfalls als unzulässig, weil Bürgerbegehren nicht die Ausübung der Grundrechte, wie in diesem Fall die Religionsfreiheit, einschränken dürften.⁸⁴

Die IPAHB gilt jedoch nur in Teilen als rechtsextremistischer Akteur, weil Vertreter der Initiative mit unterschiedlichen Argumenten an der öffentlichen Diskussion teilnahmen und sich deren Argumentationsschwerpunkte im Laufe des Konfliktprozesses wandelten. Wesentliche Argumentationsfiguren waren aber, dass die muslimische Organisation, die die Moschee bauen wollte, ihr Grundrecht auf Religionsfreiheit nicht ausüben dürfe, wenn eine Mehrheit dagegen sei. Zudem gehöre diese Religionsgemeinschaft nicht zur lokalen Gesellschaft und sei als Fremde nicht zu integrieren, sondern zurückzuweisen. Eine weitere Argumentationslinie konstruiert den Protest als Ausdruck des Willens der Heinersdorfer Bürger gegen eine nicht am Gemeinwohl orientierte Politik bzw. Verwaltung. Insgesamt ergänzen sich also eine kulturellassistische und eine Anti-Establishment-Rhetorik. Die Bürgerbegehren waren dabei eingebettet, in eine Reihe weiterer öffentlichkeitswirksamer Aktionen, wie Demonstrationen, Teil-

⁸¹ Vgl. ID 5162 (Anm. 52); Christmann (Anm. 17), S. 200.

⁸² Vgl. Christmann (Anm. 17), S. 200.

⁸³ Vgl. ID 3393 (Anm. 52).

⁸⁴ Vgl. ID 3665 (Anm. 52).

nahme an Sitzungen der Bezirksvertretung und Diskussionsveranstaltungen.⁸⁵ Letztlich war es neben dem unmittelbaren Ziel des Bürgerbegehrens, einen Bürgerentscheid im Sinne der IPAHB herbeizuführen, ebenso ein Ziel vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung im September des gleichen Jahres Druck auf die Parteien auszuüben, sich gegen den Bau der Moschee zu positionieren.

In Dortmund initiierte die „Freie Bürger Initiative Dortmund“ (FBI) zwei Bürgerbegehren gegen den Bau von Minaretten. Die FBI hat ein Mandat im Dortmunder Stadtrat und ist nicht rechtsextremistisch einzustufen. Im August 2007 begann die Initiative, im Bezirk Eving Unterschriften zu sammeln. Im März reichte sie dann 2.140 Unterschriften ein. Nach Einschätzung der Verwaltung war das Begehren jedoch unzulässig: zum einen weil das Verfahren eine baurechtliche Frage betraf, über die nicht per Bürgerentscheid bestimmt werden darf, zum anderen war der Rat der Stadt zuständig, weshalb das Bürgerbegehren nicht nur im Bezirk, sondern in der Stadt Dortmund hätte stattfinden müssen. Der Stadtrat folgte der Auffassung der Verwaltung und eine Klage gegen den Beschluss verlor die Initiative.⁸⁶

Im Juni 2008 folgte dann ein zweites stadtweites Bürgerbegehren, das generell den Bau von Minaretten in Dortmund verbieten lassen wollte. Dieses versandete jedoch und die FBI reichte keine Unterschriften ein.⁸⁷ Ein wesentliches Argument der Initiative, mit dem sie Minarette ablehnte, lautete: „Religion ist Privatsache, durch deren Ausübung keiner gestört werden sollte.“⁸⁸ Mit dieser Argumentation wird das Recht auf Religionsfreiheit in sein Gegenteil verkehrt. Statt die freie Ausübung der Religion zu gewährleisten, wird postuliert, dass dieses Recht nur ausgeübt werden dürfe, solange sich niemand dadurch beeinträchtigt fühlt. Ein solches Verständnis würde die Ausübung der

⁸⁵ Vgl. Ulrich Bahr/Timm Köhler/Esther Lehnert, Akteurs- und Diskursanalyse zum Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf, Berlin 2007, S. 46ff.

⁸⁶ Vgl. ID 5314 (Anm. 52).

⁸⁷ Vgl. ID 5865 (Anm. 52).

⁸⁸ FBI - Freie Bürger Initiative, Freie Bürger Initiative. Für Bürger Interessen. Gegen den Bau von Minaretten, o.O., o.J.; Vgl. auch Westfälische Rundschau, Verwaltung: Bürgerbegehren ist unzulässig, (14. April 2008), hier nach: www.derwesten.de.

Religion im öffentlichen Raum verunmöglichen. Dieses Verständnis bezog die Initiative aber ausschließlich auf Muslime, während christliche Religionsausübung im öffentlichen Raum nicht zur Debatte stand. Insofern richtete sich das Anliegen der Initiative sowohl gegen die Freiheit, das Recht auf Religionsausübung von Muslimen, und die Gleichheit, weil eine Ungleichbehandlung von Christen und Muslimen propagiert wird. Dass die FBI in ihrem Aufruf zum Bürgerbegehren sich von rechtsextremistischen Organisationen distanziert, dient vor allem dazu, eine Stigmatisierung der Initiative zu verhindern. Übrigens wies sie am Ende des Aufrufs optisch hervorgehoben auf die Kommunalwahl im August 2008 hin, zu der die FBI antrat. Angesichts der zeitlichen Nähe der Wahl scheint das zweite Bürgerbegehren ein Bestandteil der Wahlkampagne zu sein, mit der die kleine Organisation ein eigenes Thema besetzen und Öffentlichkeit dafür herstellen wollte. Während das erste Begehren noch eine Minderheitenmeinung in einem lokalpolitischen Konflikt artikulierte, wurden beim zweiten Begehren keine Unterschriften eingereicht, sondern die Unterschriftensammlung in den Kontext des Kommunalwahlkampfes eingeordnet. Vor diesem Hintergrund lässt sich das erste Begehren als Versuch der Politikherstellung interpretieren, während das zweite der Politikdarstellung diene.

Den islamfeindlichen Initiativen geht es vor allem darum, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Bei den Initiativen ist die Anti-Moschee-Kampagne in der Regel nicht Mittel zur organisationspolitischen Profilierung, sondern Zweck der Initiative.⁸⁹ Die Bürgerbegehren und –entscheide stellen ein zentrales Instrument dieser Kampagnen dar, weil es den islamfeindlichen Initiativen ermöglicht, unabhängig von den Parteien lokale Öffentlichkeit für ihr Anliegen herzustellen und lokalpolitische Entscheidungen in ihrem Sinne zu befördern.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Rechtsextremisten lehnen die parlamentarische Demokratie mehr oder weniger explizit ab. Wenn sie direktdemokratische Verfahren befürworten, geht es ihnen jedoch nicht um eine Revitalisierung der Demokratie. Stattdessen sehen sie solche Verfahren als strategisch bedeut-

⁸⁹ Vgl. A. Christmann (Anm. 17), S. 209ff.

sam, um den Handlungsspielraum der rechtsextremistischen Akteure zu erweitern. Insofern verbessern Bürgerbegehren und –entscheide die Gelegenheitsstrukturen des Rechtsextremisten.

Allerdings zeigt die empirische Analyse, dass die Anzahl der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Untersuchungszeitraum auf einem relativ niedrigen Niveau liegt. Obgleich lediglich angedrohte Begehren und rechtsextremistische Trittbrettfahrer bei anderen direktdemokratischen Verfahren in der Erhebung nicht berücksichtigt wurden, kann man resümieren, dass rechtsextremistische Bürgerbegehren und –entscheide einen seltenen Ausnahmefall darstellen. Markant dabei ist, dass die meisten rechtsextremistischen Bürgerentscheide an der Zulässigkeit scheitern. Dies liegt daran, dass beim Versuch den Bau von Moscheen zu verhindern, oftmals Begehren initiiert werden, deren Themen, wie z. B. Bauleitplanung, von Bürgerbegehren ausgeschlossen sind. Als Ursachen können zum einen gelten, dass die Initiatoren weniger auf eine Entscheidung Wert legen, sondern das Verfahren nutzen, um sich und/oder dem Konflikt Öffentlichkeit zu verschaffen. Zum anderen scheint es beim Handling von Bürgerbegehren noch am rechtlichen Know-how zu fehlen, den Themenausschluss bei Bürgerbegehren zu umgehen. Sofern die kommunalpolitische Kompetenz bei der extremen Rechten zunimmt, ist ein Anstieg entsprechender Bürgerbegehren zu erwarten. Bislang führt diese Gelegenheitsstruktur aber nur in Einzelfällen zum Zugang zur politischen Öffentlichkeit.

Das Interesse an Bürgerbegehren ist bei allen wesentlichen rechtsextremistischen Akteuren vorhanden. Je nach Akteur wird aber ein unterschiedlicher Nutzen in den Vordergrund gestellt. Bürgerbegehren von der NPD oder der Pro-Bewegung zielen eher auf Politikdarstellung und nicht auf Politikherstellung. Es geht den Parteien darum, sich als „Kümmerer“ zu präsentieren und gleichzeitig die anderen Parteien und den Parlamentarismus zu diskreditieren. Das Bürgerbegehren bietet eine Möglichkeit, an die Bürger heranzutreten, und abseits von Parlaments- und Medienöffentlichkeit Imagepflege zu betreiben. Den REP und vor allem den islamfeindlichen Initiativen hingegen geht es eher um Politikherstellung. So ist das Ziel der Aktivitäten, den Bau einer Moschee zu verhindern. Dabei dienen Bürgerbegehren als Drohinstrument gegenüber dem Stadtrat und sofern die Drohung nicht wirkt, auch als Instrument zur Durchsetzung eines entsprechenden Be-

schlusses. Genauerer Analysen bedarf es noch bezüglich der Mobilisierungskampagnen der extremen Rechten bei direktdemokratischen Verfahren und deren Effekte auf die politische Kultur, insbesondere inwieweit eine Gegenmobilisierung stattfindet.

Rechtsextremistische Bürgerbegehren und –entscheide betreffen auch die Debatte, um die Ausgestaltung von direktdemokratischen Verfahren. Ein Absenken der Beteiligungshürden könnte die Gelegenheitsstrukturen der extremen Rechten weiter verbessern. Eine defensive Schlussfolgerung wäre, aufgrund dessen die bisherigen rechtlichen Hürden für Bürgerbegehren und –entscheiden beizubehalten oder gar zu erhöhen. Hierbei stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. So würden ebenfalls bei niedrigeren Hürden rechtsextremistische Bürgerbegehren und –entscheide weiterhin eine Ausnahme darstellen. Insofern folgt die defensive Schlussfolgerung dem Motto: Selbstmord zu begehen aus Angst vor dem Tod.

Eine offensive Schlussfolgerung wäre, trotzdem eine Absenkung der Hürden zu fordern. Denn rechtsextremistisch motivierte Bürgerbegehren und –entscheide zwingen die lokale Öffentlichkeit dazu, sich mit dem ohnehin latent vorhandenen Rechtsextremismus⁹⁰ nunmehr offensiv auseinanderzusetzen. Dies könnte im Idealfall zu einer Stärkung der demokratischen Streitkultur⁹¹ führen.

⁹⁰ Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014.

⁹¹ Vgl. Claus Leggewie, Bloß kein Streit! Über deutsche Sehnsucht nach Harmonie und die anhaltenden Schwierigkeiten demokratischer Streitkultur, in: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Bonn 1990, S. 52–62.

Wege in die Szene

Muster und Motive der Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus

Thomas Pfeiffer

1. Einleitung und Fragestellung

Der Einstieg in die rechtsextremistische Szene ist kein Sprung über eine unsichtbare Schwelle – in aller Regel ist er ein Weg: Schritt für Schritt sich annähern, Kontakte knüpfen und vertiefen, Gedankenwelten und Verhaltensmuster annehmen und verinnerlichen. Als Zwischenergebnis entstehen Selbstbilder, zum Beispiel als Kämpfer im Nationalen Widerstand und im Dienste von Volk, Rasse und Nation. In dieser Anfangsphase besteht die Option, die Richtung zu ändern, ohne größere Sanktionen der Szene fürchten zu müssen, den Einstiegsprozess in den Rechtsextremismus also nicht fortzusetzen. Was bestärkt die Einsteiger, auf dem Weg nach rechts weiterzugehen? Welche Reize und Versprechen, welchen Appeal dieser Szene nehmen sie wahr? Überwiegend sind es Jugendliche, die sich auf diesen Wegen der Szene zuwenden und Affinitäten aufbauen. Die Annahme liegt nahe, dass bestimmte Faktoren der kindlichen und jugendlichen Sozialisation den Prozess begünstigen.

Wege in den Rechtsextremismus sind heterogen. Gleichwohl lohnt es, nach typischen Einstiegsmustern zu suchen und nach typischen Motiven, die der Annäherung an die Szene für die betreffenden Jugendlichen subjektiv Sinn geben. Antworten auf diese Fragen sind auch wichtige Impulse für die Prävention des Rechtsextremismus. Mustern und Motiven der Einstiegsprozesse geht der folgende Beitrag nach, er bündelt Forschungsergebnisse und fragt besonders nach familiären Hintergründen sowie der Bedeutung rechtsextremistischer Erlebniswelten und geschlechtlicher Rollenbilder. Zentrale Aussagen werden exemplarisch anhand von Erinnerungen ehemaliger Rechtsextremisten näher erläutert.

2. Forschungslage zu Lebenswegen von Rechtsextremisten

Biografische Forschung ist nach wie vor eher eine Ausnahme in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Da ergeben nicht viele Untersuchungen systematisch und auf breiterer Basis Aufschluss über Lebenswege, die dauerhaft oder vorübergehend in den Rechtsextremismus führten. Eine Ausnahme bildet die umfassende Untersuchung „Rechte Glatzen“ des Sozialwissenschaftlers Kurt Möller und des Politikwissenschaftlers Nils Schuhmacher, in der rechtsextremistische Skinheads forschersisch begleitet wurden.¹ Darüber hinaus hat die Psychologin Birgit Rommelspacher biografische Verläufe auf der Basis von Selbstzeugnissen von und Interviews mit Aussteigern in den Blick genommen.² Diese Studien wurden 2006 und 2007 veröffentlicht. Seither hat sich der Rechtsextremismus in Deutschland erheblich verändert. In welchem Maße und in welchen Formen sich das auf die Einstiegsprozesse ausgewirkt hat, ist empirisch nicht geklärt.

Wenngleich Aussteigerprogramme nicht der Forschung, sondern der individuellen Begleitung und Förderung ihrer Klienten verpflichtet sind, können ihre Erfahrungswerte wichtige Hinweise auf biografische Prozesse geben. Größere Veröffentlichungen liegen aus den Programmen nur selten vor. In mehreren Aufsätzen hat der Politikwissenschaftler Dierk Borstel Erfahrungen von „Exit Deutschland“ festgehalten. Dieser Beitrag greift darüber hinaus einzelne Ergebnisse der Evaluation des Aussteigerprogramms Nordrhein-Westfalen auf, die von einem Team um Kurt Möller und die Psychologin Beate Küpper ausgeführt und im Mai 2015 veröffentlicht wurde. In diesem Rahmen wertete man anonymisierte Daten einer Stichprobe von 99 Klienten sowie Intensivinterviews mit acht Klienten und vier Umfeldangehörigen (Eltern) aus.³

¹ Kurt Möller/Nils Schuhmacher, Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden 2007.

² Birgit Rommelspacher, „Der Hass hat uns geeint“. Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt a.M./New York 2006.

³ Kurt Möller u.a., Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen (APR NRW), Esslingen 2015,

Außerdem fließen im Folgenden Erkenntnisse aus zwei Forschungswerkstätten ein, die der Autor 2007 und 2015 mit Studierenden der Politikwissenschaft an der Ruhr Universität Bochum durchgeführt hat.⁴ In der zweiten Veranstaltung, die unter dem Titel „Lebenswege ehemaliger Rechtsextremisten. Einstieg – Zugehörigkeit – Ausstieg“ stattfand, standen auch Selbstzeugnisse von Personen im Fokus, die sich den „Autonomen Nationalisten“ oder anderen neueren Varianten rechtsextremistischer Szenen angeschlossen hatten. Systematisch erfasst wurden 140 Autobiografien, Videos, Interviews oder andere Selbstzeugnisse von 71 zeitweilig im Rechtsextremismus aktiven Personen.⁵ 19 Personen⁶ wurden anschließend genauer in den Blick genommen und ihre Lebenswege anhand eines Leitfadens⁷ vergleichend analysiert. Darüber hinaus fand in der Veranstaltung ein Gespräch mit drei Aussteigern aus dem Rechtsextremismus statt.

3. Begriff und Merkmale des Einstiegsprozesses

Der Einstieg in den Rechtsextremismus ist ein Stück Lebensweg, auf dem erste Berührungen mit rechtsextremistischen Cliquen, Organisationen oder Parteien stattfinden, und Begegnungen mit Inszenierungen, Verhaltensweisen und Inhalten dieser Szene erfolgen. Der Prozess ist mit dem zunehmenden Selbstverständnis verbunden, Teil dieser Szene zu sein. Fremdenfeindliche Ressentiments oder andere Elemente rechtsextremistischer Weltbilder sind möglicherweise be-

www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Evaluationsbericht_APR_NRW.pdf (gelesen am 24. September 2015).

⁴ 2007 mit Reinhard Koch; vgl. Reinhard Koch und Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Ein Werkstattbericht, Braunschweig 2009.

⁵ Einige der Personen sind nicht namentlich oder mit einem Pseudonym genannt. Insofern ist es möglich, dass einzelne Personen identisch sind.

⁶ Bauer, Manuel; Benneckenstein, Felix; Berner, Michael; Beyerlein, Michael; Diesner, Kay; Försterling, Frank; Greger, Nick W.; Hartung, Steven; Hasselbach, Ingo; Hepp, Odfried; Hewicker, Christine; Kneifel, Johannes; Landgraf, Gabriel; Lindahl, Kent; Molau, Andreas; Privenau, Tanja (alias Wolf, Katja); Rochow, Stefan; „Roger“ und Weißgerber, Christian Ernst.

⁷ 2015 wurde mit einer überarbeiteten und ergänzten Fassung des Leitfadens von 2007 gearbeitet, dieser ist dokumentiert in R. Koch/T. Pfeiffer (Anm. 4), S. 134f.

reits vor dem Einstiegsprozess vorhanden, in diesem Zuge und in den weiteren Stadien der Zugehörigkeit verdichten sie sich, erhalten eine politisch-ideologische Rahmung und verbinden sich mit politisch aufgeladenem Verhalten, oft mit Gewalttaten. Entsprechend definiert Nils Schuhmacher den Einstiegsprozess als die Phase, „in der sich die Gestimmtheiten und (Verhaltens-)Orientierungen über soziale Kontakte verfestigen und kohärente Selbstbilder erzeugt werden“.⁸ Möller/Schuhmacher teilen den Affinisierungsprozess in die Stadien des Affinitätsaufbaus und der Affinitätsverfestigung. Beide unterscheiden sich allerdings nur graduell: In der Phase der Affinitätsverfestigung sind Kontakte zur Szene etwas enger, jugendkulturelle und politische Elemente etwas stärker verknüpft und Einstellungen weiter verinnerlicht.⁹

Als typisches Einstiegsalter gilt die späte Kindheit und frühe Jugend, etwa die Spanne zwischen 13 und 15 Jahren.¹⁰ Die kleine Stichprobe der zweiten Bochumer Forschungswerkstatt bestätigt diese Annahme deutlich: 14 von 19 untersuchten Personen sind in diesem Alter eingestiegen, die anderen fünf als Jugendliche oder junge Erwachsene unter 26 Jahren.

Die typische Einstiegsstruktur ist die rechtsorientierte Clique im sozialen Nahraum, weniger die Partei oder eine feste politische Organisation.¹¹ Auch mit Blick auf Einstiegsprozesse stellt die im Mai 2012 gegründete Partei „Die Rechte“ einen Spezialfall dar. Sie fungiert vor al-

⁸ Nils Schuhmacher, „Mit den Leuten zusammen kann man wirklich schon was darstellen“. Über verschiedene Wege in rechte Jugendcliquen, in: Ursula Birsl (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011, S. 265-279, hier S. 267.

⁹ Vgl. K. Möller/N. Schuhmacher (Anm. 1), S. 140; Kurt Möller und Nils Schuhmacher, Ein- und Ausstiegsprozesse rechtsextremer Skinheads, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37/2007, S. 17-23, hier S. 19.

¹⁰ Vgl. N. Schuhmacher (Anm. 8), S. 267; ähnlich: Dierk Borstel, „Wir hatten auch Spaß und haben gelacht...“. Ein- und Ausstiegsprozesse von Männern und Frauen aus der rechtsextremen Szene, in: Ursula Birsl (Anm. 8), S. 298.

¹¹ Vgl. N. Schuhmacher (Anm. 8) 2011, S. 267; Reiner Becker, Wege in den Rechtsextremismus, in: BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus, www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Oeffentlichkeit_herstellen/The_men/Aufsaeetze/Aufsatz_Becker___final.pdf, Stand: 2012 (gelesen am 28. September 2015), S. 4.

lem in Nordrhein-Westfalen als Auffangbecken für Anhänger verbotener neonazistischer Organisationen und richtet sich an junge, aktionsorientierte Kräfte. Die Parteistruktur und ein gewisses Agieren als Wahlpartei dienen als Fassade, um Verbote möglichst auszuhebeln. Gruppenaktivitäten, oft an der Grenze des Legalen, Konzerte und Social Media sind bestimmende Aktivitäten. Insofern macht diese Partei Angebote im jugendkulturellen, vorpolitischen Raum und bietet vergleichsweise niedrigschwellige Gelegenheiten zur Annäherung an den Rechtsextremismus.¹²

4. Familiäre Sozialisation

Es liegt nahe, zunächst diejenige Instanz näher in den Blick zu nehmen, die die Sozialisation in der Kindheit prägt: die Familie. Biografische Brüche¹³ und mangelnde emotionale Nähe in der Eltern-Kind-Beziehung gelten als typische familiäre Hintergründe späterer Rechtsextremisten. In diesem Sinne fasst Peter Rieker zusammen: „Diejenigen, die im Jugendalter rechtsextreme Orientierungen entwickeln, blicken tendenziell auf eine Kindheit zurück, in der ihre emotionalen Bedürfnisse missachtet wurden. Im Vergleich zu anderen Jugendlichen berichten sie weniger von liebevoller Zuwendung und mehr von Zurückweisung durch ihre Eltern. Folgt man ihren Schilderungen, dann interessierten sich ihre Eltern vergleichsweise wenig für ihre kindlichen Belange, nahmen kaum Anteil an ihren Sorgen und Nöten, nahmen Ängste weniger ernst und wiesen kindliches Hilfeersuchen häufiger zurück.“¹⁴

Geradezu idealtypisch bestätigt sich diese Annahme in den Schilderungen von Johannes Kneifel, der rechtsextremistischer Skinhead in Niedersachsen und wegen Körperverletzung mit Todesfolge fünf Jah-

¹² Zur Partei „Die Rechte“ vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014, Düsseldorf 2015, S. 54-65.

¹³ Vgl. K. Möller/N. Schuhmacher (Anm. 1), S. 220. Auffällig ist in vielen Fällen vor allem ein problematisches Verhältnis männlicher Einsteiger zum Vater; vgl. R. Koch/T. Pfeiffer (Anm. 4), S. 88f.

¹⁴ Peter Rieker, Wege in den Rechtsextremismus, in: DJI Impulse, Nr. 1/2015, S. 8-10, hier S. 9.

re in Haft war. In seiner Autobiografie verbindet er das Elternhaus vor allem mit Scham, „(i)ch schämte mich für unsere billige Kleidung, das billige Essen, das nicht vorhandene Spielzeug. Aber vor allem schämte ich mich für meine behinderten Eltern“, schreibt er im Rückblick. Seine Mutter war MS-krank, der Vater nahezu erblindet, „(d)ie Sorge, wie es weitergehen soll, die Sorge um unser aller Wohl muss für meine Eltern so schlimm gewesen sein, dass sie den Mangel an Zuwendung, an Austausch gar nicht bemerkten. Auch nicht die Bedürfnisse ihrer eigenen Kinder“¹⁵, „(ab) einem bestimmten Zeitpunkt sprach ich mit meinen Eltern so gut wie kein Wort mehr“¹⁶, „(a)ußer dem gemeinsamen Namen sah ich keine Verbindung mehr.“¹⁷

Allerdings können empirische Daten aus mehreren Studien helfen, Riekers Darstellung zu differenzieren. So haben Wissenschaftler des Hannah-Arendt-Instituts an der TU Dresden 70 rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter aus Sachsen und ihre Taten zwischen 2001 und 2011 untersucht. Unvollständige oder anderweitig erkennbar problematische Herkunftsfamilien sind demnach nicht die Regel. Die Familienstrukturen der Intensivtäter waren „in über 50 Prozent der Fälle intakt“.¹⁸ Familienstruktur und emotionales Familienklima erfassten die Forscher in einem Vier-Typen-Raster und unterteilten nach „intakt – positives Familienklima“, „intakt – negatives Familienklima“, „nicht intakt – positives Familienklima“ und „nicht intakt – negatives Familienklima“. Rechts motivierte Intensivtäter kamen in allen vier Typen vor, allerdings mit einem Überhang in denjenigen mit einem negativen Familienklima.

In den 19 Fallbeispielen der Bochumer Werkstatt spiegelte sich eine mangelnde emotionale Nähe in der Familie in acht Fällen in den Selbstzeugnissen der Betroffenen. Immerhin in fünf Fällen war dies offensichtlich nicht der Fall, in sechs Fällen ließen die eigenen Angaben der Personen keine Aussage zu.

¹⁵ Johannes Kneifel, Vom Saulus zum Paulus. Skinhead, Gewalttäter, Pastor – meine drei Leben, 2. Auflage, Reinbek 2012, S. 29.

¹⁶ Ebenda, S. 84.

¹⁷ Ebenda, S. 216.

¹⁸ Michail Logvinov, Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter und ihre Opfer. Ergebnisse eines sächsischen Projekts. Teil 1: Täter, in: Kriminalistik, Nr. 6 vom Juni 2015, S. 377-384, hier S. 377.

In der quantitativen Analyse zur Evaluation des Aussteigerprogramms Nordrhein-Westfalen stellt sich eine Gruppe von Personen heraus, bei denen „ein persönliches Motiv ...“, das zunächst einmal nichts mit Rechtsextremismus zu tun hat“, offenbar ausschlaggebend im Einstiegsprozess war. Viele dieser Personen gingen selbst davon aus oder die Ausstiegsbegleiter schlossen es aus dem Gesamtbild, dass „fehlende Anerkennung“ nicht zuletzt in der Familie ein entscheidender Faktor war. Dies galt für 36 von 99 Personen, also gut ein Drittel. Zu dieser ersten Gruppe zählen auch diejenigen 40 Personen, bei denen „fehlende Gruppenerlebnisse“ eine wichtige Rolle spielten. Oft trafen „fehlende Anerkennung“ und „fehlende Gruppenerlebnisse“ gleichzeitig zu. Insgesamt umfasst diese erste Gruppe mit vorwiegend persönlichen Einstiegsmotiven über die Hälfte der Stichprobe. Zu einer zweiten Gruppe (etwa 40 Prozent der Stichprobe) zählen Klienten, bei denen vorhandene „rechte“ Einstellungen im Vordergrund standen (29 Prozent) und/oder rechtsextremistische Berührungspunkte etwa in Fußballszenen (14 Prozent) bzw. im Musikkontext (26 Prozent).¹⁹

Ausgeklammert wurden bislang diejenigen Fälle, in denen die Familien selbst fest in rechtsextremistischen Denk- und Handlungsmustern verankert sind, die Kinder quasi in den Rechtsextremismus hineingeboren werden. Auch wenn das Bochumer Sample von 19 Fallbeispielen allenfalls sehr behutsame quantitative Rückschlüsse zulässt, verweist es darauf, dass der Einstieg in den Rechtsextremismus überwiegend nicht auf diesen Wegen erfolgt. Ein entsprechender familiärer Hintergrund war in fünf Fällen erkennbar. Die prominentesten Fallbeispiele in der Stichprobe, für die dies gilt, dürften Odfried Hepp und Tanja Privenau sein.

Im Ergebnis trifft der Befund von Peter Rieker als eine Tendenzaussage zu. Ein zwingender Zusammenhang zwischen Familienstruktur, Familienklima, politischen Mentalitäten in der Familie und dem Einstieg in den Rechtsextremismus lässt sich nicht belegen. Dies zeigt einmal mehr, dass bei Schuldzuweisungen an das Elternhaus Zurückhaltung notwendig ist.²⁰

¹⁹ Vgl. K. Möller u.a. (Anm. 3), S. 34.

²⁰ Vgl. R. Koch/T. Pfeiffer (Anm. 4), S. 88.

5. Einstiegsmuster

In der Forschung besteht Konsens, dass die Einstiegskonstellationen in den Rechtsextremismus vielfältig sind. In ihrer Studie über rechtsextremistische Skinheads unterscheiden Kurt Möller und Nils Schuhmacher die folgenden vier grundlegenden Einstiegsmuster, die sich wechselseitig nicht ausschließen. Diese Muster sind auch in anderen Fallbeispielen erkennbar: In der Bochumer Forschungswerkstatt von 2015 konnten die Einstiegsprozesse aller 19 untersuchten Personen mindestens einem der vier Muster zugeordnet werden. Das spricht dafür, dass sie wesentliche Konstellationen abbilden.

5.1 Muster interethnischen Konkurrenzlebens

Darunter wird die „Erfahrung bzw. das empfundene Drohen dauerhafter Konflikte mit Gleichaltrigengruppen (Peers) von Migrant*innenjugendlichen“ verstanden.²¹ Dass dieses Muster relevant ist, zeigt auch die Stichprobe zur Evaluation des Aussteigerprogramms NRW. Dort finden sich 34 Klienten, bei denen „negative Erlebnisse (z.B. mit Ausländern)“ als Einstiegsfaktor genannt wurden.²² Auf seiner Website dokumentiert das Aussteigerprogramm NRW ein Statement des Klienten „Michael“, der vor dem Einstiegsprozess immer wieder entsprechende Probleme gehabt habe: „Von Lehrern und Politikern bekam ich nur Absagen, meine Vorwürfe seien rassistisch. Rassistisch? Na gut, dann bin ich eben Rassist“, skizziert er seine damaligen Gedankengänge.²³ Auf dieser Basis verfestigte sich die pauschale Wir-gegen-sie-Haltung, die „Michael“ in der rechtsextremistischen Szene leben konnte. Das Gefühl, mit den erlebten, zumindest wahrgenommenen Problemen nicht ernst genommen zu werden, finden wir auch bei „Roger“, der in einem ausführlichen, bewusst kaum redigierten Gespräch mit zwei Sozialarbeitern zu Wort kommt, das die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (Braunschweig) dokumentiert hat. „Roger“ berichtet von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit

²¹ K. Möller/N. Schuhmacher (Anm. 9), S. 19.

²² Vgl. K. Möller u.a. (Anm. 3), S. 34.

²³ Michael hat sich Hilfe geholt, in: Aussteigerprogramm Rechtsextremismus, www.aussteiger.nrw.de/wp/?p=143, Stand: 2015 (gelesen am 23. September 2015).

und Übergriffen von „Russen“, die tatsächlich Aussiedler und deutsche Staatsbürger waren.²⁴ Nach offizieller Lesart rechtsextremistischer Funktionäre werden Aussiedler dem deutschen Volk zugerechnet, in der gewaltbereiten Szene, zu der „Roger“ gehörte, werden sie in der Regel ins Feindbild des Fremden gefasst.

5.2 Muster kultureller Hegemonie menschenfeindlicher Deutungsbestände

Nach diesem Muster erfolgt der Einstiegsprozess aus einem Milieu heraus, in dem Einstellungsdimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verbreitet sind²⁵, die Hinwendung zu solchen Orientierungen also keineswegs verpönt ist. Dies kann für fremdenfeindliche oder rassistische Haltungen gelten, für die Akzeptanz von Gewalt zur Konfliktlösung oder für Ausprägungen des Sexismus und der Homophobie, die mit „hypermaskuliner Männlichkeit“ verbunden sind. In dieses Muster fallen auch, aber nicht nur diejenigen, die in rechtsextremistisch denkenden und handelnden Familien aufgewachsen sind. In der Erinnerung des Aussteigers Manuel Bauer, der aus einer christlich geprägten Familie in Sachsen mit Distanz zum DDR-Regime stammt und der Anfang der 1990er Jahre mit 13 Jahren in die rechtsextremistische Szene einstieg, „war in etwa die Hälfte meiner Klasse rechts. Und das im sechsten Schuljahr!“ Sehr wenige hätten sich als links verstanden, manche seien orientierungslos oder neutral gewesen.²⁶ In dieser Zeit und in seinem sozialen Nahraum sei Fremdenfeindlichkeit im Alltag allorts präsent gewesen, meist gerichtet gegen „Russen“, sowjetische Soldaten. Rechte Orientierungen waren demnach hegemonial, der Einstieg kein Tabubruch.

²⁴ Vgl. Thomas Schleußner (Hrsg.): Aussteigen, Umsteigen. Einsteigen. Gesprächsnotizen zu den Chancen von Jugendarbeit mit Jugendlichen aus rechtsradikalen Cliques, Braunschweig 2013, S. 11ff.

²⁵ K. Möller/N. Schuhmacher (Anm. 9), S. 19.

²⁶ Vgl. Manuel Bauer, Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene, München 2012, S. 32.

5.3 Muster der politischen Supplementierung jugendkultureller Partikularintegration

Nach diesem Muster wendet sich die Person zunächst den Selbstverständnissen und Praxen bestimmter Jugendkulturen zu – ggf. ist die Übernahme rechtsextremistischer Orientierungen im nächsten Schritt „eine Art Anpassungsleistung“²⁷ an die dort dominanten Einstellungen und Handlungsweisen. Dies bedeutet, dass zunächst und vorrangig die Normen dieser Jugendkultur angenommen werden und sich verfestigen – im Falle der Skinhead-Szene bestimmte Männlichkeitsideale, Gewaltaffinitäten und Alkoholkonsum. Der kulturelle Affinitätsaufbau geht also dem politischen voraus. Im Vordergrund steht das Bedürfnis, sich einer Gruppe anzuschließen – gerade in diesem Muster scheint es zunächst relativ beliebig zu sein, um welche Art und welche Ausrichtung der Gruppe es sich handelt.²⁸ Im rechten Teilspektrum der Skinhead-Szene treten anschließend entsprechende Feindbildkonstruktionen hinzu, in der Regel aber keine vertiefte Beschäftigung mit Ideologie oder ein programmatisches rechtsextremistisches Denken.

5.4 Muster gesinnungsgemeinschaftlicher Rebellion

Nach diesem Muster sind Abgrenzung, Rebellion und Provokation gegenüber Eltern und anderen die maßgeblichen Faktoren, die zum Einstieg motivieren.²⁹ Der Protest ist „anfangs meist diffus und unartikulierte“, er gewinnt im Laufe des Einstiegsprozesses an politischer Kontur.³⁰ Dierk Borstel akzentuiert dieses Muster etwas anders und rückt „Systemkritik und die Suche nach Alternativen zum Bestehenden“ in den Vordergrund.³¹ Er macht damit deutlich, dass Provokation als Reiz zwar eine wichtige Rolle spielt, im Selbstverständnis aber auch das Streben nach besseren Verhältnissen. Dass dies ein relevantes und häufig unterschätztes Muster ist, Rechtsextremismus also mit

²⁷ K. Möller/N. Schuhmacher (Anm. 9), S. 19.

²⁸ Vgl. K. Möller/N. Schuhmacher (Anm. 1), S. 160.

²⁹ Vgl. Ebenda.

³⁰ B. Rommelspacher (Anm. 2), S. 23.

³¹ D. Borstel (Anm. 10), S. 301 ff. Borstel nennt darüber hinaus die Muster „Einstieg über die Familie“ und „Einstieg mit der Peer Group“.

einer eigentümlichen Form von Idealismus verbunden sein kann, war bereits in der Bochumer Forschungswerkstatt von 2007 deutlich aufgefallen.³² Die Betreffenden nehmen Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie wahr, leiten aus ihnen eine Radikalkritik ab und suchen nach Gegenmodellen, etwa Vorstellungen einer scheinbar organischen Gemeinschaft. Zur Unterfütterung können bestimmte Strömungen des historischen Nationalsozialismus herangezogen werden, aber auch antidemokratische Ideengeber außerhalb des NS. Es ist fraglich, ob dieses Muster – wie Borstel meint – ein „Sonderfall“³³ ist. Rechtsextremistische Systemkritik in Verbindung mit einem revolutionären Gestus hat gerade in jüngsten Jahren, seit dem Aufkommen der „Autonomen Nationalisten“ (AN), dem Rechtsextremismus eine neue Dynamik und damit auch einen zusätzlichen Reiz gegeben.

Neben manchen aus dem AN-Spektrum lässt sich in dieses Muster auch Stefan Rochow einordnen, der sich in Mecklenburg-Vorpommern zunächst Skinhead- und Neonazi-Kreisen anschließt und später in der NPD aufsteigt. Er steht für ein missionarisches Sendungsbewusstsein, das nicht nur ihn antreibt. Mit seinen Vorstellungen habe er „eine Brücke zu den Menschen“ schlagen, „die Menschen in unserem Land aufwiegeln wollen“. Rechtsextremistische Inhalte treten vollständig an die Stelle früherer christlicher Prägung: „Meine Ersatzreligion heißt Nationalismus. Meine Nation hat für mich inzwischen den höchsten Wert, sie ist für mich Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz. ‚Du allein bist nichts – Dein Volk ist alles‘, dieser Slogan ist für die kommenden Jahre mein Credo. Ich habe eine Ideologie, mit der ich mich identifizieren kann. Aus dieser Ideologie heraus muss eine große politische Bewegung etabliert werden. Am Ende meines politischen Wollens soll der Zusammenbruch des Systems stehen.“³⁴ Seine Vision war der „Volksstaat“ auf der Basis der „Volksgemeinschaft“.³⁵

³² Vgl. R. Koch/T. Pfeiffer (Anm. 4), S. 94f.

³³ D. Borstel (Anm. 10), S. 301.

³⁴ Stefan Rochow, *Gesucht Geirrt Gefunden*. Ein NPD Funktionär findet zu Christus, Bad Schussenried 2013, S. 78.

³⁵ Vgl. ebenda, S. 87f.

5.5 Folgeprozesse

Soweit die Person den Kontakt zur rechtsextremistischen Szene nicht beendet, schließen sich dem Einstieg Prozesse der weiteren Verfestigung der Verhaltensorientierungen, ideologischen Muster, der Kontakte und des Selbstbildes an: Die Prozessstufen nach der Affinisierung können einerseits mit Möller/Schuhmacher als Konsolidierung, Fundamentalisierung und möglicherweise später als Distanzierung bezeichnet werden. Andererseits finden in diesem Zuge „Karrieren“ statt, die vom Rande rechtsextremistischer Cliques, Organisationen und Parteien zum Zentrum führen. Viele durchlaufen idealtypisch hinsichtlich der Intensität ihrer Beteiligung die vier Akteurstypen neuer sozialer Bewegungen, die der Soziologe Dieter Rucht als „Sympathisanten“, „Unterstützer“, „Basisaktivisten“ und „Bewegungseliten“ bezeichnet.³⁶ Nicht jeder Einsteiger erreicht später den engen Kreis der Bewegungselite, allerdings führt längere Zugehörigkeit in aller Regel zu höherem Status. Dieses Belohnungssystem trägt dazu bei, den Verbleib in der Szene zu gewährleisten.

6. Einstiegsversprechen, Erlebniswelten

Warum entwickeln Jugendliche Affinitäten zum Rechtsextremismus, zu einer Szenerie, die faktisch von Hass und Gewalt geprägt ist? Den Antworten nachzuspüren heißt, die Perspektive zu wechseln. Welchen Appeal dieser Szene nehmen Jugendliche wahr, die sich in den für diese Lebensphase typischen Suchbewegungen befinden und dem Rechtsextremismus annähern? Die Voraussetzung für den Beginn und die Fortsetzung des Prozesses der Affinisierung ist die Wahrnehmung von Faktoren, die diesen Prozess subjektiv sinnhaft machen. Diese Faktoren entsprechen den Versprechungen, die rechtsextremistische Gruppen mal werbewirksam zur Schau stellen, mal ungesagt ausstrahlen. Dies umfasst Erlebnisangebote im Sinne von direkten und medialen Aktivitäten sowie emotionale Versprechen, die insbesondere eigene Aufwertung in Aussicht stellen. Einige dieser Einstiegsversprechen sollen cursorisch betrachtet werden: Gemeinschaft, im Sze-

³⁶ Vgl. Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 85ff.

ne-Duktus „Kameradschaft“, gilt als „das zentrale Versprechen“³⁷. Beachtung verdient, dass dieses Moment in den Einstiegsprozessen von Personen nahezu gleichermaßen relevant ist, die später in sehr unterschiedlichen Positionen und in unterschiedlichen Formen in der Szene aktiv werden. Grundsätzlich wird bedingungsloser Zusammenhalt versprochen, in der Praxis kommen Differenzierungen und Ambivalenzen vor. So unterscheidet Frank Försterling im Rückblick zwischen „Bekannten“, „Kameraden“ und „Freunden“. Während er als „Kameraden“ die politisch Verbundenen bezeichnet, sind „Freunde“ für ihn die, auf „die man sich wirklich verlassen kann“. „Kameraden“ und „Freunde“ in diesem Sinne können, müssen aber nicht deckungsgleich sein. Das Zusammengehörigkeitsempfinden nennt Försterling als das wichtigste Bauchgefühl in der Annäherungsphase. (Volks-) Gemeinschaft ist nicht nur ein Werbeversprechen, sondern auch der Kern des Programms des Rechtsextremismus.³⁸

Action- und Freizeitangebote unter rechtsextremistischen Vorzeichen sind die Vehikel der Vergemeinschaftung. Facetten dieser Gruppenerlebniswelt und ihre Instrumentalisierung durch führende Szene-Aktivisten macht der Aussteiger Gabriel Landgraf deutlich. Sein Aktionsraum war die 2005 verbotene Neonazi-Gruppierung „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO). Der Zugang zu dieser Erlebniswelt ist niedrigschwellig, die Angebote jugendnah, politische Botschaften sind zunächst wenig explizit. Gleichwohl ist das Gemeinschaftserleben kontinuierlich durch Freund-Feind-Unterscheidungen politisch aufgeladen. In einem Videointerview erzählt Landgraf: „Wir haben ja auch mit der BASO, wir haben ja eine regelrechte Sozialarbeiterrolle eingenommen. Das heißt: Wir haben ... wir hatten einen festen Treff, wo sie jeden Freitag kommen konnten. Wir waren da, wir hatten ein offenes Ohr für jeden ... Deutschen natürlich, nicht für jeden, aber für jeden, der an uns interessiert ist. Und es hat auch mit der BASO erschreckend gut funktioniert, wir hatten teilweise in dem Lokal einen Ansturm von 20 bis 30 Jugendlichen ... aus allen, wirklich aus allen,

³⁷ D. Borstel (Anm. 10), S. 304 vgl. auch R. Koch/T. Pfeiffer (Anm. 4), S. 89.

³⁸ Interview, in: <http://antifaelmshorn.blogspot.de/2009/09/28/interview-mit-neonazi-aussteiger-frank-foersterling-online/>, <http://ns-stoppen2.nadir.org/selbermachen/Material/Interview.pdf> Försterling, Stand: 28. September 2009 (gelesen am 24. September 2015).

das waren nicht nur irgendwelche Hauptschüler oder irgendwelche verwahrlosten Jugendlichen, die ... sondern wir hatten auch, da waren auch Gymnasiasten, die haben dann wiederum ihre Freunde mitgebracht und die einfach mal gesagt haben: Guckt es Euch doch mal an. Und man hat dann an den Wochenenden ein reges Freizeitprogramm geboten: Also, man ist Donnerstag zum Fußballspielen gegangen auf den Bolzplatz, danach grillen und an den Wochenenden ist man zum See rausgefahren oder man hat Wanderungen, Zeltlager gemacht. Natürlich auch mal Konzertbesuche.“

Diese Angebote sind Mittel der Ansprache und Einbindung, im Folgenden fanden Prozesse der Auslese und der weiteren Politisierung statt. Über Botschaften der individuellen Anerkennung entstehen Loyalitätsverpflichtungen, die die Bindung an die Szene weiter steigern: „Mit den Jugendlichen oder mit jungen Leuten, wo man halt gesehen hat, die kommen regelmäßig, da ist Gefallen daran, da ist ... sie setzen sich dafür ein, ... da ist auch ein gewisses, vom Kopf her, also eine gewisse Reife da, die hat man dann probiert, immer mehr einzubinden. Also, man hat dann auch gesagt, also ... Politik ist nicht nur Freizeit. Wir müssen dann auch ... oder es wär schön dann ... oder Ihr solltet dann auch mal mitkommen zu einer Demonstration.“³⁹

Darüber hinaus trägt ein breites Spektrum an Websites und Social-Media-Profilen mit Musik, Videos und anderen multimedialen Elementen zur Erlebniswelt des Rechtsextremismus bei. Durch die Modernisierung ihrer Ästhetik, Symbolik und Bildersprache leisten diese Medien einem Imagewechsel dieser Szene Vorschub, der helfen kann, neue Zielgruppen zu erschließen: Einer früher weitgehend uniformen und gewaltnahen Formensprache stehen heute Bilder gegenüber, die Coolness, Aktualität und Unangepasstheit ausstrahlen.⁴⁰

Zugehörigkeit schafft Anerkennung, die Gruppe und der Kampf für eine gemeinsame Sache verleihen Bedeutung. Sich im Rechtsextre-

³⁹ Videostatement Gabriel Landgraf, in: Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.): DVD „in Aktion – Jugendkongress Rechtsextremismus“, Berlin 2008.

⁴⁰ Zu medialen rechtsextremistischen Erlebniswelten vgl. Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer, Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, 3. Auflage, Schwalbach a.Ts. 2013.

mismus zum ersten Mal vorbehaltlos angenommen zu fühlen ist ein im Rückblick häufig von Aussteigern beschriebenes Gefühl. Die Einsteigenden empfinden Anerkennung auch dadurch, dass sie an einer Gemeinschaft der älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumindest scheinbar auf Augenhöhe teilhaben, häufig sind etwas Ältere die maßgeblichen Personen bei der Einführung in die Szene. So erinnert sich Stefan Rochow, der mit 13 Jahren in Skinhead- und Neonazi-Cliquen einsteigt, dass die meisten seiner Gruppe mindestens vier Jahre älter waren.⁴¹

In unübersichtlichen Zeiten und Lebenslagen verspricht der Rechtsextremismus Orientierung und Halt. Dafür steht die Kette der Schlüsselbegriffe, mit denen Rochow das persönliche und gesellschaftliche Empfinden in der Nach-Wende-Zeit, seiner Einstiegsphase, beschreibt: „Vakuum“ – „Chaos“ – „Angst“ – „meine Unzufriedenheit wandelt sich in Wut und langsam in Hass“. Der Rechtsextremismus ist hier eine Quelle klarer Raster, die Richtig und Falsch unterscheidbar machen, und eine Quelle der Selbstsicherheit: „Ich werde nicht schweigen und klein begeben! Ich habe schon einmal erlebt, was eine Revolution erreichen kann. Die Menschen müssen, da alles sinnlos gewesen zu sein scheint, aufgerüttelt werden.“⁴² Ein klares Gut-Böse-Raster, Feindbildkonstruktionen, Verschwörungstheorien und die bis zur Obsession reichende Vorstellung, Opfer des Systems und seiner Vasallen zu sein, haben auch eine entlastende Funktion. Eigene Verantwortung für das Gelingen des Lebens wird hinter den Schuldzuschreibungen unsichtbar.

Die Zugehörigkeit zu einer starken Gruppe verleiht Sicherheit, Überlegenheit und Selbstwirksamkeit. Aussteiger sprechen häufig von „Respekt“, den sie plötzlich erfahren hätten. Dieses Motiv der Dominanz ist für Rommelspacher ein Schlüsselreiz des Rechtsextremismus, wenngleich die Einschüchterung anderer eine „paradoxe Anerkennung“ darstellt.⁴³ Sehr deutlich wird das Macht- und Dominanz-Motiv in den Erinnerungen Manuel Bauers. Das Skinhead-Outfit ist Symbol und Mittel der mentalen Verwandlung: Es „erhöhte unseren Stellenwert und machte uns zu dem, was wir sein wollten: zu einer

⁴¹ Vgl. S. Rochow (Anm. 31), S. 67; ähnlich: T. Schleußner (Anm. 21), S. 15.

⁴² S. Rochow (Anm. 31), S. 64.

⁴³ B. Rommelspacher (Anm. 2), S. 21.

Horde junger Männer, vor denen man sich in Acht nehmen sollte. ... Wenn wir irgendwo zusammen auftauchten – im Bahnlokal oder an der Imbissbude – verstummten die Gespräche der anwesenden Gäste. Es wurde still, nur weil eine Gruppe Jugendlicher den Raum betrat. Von den 17- bis 18-Jährigen abgesehen, waren die meisten von uns im Grunde noch Kinder. Man kann sich kaum vorstellen, wie dieses Gefühl auf unsere naiven Seelen wirkte.“⁴⁴

Affinitäten zur Gewalt können im Rechtsextremismus ausgelebt werden, je nach Teilspektrum der Szene hängt Status von der Bereitschaft und Fähigkeit zur Gewaltanwendung ab. Rommelspacher verweist auf den schwedischen Aussteiger Kent Lindahl als typisches Beispiel für eine „Ideologisierung von Gewalt“. Aufgewachsen mit der väterlichen Botschaft, dass „man nur mit Gewalt durchs Leben kommt“, wird sie für ihn zur Möglichkeit der Selbstverteidigung, dann zur „Quelle der Selbstbestätigung“, zu einer „Lebensform“ und schließlich zum selbstverständlichen Mittel, politische Ziele durchzusetzen und Feinde zu bekämpfen.⁴⁵

7. Geschlechtliche Rollenbilder

In der Szene vorherrschende geschlechtliche Rollenbilder können eine Triebfeder und ein Hindernis der Einstiegsprozesse sein. Ersteres dürfte für die Vorstellungen von Männlichkeit, Letzteres für ideologisch fundierte Rollenbilder von Mädchen und Frauen gelten.

Das im Rechtsextremismus dominierende Männlichkeitsideal beruht auf den Mythen des Kämpfers und des Kriegers, es ist mit der Forderung nach Härte und Stärke verbunden und mit Gewaltvorstellungen aufgeladen. Männliche Jugendliche, die gelernt haben, dass ein echter Mann ist, wer diesen Attributen entspricht, finden im Rechtsextremismus einen Raum, in dem sie dieses Rollenbild geradezu bis zum Exzess leben und hierfür Anerkennung erwarten können. Diese Männlichkeitsideale sind vergleichsweise konstant und entsprechen einer „hypermaskulinen Männlichkeit“⁴⁶ oder einer „soldatischen Männ-

⁴⁴ M. Bauer (Anm. 23), S. 30f.

⁴⁵ B. Rommelspacher (Anm. 2), S. 15f.

⁴⁶ Michael Kohlstruck/Anna Verena Münch, Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl, in: Andreas Klärner/Michael Kohl-

lichkeit“⁴⁷, die mit Bezügen zur Wehrmacht und zur Waffen-SS verbunden ist. Zu Recht weist Kurt Möller auf Akzentverschiebung in jüngster Zeit hin, durch die das Rollenvorbild des Wehrmachtssoldaten zugunsten des Untergrundkämpfers in den Hintergrund rückt. In den aktuellen Männlichkeiten des Rechtsextremismus mische sich „aktionistisches Rebellentum mit politischem Partisanentum“⁴⁸.

Grundsätzlich hat der Rechtsextremismus seine Zielgruppen verbreitert und ist auch für Mädchen und junge Frauen attraktiver geworden. Dies dürfte in dem Maße gelten, in dem sich die Formensprache dieser Szene verändert und ein Coolness-Appeal die martialische Gewaltästhetik in den Hintergrund drängt. Mitunter werden Frauen und Mädchen explizit als Zielgruppe angesprochen. Allerdings sind nach wie vor weibliche Rollenbilder im Rechtsextremismus verbreitet, die an den Nationalsozialismus anschließen und sich mit den Selbstbildern von Mädchen und jungen Frauen des Jahres 2015 kaum decken: ein auf die Mutterrolle verengtes Frauenbild, eines als Hüterin der Heimat und Dienerin der völkischen Gemeinschaft. Unterschiedliche Weisen, die Spannung zwischen solchen ideologischen Rollenbildern und dem Selbstbild auszutarieren, lassen viele Variationen entstehen, wie weibliche Selbstverständnisse in dieser Szene geäußert und von einzelnen Aktivistinnen gelebt werden. Widersprüche zwischen propagiertem Rollenbild und Selbstbildern haben unweigerlich zugenommen.

Es wäre gleichwohl irreführend, die in den Rechtsextremismus Einsteigenden im Wesentlichen männlich zu denken, und ließe eine nicht unbedeutende Gruppe außen vor. Allem Anschein nach sind Frauen und Mädchen eine wachsende Minderheit in dieser Szene. In wel-

struck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 302-336, hier S. 310.

⁴⁷ Fabian Virchow, *Tapfer, stolz, opferbereit – Überlegungen zum extrem rechten Verständnis „idealer Männlichkeit“*, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller (Hrsg.), *„Was ein rechter Mann ist ...“*. Männlichkeiten im Rechtsextremismus, 2. Auflage, Berlin 2011, S. 39-52.

⁴⁸ Kurt Möller, *Konstruktionen von Männlichkeiten in unterschiedlichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus*, in: Birsl (Anm. 8), S. 129-145, hier S. 141.

chem Maße sich ihr Anteil erhöht, lässt sich nicht pauschal quantifizieren.⁴⁹

8. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Einstiege in den Rechtsextremismus sind grundsätzlich offene Prozesse. Inwieweit sich Einstellungen, Verhaltensweisen und Selbstbilder verfestigen, Karrieren vom Rand zur Mitte der Szene anschließen, steht in dieser Phase nicht fest. Die weiteren Verläufe werden insbesondere von der psychosozialen Lage des Betreffenden, von der Attraktivität rechtsextremistischer Einstiegsversprechen und auch von der Reaktion des Umfelds abhängen.

Voraussetzung für den Einstieg sind Gelegenheiten zu Annäherung. Vielen Jugendlichen bieten sich Berührungspunkte zur Szene. Diese können in der Familie liegen, sich in der Schule im Kontakt zu Mitschülern ergeben, durch Musik- oder Sportszenen, beispielsweise gewaltaffine Fußballfanszenen, oder durch Cliquen in öffentlichen Räumen.

Die Angebote rechtsextremistischer Erlebniswelten sind mit wirkungsmächtigen Versprechen verbunden. Sie verheißen insbesondere Gemeinschaft, Action, Anerkennung, Selbstwert und Identität. Diese Versprechen bestimmen den Reiz und die Attraktivität der Szene in aller Regel stärker als ihre ideologischen Inhalte. Den sich annähernden Jugendlichen in seinen Suchbewegungen ernst zu nehmen heißt auch, diese Ziele zu erkennen, die sich nach ersten Berührungen mit rechtsextremistischen Gruppen am Horizont abbilden und die scheinbar nur auf dem Weg in diese Szene erreichbar sind. Spiegelbildlich sind Verlustängste wichtige Hürden in Ausstiegsprozessen.

Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus sind neuralgische Phasen für die Prävention. In diesem frühen Abschnitt der Verfestigung von Kontakten, Handlungs- und Denkmustern sind Impulse von außen keineswegs chancenlos. Die Möglichkeiten verringern sich, je weiter

⁴⁹ Vgl. Thomas Pfeiffer, „Nationalismus ist Mädchensache“. Eine Analyse zu Geschlechterrollen und Geschlechterbildern im Rechtsextremismus, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 77-94, hier: S. 78.

Einbindung und Karriere fortgeschritten sind. Es steht allerdings zu befürchten, dass Jugendliche, die sich in ersten Schritten dem Rechts-
extremismus nähern, in aller Regel nicht etwa das Aufzeigen von Alternativen erleben oder eine intensiviert Beziehungarbeit, sondern Ausgrenzungen, die den Weg in die Szene ebnen und beschleunigen.

„Hooligans gegen Salafisten“ zwischen Fußball und Rechtsextremismus

Eine Analyse zu Akteuren, Zielen, Vorgehensweise, Kontext und Wirkung

Sonja Hansen

1. Einleitung und Fragestellung

„Es war eine Machtdemonstration, deren Ausmaß selbst die Polizei überraschte: Die Gruppe ‚Hooligans gegen Salafisten‘ mobilisierte in Köln rund 3000 Randalierer, zumeist Rechtsextreme – ein bedrohlicher Aufmarsch“¹, schrieb „Der Spiegel“ nach der Großdemonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ (Hogesa) in Köln am 26. Oktober 2014. Tatsächlich zählte die Veranstaltung insgesamt sogar 4.800 Teilnehmer - ein beeindruckender Überraschungserfolg für die bis dato eher unbekannte Gruppe.

Am 25. Oktober 2015 fand unter dem Motto „Köln 2.0 – friedlich und gewaltfrei gegen islamischen Extremismus“ erneut eine Kundgebung der Hogesa, wenngleich auch mit geringerer Teilnehmerzahl, statt. Aus Sorge vor massiven Ausschreitungen hatte die Polizei im Vorfeld versucht, vor Gericht ein Versammlungsverbot durchzusetzen². Zahlreiche Medien berichteten bereits vorab und im Nachgang zu der Kundgebung. Sieht man von den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) ab, hat in der jüngsten Vergangenheit kaum eine als „rechtsextremistisch“ titulierte Bewegung so viel mediale bzw. öffentliche Aufmerksamkeit erfahren wie die Hogesa.

Doch wer verbirgt sich hinter Hogesa? Der Namensgebung nach handelt es sich um Hooligans, die als Phänomen des Fußballs bekannt sind. Hooligans werden primär mit Gewalt assoziiert. Folgt man der

¹ Christoph Ruf / Rafael Buschmann, Hooligan-Randale: Rechtsextrem, betrunken und brandgefährlich (27. Oktober 2014), in: www.spiegel.de, (gelesen am 27. Oktober 2014).

² Vgl. z.B. Ronald Larmann, Hogesa ist angezählt- Richter verbieten Demo, erlauben Kundgebung-Polizei kündigt Beschwerde an, in: Kölnische Rundschau vom 16. Oktober 2015, S. 25.

öffentlichen Wahrnehmung der Hogesa und sieht diese als Rechtsextremisten an, stellt sich die Frage, ob es Schnittmengen zwischen Fußball und Rechtsextremismus gibt und inwiefern Fußball ein Handlungsfeld für Rechtsextremisten darstellt.

Die mögliche Verbindung zwischen Fußball und Rechtsextremismus verwundert vor dem Hintergrund, da Fußball landläufig wie jede andere Sportart als unpolitisch gilt und auf den ersten Blick nichts mit der Politikform des Rechtsextremismus gemein hat. Werte wie Fairness und Toleranz, die Funktionäre, Verbände, Vereine und Politiker durch den Fußball vermitteln wollen, scheinen rechtsextremistischer Ideologie sogar diametral entgegen zu stehen. Nichtsdestotrotz konnten in der Vergangenheit wiederholt Verbindungen einzelner Fan-Gruppen sowie Einzelpersonen zur rechtsextremistischen Szene konstatiert werden, sei es bei Erstligisten wie Borussia Dortmund oder bei Regionalligisten wie Alemannia Aachen. Wenn über Fußball und Rechtsextremismus diskutiert wird, steht besonders die Fangruppe der Hooligans im Fokus der Betrachtung. Daher konzentriert sich diese Analyse als eine Art Fallstudie einer Fallstudie vornehmlich auf die Betrachtung der als „rechts“ konnotierten Hooligans. Am Beispiel der Hogesa soll nun untersucht werden, inwieweit Verbindungen zwischen Fußball und Rechtsextremismus bestehen. Ist Hogesa eine rechtsextremistische Gruppierung oder ist sie eher zwischen der Fußballfanggruppe der Hooligans und Rechtsextremismus zu verorten? Was sind die Besonderheiten bei diesem in seiner Dimension einzigartigen Phänomen?

Diesen Fragestellungen will die folgende Analyse auf den Grund gehen. Dazu werden zunächst Analysekriterien definiert (2.), sodann ein kurzer Überblick über Entstehung und Entwicklung der Fangruppe der Hooligans sowie zu ihrer politischen Ausrichtung gegeben (3.), um anschließend die Entstehung und Entwicklung der Hogesa (4.) zu beleuchten. Hier soll auch kurz auf die aktuellen Entwicklungen eingegangen werden. Daran schließt sich die Analyse der Gruppierung anhand der zuvor präsentierten Analysekriterien an (5.). Im letzten Teil (6.) werden neben einem Fazit Prognosen zur weiteren Entwicklung der Hogesa formuliert und das Gefahrenpotential der Gruppierung eingeschätzt.

2. Kriterien für die Untersuchung

Um das Phänomen Hogesa umfassend zu beleuchten, bietet sich eine Analyse anhand folgender, selbstgewählter Kriterien an:

Akteure	• Einordnung • Bedeutung
Ziel und Zielgruppe	• Ziele • Adressaten & Gründe für die Auswahl
Vorgehensweise	• offen/ verdeckt • Aktivitäten
Kontext	• gesellschaftliche Rahmenbedingungen
Wirkung	• Wahrnehmung der Hogesa • Mobilisierungs- und Rekrutierungschancen

Von Interesse sind zum einen die jeweiligen rechtsextremistischen Akteure, die sich der Thematik des Fußballs bedienen und in und um Hogesa agieren. Wie sind diese einzuordnen? Lassen sich Aussagen zu ihrer Bedeutung treffen?

Zum anderen ist es erforderlich, Ziel und Zielgruppe genauer zu betrachten. Sofern es sich um *gezieltes* Engagement von Rechtsextremisten handelt, kommt die Frage auf, was damit bezweckt werden soll. Welche Fangruppen sind Adressaten der jeweiligen rechtsextremistischen Agitation? Welche Gründe gibt es möglicherweise für die „Auswahl“ der jeweiligen Zielgruppe?³

Von zentraler Bedeutung für die Analyse ist die Frage nach der Vorgehensweise der rechtsextremistischen Akteure. Ist der rechtsextremistische Hintergrund klar ersichtlich oder wird eine verdeckte, „kodierte“ Vorgehensweise bevorzugt? Wie präsent sind Rechtsextremisten innerhalb der Hogesa? Kontext und Wirkung der rechtsextremistischen Agitation spielen bei der Bewertung des Handlungsfeldes Fußball bzw. Hogesa ebenfalls eine Rolle. Ist Hogesa ein singuläres Phänomen oder Ausfluss einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung? Vor allem der Aspekt der Wirkung ermöglicht Aussagen zu Mobilisierungs- und Rekrutierungschancen ebenso wie zu der weite-

³ Anm.: „Gruppe“ und „Gruppierung“ sollen in diesem Aufsatz ungeachtet unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Definitionen synonym verwandt werden.

ren Entwicklung der Gruppe. Wie wird sie von der Öffentlichkeit, der rechtsextremistischen Szene und nicht zuletzt den Fans rezipiert?

3. Entstehung und Entwicklung der Hooligans

Da die Fangruppe der Hooligans den offensichtlichsten Bezug der Hoga zum Fußball darstellt, ist es erforderlich, diese Fangruppierung näher zu betrachten.

Ursprünglich ein Phänomen des englischen Fußballs, entstand Ende der 1970er Jahre das Phänomen der Hooligans, die ihre Hochzeit vor allem in den 1980er Jahren erleben sollte. Mit ihrer Verbreitung ging ein Anstieg der Gewalt in den Stadien einher.

Hooligans werden in Anlehnung an die Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer und Jörg-Ingo Peter als „erlebnisorientierte“ Fans kategorisiert: Beim Fußball steht nicht das Spiel an sich für sie im Vordergrund, sondern das Spektakel, das notfalls selbst erzeugt wird.⁴ Die Ausübung von Gewalt hat für Hooligans eine identitätsstiftende Funktion, „sie lieben Gewalt, um der Gewalt willen“.⁵ Das Fußballspiel bildete einen geeigneten Rahmen für die direkte körperliche Auseinandersetzung mit Hooligans des gegnerischen Vereins. Trotz der häufigen Selbstdarstellung als „unpolitisch“, gibt es zumindest Schnittstellen zum Rechtsextremismus: Diese liegen zum einen maßgeblich in der Gewaltfaszination, zum anderen in den hierarchischen Strukturen der Hooligangruppen. So stellten bereits Heitmeyer und Peter fest, dass erlebnisorientierte Fans am stärksten zu „autoritär-nationalisierenden Einstellungen“ neigen.⁶ Zwar blieben allzu offene Rekrutierungsbemühungen von Rechtsextremisten⁷ in der Vergangen-

⁴ Vgl. Wilhelm Heitmeyer/ Jörg-Ingo Peter, Jugendliche Fußballfans. Soziale und politische Orientierungen, Gesellungsformen, Gewalt, Weinheim 1988, S. 32 f.

⁵ Gunter A. Pilz u.a., Kurzfassung, in: Gunter A. Pilz u.a. (Hrsg.), Wandlungen des Zuschauerverhaltens im Profifußball, Bonn 2006, S.11-26, hier S. 14, Gunter A. Pilz/ Franciska Wölki, Ultraszene in Deutschland, in: ebd., S.63-238, hier S. 216.

⁶ Vgl. Heitmeyer/Peter (Anm. 4), S. 82.

⁷ Gunter A. Pilz/ Klaus Sengebusch, Hooligans und Skinheads. Die neuen Rechtsaußen der Nation?, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt.

heit meist erfolglos, jedoch entstanden in Deutschland an diversen Standorten rechtsextremistische Hooliangruppen, wie etwa die Dortmunder „Borussenfront“, die gewaltsam gegen Ausländer vorging. Aufgrund der stetigen Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen in und um die Stadien verloren die Hooligans aber parallel zur Einflusszunahme der „Ultras“ an Bedeutung.

4. Entstehung und Entwicklung der Hogesa

Verbindungen zwischen Hooligans und Rechtsextremisten sind kein neues Phänomen, jedoch erfährt dieses Thema durch die Ereignisse rund um Hogesa eine neue Bedeutung. Das Beispiel belegt eindrucksvoll, dass es trotz gegenteiliger Einschätzungen mancher Experten⁸ nach wie vor eine große Zahl von Hooligans in Deutschland gibt, die seit einiger Zeit wieder verstärkt in die Öffentlichkeit drängen. Neu hingegen ist, dass Hooligans für politische Ziele auf die Straße gehen, galt doch bisher allgemein der Konsens der Trennung von Sport und Politik. Die scheinbare „Politisierung“ der Hooligans ist auch für Rechtsextremisten von Interesse: „Seit dem öffentlichkeitswirksamen Aufmarsch von Köln schauen insbesondere rechtsextreme Parteien auf die Hooligan-Bewegung“, schreibt die Tagesschau der ARD in einem Beitrag auf ihrer Internetpräsenz.

Die folgende Abhandlung soll - soweit möglich - die Verbindungen zwischen Hogesa und Rechtsextremisten aufzeigen. Da es zu Hogesa kaum wissenschaftliche Veröffentlichungen gibt, stützt sich die Analyse hauptsächlich auf journalistische Artikel und Rechercheergebnisse der Autorin.

Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989, S. 79-108, hier S. 81.

⁸ Vgl. z.B. David Brenner, Neues aus der Fankurve. Wie Ultras und andere Fanggruppierungen die Fankultur verändern, Marburg 2009, S. 85; Gunter A. Pilz, Fankulturen und Gewalt- Wandlungen des Zuschauerverhaltens: Vom Kutfan und Hooligan zum postmodernen Ultra und Hooltra (2005), in: <http://www.sportwiss.uni-hannover.de> (gelesen am 10. November 2014).

⁹ Patrick Gensing, Hooligans streiten über weitere Aufmärsche. In den Farben und der Sache getrennt (29.Oktober 2014), in: www.tagesschau.de (gelesen am 30. Oktober 2014).

4.1 Darstellung der Ereignisse bis zur Demonstration in Hannover

Hogesa ist ein dynamisches Phänomen, dessen realistische Bewertung durch die vorwiegend im Internet stattfindende Agitation der Gruppe erschwert wird. Diese Analyse erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vor der *eigentlichen* Gründung der Gruppe unter der Bezeichnung Hogesa gab es bereits Mobilisierungen von Hooligans gegen salafistische Veranstaltungen. Da diese Ereignisse mit in die Betrachtung einfließen, setzt die Darstellung zeitlich *vor* der Gründung von Hogesa an.

Der Journalist Christoph Ruf berichtet Anfang Mai 2014 in einem Artikel für „Spiegel Online“ über ein geheimes „Nazi-Hool-Netzwerk“.¹⁰ „Nazi-Hooligans“ hätten sich in einem geheimen Internetforum namens „Weil Deutsche sich’s noch trauen“ organisiert, um dort gewalttätige Übergriffe gegen ihren Hauptfeind, den Salafisten-Prediger Pierre Vogel, zu planen. Ruf beschreibt einen zweistufigen Plan der Hooligans: Zunächst sollten Veranstaltungen Pierre Vogels gestört werden, um sich anschließend nach erfolgreicher Durchführung „vollends aus der Deckung“ zu wagen. Inwieweit dieser Sachverhalt der Wahrheit entspricht, kann auch retrograd nicht nachvollzogen werden. Es erscheint zwar realistisch, dass es Vorläuferorganisationen zu Hogesa gegeben hat, jedoch ist ein derart langfristig geplantes Vorgehen von rund 300 Hooligans nur schwer vorstellbar und möglicherweise eher Ausdruck „medialer Übertreibung“. Aus anderen Quellen, sei es von medialer oder staatlicher Seite, ist nichts zu diesem geheimen Forum bekannt, weshalb hier keine aussagekräftige Einschätzung erfolgen kann.

Im Folgenden soll die (belegbare) Entstehung und Entwicklung der Hogesa anhand von verschiedenen Ereignissen nachgezeichnet werden:

- „*Störaktion*“ in Mönchengladbach: Am 8. Februar 2014 fand in Mönchengladbach eine öffentliche Veranstaltung des salafistischen Predigers Pierre Vogel statt, zu der es zahlreiche „bürgerliche“ Gegenveranstaltungen gab. Auch die islamfeindliche

¹⁰ Christoph Ruf, Hassaustausch im Internet. Das Nazi-Hool-Netzwerk (5. Mai 2014), in: <http://www.spiegel.de/sport/fussball/neonazi-hooligans-vs-salafisten-pierre-vogel-a-966785.html> (gelesen am 17. November 2014).

Partei „Pro NRW“ und der Vorsitzende des Kreisverbandes Mönchengladbach sowie auch stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes, Dominik Roeseler, beteiligten sich an den Protesten gegen die Salafisten. Zudem waren einige Mitglieder der „German Defence League“, einer als „rechts“ geltenden Gruppe, die vorrangig im Internet präsent ist, vor Ort. Letztere randalierten mit einigen Fußballfans aus den nahe gelegenen Kneipen und versuchten so, die Kundgebung der Salafisten zu stören. Der Polizei gelang es, die Situation unter Kontrolle zu bringen.¹¹ Die Teilnahme von Fußballfans/Kneipenbesuchern an den „Störaktionen“ macht hier einen eher zufälligen Anschein. Ob es sich bei den Mitgliedern der „German Defence League“ um Hooligans handelt, ist nicht bekannt.

- „*Störaktion*“ in Mannheim: Am 23. März 2014 versammelten sich ca. 200 Hooligans aus Mannheim, Kaiserslautern und Stuttgart, um eine Kundgebung von Pierre Vogel in Mannheim zu stören. Bemerkenswert hierbei ist, dass die Anhänger der jeweiligen Fußballvereine eigentlich als verfeindet gelten. Die Polizei nahm „20 rechtsextreme Hooligans“ vorläufig fest.¹²
- „*Störaktion*“ in Hannover: Anlässlich einer weiteren Kundgebung Pierre Vogels in Hannover versammelten sich am 29. März 2014 ca. 15 Hooligans aus Hannover, die „... offensichtlich die Absicht (verfolgten), mit ihrer Präsenz die Teilnehmer der salafistischen Kundgebung einzuschüchtern“.¹³ Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen „Störaktionen“ blieb es friedlich.

¹¹ Vgl. Elmar Vieregge, Neonazis, Identitäre, Salafisten – Eine Nachbetrachtung der eskalierten Kölner Hooligan-Demonstration (6. November 2014), in: www.endstation-rechts.de (gelesen am 17. November 2014); O.V., Lauter Protest gegen Salafisten (9. Februar 2014), in: www.wz-newsline.de (gelesen am 17. November 2014).

¹² Vgl. Alexander Albrecht, Tumulte bei Salafistenkundgebung. „Die Stimmung war ziemlich aufgeheizt“ (24. März 2014), in: www.rnz.de/mannheim (gelesen am 17. November 2014).

¹³ Tobias Morchner, Proteste gegen Salafisten-Aufmarsch (29. März 2014), in: <http://www.sn-online.de> (gelesen am 12. September 2014).

- Am 10. September 2014 gründete sich die Gruppe „Hooligans gegen Salafisten“ auf Facebook. In der Folge kam es – vermutlich aufgrund von Löschungen durch Facebook selbst - zu zahlreichen Umbenennungen und „Neugründungen“. Zeitweise existierten Untergruppen für verschiedene Regionen Deutschlands (Nord, Ost, Süd und West). Neben den Facebook-Präsenzen verfügte die Gruppe noch über eine eigene Homepage sowie über ein eigenes Forum. Sie betrieb die Internetseite „hogesa.info“, das Forum „gesiwista“ sowie einen eigenen Kanal auf der Video-Plattform Youtube. Zudem gab es mit „safehogesa.net“ ein Vorläuferforum, das von Unterstützern der Hogesa administriert wurde. Darüber hinaus existieren zahlreiche Unterstützer- und „Trittbrettfahrer“-Seiten im Internet, die nicht der Gruppe Hogesa zugerechnet werden können. Die Vielzahl der Internetbeiträge erschwert bisweilen erheblich die eindeutige Zuordnung zu Hogesa.

Nach der Gründung von Hogesa fanden im September die ersten „Kennenlern-Treffen“¹⁴ statt:

- *Treffen in Essen:* Am 21. September 2014 fanden sich 80 bis 90 Personen zu einem „Kennenlern-Treffen“ der Gruppe Hogesa in Essen ein. Unter ihnen war auch der „Pro NRW“-Funktionär Dominik Roeseler. Zuvor soll es bereits ein erstes Treffen der Gruppe in Köln gegeben haben. Ebenfalls am 21. September fand in Nürnberg ein weiteres Treffen der Gruppe als Parallelveranstaltung statt, an dem allerdings weniger Personen teilgenommen haben dürften. Beide Treffen verliefen bis auf kleine Handgreiflichkeiten weitestgehend friedlich; zu tatsächlichen Aktivitäten der Hogesa kam es nicht.¹⁵
- *Treffen in Dortmund:* Am 28. September 2014 kamen 300 bis 350 Teilnehmer zu dem Treffen. Als Versammlungsleiter und

¹⁴ Anm.: Diese Aufzählung ist möglicherweise nicht vollständig. So fand am 11. Oktober 2014 in Frankfurt a.M. ein Treffen von Hooligans statt, das jedoch nicht der Hogesa zuzurechnen sein dürfte. Für eine Veranstaltung am 9. November 2014 in Berlin dürfte dasselbe gelten.

¹⁵ Vgl. Gerd Niewerth, „Wir sind keine Nazis“- Hooligans weisen Vorwürfe zurück (21. September 2014), in: www.derwesten.de (gelesen am 17. November 2014).

Sprecher fungierte Dominik Roeseler, der zu diesem Zeitpunkt offizieller „stellvertretender Regionalleiter West“ der Hogesa war. Neben Siegfried Borchardt wurde auch Michael Brück gesichtet, beide Mitglieder der rechtsextremistischen Partei „Die Rechte“. Zeitungen berichten, dass einige Teilnehmer Kleidung „rechter“ Modemarken und verfassungsfeindliche Tätowierungen trugen. Abgesehen von ein paar Redebeiträgen gab es kein wirkliches Programm, sodass die Veranstaltung einen relativ unorganisierten Eindruck machte.¹⁶

Nach den hier exemplarisch aufgeführten „Kennenlern-Treffen“ kam es im Oktober 2014 erstmals zu Demonstrationen der Gruppe Hogesa:

- *Hogesa-Demonstration in Köln*: Diese bildete am 26. Oktober 2014 den bisherigen Höhepunkt der Ereignisse rund um die Gruppe: Es gelang Hogesa, ca. 4.800 Personen, teils aus dem Hooliganmilieu, in Köln zu versammeln. Dominik Roeseler hatte die Versammlung angemeldet. Die zunächst friedliche Demonstration, die mit diversen Redebeiträgen gegen Salafisten und einem Auftritt der Hooliganband „Kategorie C“ begonnen hatte, eskalierte völlig. Auslöser war Berichten zufolge eine „Provokation“ mehrerer Personen, die ein Trikot des türkischen Fußballvereins „Galatasaray Istanbul“ zeigten. Eine weitere „Provokation“ erfolgte durch Gegendemonstranten. Die Teilnehmer der Hogesa-Demonstration griffen die eingesetzten Polizisten an, warfen einen Polizeibus um und demolierten umliegende Restaurants. Die Polizei konnte die Demonstranten mit erheblicher Mühe durch den Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken zurückdrängen.¹⁷ Dieses Ereignis fand bundesweit in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und war der Anstoß einer bis heute andauernden Debatte um Hooligans und Rechtsextremisten.

¹⁶ Vgl. o.V., Gegendemo zu Hooligans gegen Salafisten (15. Oktober 2014), in: www.faszination-fankurve.de (gelesen am 17. November 2014); Rafael Buschmann, Hooligan-Treffen in Dortmund. Platte Parolen gegen Salafisten (28. September 2014), in: www.spiegel.de (gelesen am 17. November 2014).

¹⁷ Vgl. Elmar Vieregge, Neonazis, Identitäre, Salafisten – Eine Nachbetrachtung der eskalierten Kölner Hooligan-Demonstration (6. November 2014), in: www.endstation-rechts.de (gelesen am 17. November 2014).

Die (politische) Einordnung der Teilnehmer geht von einer pauschalen Bezeichnung als Rechtsextremisten (Spiegel online) bis hin zu Meldungen über kurdische Teilnehmer (Süddeutsche Zeitung).¹⁸ Nach den Eindrücken der Autorin¹⁹ fanden sich vereinzelt Personen, die durch das Tragen rechtsextremistischer Kleidermarken wie „Ansgar Aryan“ auffielen. Zudem konnte beobachtet werden, wie ein Sticker der als „rechts“ geltenden „Identitären Bewegung“ an einer Laterne angebracht wurde. Die Mehrzahl der Demonstrationsteilnehmer, die teilweise stark tätowiert waren, war männlich. Es nahmen jedoch auch Frauen an der Veranstaltung teil. Rechtsextremistische Parolen konnten nicht festgestellt werden; die Teilnehmer skandierten u.a. „Wir wollen keine Salafistenschweine“ und „Wir sind das Volk“. Die Stimmung war bereits vor Beginn der Ausschreitungen angespannt und durch den Alkoholkonsum der Teilnehmer angeheizt.

Inhaltlich fand keine nennenswerte Auseinandersetzung mit dem Thema „Salafismus“ statt. So konnte die Autorin ein Gespräch einer Gegendemonstrantin mit Hogesa-Sympathisanten mitverfolgen. Die Gegendemonstrantin erhielt auf ihre Frage, was besagte Personen gegen Salafisten „hätten“, lediglich die Antwort, dass Salafisten Köpfe abschneiden würden.

Als Teilnehmer auf der Hogesa-Demonstration wurden u.a. Siegfried Borchardt, ehemals Anführer der „Borussenfront“, der rechtsextremistische Berliner Musiker Patrick Killat (Künstlername: „Villain 051“) sowie verschiedene NPD-Mitglieder gesichtet. Zur Teilnahme an der Kölner Hogesa-Veranstaltung hatten im Vorfeld u.a. der Kreisverband (KV) Dortmund der Partei „Die Rechte“ sowie dessen Mitglieder Dennis Giemsch und Siegfried Borchardt per Facebook aufgerufen. Zudem bot

¹⁸ Vgl. Christoph Ruf/Rafael Buschmann, Hooliganrandale. Rechtsextrem, betrunken und brandgefährlich (27. Oktober 2014), in: www.spiegel.de (gelesen am 17. November 2014); Bernd Dörries, Mit Dosenbier gegen Salafisten und Polizisten (26. Oktober 2014), in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 17. November 2014).

¹⁹ Besuch der Hogesa-Demonstration am Breslauer Platz durch die Autorin.

die Partei einen „Live-Ticker“ zu der Veranstaltung an.²⁰ Kategorie C hatte vor der Demonstration eigens für Hogesa einen Song geschrieben und im Internet veröffentlicht, in dem es u.a. heißt „Islam will keinen Frieden, sondern Gottessklaverei“ und „Heute schächten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht schon Christenkinder“ sowie „Moslems verstehen hier keinen Spaß, bei ihnen regiert der vermummte Hass“.

- *Hogesa-Demonstration in Hannover*: Am 15. November 2014 fand eine weitere Hogesa-Demonstration unter dem Motto „Europa gegen den Terror des Islamismus“ statt. Die Demonstration war zunächst von der zuständigen Polizeibehörde verboten worden, jedoch hatte das Verwaltungsgericht Hannover das Verbot unter Auflagen wieder aufgehoben, sodass die Veranstaltung schließlich als stationäre Kundgebung stattfinden konnte. Die Polizei gab bereits im Vorfeld bekannt, strenge Personen- und Alkoholkontrollen durchführen zu wollen. Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte weitere polizeiliche Auflagen. Hogesa bezeichnete daraufhin in einer Pressemitteilung, die auf einer Internetpräsenz der Gruppe veröffentlicht wurde, die „BRD“ mehrfach als „Diktatur“ und verurteilte die „Systemmedien“.²¹ Die polizeilichen Auflagen wurden im Vorfeld durch die Gruppe im Internet bekannt gegeben. Es erfolgten mehrfache Aufrufe zu friedlichem Verhalten.

Als Versammlungsleiter war zunächst ein Mann aus Oldenburg benannt worden, gegen den jedoch ein Strafantrag wegen „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§86a StGB) gestellt wurde. Er soll auf Facebook antisemitische „Witze“ verbreitet haben.²² Schließlich wurde eine andere Person als Versammlungsleiter eingesetzt, über die jedoch in den

²⁰ Die Rechte, Kreisverband Dortmund (Oktober 2014), in: www.facebook.com, sowie jeweils Dennis Giemsch als auch Siegfried Borchardt (25. Oktober 2014), in: www.facebook.com (gelesen am 25. Oktober 2015).

²¹ Hogesa, Statement Hannover (13. November 2014), in: www.hogesa.info (gelesen am 17. November 2014).

²² Vgl. Stefan Schölermann, Anzeige gegen Organisator der Hooligan-Demo (15. November 2014), in: www.ndr.de (gelesen am 18. November 2014).

Medien keine Informationen vorliegen. Auch zum Anmelder der Demonstration ist, außer seiner vermutlichen Herkunft aus Nordrhein-Westfalen, nichts bekannt.

Der KV Dortmund der Partei „Die Rechte“ hatte auch dieses Mal zur Teilnahme aufgerufen sowie „Reisetipps“ gegeben. Die Veranstaltung selbst wurde durch die Partei abermals per „Live-Ticker“ auf Facebook begleitet. Siegfried Borchardt hatte im Vorfeld ebenfalls für die Hogesa-Demonstration auf seiner Facebookseite geworben. Der KV „Braunschweiger Land“ berichtete, dass eines seiner Mitglieder an Koordinierungsgesprächen mit Hogesa teilgenommen hätte. Neben Informationen zur Veranstaltung veröffentlichte der KV auch eine Drohung gegen die „Antifa“: Sollte diese die Demonstranten angreifen, so müssten sie mit Gegengewalt rechnen.²³ Von Seiten anderer rechtsextremistischer Akteure fand keine nennenswerte Mobilisierung für Hogesa statt.²⁴

Die Teilnehmerzahl betrug bei der Demonstration in Hannover nur 3.000 Personen; die Zahl der Gegendemonstranten lag Presseberichten zufolge bei 4.600 Personen.²⁵ Laut der Diplom-Politologin und Journalistin Andrea Röpke sei die Veranstaltung maßgeblich von Bremer Hooligans mit rechtsextremistischen Bezügen organisiert worden.²⁶ Die eigentliche Veranstaltung verlief weitestgehend friedlich und endete früher als erwartet. Nach der Veranstaltung kam es jedoch zu Übergriffen einer

²³ Die Rechte, Kreisverband Dortmund (November 2014), in: www.facebook.com sowie Siegfried Borchardt (5. November 2014), in: ebd. und Die Rechte, Kreisverband Braunschweiger Land (3. November 2014), in: ebd. (gelesen am 6. November 2014).

²⁴ Anm.: Die „German Defence League Division Berlin“ warb mehrfach auf Facebook für die Veranstaltung; die „German Defence League“ als Dachorganisation jedoch nicht.

²⁵ Vgl. O.V., Keine Krawalle bei Hooligan-Demonstration (15. November 2014), in: www.zeit.de (gelesen am 17. November 2014).

²⁶ Vgl. Andrea Röpke, zitiert nach: o.V., Bremer Hooligans haben die Demo mitorganisiert (16. November 2014), in: www.radiobremen.de (gelesen am 18. November 2014).

Gruppe Linksautonomer auf vier Hogesa-Teilnehmer. Diese wurden so schwer verletzt, dass die Polizei wegen eines versuchten Tötungsdelikts sowie gefährlicher Körperverletzung ermittelte.²⁷

Neben Hogesa-Organisatoren traten auch zwei Führungsmitglieder des als „rechts“ geltenden Vereins „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) bzw. der Partei „Die Freiheit“ als Redner auf. Die BPE wird vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als „verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebung außerhalb des Rechtsextremismus“²⁸ bezeichnet. Konkret rechtsextremistische Redebeiträge oder Parolen konnten nicht festgestellt werden, jedoch vielfach islamfeindliche Agitation. Das Publikum bestand zum Teil aus Rechtsextremisten; so wurden einschlägige Kleidermarken gesichtet. Einer Meldung der Polizei Dortmund zufolge war der Großteil der 93 kontrollierten Abreisenden vom Dortmunder Hauptbahnhof der „rechten“ Szene zuzurechnen, 15 waren als Hooligans bekannt.²⁹ Diese Zahlen belegen die Teilnahme von Rechtsextremisten an der Hogesa-Demonstration, können jedoch nicht auf die Veranstaltung als solche übertragen werden, da gerade Dortmund als rechtsextremistische Hochburg in Nordrhein-Westfalen gilt.

Im Nachgang zu der Veranstaltung veröffentlichten die NPD Niedersachsen und die KV Dortmund und Braunschweiger Land der Partei „Die Rechte“ ein Fazit zu der Demonstration. Auf der Internetseiten der BPE und der Partei „Die Freiheit“ fanden sich keinerlei Reaktionen.

²⁷ Vgl. Tobias Morchner, Brutaler Angriff nach Hogesa-Demo (20. November 2014), in: www.haz.de (gelesen am 18. Dezember 2014).

²⁸ Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013 (März 2014), in: www.verfassungsschutz.bayern.de (gelesen am 18. November 2014), 141.

²⁹ Vgl. Polizei Dortmund (Hrsg.), Polizei Dortmund. Polizeieinsatz am Dortmunder Hauptbahnhof (15. November 2014), in: www.presseportal.de (gelesen am 18. November 2014).

4.2 Darstellung der Ereignisse nach Hannover

Die Demonstration von Hannover kann als Wendepunkt in der Entwicklung der Hogesa gelten. Die Veranstaltung unterschied sich stark von der seitens der Hogesa-Anhänger vielfach im Nachgang bejubelten Demonstration von Köln: Es gab verstärkte Personenkontrollen und ein größeres Polizeiaufgebot. Nicht zuletzt dürfte die Form der stationären Kundgebung zu einem Attraktivitätsverlust geführt haben. Seit Hannover finden die öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen nur sehr unregelmäßig statt. Ein Rückgang der Teilnehmer ist zu verzeichnen. Die Darstellung der Entwicklung der Hogesa nach Hannover soll daher nur überblicksartig erfolgen: Die nächste größere Demonstration, die für den 18. Januar 2015 in Essen geplant war, wurde im Vorfeld verboten.³⁰ Darüber hinaus spalteten sich Anfang 2015 einige Mitglieder der Hogesa ab und gründeten den Verein „Gemeinsam Stark Deutschland e.V.“ (GSD).³¹ Dieser kündigte selbst mehrfach Veranstaltungen an, die jedoch nicht an die bisherigen Erfolge der Hogesa anknüpfen konnten.

- *Teilnahme an Pegida-Demonstration in Wuppertal*: Die erste im Jahr 2015 tatsächlich durchgeführte Veranstaltung fand am 14. März in Wuppertal statt, jedoch war diese maßgeblich von „Pegida NRW“ organisiert, Hogesa unterstützte diese durch eigene Teilnahme. Anlass war eine für diesen Tag in Wuppertal angekündigte salafistische Kundgebung.³² Der Umzug der 800 Teilnehmer durch die Wuppertaler Innenstadt wurde durch die Polizei abgebrochen, da nicht genügend Einsatzkräfte zur Absicherung zur Verfügung standen. Kurz zuvor hatten einige Demonstrationsteilnehmer die eingesetzten Polizisten ange-

³⁰ O.V., Polizeipräsidentin verbietet HoGeSa-Demonstration in Essen (8. Januar 2015), in: www.derwesten.de (gelesen am 10. Januar 2016).

³¹ Christoph Ruf, Hooligan-Demonstration: Letzte Zuckungen (9. Februar 2015), in: www.spiegel.de (gelesen am 10. Januar 2016).

³² Polizei Wuppertal (Hrsg.), 150312-W Versammlungsrechtliche Veranstaltungen am 14.03.2015 in Wuppertal, Pressemitteilung (12. März 2015), in: www.presseportal.de (gelesen am 12. Dezember 2015).

griffen. Der Sprecher von Pegida versuchte vergeblich, die Randalierer zu beruhigen.³³

- *Hogesa-Demonstration in Köln*: Am 25. Oktober 2015 fand unter dem Motto „Köln 2.0 – friedlich und gewaltfrei gegen den islamischen Extremismus“ eine stationäre Kundgebung der Hogesa statt. Die Stadt Köln hatte zunächst versucht, die Veranstaltung zu verbieten, war jedoch vor den Verwaltungsgerichten gescheitert. Statt einer erneuten Demonstration am zentral gelegenen Breslauer Platz, wie von dem Anmelder, dem ProNRW-Funktionär Dominik Roeseler, gewünscht, wurde lediglich eine Kundgebung am Barmer Platz (Bahnhof Köln-Deutz) gestattet. Das Gelände wurde ringsum abgeriegelt, sodass die ca. 1.000 Hogesa-Anhänger „unter sich“ blieben. Die Zahl der Gegendemonstranten betrug ca. 10.000 Personen. Die Versammlung der Hogesa blieb friedlich; zu Ausschreitungen kam es hingegen auf Seiten der Gegendemonstranten. Als Redner traten neben Roeseler und dem Hogesa-Führungsmitglied Andreas Kraul alias „Kalle Grabowski“ u.a. Melanie Dittmer (Dügida)³⁴ und „Ed, der Holländer“ (Person aus dem Pegida-Umfeld) auf. Die Band Kategorie C nahm ebenfalls teil. Die Zahl von knapp 1.000 Teilnehmern überrascht ein wenig, hatten doch auf Facebook über 2.000 Personen ihre Teilnahme angekündigt. Inhaltlich wurde gegen Bundeskanzlerin Merkel, gegen Flüchtlinge, gegen die „Antifa“ und gegen die „Lügenpresse“ gehetzt. Der Tenor der Veranstaltung unterschied sich kaum von der „Pegida-Rhetorik“. Die Teilnehmer skandierten u.a. „Lügenpresse, auf die Fresse“, „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ sowie „Abschieben, abschieben“. Dominik Roeseler äußerte, er wolle sich von niemandem distanzieren.³⁵ Im Nachgang

³³ O.V., Ausschreitungen in Wuppertal: Pegida-Demo nach Schlägereien abgebrochen (14. März 2015), in: www.n-tv.de (gelesen am 13. Dezember 2015).

³⁴ „Dügida“ ist regionaler Ableger der Pegida in Düsseldorf. Melanie Dittmer ist eine rechtsextremistische Aktivistin, die u.a. bei Dügida-Veranstaltungen als Anmelderin auftritt.

³⁵ Es handelt sich um Videos der Veranstaltung, die auf der Plattform „Youtube“ veröffentlicht wurden, z.B. Hogesa Demo 25. Oktober 2015 Köln Rede Dominik Roeseler, in: www.youtube.com (26. Oktober 2015), Hogesa Demo 25.10.2015 Edwin (25. Oktober 2015), www.youtube.com; Interview „Infi-

zu der Veranstaltung räumte er ein, dass dies kein „Überraschungserfolg“ wie im Jahr 2014 (Demonstration am 26. Oktober in Köln) gewesen sei.³⁶

Seit der letzten Demonstration in Köln sind keine nennenswerten Aktivitäten der Hogesa zu verzeichnen gewesen. Die zuletzt als einzige Internetpräsenz verbliebene Seite „hogesa.info“ ist mittlerweile abgeschaltet. Resonanz aus der rechtsextremistischen Szene mit Bezug zu der Kölner Veranstaltung gab es kaum. Seitens der NPD und Siegfried Borchardt waren keine Reaktionen zu verzeichnen, ProNRW und „Die Rechte“ veröffentlichten lediglich kurze Beiträge.

5. Analyse des Beispiels

5.1. Akteure

Wer sind nun aber die Akteure hinter Hogesa? Weder der Initiator noch die Zusammensetzung der Mitglieder ist bekannt. Fest steht lediglich, dass sich Hooligans aus vielen Regionen Deutschlands in der Gruppe Hogesa zusammengefunden haben. Zeitweise existierte laut eigener Aussagen ein Organisationsteam, zu dem auch Patrick Killat zählte.³⁷ Der Großteil der bei den Demonstrationen gesichteten Personen ist männlich, jedoch finden sich in den Hogesa-Foren sowie auf den Veranstaltungen selbst auch Frauen. Die von Hogesa immer wieder aufgestellte Behauptung, es befänden sich auch viele „Linke“ und Ausländer in der Gruppe, dürfte hingegen nicht zutreffend sein. Dagegen spricht die Vielzahl von rechtsextremistischen Inhalten auf den Facebookseiten der Gruppe sowie in dem ehemaligen Forum „safehogesa.net“. Besonders nach den Attacken Linksautonomer auf vier Hooligans in Hannover war ein enormer Anstieg von Agitation gegen die Antifa zu verzeichnen, an der sich der Hogesa-Administrator zum Teil selbst beteiligte (z.B.: „Antifa-Outings“, Anschlags-

dels Deutschland“ mit Dominik Roeseler, Demo "Köln 2.0 - friedlich und gewaltfrei gegen islamischen Extremismus" (29. Oktober 2015), in: www.youtube.com (gesehen am 13. Dezember 2015).

³⁶ Dominik Horst Roeseler (26. Oktober 2015), in: www.facebook.com (gelesen am 26. Oktober 2015).

³⁷ Hogesa benannte Killat als Mitglied in einem Video auf Facebook, das mittlerweile jedoch nicht mehr verfügbar ist.

planungen auf „Autonome Zentren“ usw.).³⁸ Die Duldung solcher Inhalte bzw. die Beteiligung an diesen belegt zumindest die Tolerierung von Rechtsextremisten innerhalb der Hogesa. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage Siegfried Borchardts in einem Interview mit der Online-Plattform „Sache des Volkes“. Borchardt sagt über Hogesa, dass „die Zahl der aktiven Nationalisten bei der ‚Hogesa‘ höher (sei), als die in den Medien verbreitete“.³⁹

Die organisatorische Beteiligung von Dominik Roeseler könnte zwar auf eine Involvierung der Partei „Pro NRW“ hindeuten, jedoch ist die mehrfache Distanzierung der Partei von Hogesa glaubhaft. Die häufige Sichtung der Internetpräsenzen etlicher rechtsextremistischer Gruppen und Parteien durch die Autorin, nahezu seit Gründung der Hogesa, konnte keine Steuerung der Gruppe durch Rechtsextremisten belegen. Im Gegenteil war eine unerwartet geringe Resonanz auf Hogesa zu verzeichnen. Die „Identitäre Bewegung“ stritt beispielsweise ihre Teilnahme an der Kölner Demonstration von 2014 ab⁴⁰, auch sonst erfolgte keinerlei Bezugnahme der Gruppe auf Hogesa.

Roeseler selbst trat zunehmend medial in den Vordergrund; er gab Interviews, warb permanent auf Facebook für die Demonstration am 25. Oktober in Köln und trat selbst als Redner auf. Einem außenstehenden Betrachter drängte sich bisweilen der Eindruck auf, dass Hogesa für Roeseler eine Art „Selbstdarstellungsplattform“ darstellt. So gab er der islamfeindlichen Online-Plattform „Infidels Deutschland“ ein mehr als einstündiges Interview⁴¹.

Seitens der Partei „Die Rechte“, vor allem in Gestalt des KV Dortmund, war die größte Aktivität im Zusammenhang mit Hogesa zu verzeichnen. Es ist zu vermuten, dass zumindest einzelne Mitglieder des KV Kontakte zu Hogesa-Verantwortlichen unterhalten. Belegt wird dies zum einen durch die eigene Aussage der Partei (Teilnahme

³⁸ Diverse Forenmitglieder (November 2014), in: safehogesa.net (gelesen im November 2014).

³⁹ Siegfried Borchardt, zitiert nach: Jürgen Schwab, SdV-Gespräch mit Siegfried „Siggi“ Borchardt über Hooligans und nationale Politik (ohne Datum), in: <http://sachedesvolkes.wordpress.com> (gelesen am 18. November 2014).

⁴⁰ Vgl. Identitäre Bewegung Deutschland, Offener Brief an das ZDF (4. November 2014), in: www.facebook.com (gelesen am 10. November 2014)

⁴¹ Vgl. Fußnote 35.

an Koordinierungsgesprächen) und zum anderen durch die Tatsache, dass der KV als Erster bestätigte, dass die Absage der zunächst in Hamburg geplanten Hogesa-Demonstration am 15. November 2014 eine Falschmeldung der Medien war. Der KV Dortmund weist ohnehin Verbindungen zum Fußball auf, sei es durch den ehemaligen „Borussenfront-Anführer“ Siegfried Borchardt oder durch die Bezugnahme auf den Fußballverein „Borussia Dortmund“ im Kommunalwahlkampf 2014. Der Funktionär Michael Brück warb ebenfalls mit seiner Mitgliedschaft beim „Ballspielverein Borussia 09 e.V.“ für seine Person.

Die NPD nahm nach Feststellungen der Autorin erst relativ spät Bezug auf Hogesa (1. November 2014 NPD Hamburg). Aufrufe zur Teilnahme an Hogesa-Veranstaltungen konnten nicht festgestellt werden; der Parteivorsitzende Frank Franz äußerte lediglich, dass er „jeden friedlichen Protest gegen die katastrophalen politischen Zustände und Fehlentwicklungen in der BRD“ begrüße.⁴²

5.2 Ziel und Zielgruppe

Das vordergründige Ziel von Hogesa ist die Bekämpfung des Salafismus in Deutschland. Da Salafisten allerdings keinerlei Bezug zum Fußball aufweisen, vermuten Experten andere Beweggründe. So gehen die sozialwissenschaftlichen Fan-Forscher Gunter A. Pilz⁴³, Jonas Gabler und Michael Gabriel⁴⁴ davon aus, dass das eigentliche Anliegen von Hogesa die Zurückeroberung der Stadien mittels Kampf gegen die „Verweichlichung der Fankultur“⁴⁵ ist. Gemeint ist hier die Zurückdrängung „linker“ Ultragruppen. Gabler und Gabriel halten Salafisten daher nicht für die eigentliche Zielgruppe. Durch Hogesa

⁴² Frank Franz, Zum Thema Hogesa (3. November 2014), in: www.facebook.com (gelesen am 4. November 2014).

⁴³ Vgl. Gunter A. Pilz, zitiert nach: Nastassja Steudel, Eine Unheilige Allianz (25. Oktober 2014), www.dw.de (gelesen am 18. November 2014).

⁴⁴ Vgl. Michael Gabriel, zitiert nach: Jannis Brühl, „Das Thema Salafismus ist nur vorgeschoben“ (27. Oktober 2014), in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 18. November 2014).

⁴⁵ Jonas Gabler, zitiert nach: Oliver Weiße, „Gemeinsame Werte einen Hooligans und Rechte“ (12. November 2014), in: www.ndr.de (gelesen am 18. November 2014).

soll Stärke demonstriert und gleichzeitig an den gesellschaftlichen Diskurs um Multikulturalismus, der den Hooligans laut Gabler „zuwider“ ist, angeknüpft werden. In der deutschen Bevölkerung gebe es zudem vielfach Vorurteile gegen den Islam.

Den zuletzt angeführten Aspekten kann durchaus zugestimmt werden. Fraglich ist jedoch, ob tatsächlich eine Strategie der Hogesa zur Verdrängung der Ultras aus den Stadien existiert. Verschiedene Vorfälle zwischen „linken“ und „rechten“ Fangruppen (z.B. am Standort Aachen) zeigen zwar, dass Hooliangruppen bemüht sind, linke Tendenzen im Stadion zu bekämpfen, um somit ihr ehemaliges Territorium zurückzuerobern, jedoch erscheint ein derart planmäßiges, taktisches Vorgehen eher unwahrscheinlich.

Die Ziele der sich beteiligenden rechtsextremistischen Gruppen sind deutlicher zu erkennen: „Mit dem einsetzenden Niedergang der rechtsextremen Parteien wie der NPD und dem Verbot zahlreicher Neonazi-Kameradschaften, vor allem auch in Westdeutschland, suchen diese Aktivisten nach neuen Protestformen. Auch deshalb mischen sie bei den Hooligans gegen Salafisten mit. Auch einige Rechtsextremisten, die nichts mit der Fußballszene zu tun haben. Die Islamfeindlichkeit ist eine Klammer, die angesichts der aktuellen Hysterie die Szene zusammenhält“⁴⁶ schreibt der Journalist Olaf Sundermeyer über Hogesa. Neben der offenen Zurschaustellung ihrer Islamfeindlichkeit kann für Rechtsextremisten die Nutzung der Hooligans als „politische Kampftruppe“ für eigene Veranstaltungen von Interesse sein. Die Veranstaltungen von Hogesa erzielen weitaus höhere Teilnehmerzahlen als beispielsweise die jährlich stattfindenden Gedenkmärsche der Rechtsextremisten. An eine derart „erfolgreiche“ Entwicklung möchte man anknüpfen. Zielgruppe der beteiligten Rechtsextremisten dürften nicht die Bürger und ihre Wählerstimmen sein, sondern die in Hogesa organisierten Hooligans.

Ein solcher, allerdings gescheiterter, Versuch ist bereits durch die saarländische NPD erfolgt. Sascha Wagner, Mitglied des Landesvorstandes, hatte für den 22. November 2014 eine Demonstration der Gruppe „Saarländer gegen Salafisten“ (Sagesa) in Völklingen ange-

⁴⁶ Olaf Sundermeyer, Hooligans als selbsternannte Salafistenjäger (13. Oktober 2014), in: www.zeit.de (gelesen am 18. November 2014).

meldet, bei der auch NPD-Mitglieder als Redner auftraten. Es nahmen ca. 250 Personen teil⁴⁷, von denen der Großteil jedoch die Veranstaltung nach kurzer Zeit verließ. Dies wurde im Nachhinein meist damit begründet, dass man erst während der Veranstaltung bemerkt habe, dass die NPD diese maßgeblich organisiert hat und man sich nicht mit dieser identifizieren wolle.

Hogesa veröffentlichte ein paar Tage später ein Statement, in dem sich die Gruppe von Sagesa bzw. der NPD distanzierte und jegliche Zusammenarbeit in der Vergangenheit verneinte. Dies ist jedoch nach Einschätzung der Autorin unglaubwürdig, da Sagesa über einen längeren Zeitraum als Partner-/ Untergruppe auf „safehogesa“ geführt wurde und Sascha Wagners NPD-Zugehörigkeit öffentlich bekannt ist. Es entsteht der Eindruck, dass Hogesa zunächst wissentlich mit Sagesa (und den NPD-Mitgliedern) zusammengearbeitet hat, die Zusammenarbeit jedoch beendete, als die NPD sich selbst zu stark öffentlich und wohlmöglich auch gruppenintern einbrachte.

5.3 Vorgehensweise

Die Gruppe Hogesa kommuniziert nahezu ausschließlich per Internet. Es werden soziale Netzwerke und die Video-Plattform Youtube genutzt. Insgesamt wirkte das Vorgehen der Hogesa recht unstrukturiert und unorganisiert. Beispielsweise dauerte es oftmals mehrere Tage, bis Hogesa ein offizielles Statement zu Veranstaltungen etc. abgab. Allerdings war in den letzten Monaten eine zunehmende Professionalisierung zu erkennen. Hogesa selbst äußerte sich im Internet bisher kaum rechtsextremistisch. Mit der Abschaltung der Internetseite „hogesa.info“ fehlt der Gruppierung nun ein wichtiges Medium zur Kommunikation mit seinen Mitgliedern. Über die Gründe der Seitenlöschung ist nichts bekannt, jedoch fügt sich diese Entwicklung in die allgemeine Tendenz der Bedeutungsabnahme der Hogesa ein, die auch die Professionalisierung der Internetauftritte der Gruppe nicht zu verhindern vermag.

⁴⁷ Vgl.: O.V., Demos in Völklingen ohne große Zwischenfälle (22. November 2014), in: www.sr-online.de (gelesen am 18. Dezember 2014).

Bezüglich der Vorgehensweise von Rechtsextremisten lässt sich hier lediglich das Verhalten der Parteien „Die Rechte“ und der NPD bewerten, da seitens anderer Akteure zumindest im Internet keine bzw. kaum Reaktionen zu verzeichnen sind. Vor allem „Die Rechte“ war und ist bemüht, besonders dicht am Geschehen zu sein, was diverse „Reisetipps“, Mitfahrangebote zu Demonstrationen sowie „Live-Ticker“ belegen. „Die Rechte“ nutzt Hogesa auch, um gegen den Staat, Medien, Linke und den Islam zu hetzen. Die häufige Verwendung der Hogesa-Rhetorik (z.B. „Wir sind das Volk“) soll die Nähe zu der Gruppe bzw. Zugehörigkeit ausdrücken. Interessant sind auch die Ratschläge, die der KV Dortmund Hogesa für ihr künftiges Vorgehen erteilt: „Wichtig ist es nun, das Auftreten zu optimieren, insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit im Internet zu verbessern und zeitnah Konzepte für die nächsten Wochen bzw. Monate vorzulegen“.⁴⁸

Die niedersächsische NPD nutzt die Ereignisse um Hogesa, um Wähler zu gewinnen, wie aus dem Fazit der Partei zu der Demonstration in Hannover ersichtlich wird: „Es war schön, dass heute, trotz der Schikanen, Tausende Bürger gegen den Terror des Islamismus in der niedersächsischen Landeshauptstadt waren. Bei den Wahlen gibt es für Niedersachsen nur eine Möglichkeit gegen die Islamisierung der Heimat vorzugehen, indem man die NPD wählt!“.⁴⁹ „Offen“ rechtsextremistisch geht keine der beiden Parteien vor.

5.4. Kontext

Die Ereignisse um Hogesa sind, wie auch der Fachpublizist Elmar Vieregge auf „Endstation Rechts“ schreibt, im Zusammenhang mit der Entwicklung des Salafismus in Deutschland zu sehen.⁵⁰ Die salafistische Szene konnte sich in der Vergangenheit relativ ungestört ent-

⁴⁸ Die Rechte, Kreisverband Dortmund (15. November 2014), in: www.facebook.com (gelesen am 15. November 2014).

⁴⁹ NPD Niedersachsen, Friedliche HoGeSa-Kundgebung. Gewalttätige Linksextremisten (15. November 2014), in: www.npd-niedersachsen.de (gelesen am 18. November 2014).

⁵⁰ Vgl. Elmar Vieregge, Neonazis, Identitäre, Salafisten – Eine Nachbetrachtung der eskalierten Kölner Hooligan-Demonstration (6. November 2014), in: www.endstation-rechts.de (gelesen am 17. November 2014).

fallen und machte durch verschiedene Aktionen, wie zuletzt die Einrichtung einer „Scharia-Polizei“ in Wuppertal, auf sich aufmerksam. Dieses Verhalten stößt auch in der „Normalbevölkerung“ auf großen Widerstand. Hinzu kommen die Ereignisse um den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien und im Irak. Er verbreitete diverse Propagandavideos, in denen Enthauptungen westlicher Geiseln durch Islamisten gezeigt werden. Diese Videos stießen weltweit auf Entsetzen und werden häufig direkt mit dem Stichwort „Salafisten“ assoziiert. Was Salafismus genau bedeutet, ist oftmals nicht bekannt.

Salafismus als ein Thema, das die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung kategorisch ablehnt, ist für islamfeindliche Vereinigungen und Rechtsextremisten daher überaus attraktiv.

5.5 Wirkung

Während Hogesa von den Medien und der Öffentlichkeit beinahe durchweg negativ rezipiert wird, stößt die Gruppe in Teilen der rechtsextremistischen Szene auf positive Resonanz. Die rückläufigen Teilnehmerzahlen seit der Hannoveraner Demonstration könnten darauf hindeuten, dass das Interesse der Hooligans an Hogesa nachlässt. Jedoch ist es ebenso wahrscheinlich, dass die Vielzahl von angekündigten polizeilichen Kontrollen einen Teil der Hogesa-Mitglieder abgeschreckt hat. Ein weiterer Grund für das Sinken der Teilnehmerzahlen könnte auch die Eskalation der Kölner Demonstration von 2014 gewesen sein. So ist es denkbar, dass sich gemäßigte, „rechts“ orientierte Personen stattdessen eher gewaltfreien, bürgerlicheren Gruppen wie Pegida anschließen. Nichtsdestotrotz ist das Mobilisierungspotential der Hogesa vergleichsweise hoch. Das erneute Absinken der Teilnehmerzahlen bei der Kölner Demonstration 2015 dürfte durch den unattraktiven Veranstaltungsort gefördert worden sein.

Inwieweit es Parteien wie „Die Rechte“ nachhaltig gelingt, an die Entwicklungen um Hogesa anzuknüpfen und von diesen zu profitieren, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlicher ist, dass u.a. aufgrund der mangelnden Strukturen der Hogesa diese auf Dauer keinen Bestand haben wird, es sich also eher um, so Gunter A. Pilz, „temporäre Kampf-

gemeinschaften“⁵¹ handelt. Interne Streitigkeiten und Abspaltungen belegen dies.

Das Verhältnis zwischen Pegida und Hogesa ist ambivalent: Zum einen dürfte Hogesa nach Ausschreitungen in Köln einen Teil seiner Sympathisanten an Pegida verloren haben, zum anderen gibt es Kooperationen zwischen beiden Gruppierungen. Im Januar 2015 veröffentlichte Hogesa auf der Internetseite „hogesa.info“ einen Beitrag mit dem Titel „Pegida die Wahrheit“, in dem eine staatliche Lenkung der Pegida suggeriert wird. Eine gemeinsame Veranstaltung in Wuppertal fand knapp zwei Monate später statt; eine offizielle Begründung für diesen „Schritt zurück“ gab es nicht. Möglicherweise ist dieses widersprüchliche Verhalten der Hogesa der Konkurrenzsituation bzw. dem eigenen Bedeutungs- und Mitgliederverlust geschuldet. Man versucht scheinbar, Pegida als Trittbrett für eigene Erfolge zu nutzen, nachdem der „Alleingang“ eher misslungen ist.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Ereignisse um die Gruppe Hogesa zeigen deutlich, dass Verbindungen zwischen Hooligans und Rechtsextremisten bestehen. Gunter A. Pilz vermutet diese Verbindungen insbesondere bei Hooligans mit niedrigem Bildungsstand⁵². Entgegen anders lautender Medienberichte ist höchstwahrscheinlich nicht von einer Steuerung der Hogesa durch Rechtsextremisten auszugehen, wenngleich sich viele Rechtsextremisten in der Gruppe Hogesa wiederfinden. Der Rechtsextremist Dominik Roeseler übt mittlerweile vermutlich einen vergleichsweise hohen Einfluss auf Hogesa aus, jedoch scheint er dies als Privatperson und nicht in seiner Funktion als ProNRW-Mitglied zu tun.

Bereits seit Beginn des „Hooligan-Phänomens“ existieren Verbindungen in die rechtsextremistische Szene, jedoch gab es nie eine dauerhafte Zusammenarbeit oder erfolgreiche Politisierung. Einige Hooligans dürften in der Hoffnung auf gewalttätige Auseinander-

⁵¹ Vgl. Gunter A. Pilz, zitiert nach: O.V., Bündnis von Hooligans und Rechten nicht neu (27. Oktober 2014), in: www.zeit.de (gelesen am 18. November 2014).

⁵² Vgl. ebd.

setzungen mit der Polizei oder Gegendemonstranten nach Köln bzw. Hannover gekommen sein.

Ebenso ist die Zusammenarbeit zwischen Hooligans verschiedener Fußballvereine kein Novum: Hooligans schließen bei Spielen der Nationalmannschaft oder Länderspielen „ihren ‚Burgfrieden‘, um gemeinsam situativ zu agieren“.⁵³

Bemerkenswert ist allerdings das Mobilisierungspotential der Hogesa. Das Thema „Salafismus“ beschäftigt große Teile der Bevölkerung und die Ablehnung dieser Form des Islams kann als mehrheitsfähig bezeichnet werden, sodass Hogesa an allgemeine gesellschaftliche Diskurse anknüpft. Dabei werden sie ihrem Anspruch als „Volksbewegung“ jedoch nicht gerecht, da die Wahrnehmung der Gruppe in der (medialen) Öffentlichkeit durchweg negativ ist. Die Ausschreitungen in Köln sowie die Verbindungen der Hogesa zu Rechtsextremisten haben maßgeblich dazu beigetragen.

Für Rechtsextremisten ist Hogesa in vielerlei Hinsicht attraktiv (gewesen): als Protestform, als öffentlichkeitswirksamer Ausdruck der eigenen Islamfeindlichkeit, als Ansatzpunkt für eigene Mobilisierungsmaßnahmen. Hooligans als „politische Kampftruppe“ für eigene Demonstrationen sind für Rechtsextremisten sehr reizvoll. Die Rhetorik der Hogesa ist gleichsam mit der Zuspitzung der Flüchtlingskrise und der Zunahme von islamfeindlichen Gruppierungen weiter nach „rechts“ gerückt. Die islamistischen Anschläge der letzten Monate befeuern zudem eine verbale Radikalisierung. Ob sich die Mehrzahl der Hooligans (über das Thema Salafisten hinaus) jedoch für rechtsextremistische Veranstaltungen mobilisieren lässt, ist anzuzweifeln (siehe auch Ereignisse um Sagesa). Die fehlenden Strukturen innerhalb der Hogesa erschweren eine „Übernahme von rechts“ zusätzlich. Fraglich ist auch, inwieweit ein Interesse an einer solchen „Übernahme“ derzeit noch besteht. Hogesa verliert zunehmend an Bedeutung und die starke Präsenz Roeselers dürfte ein Engagement zumindest für andere rechtsextremistische Parteien unattraktiv machen.

⁵³ Gerd Dembowski/Jürgen Scheidle, Einleitung, in: Gerd Dembowski/Jürgen Scheidle (Hrsg.): Tatort Stadion. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball, Köln 2002, S. 14-22, hier S. 17.

Durch die allgemeine Flüchtlings-Debatte finden islamfeindliche Äußerungen mittlerweile größere Zustimmung in der Bevölkerung, sodass es Hogesa als Vehikel zum Transport der eigenen Ansichten nicht mehr bedarf. Nichtsdestotrotz hat Hogesa eindrucksvoll gezeigt, dass es Schnittmengen zwischen Fußball und Rechtsextremismus gibt, die unter gewissen Umständen ein zumindest temporär beachtliches Mobilisierungspotential hervorbringen können.

Einflussnahme und Rekrutierungsstrategien von Rechtsextremisten auf gewaltbereite Fußballfan- gruppierungen

Eine Fallstudie zu Bremen

Michael Adelmund

1. Einleitung und Fragestellung

Im Jahr 2014 konnten bundesweit medienwirksame Aktivitäten gewaltbereiter Fußballfans festgestellt werden, die sich vorgeblich gegen „Salafisten“ oder die „Islamisierung“ Deutschlands richtete: Dies zeigten auch Mobilisierungen unter den Labels „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) oder „Gemeinsam Stark Deutschland“ (GSD). Auch Protagonisten der Bremer Hooligan-Szene beteiligten sich hieran und bezogen damit politische Positionen, so z. B. die ursprünglich aus Bremen stammende rechtsextremistische Hooliganband „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ (KC). KC spielten bei der „HoGeSa“-Demonstration am 26. Oktober 2014 in Köln, bei der es teilweise zu massiven gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, ein Lied mit dem Titel „Hooligans gegen Salafisten“. Darin fanden sich Textpassagen wie: „Islam will keinen Frieden sondern Gottessklaverei“, „Heute schächten sie Schafe und Rinder, morgen vielleicht schon Christenkinder“ oder „Wenn das Messer an der Kehle ist, dann habt ihrs kapiert“.¹

Bundesweit entfachten daraufhin erneut Diskussionen über personelle Verbindungen zwischen Hooligans und Rechtsextremisten, wie sie in den letzten Jahrzehnten in den Fanszenen Europas immer wieder festzustellen waren. Grundsätzlich wurde das Problem „Rechtsextremismus im Fußball“ zwar erkannt. Aber die wiederholten Fragen nach gemeinsamen Schnittmengen und das gegenwärtige Mobilisierungspotential zeigen, dass Hooligans eben doch nicht so „unpolitisch“ sind, wie sie meist selbst vorgeben. Die Auswirkungen rechtsextremistischer Einflussnahme könnten weitaus größer sein als bisher angenommen.

¹ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Bremen 2015, S. 34

Um sich dieser Fragestellung zu nähern, soll hier die rechtsextremistisch beeinflusste Hooligan-Szene des kleinsten der Bundesländer im Sinne einer Fallstudie näher untersucht werden. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Bremer Hooligan-Gruppierungen verfügen bundesweit über einen hohen - nicht nur szeneimmanenten – Bekanntheitsgrad. Ihre Mitglieder beteiligten sich mehrfach an öffentlichkeitswirksamen Aktionen, darunter gewaltsame Auseinandersetzungen mit Personengruppen, die antifaschistischen Initiativen zuzuordnen waren. Die aus der Allianz von Rechtsextremisten und Hooligans resultierenden Gefahren wurden daher von den Sicherheitsbehörden in Bremen als Tätigkeitsschwerpunkt priorisiert.² Seit 2008 wird in den jährlich erscheinenden Berichten des dortigen Landesamtes für Verfassungsschutz auf die Einflussnahme von Rechtsextremisten auf gewaltbereite Fußballfans hingewiesen.³

Die in Bremen gewonnenen Erkenntnisse zu diesem Phänomen sind daher besonders geeignet, um auf ihrer Grundlage Erscheinungsformen und Auswirkungen rechtsextremistischer Einflussnahme auf Hooligans zu untersuchen. Dabei sollen auch Politisierungsprozesse durch Wechselwirkungen oder Formen der Solidarisierung herausgearbeitet und kritische Faktoren abgeleitet werden, welche die Aussagekraft einer Schnittmengenanalyse beeinflussen. Auf diesen Überlegungen basierende empirische Vergleiche können zeigen, wie sich unterschiedliche methodische Verfahrensweisen auf deren jeweilige Ergebnisse auswirken und welche Folgen darauf basierende Bewertungen mit sich bringen.

2. Ursprünge rechtsextremistischer Einflussnahme auf die Fußballfanszene

Seit der Katastrophe von 1985 im Brüsseler „Heysel“-Stadion, bei der 39 Menschen starben, wurden mögliche politisch-ideologische Ausrichtungen von Hooligans vor allem in England, Italien, Spanien oder Polen aber auch in Deutschland thematisiert. Hooligans und Mitglie-

² Vgl. ebenda, S. 8.

³ Vgl. ebenda, S. 57f.

der der britischen „National Front“ (NF)⁴ hatten damals die gewaltsamen Auseinandersetzungen „angeheizt“, aus denen eine Massenpanik entstand. Eine Untersuchung im Auftrag des belgischen Innenministeriums führte zur Aufklärung des Sachverhalts auch Belege an, nach denen sich Hooligans international organisiert und Rechtsextremisten die gewalttätigen Fan-Gruppen unterwandert hätten.⁵

Auch in Deutschland konnten in den 1980er Jahren Rekrutierungsbestrebungen von Rechtsextremisten innerhalb der Fußballfanszene festgestellt werden. Der Neonazi Michael Kühnen setzte in der Zielformulierung der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) auf geeignete Themenschwerpunkte wie z. B. „Überfremdung“, um auf diese Weise eine breite Massenbasis zu gewinnen. Er erklärte schon 1983, mit einer systematischen Tätigkeit unter Fußball-Fans begonnen zu haben und rief in einem „Informationsbrief zur politischen Lage der Bewegung“ mit anderen führenden Rechtsextremisten dazu auf, in die Stadien zu gehen, um dort Nachwuchs zu rekrutieren.⁶

Die von Kühnen verfolgte Strategie über einen geeigneten Themenschwerpunkt ein breites Publikum in der Fußballfanszene anzusprechen, wurde in vielen Stadien in die Tat umgesetzt.⁷ Auch in Bremen konnten bis in die 1990er Jahre wiederholt rechtsextremistische Propaganda-Aktionen im „Weser-Stadion“ festgestellt werden.

Während die Instrumentalisierung massentauglicher Themenschwerpunkte nach wie vor als eines der bedeutsamsten Propagandamittel von Rechtsextremisten anzusehen ist, hat sich deren Erscheinungsform im Laufe der Jahre verändert. Waren es zunächst Rechtsextremisten aus dem Umfeld der ANS/AN, die diesen Weg offen beschr-

⁴ Die ehemalige rechtsextremistische Partei wurde 1995 in „National Democrats“ umbenannt.

⁵ Vgl. „Rote Bastarde killen“, in: Der Spiegel, Nr. 47 vom 16. November 1987, S. 213-214, hier S. 213, in: www.spiegel.de (gelesen am 04. August 2015).

⁶ Vgl. „Neonazis - Weg zum Fan“, in: Der Spiegel, Nr. 44 vom 31. Oktober 1983, S.138-142, hier S. 140, in: www.spiegel.de (gelesen am 5. August 2015).

⁷ Vgl. Wanderausstellung: Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball, Bündnis aktiver Fußballfans e. V. und Football Against Racism in Europe, Berlin 2001, in: www.tatort-stadion.de (gelesen am 7. August 2015).

ten, so erschienen repressive Maßnahmen und gesellschaftliches Engagement gegen „Rechts“ vermehrt dazu zu führen, dass sich vermeintliche propagandistische Erfolge eher dann einstellten, je weniger die Bezüge zum Rechtsextremismus zu erkennen waren. Offener Rechtsextremismus stieß auf immer größere Ablehnung.

Während sich die ANS/NA zunächst offen zu ihrem Ansinnen, die Fußballfanszene zu politisieren, bekannte, ließen sich nach ihrem Verbot von späteren Umfeld-Organisationen wie der „Freiheitlichen Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) oder der „Nationalistischen Front“ (NF) zwar ähnliche strategische Ambitionen feststellen, das Auftreten erfolgte aber aufgrund befürchteter Repressalien verstärkt konspirativ.

Als sich die FAP an der Bundestagswahl 1987 beteiligte, rekrutierte der Bremer „Gauleiter“ Markus Privenau bereits seine Anhängerschaft vor allem aus der subkulturellen Szene, aus rechtsextremistischen Skinheads und Hooligans.⁸ Immer wieder kam es in ihrem Umfeld zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen „Punks“ und dem „Verein der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) auf der einen und Skinheads und der FAP auf der anderen Seite.⁹ Die Fähigkeit ihrer Mitglieder, Gewalt ausüben zu können, erschien für den Bremer Gauleiter von besonderer Bedeutung. Sein Plan, eine Wehrsportgruppe in Bremen zu gründen, scheiterte jedoch an dessen Inhaftierung wegen fahrlässiger Tötung. Bei Schießübungen im Bremen-Neustädter Hafen hatte dieser einen Jäger tödlich getroffen. Anlässlich der Verhandlungstage wurde sowohl aus der rechtsextremistischen- als auch aus der antifaschistischen Szene mobilisiert. Starke Polizeipräsenz unterband ein Aufeinandertreffen. Die 1988 erfolgte Bekanntgabe seines Ausstiegs aus der FAP wurde schon zu dieser Zeit nicht als Rückzug aus seiner politischen Arbeit bewertet. Vielmehr sei damit zu rechnen gewesen, dass dieser in Kreisen „rechtsradikaler Skinheads und Fußball-Fans“ weitermache.¹⁰

⁸ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen - Eine Analyse rechtsextremistischer Einflussnahme auf Fußballfanggruppierungen im Land Bremen, Bremen 2015, hier: S. 26.

⁹ Vgl. K.S., Waffen für die Wehrsportgruppe, in: taz vom 25. April 1987.

¹⁰ Vgl. o. V., Rotation in Knast und Vorsitz, in: taz vom 6. April 1988.

Der Begriff Hooligan trat zu dieser Zeit auch in Deutschland vermehrt auf und sicherte sich erst später seinen Eintrag im Duden.¹¹ Die engen Verbindungen zwischen Hooligans und Skinheads und der Umstand, dass diese äußerlich nicht zu unterscheiden waren, wird dazu geführt haben, dass politisches Engagement in den 1980er Jahren zunächst eher rechtsextremistischen „Skins“ zugeschrieben wurde, als den Hooligans. Das Phänomen „Hooliganismus“ war neu und die Gefahr einer strategischen Instrumentalisierung gewaltsuchender Hooligans für den „Kampf auf der Straße“ entwickelte sich erst.

Nach seinem Ausstieg aus der FAP wurde Markus Privenau Schriftleiter der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“¹² (HNG) und beteiligte sich über mehrere Jahre an verschiedenen Organisationen und Initiativen der rechtsextremistischen Szene. Bis heute stellt er eine für sie in Bremen bedeutsame Person dar, die rechtsextremistisches Parteienspektrum, „Freie Kräfte“ und „Subkulturelle“ mittels geeigneter Themenschwerpunkte miteinander verbindet.

In Bremen-Findorff organisierte sich zum Ende der 1980er Jahre antifaschistisches Engagement gegen Versuche der Einflussnahme von Skinheads und Aktivisten der FAP auf ein Jugendfreizeitheim. Subkulturelle Gruppierungen wie die „City Boys“, aus deren Mitgliedern zum Teil die rechtsextremistisch beeinflusste Hooligan-Gruppierung „Standarte Bremen“ hervorging, übten eine besondere Anziehungskraft auf Jugendliche aus. Hier kam es bereits zu ersten Konfrontationen zwischen Hooligans und antifaschistischen Initiativen, die sich auch auf die „Dominanz“ der Fußball-Fanszene in den Stadien auswirken sollte.

Neben der neonazistischen FAP ließ sich auch für die 1985 gegründete NF eine strategische Nähe zur Fußballfanszene in Bremen konstatieren. So beteiligten sich Mitglieder eines Bremer Fußballfanclubs vielfach an Treffen der NF-Ortsgruppe oder verteilten Propagandamaterial.¹³ Während des stellvertretenden Vorsitzes des späteren Bremer

¹¹ Vgl. Hooligans, in: www.duden.de (gelesen am 28. August 2015).

¹² Vgl. Nachrichten der HNG, 12 (1990), Nr. 115, S. 1.

¹³ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), S. 26.

NPD-Funktionärs Thorsten Schibblock wurde die NF im Jahr 1992 verboten.¹⁴

Gleichwohl bestanden die zum Teil sehr engen persönlichen Verbindungen zwischen ehemaligen Protagonisten dieser Gruppierungen und der Hooligan-Szene in Bremen fort. Immer wieder nahmen Hooligans an politischen Aktionen teil, von politischen Stammtischen über Kundgebungen oder Demonstrationen bis hin zu Propaganda-Verteilungen, die auch vor dem „Weser-Stadion“ nicht Halt machten.

Die strategische Einflussnahme auf Hooligans hinterließ bundesweit mehr oder weniger deutliche Spuren. Es entstanden Hooligan-Gruppierungen (wie z. B. „Zyklon B“¹⁵, „Wannseefront“¹⁶ oder „Endsieg“¹⁷), deren Namensgebungen sich offenkundig auf den Nationalsozialismus bezogen.¹⁸ Der Rechtsextremist Siegfried Borchardt¹⁹ führte die „Borussenfront“ in Dortmund an. Die Mitglieder dieser Gruppierung beteiligten sich u. a. an Verteilaktionen von NPD-Propaganda oder eröffneten ihre Clubtreffen mit „Sieg Heil!“-Rufen und einer eigenen Version des „Horst Wessel“-Liedes.²⁰ Die Fanclubs „Adlerfront“ und „Presswerk“ der Frankfurter Eintracht standen zeit-

¹⁴ Vgl. Klaus Wolschner, Am rechten Rand - Mann mit Verbindungen, in: taz vom 10. Juni 2011, o. S., in: www.taz.de (gelesen am 7. August 2015).

¹⁵ „Zyklon B“ war das auf Blausäure basierende Schädlingsbekämpfungsmittel, das im KZ Auschwitz-Birkenau für die menschenverachtenden Morde des Nationalsozialismus eingesetzt wurde.

¹⁶ Die „Wannseekonferenz“ galt als organisatorischer Beginn des Holocausts zur Zusammenarbeit und Koordination beteiligter Instanzen.

¹⁷ Der „Endsieg“ wurde als „endgültiger Sieg“ über die Alliierten bis zur Kapitulation propagiert und sollte u. a. durch die rassische Überlegenheit der Deutschen herbeigeführt werden.

¹⁸ Vgl. Wanderausstellung, Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball, Bündnis aktiver Fußballfans e. V. und Football Against Racism in Europe, Berlin 2001, in: www.tatort-stadion.de (gelesen am 29. August 2015).

¹⁹ Borchardt war Anfang der 1980er-Jahre „Mitkämpfer von Michael Kühnen“, gehörte der FAP an und ist gegenwärtig Funktionär der Partei „Die Rechte“ in Dortmund. Vgl. Werwolf der Zukunft, in: Der Spiegel, Nr. 10 vom 06. März 1995, S. 30, in: www.spiegel.de (gelesen am 29. August 2015)

²⁰ Dabei handelt es sich um ein Kampflied der SA, das auch von der Bremer Band „Nahkampf“ für einen „Blood & Honour“-Sampler produziert wurde.

weise in Verbindung mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“²¹ und verteilten Flugblätter und Einladungen zu Schulungsvorträgen über die „Auschwitz-Lüge“.²²

Vergleichbare Beobachtungen ließen sich seit Anfang der 1980er Jahre auch in anderen europäischen Ländern machen. In England versuchte die „National Front“ (NF), zuerst in der Fußballfanszene und dann in der Punk- und Skinhead-Szene ihre Anhänger zu rekrutieren.²³ Auch die „British National Party“ (BNP) wollte die Szene für sich gewinnen. Anfang der 1990er Jahre veröffentlichte der britische Journalist Tim Kelsey, der sich in die BNP eingeschleust hatte, wie die Partei den Einfluss auf die rechtsextremistische Skinheadszenen ausweitete und in enger Verbindung zur Gruppierung „Combat 18“ (C18)²⁴ stand. Deren Mitglieder waren zu einem großen Teil Hooligans der „Chelsea Headhunters“ und für zahlreiche rassistisch motivierte Angriffe verantwortlich.²⁵ Die NF gewann mit Ian Stuart Donaldson, dem Sänger der rechtsextremistischen Band „Skrewdriver“ und Begründer des „Blood & Honour“-Netzwerks (B&H), einen wichtigen Unterstützer ihrer Politik. Donaldson, der mit Vorwürfen konfrontiert war, sich instrumentalisieren zu lassen, stritt dies ab: „Es hängt von jedem Skinhead selber ab, ob er sich benutzen lässt. Ich selbst bin Einheitsführer der ‘National Front’ und glaube nicht, dass man mich jemals ‚benutzt‘ hat.“²⁶

²¹ Karl-Heinz Hoffmann hielt am 13. November 2010 auch einen von zwölf bundesweit stattgefundenen Vorträgen in Bremen.

²² Vgl. Wanderausstellung, Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball, Bündnis aktiver Fußballfans e. V. und Football Against Racism in Europe, 80er Jahre - Fanclubs im Visier, Berlin 2001, in: <http://www.tatortstadion.de/ausstellung/80er.htm> (gelesen am 07. August 2015).

²³ Martin Langebach/Jan Rabe; Zwischen Freizeit, Politik und Partei: Rechtsrock; Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten Wiesbaden 2009, S. 163-188, hier S. 163.

²⁴ C18 gilt als der „militante Arm“ des 2000 in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerks.

²⁵ Tim Kelsey, Informer exposes neo-Nazi football gangs, in: The Independent vom 7. August 1993; in: <http://www.independent.co.uk> (gelesen am 10. August 2015).

²⁶ Ian Stuart Donaldson, zitiert nach: Martin Langebach/Jan Rabe; Zwischen Freizeit, Politik und Partei: Rechtsrock; in: Stephan Braun/Alexander Geis-

Stellungnahmen dieser Art lassen sich bis heute häufig von Protagonisten rechtsextremistisch beeinflusster Hooligan-Gruppierungen finden. Sie beteiligen sich an Übergriffen auf politisch Andersdenkende, markieren in sozialen Netzwerken NPD-Propaganda mit „Gefällt mir“, tragen szenetypische Bekleidung mit rechtsextremistischer Symbolik und besuchen Konzerte einschlägiger Bands. Trotzdem verstehen sie sich „nur“ als „Patrioten“ und wollen dabei verkennen, dass sie mit ihren Aktivitäten rechtsextremistische Bestrebungen unterstützen. Häufig lassen sich auch deviante Verhaltensweisen von Hooligans feststellen, die als Ausdruck einer fremdenfeindlichen Ideologie zu bewerten sind, aber lediglich als „Provokation“ abgetan werden. Solche Aktivitäten muss man konsequent ahnden, um innerhalb der gruppendynamischen Prozesse Verantwortlichkeiten übertragen zu können und damit auch im Einzelfall einer rechtsextremistischen Einflussnahme entgegenzuwirken.

3. Die Bremer Gruppierungen – Vertrieb einer „Identität“

Im Verfassungsschutzbericht 2014 des Landes Bremen werden die rechtsextremistisch beeinflussten Hooligan-Gruppierungen „Standarte Bremen“, die „City Warriors“ (CW) und „Nordsturm Brema“ (NSHB) sowie die „Farge Ultras“ (FU) benannt, weil es sich bei einzelnen Mitgliedern dieser Gruppierungen um überzeugte Rechtsextremisten handelt.²⁷ Sie beteiligten sich an verschiedenen häufig medienwirksamen Aktionen, präsentierten dabei ihre politischen Positionen und wurden wiederholt zum Gegenstand öffentlicher Kritik. Zwei dieser Gruppierungen gaben kürzlich vor, sich aufgelöst zu haben: die „Standarte“ im Januar 2015²⁸ und die FU im Juni 2014²⁹. Die propagierten Auflösungen erscheinen bisher taktisch motiviert. Protagonis-

ler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 163-188, hier S. 163.

²⁷ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 1), S. 34.

²⁸ Vgl. Ralf Michel und Jan Oppel, „Standarte“ nach 25 Jahren aufgelöst, in: Weser Kurier vom 26. Januar 2015, in: (gelesen am 24. August 2015).

²⁹ Vgl. Patricia Brandt, Verfassungsschützer blicken nach Farge, in: Weser Kurier vom 10. Juni 2014, in: www.weser-kurier.de (gelesen am 24. August 2015).

ten beider Gruppierungen entfalteten auch nach der erklärten Auflösung Aktivitäten innerhalb der „Misch-Szene“ aus Rechtsextremisten und gewaltaffinen Fußballfans in Bremen. Hier bleibt es abzuwarten, in welcher Form sich ggf. weiterhin ein organisatorischer Zusammenhang feststellen lässt. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für die Szene in Bremen sollen deshalb auch diese beiden Gruppierungen kurz dargestellt werden.

Die Ursprünge der Hooligan-Szene in Bremen entwickelten sich aus den Skinhead-Subkulturen der 1980er Jahre. Aus kleinen Gruppierungen, die sich immer wieder neu zusammensetzten, formierte sich Anfang der 1990er Jahre die „Standarte“ (auch „Standarte 88“ oder „Standarte Bremen“). Die CW und NSHB gelten als „Unterstützer“ der „Standarte“. Die FU sind als „Ultras“ von diesen Gruppierungen abzugrenzen. Im Gegensatz zu den Hooligans beteiligen sich diese nicht an sogenannten „Drittortauseinandersetzungen“ gegen andere Hooligan-Gruppierungen“. ³⁰ Traditionell kann Gewalt für „Ultras“ zwar ein legitimes Mittel zur Zielerreichung darstellen, im Vergleich dazu suchen Hooligans jedoch die gewalttätige Auseinandersetzung. ³¹

Der Name „Standarte“ erinnert an die Einheiten der „Schutzstaffeln“ (SS). ³² In Bremen wurde im Jahr 1934 die „88. Standarte“ der „Schutzstaffel“ aufgestellt. Die Mitglieder der „Standarte“ verstehen sich sceneintern als „Elite“ der Hooligan-„Kämpfer“. Etwa 30 bis 40 Personen sind dem näheren Umfeld dieser größten der Gruppierungen aus Bremen zuzuordnen. Ihr Mitgliederstamm ist seit einigen Jahren unverändert, während das Personenpotential der anderen Gruppierungen zeitweise auch größeren Schwankungen unterlag. ³³

Der Umstand, dass es sich um informelle Gruppierungen ohne offizielle Mitgliederausweise oder Beitragszahlungen handelt, erschwert ei-

³⁰ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier S. 51.

³¹ Vgl. Ronny Blaschke, Fankongress: Ultras, Hooligans, Hooltras?, in: Spiegel Online vom 21. Juni 2007, in: www.spiegel.de (gelesen am 10. August 2015).

³² Die Regimenter der SS wurden als „Standarten“ bezeichnet.

³³ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen - Eine Analyse rechtsextremistischer Einflussnahme auf Fußballfanggruppierungen im Land Bremen, Bremen 2015, hier S. 51.

ne zahlenmäßige Erfassung. Diese erfolgt meist auf der Grundlage von Schätzungen, die auf sicherheitsbehördlichen Identifikationen beruhen. Gerade der hohe Grad an Konspirativität, den Hooligans hinsichtlich ihrer Aktivitäten an den Tag legen, lässt vermuten, dass hier eine Dunkelfeldproblematik besteht. Hooligans haben ihre Aktivitäten über die Jahre an die unterschiedlichen Formen der Sozialkontrolle angepasst. Sie verabreden sich zu sogenannten „Drittortauseinandersetzungen“³⁴ fern ab vom Stadion, von Videoüberwachungsanlagen und polizeilichen Kontrollen, vor allem um Stadionverbote und repressiven Maßnahmen zu entgehen. Fehlende Erkenntnisse über die personelle Zusammensetzung entsprechender Gruppierungen wirken sich dadurch auch auf die Bewertung gemeinsamer personeller Schnittmengen mit Rechtsextremisten aus.

Neben diesen finden sich die nach außen wohl auffälligsten Bezüge zum Rechtsextremismus vor allem in der Symbolik. Ihr ist auch bei den Bremer Gruppierungen ein besonderer Stellenwert beizumessen. Bei der Standarte weist sie zum Beispiel eine Affinität zu dem in Deutschland verbotenen B&H-Netzwerk auf. Wie bei diesem wird auf die „Totenkopfsymbolik“ der SS abgestellt. Das Logo der Gruppierung, ein mit einem „S“ in Frakturschrift versehenen Wappen, erinnert an ein Logo der Band „Skrewdriver“. Bis 2007 präsentierte sich die Gruppierung im Internet mit einem „Keltenkreuz“ auf dem Stirnband eines Totenkopfes in den Farben der Reichskriegsflagge. Das „Keltenkreuz“ steht als Symbol für die „White Power“-Bewegung. Diese symbolische Nähe zu B&H zeigte sich auch an dem Motorradhelm ei-

³⁴ „Der Drittort definiert sich in diesem und im weiteren Zusammenhang als verabredete körperliche Auseinandersetzung von gleichstarken Gruppen außerhalb der Zuständigkeit der besonderen Aufbauorganisation an Spielstandorten im Zusammenhang mit Fußballspielen. Die Planung und Durchführung erfolgt extrem konspirativ und die Polizei erfährt nur in wenigen Fällen im Vorfeld etwas davon. Es ist daher davon auszugehen, dass die Polizei überhaupt nur von einem kleinen Teil der Drittortauseinandersetzungen Kenntnis erlangt. Da diese Auseinandersetzungen zusätzlich zumeist nicht in der Öffentlichkeit und dazu in der Regel ohne unbeteiligte Dritte ablaufen, wird seitens der befragten Polizeibehörden die Möglichkeit polizeilichen Einschreitens als eher gering angesehen.“ Vgl. Deutsche Hochschule der Polizei (Hrsg.), Interdisziplinäre Untersuchung zur Analyse der neuen Entwicklungen im Lagefeld Fußball, Münster 2010, S. 16.

nes Mitglieds der Standarte, auf dem sich unter dem Logo der Gruppierung der Schriftzug „Blut und Ehre“ in Frakturschrift befand.³⁵ Ein anderes Mitglied der Gruppierung ließ eine markenrechtliche Eintragung auf den Namen „Ian Stuart“ vornehmen.³⁶ Auch NSHB machte durch die Nutzung einschlägiger Symbolik auf sich aufmerksam. Ein Video einer „Drittortauseinandersetzung“ mit einer Hooligan-Gruppierung aus Duisburg zeigt Mitglieder der Bremer Gruppierung mit Hakenkreuzen auf ihrer Bekleidung. Darunter konnten Personen identifiziert werden, die der rechtsextremistischen Szene in Bremen oder im niedersächsischen Umland zuzuordnen waren.³⁷

Über die identitätsstiftenden Effekte einer vermeintlichen „Gemeinschaft“ hinaus löste die Verwendung entsprechender Symbolik in Bremen auch provokante Effekte gegenüber den eher linksgerichteten „Ultras“ aus. So kam es mehrfach zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen diesen Gruppierungen und antifaschistischen „Ultras“, wie z. B. bei einem Hallenturnier in der Bremer Stadthalle 2010 oder im „Ostkurvensaal“ des Bremer „Weser-Stadions“ 2013, an denen Mitglieder der FU beteiligt waren. Bei verschiedenen Konflikten kam der Symbolik eine besondere Bedeutung zu. Szenetypische Bekleidung, wie z. B. der Marke „Thor Steinar“, wirkte in diesem Zusammenhang provokativ und trug zur Eskalation zwischen beiden Seiten bei. Die Bedeutung der Symbolik und ihrer „vereinenden“ oder „identitätsstiftenden“ Wirkung bei Sympathisanten auf der einen und ihrer Funktion der „Herausforderung“ oder „Provokation“ des Gegners auf der anderen Seite, zeigt sich in Bremen auch an den ausgebauten Vertriebsstrukturen. Mehrere Szenevertriebe werden von Protagonisten dieser Gruppierungen betrieben. Im Internet sind diese miteinander verlinkt. Hooligans und Rechtsextremisten profitieren hier beidseitig von gemeinsamen Schnittmengen.

³⁵ Vgl. Ralf Michel, Jan Oppel, Hooligan-Gruppe meldet sich ab – „Standarte“ nach 25 Jahren aufgelöst, in: Weser Kurier vom 26. Januar 2015, in: www.weser-kurier.de (gelesen am 10. August 2015).

³⁶ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier: S. 66.

³⁷ Vgl. Anne-Sophie Hessler und David Walden, Rechtsfreie Räume - Nazi-hooligans in Bremen (Video), in: Spiegel Online vom 12. Mai 2015, in: www.spiegel.de (gesehen am 10. August 2015).

Diese ökonomischen Effekte zeigen sich nicht nur bei szenetypischer Bekleidung, sondern auch an den Vertriebsstrukturen im Bereich der Musik. Die Band KC soll hier als Beispiel dienen: Ihr Name ist angelehnt an die polizeiliche Einteilung gewaltsuchender Fußballfans der „Kategorie C“.³⁸ KC bestätigte mit der Wiederaufnahme des Musikprojekts „Nahkampf“ ihre politische Ausrichtung. „Nahkampf“ wurde Ende der 1980er Jahre in Bremen gegründet und war etwa bis Mitte der 2000er Jahre aktiv. Über dieses Projekt konnten Verbindungen zum „B&H“-Netzwerk festgestellt werden, die sich z. B. in der Produktion einer CD für das „B&H“-Label „ISD Records“ zeigten. Die Abkürzung „ISD“ steht für die Anfangsbuchstaben von Ian Stuart Donaldson.³⁹ Die Band KC gilt als „Bindeglied“ zwischen Neonazi- und Hooligan-Szene.⁴⁰

Das Image „Hooligan“ wird wie eine Marke verkauft. Hooligans präsentieren sich selbst als „aufrechte“ Kämpfer, die als „Patrioten“ für Werte wie „Ehre“ und „Loyalität“ einstünden und deren oberstes Ziel die Selbstüberwindung darstelle. An der Spitze solcher Vertriebsstrukturen finden sich häufig Rechtsextremisten. Ideologie und Image werden hier verknüpft, beispielsweise in Form von rechtsextremistischer Symbolik oder entsprechenden Textpassagen in Liedern. Dies führt zu weiteren Politisierungsprozessen.

4. Erscheinungsformen der Politisierung: Fallbeispiele aus Bremen

In Bezug auf Bremen zeigt sich an verschiedenen Vorfällen, wie Rechtsextremisten versuchen, den Fußball als Breitensport zu nutzen, um damit gesellschaftlich „anzudocken“. In welchen Formen dies ge-

³⁸ „Problemfans“ werden den Kategorien „B“ und „C“ zugeordnet. Neben dem friedlichen „A“-Fan ist der „B“-Fan „gewaltbereit“, bzw. „-geneigt“ und der „C“-Fan gilt als „gewaltsuchend“. Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Drucksache 17/8051, Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Petra Pau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Berlin 2011, S. 2.

³⁹ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 1), S. 33.

⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 33.

schehen kann, wird hier an folgenden Beispielen dargestellt:

- Aus der NPD entstammte der Entwurf eines „WM-Planers“ (2006), der sich auf den damals in Bremen spielenden Bundesligaprofi Patrick Owomoyela bezog und den Textzusatz „Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ enthielt.⁴¹
- Ein Rechtsextremist aus Bremen initiierte 2007 eine bundesweite Kampagne unter dem Motto „Rudolf Heß – Mord verjährt nicht“ und befuhr dazu mehrere Großstädte mit einem LKW, an dessen Aufbauten sich ein Abbild von Rudolf Heß befand.⁴² Das Fahrzeug wurde u. a. vor dem Bruno-Blache-Stadion von „Lok Leipzig“, vor dem Berliner Olympiastadion und der Arena auf Schalke festgestellt.⁴³
- Im Jahr 2009 engagierte sich zumindest zeitweise auch ein NPD-Funktionär aus Bremen an der Gründung der Initiative „www.mein-deutscher-fussballverein.de“, deren Ziel es war, 30.000 „fußballbegeisterte Personen“ zu finden, die 49,95 € in eine gemeinsame Mitgliederkasse zahlen sollten, um bei einem „deutschen Traditionsverein“ einzusteigen.⁴⁴
- Jens Pühse (Mitglied des NPD-Bundesvorstands) propagierte 2011 die Vereinsmitgliedschaft beim „SV Werder Bremen“ über sein Facebookprofil.⁴⁵

Über die Nutzung dieses Breitensports als Plattform hinaus, ließen sich auch immer wieder politische Aktivitäten feststellen, die auf-

⁴¹ Vgl. O. V., Ex-NPD-Chef muss wegen WM-Planer erneut vor Gericht, in: Der Spiegel vom 27. März 2012, in: www.spiegel.de (gelesen am 10. August 2015).

⁴² Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen - Eine Analyse rechtsextremistischer Einflussnahme auf Fußballfanggruppierungen im Land Bremen, Bremen 2015, hier S. 39.

⁴³ Vgl. Gunter A. Pilz u.a., Rechtsextremismus im Sport in Deutschland und im internationalen Vergleich, Bonn 2009, S. 97.

⁴⁴ Vgl. Andreas Speit, Deutsche Spieler bevorzugt, in taz vom 30. Oktober 2009, in: www.taz.de (gelesen am 07. August 2015).

⁴⁵ Vgl. Andreas Speit, Werder Bremens unerwünschter NPD-Fan, in: Zeit Online vom 22. April 2011, in: www.zeit.de (gelesen am 10. August 2015).

zeigen, dass hier gezielt aus der Hooligan-Szene rekrutiert wurde. Hooligans beteiligten sich beispielsweise an politischen Stammtischtreffen, Zeitzeugenveranstaltungen, Infoständen oder Demonstrationen.

Welcher Nutzen sich aus der gezielten Politisierung von gewaltaffinen Fußballfans für die rechtsextremistische Szene ergibt, lässt sich in Bremen besonders an den Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern ablesen. Immer wieder kollidierten in der Vergangenheit die Protagonisten der „Mischszene“ mit antifaschistischen Initiativen oder verfeindeten „Ultra“-Gruppierungen. So mobilisierten u. a. Hooligans und Rechtsextremisten aus Bremen zu überfallartigen Angriffen auf Feierlichkeiten wie im „Ostkurvensaal“⁴⁶ des Weser-Stadions 2007 oder im Jugendzentrum „Wohnwelt“⁴⁷ in Wunstorf 2012. Auch wurde aus dem Personenpotential der Bremer Mischszene ein sogenannter „Eingreiftrupp“ gebildet, der u. a. gegen die antifaschistischen Proteste im Rahmen der „Ladenschlusskampagne“⁴⁸ 2008 zum Einsatz kam. Hier engagierte sich eine Stadtteilinitiative gegen einen Hooligan-Szenevertrieb im Bremer Innenstadtbereich, und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern.

Am 19. April 2015 fand die Historie dieser gewaltsamen Konfrontationen einen ihrer Höhepunkte, als „rechte Bremer Hooligans“ und „linksgerichtete Werder-Ultras“ aneinander gerieten und es im Bremer Viertel zu Ausschreitungen kam. Im Rahmen der Sachverhaltsaufbereitung wurden polizeiliche Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch eingeleitet. Der mutmaßliche Haupttäter aus der antifaschistischen „Ultra“-Szene sitzt derzeit in Un-

⁴⁶ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier S. 44.

⁴⁷ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 22.06.2012, Fragestunde Nr. 24, in: www.mi.niedersachsen.de (gelesen am 10. August 2015).

⁴⁸ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier S. 70.

tersuchungshaft.⁴⁹ In sozialen Netzwerken führten diese Auseinandersetzungen zu Solidarisierungseffekten auf beiden Seiten.⁵⁰

Neben den „Gruppenkollisionen“ kam es in Bremen auch zu Körperverletzungsdelikten einzelner Täter, denen z. B. fremdenfeindliche Äußerungen vorausgegangen sein sollen. Auch hier wurde rechtsextremistischer Symbolik im Rahmen der Verfahren eine besondere Bedeutung beigemessen. Im Zusammenhang mit Straftaten unter Beteiligung von Protagonisten dieser Mischszene zeichnete sich wiederholt eine mangelnde Aussagebereitschaft ab. So wurden Vorwürfe geäußert, es sei zu Einschüchterungsversuchen oder Bedrohungen gekommen.⁵¹ Letztendlich ließen sich diese ohne entsprechende Zeugenaussagen jedoch häufig nicht im Rahmen gerichtlicher Verfahren bestätigen.

Die Verwendung des Fußballs als Plattform für rechtsextremistische Propaganda und die gezielte Politisierung gewaltaffiner Fußballfans finden sich neben gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Lagern aber auch in Einzeltaten wieder und führen zu weiteren Solidarisierungseffekten. Szenenimmanente „Anziehungskräfte“ verwischen in diesem Zusammenhang die jeweilige Abgrenzbarkeit. Nicht nur zwischen Fußballfans und politischen Extremisten, sondern auch zwischen gewaltbereiten oder gewaltsuchenden Fans auf der einen und Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten auf der anderen Seite.

5. Auswirkungen: Methodische Schwierigkeiten einer Schnittmengenbestimmung

Um sicherheitsbehördliche Maßnahmen entsprechend auf diesen Phänomenbereich anpassen zu können, ist eine zahlenmäßige Erfassung der gemeinsamen Schnittmenge aus Hooligans und Rechtsextremisten

⁴⁹ Vgl. Jan Oppel, Polizei will Fangewalt konsequent ahnden, in: Weser Kurier vom 3. Juli 2015, in: www.weser-kurier.de (gelesen am 10. August 2015).

⁵⁰ Aus der linksgerichteten Ultra-Szene entwickelte sich die Kampagne „Free Valentin“ und aus der rechtsgerichteten „Hooligan“-Szene die Kampagne „Fuck Valentin“.

⁵¹ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier S. 54f.

von herausragender Bedeutung. Der Anteil an Rechtsextremisten, die innerhalb der Hooligan-Szene zu verzeichnen sind, bildet einen Indikator für die Auswirkungen rechtsextremistischer Einflussnahme. Die Bestimmung dieses Indikators erweist sich aufgrund verschiedener Einflussfaktoren jedoch als problematisch.

Grundsätzlich ist zunächst davon auszugehen, dass weder alle Rechtsextremisten noch alle Hooligans erfasst sind. Hier besteht also eine Dunkelfeldproblematik. Gerade bei den Personen, die Aktivitäten sowohl in der rechtsextremistischen als auch in der Hooligan-Szene entfalten, ist davon auszugehen, dass sich diese besonders konspirativ verhalten. Hier zeigen sich auch Auswirkungen der Organisationsverbote, die bis Mitte der 1990er Jahre ergingen. Das Prinzip der „Leaderless Resistance“ gewann zu dieser Zeit in der rechtsextremistischen Szene an Bedeutung. Aufgrund der Erfahrungen mit repressiven staatlichen Maßnahmen versuchten Rechtsextremisten auf diese Weise neue Wege zu beschreiten. Es wurde zur Bildung einer „gemeinsamen Front“ aufgerufen, „ein Netz ohne zentrale Strukturen, das für den Gegner nur schwer erkennbar“ sei, sollte gebildet werden.⁵² Neonazis und gewaltbereite Subkulturelle schlossen sich in sogenannten „Unabhängigen Kameradschaften“ zusammen.⁵³ Zugang erhielt nur, wer einen Bürgen vorweisen konnte. Die Ausübung von Gewalt bot hier eine Möglichkeit, sich besonders zu bewähren. Die Kommunikation unter den Kameradschaftsmitgliedern erfolgte mittels Mobiltelefon. Erkenntnisse über formelle Organisationen, die mit Verboten hätten belegt werden können, waren fortan kaum noch zu erlangen. Siegfried Borchardt verkündete nach dem FAP-Verbot, dass man keine Parteistrukturen und Parteivorsitzende mehr brauche. Er war auf das Verbot vorbereitet, löste in seinem „Gau“ die Kreisverbände auf und schulte seine FAP-Kämpfer in autonomen Kameradschaften, in ortsgebundenen Zellen ohne feste Strukturen. Kommuniziert wurde mit verschlüs-

⁵² Vgl. Schwatthaftes Volk - Ein Führungstrio versucht, die zersplitterte rechtsextreme Szene zu einen und alle Parteiverbote zu umgehen, in: Der Spiegel Nr. 14 vom 4. April 1994, S.53-55, hier S. 53, in: www.spiegel.de (gelesen am 10. August 2015).

⁵³ Vgl. Toralf Staud, Gewalt ohne Führer - Eine geheime Kommandoebene des rechten Terrors gibt es nicht, in: Die Zeit, Nr. 32 vom 3. August 2000, in: www.zeit.de (gelesen am 10. August 2015).

selten Systemen unter Decknamen. Er versprach, dass es künftig mehr heimlich vorbereitete Spontan-Demos rechter Ultras geben werde.⁵⁴

Aus dieser Momentaufnahme dynamischer Beteiligungs- und Wirkprozesse geht zum Teil die heutige Unschärfe in den Strukturbeschreibungen dieser Mischszene hervor. Einige ehemalige Mitglieder solcher verbotenen Organisationen blieben als Rechtsextremisten zwar Anhänger ihrer menschenverachtenden Ideologie, organisierten sich aber nun nicht mehr in formellen Strukturen und waren damit später nicht mehr als Rechtsextremisten verzeichnet.

Neben diesen Einflussfaktoren, die sich auf die zahlenmäßige Erfassung von Hooligans und Rechtsextremisten an sich beziehen, stellen auch die Datengrundlagen der Sicherheitsbehörden eine besondere Herausforderung dar. Vereinfacht dargestellt:

Die Polizei erfasst einerseits Personen, die der „Kategorie C“ zugeordnet werden und andererseits die Bereiche der „politisch motivierten Kriminalität“. Daraus ergibt sich in Bremen für das Jahr 2014 beispielsweise eine gemeinsame Schnittmenge von etwa 10 Prozent, was jedoch keine Bewertung des Anteils der Rechtsextremisten unter den Hooligans erlaubt, sondern sinngemäß lediglich aussagt, dass zu etwa 10 Prozent der bekannten Hooligans auch staatsschutzrelevante Erkenntnisse vorliegen.⁵⁵

Die Extremismusbewertung dagegen obliegt dem Landesamt für Verfassungsschutz. Hier werden extremistische Bestrebungen beobachtet, grundsätzlich jedoch keine Hooligan-Gruppierungen. Hier liegen beispielsweise relevante Erkenntnisse über Mitglieder rechtsextremistischer Parteien vor und damit in Einzelfällen eben auch Hinweise auf Personen, die in der Hooligan-Szene aktiv sind. Auch dieser Anteil bildet nur geringe Randerkenntnisse ab, die allein nicht geeignet erscheinen, das Phänomen zu erfassen.

Beide Behörden würden sich gegenseitig etwa in ihren Ergebnissen bestätigen und nur eine geringe gemeinsame Schnittmenge verzeichnen, aber damit deutlich das Problem verkennen, weil hier „Äpfel mit

⁵⁴ Vgl. O. V., Werwolf der Zukunft, in: Der Spiegel Nr. 10 vom 6. März 1995, S. 30, in: www.spiegel.de (gelesen am 10. August 2015).

⁵⁵ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier: S. 80.

Birnen“ verglichen werden. Politisch motivierte Straftäter sind eben nicht zwingend Rechtsextremisten, und als Teil der rechtsextremistischen Szene insgesamt erscheinen Hooligans eher ein Randphänomen abzubilden, sofern die rechtsextremistische Einflussnahme auf Hooligan-Gruppierungen nicht als Aufgabe des Verfassungsschutzes verstanden wird. Die getrennte Bewertung dieses Phänomens würde sich damit nur zum Schein bestätigen und ein falsches Bild zeichnen.

Erst eine gemeinsame Betrachtung ermöglicht es, eine Aussage darüber zu treffen, wie groß die Zahl festgestellter Rechtsextremisten unter den verzeichneten Hooligans ist. Diese Zahl kann aufgrund der dargestellten Dunkelfeldproblematik nur als Tendenz bewertet werden. Am Beispiel Bremen lässt sich auf diese Weise feststellen, dass es etwa 30 Prozent des Personenpotentials der „Kategorie C“ (2014) Rechtsextremisten sind.⁵⁶ Bremen erscheint damit zwar auf den ersten Blick, eine "Hochburg" rechtsextremistischer Einflussnahme auf die gewaltbereite Fußballfanszene zu sein. Dieser Eindruck ist jedoch im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Bremer Sicherheitsbehörden seit mehreren Jahren diesen Phänomenbereich beobachten und deshalb entsprechende Erkenntnisse gewinnen konnten, die überhaupt erst einen solchen Abgleich ermöglichten.

Aus einer gemeinsamen Schnittmenge dieser Größenordnung lässt sich auf den ersten Blick ableiten, dass hier nicht mehr die Rede von einem „Randphänomen“ oder geringen „Teilüberschneidungen“ sein kann. Ein erheblicher Teil der Hooligans in Bremen ist rechtsextremistisch. Aus dieser Information lässt sich bereits ein sehr viel größerer „Warneffekt“ ableiten, der auch bei denjenigen aktionsorientierten Jugendlichen ankommen wird, auf die das Image Hooligan anziehend wirkt.

Fehlen die Möglichkeiten, um auf solche, über mehrere Jahre gesammelten Erkenntnisse, zurückgreifen, und auf dieser Basis gemeinsame Bewertungen vornehmen zu können, so dürfen daraus im Umkehrschluss keine Ausschlüsse struktureller Verbindungen generiert werden, die in vermeintlichen „Einzelfall“-Bewertungen münden. Dies würde den Blick für das Gesamtphänomen verstellen und gibt den

⁵⁶ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier S. 81.

Rechtsextremisten unter den Hooligans weiterhin die Möglichkeit, unter dem Mantel des Patriotismus mit Hilfe bürgerlich-kritisch formulierter Themenschwerpunkte neue Anhänger zu gewinnen.

Dem Informationsaustausch⁵⁷ der Sicherheitsbehörden kommt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages, wie an diesem Beispiel aufgezeigt, also eine herausragende Bedeutung zu. Erst die gemeinsame Betrachtung der Sicherheitsbehörden zeichnet ein Abbild dieses Phänomens, das sich auch der medialen Berichterstattung zu diesem Thema nähert. Auch wenn denn Exaktheit und Validität in diesem Zusammenhang häufig problematisiert wurden, so entstand doch das typische Bild der Hooligans geprägt von rechtsextremistischer Symbolik, fremdenfeindlicher Agitation, martialischer Erscheinung, chauvinistischem Auftreten und Konfrontationen mit antifaschistischen Initiativen. Dies führt in der Wirkung zu einer entsprechenden Polarisierung: Personenpotential wird angezogen oder abgedrängt.

Die politischen Distanzierungen der rechtsextremistisch hervortretenden Fußballfanggruppierungen erscheinen nicht nur aufgrund zu erwartender Repressionen oder wegen des gesamtgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus häufig als taktisch motiviert, sondern eben auch weil sich die Bezüge zum Rechtsextremismus nachteilig auf die Gewinnung neuer Mitglieder auswirken können.

Eine analytische Betrachtung der gemeinsamen Strukturen von Hooligans und Rechtsextremisten gestaltet sich als besonders schwierig und erscheint aufgrund der aufgezeigten Probleme nur begrenzt aussagefähig. Über die Bestimmung der Schnittmenge hinaus ist von einem Dunkelfeld auszugehen, dass sich erst mit steigendem Erkenntnisgewinn zu erhellen beginnen wird. Überregionale oder sogar internationale Vergleiche kann man hierzu kaum heranziehen, weil beispielsweise unterschiedliche Begriffe und Definitionen für die Formen der Intensität „rechter Ausprägung“ (wie „Extremismus“, „Radikalismus“, „Populismus“) oder die jeweiligen Kategorisierungen gewaltbereiter Fußballfanggruppierungen in den europäischen Ländern, und damit abweichende Datengrundlagen, vergleichende Aussagen über strukturelle Zusammenhänge erschweren.

⁵⁷ Vgl. Datenübermittlung von der Polizei zum Landesamt für Verfassungsschutz § 36c (3) BremPolG und §18 (2) i. V. m. §3 (1) S. 1BremVerfSchG.

Grundsätzlich weisen die Fragen nach rechtsextremistischen Einflussnahmen auf die Fußballfanszenen, die in vielen europäischen Ländern seit mehreren Jahrzehnten anlassbezogen immer wieder gestellt werden, Parallelen auf und lassen damit die bisherigen Bewertungen und die darauf basierenden Maßnahmen unzureichend erscheinen.

6. Die besondere Rolle sozialer Netzwerke

Im Jahr 2014 konnten verstärkt Aktivitäten festgestellt werden, die sich anlässlich der Auftritte des salafistischen Predigers Pierre Vogel in mehreren deutschen Städten vorgeblich gegen eine „Islamisierung“ und gegen „Salafisten“ wandten und an denen sich auch Fußballfans und Hooligans beteiligten. Hier wurden erneut massentaugliche Themenschwerpunkte ausgewählt, um damit das Mobilisierungspotenzial zu erhöhen. So nahmen im Rahmen einer friedlich verlaufenen Demonstration gegen eine Kundgebung des salafistischen Predigers am 1. Juni 2014 in Bremen Angehörige der neonazistischen und subkulturellen Szene teil, darunter Mitglieder der Standarte und der islamfeindlichen subkulturellen Gruppierung „German Defence League – Division Bremen“ (GDL-HB).⁵⁸

Protagonisten der „German Defence League“ (GDL) beteiligten sich 2014 mehrfach an solchen Veranstaltungen. Einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten bildete allerdings ihre Agitation im sozialen Netzwerk Facebook. Die GDL richtet sich nach dem Vorbild der „English Defence League“ (EDL), die aus dem subkulturellen Spektrum entstanden und deren Mitglieder ebenfalls über eine besondere Gewaltaffinität verfügen. In einer Fallstudie des „Department of Criminology“ der University Leicester aus dem Jahr 2011 wurde beschrieben, wie Gewalt sozio-strukturell generiert und individuell-psychisch gerechtfertigt wird und wie aus „Hooligan-Firmen“ die „English Defence League“ (EDL) entstand.⁵⁹ In England verfügt die EDL über einige tausend Aktivis-

⁵⁸ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 1), S. 35.

⁵⁹ Vgl. James Treadwill/Jon Garland, Masculinity, Marginalization and Violence: A Case Study of the English Defence League, in: British Journal of Criminology Nr. 51, 4/2011, S.621-634, in: <http://bjc.oxfordjournals.org> (gelesen am 10. August 2015).

ten, „die bereit sind, an Aufmärschen und Demonstrationen teilzunehmen“, wenn diese in verschiedenen Städten organisiert werden. „Verurteilte Fußball-Hooligans und Anhänger militanter, rechtsextremer Gruppen fühlen sich Berichten zufolge zu dieser Sache hingezogen“.⁶⁰

Der Agitation in sozialen Netzwerken kommt, wie dieses Beispiel zeigt, eine besondere Rolle zu. Die Grundlage des Mobilisierungspotentials bilden nach wie vor, wie bereits an Kühnen dargestellt, strategisch geeignete Themenfelder, die eine möglichst breite Masse ansprechen sollen. Rechtsextremisten nutzen dazu „islamistischen Terrorismus“, die „Gewalttaten von Ausländern gegen Deutsche“ oder den „organisierten Sozialbetrug von Wirtschaftsflüchtlings“. Sie konstruieren Bedrohungsszenarien und schüren Ängste, aus denen sie Rückhalt gewinnen.

Während gerade dem Fußball als Breitensport eine besonders große strategische Rolle für die Verbreitung rechtsextremistischer Ideologie beigemessen wurde, verringern soziale Netzwerke („Social Network Sites“, kurz: SNS) wie Facebook die Notwendigkeit für Rechtsextremisten, gezielt in der Fußballfanszene „anzudocken“. Der Fußball bleibt weiterhin die Möglichkeit eines Anknüpfungspunktes, z. B. durch den gemeinsam favorisierten Verein oder durch die Zugehörigkeit zu Facebookgruppen. Das Verbreitungspotential rechtsextremistischer Propaganda wird aber durch die Nutzung von SNS exponentiell vergrößert.

In diesem Zusammenhang verringert sich auch die bisherige Notwendigkeit für Rechtsextremisten, sich an festen Organisationsstrukturen zu beteiligen. In der Vergangenheit waren die erfolgreiche Planung von Veranstaltungen, der regelmäßige persönliche Austausch mit Gleichgesinnten oder gegenseitige Unterstützungen vor allem an Mitgliedschaftsverhältnisse gebunden, die es aufgrund der SNS nicht mehr unbedingt bedarf.

⁶⁰ Vgl. Christopher T. Husbands, Die Situation der extremen Rechten in Großbritannien, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Europa auf dem rechten Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin 2011, S. 105-130, hier S. 127.

Über SNS lässt sich zu individuellen Themenfeldern bequem ein Vielfaches an Personenpotential mobilisieren als es für einzelne rechtsextremistische Organisationen in der Vergangenheit möglich war. Es entstehen Gemengelagen aus konservativ-bürgerschaftlich engagierten Personen sowie Rechtspopulisten oder Rechtsextremisten, die wiederum friedlich, gewaltbereit oder gewaltsuchend in Erscheinung treten können. Der Zeitfaktor von Informationen über Hintergründe und funktionale Beteiligungen von Rechtsextremisten wird zukünftig also von entscheidender Bedeutung sein, um ihre Beteiligung offenzulegen und damit die Menschen zu warnen, die meinen sich einer vermeintlich bürgerschaftlichen Kritik anzuschließen und damit unwissentlich Rechtsextremisten unterstützen könnten.

Sicherheitsbehördliche Prüfungen und Analysen haben sich danach auszurichten, denn wenn entsprechende „Warnungen“ zu spät ausgesprochen werden, dann hat eine ursprünglich von Rechtsextremisten ausgelöste Informationswelle schon längst bürgerliche Spektren erreicht. Der Zeitfaktor ist also von maßgeblicher Bedeutung geworden, um präventiv die Gesellschaft über rechtsextremistische Propaganda oder die Beteiligung gewaltsuchender Hooligans an gemeinsamen Themenfeldern zu informieren. Der fehlgeschlagene Versuch einer Gruppe der „Identitären Bewegung“, sich in Bremen gerade über das soziale Netzwerk Facebook zu etablieren, hat verdeutlicht, wie eine schnelle, faktenbasierte Information der Öffentlichkeit zu gesamtgesellschaftlicher Kritik und Initiative führen konnte. Diese machte es der Gruppierung unmöglich, ihre Ideologie zu verbreiten und in Bremen zu rekrutieren. Unter den Protagonisten des ehemaligen Bremer Ablegers konnten auch Personen festgestellt werden, die den rechtsextremistisch beeinflussten Bremer Hooligan-Gruppierungen zuzurechnen waren.⁶¹

Für Rechtsextremisten besteht in sozialen Netzwerken die Möglichkeit, fern ab jedweder Moral, ihre eingefärbte Ideologie zu verbreiten, sofern sie nicht strafrechtsrelevant erscheint oder aufgrund der Nutzung technischer Hilfsmittel nicht mit einer erfolgreichen strafrechtlichen Verfolgung zu rechnen ist.

⁶¹ Vgl. Senator für Inneres und Sport des Landes Bremen (Hrsg.), Hooligans und Rechtsextremismus in Bremen (Anm. 8), hier S. 89.

Die fremdenfeindlichen Gewalttaten der 1990er Jahre, man denke an zahlreiche Straftaten gegen Unterkünfte von Asylbewerbern, zeigten sehr deutlich, welche Gefahren aus rechtsextremistischer Propaganda resultieren können. In einer Untersuchung des „Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V.“ (KFN) wurden die rechtsextremistischen Gewalttaten der 1990er Jahre in Relation zu „öffentlicher bzw. veröffentlichter Meinung“ gesetzt. Hier konnten Wechselwirkungsprozesse herausgearbeitet werden, die sich auf die heutige Situation übertragen lassen und damit die herausgestellte Bedeutung von SNS als „Massenmedien“ unterstreichen: Eine Voraussetzung für die Mobilisierung von Gewalttaten gegen Fremde lag demnach in der Kommunizierbarkeit als Übergang von der latenten zur manifesten Meinung.⁶² Genau diesen Effekt bewirken die verwendeten Kommunikationsstrategien von Rechtsextremisten.

Gegenwärtig kann durch das Bundeskriminalamt (BKA) ein signifikanter Anstieg politisch motivierter Straftaten festgestellt werden.⁶³ Hier bilden gerade die „Gewaltsuchenden“, die sich an den entsprechenden Themenfeldern beteiligen, das größte Gefährdungspotential.

Es gilt also in diesem Gesamtrahmen gerade für Sicherheitsbehörden die notwendigen Erkenntnisgrundlagen anzubieten, die sowohl die Medien als auch gesamtgesellschaftliche Initiativen unmittelbar in die Lage versetzen, weiter aufzuklären und Position zu ergreifen. Auch die vermeintliche „Anziehungskraft“ von Hooligan-Gruppierungen auf erlebnisorientierte junge Menschen, die sich auf ihrer Suche nach ihrer „Identität“ oder der „Rolle in der Gesellschaft“ befinden, gilt es durch umfassende Information über die Szene darzulegen und damit Betroffene in die Lage zu versetzen, Verantwortung für ihre eigenen Handlungen übernehmen zu können und zu müssen. Sicherheitsbehördliche Erfolge hängen bereits jetzt grundlegend davon ab, wie auf die veränderte gesellschaftliche Bedeutung des „Web2.0“ reagiert wird. Die bereits erwähnten Labels HoGeSa oder „Gemeinsam Stark“

⁶² Vgl. Thomas Ohlemacher, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und deren Wechselwirkungen mit fremdenfeindlichen Gewalttaten, 1991-1997, Hannover 1998, S. 23.

⁶³ Vgl. BKA sieht „Auftrieb“ bei Rechtsextremisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 2014, in: www.faz.net (gelesen am 10. August 2015).

zeigten zu verschiedenen Anlässen sehr deutlich, wie sich die propagandistische Nutzung von SNS auf die gemeinsame Mobilisierung von Hooligans und Rechtsextremisten auswirken kann.

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Im Land Bremen ließen sich seit den 1980er Jahren strategische Einflussnahmen von Rechtsextremisten auf die Fußballfanszene feststellen. Der Fußball als Breitensport wurde in diesem Zusammenhang als Plattform rechtsextremistischer Propaganda verstanden und genutzt, um vor allem Hooligans zu rekrutieren und durch die Symbiose aus Rechtsextremisten und Hooligans deren Gewaltpotenzial zu steigern. Seit dem Ende der 1980er Jahre gerieten Rechtsextremisten in Bremen mit antifaschistischen Initiativen in gewaltsamen Auseinandersetzungen aneinander. Vergleichbare Beobachtungen ließen sich europaweit machen. Anlassbedingt kamen immer wieder Diskussionen um gemeinsame Strukturen von Hooligans und Rechtsextremisten auf. Bundesweit haben Zusammenschlüsse, wie z. B. „HoGeSa“ oder GSD erneut aufgezeigt, dass Hooligans politische Aktivitäten entfalten. Bereits „Hoonara“ („Hooligans, Nazis, Rassisten“) 2007 oder die „Gnu Honnters“ 2012 bildeten Zusammenschlüsse, bei denen eine rechtsextremistische Ausrichtung im öffentlichen Diskurs stand.

Die vorgeblich unpolitische Haltung von Hooligans erscheint vor diesem Hintergrund unglaublich. Auswirkungen rechtsextremistischer Einflussnahme auf die Hooligan-Szene kann man bereits an diesen Beispielen belegen. Auch wenn die Art der Einflussnahme über die Jahrzehnte einem Änderungsprozess unterlag, so lässt sie sich bis heute nachvollziehen. Der Modus-Operandi war immer gleich: Ein masentauglicher Themenschwerpunkt wurde vorgeschoben, um Ängste zu schüren und rechtsextremistische Ideologie bis in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Auf dieser Grundlage galt es, Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen und neue Anhänger zu rekrutieren. Hier erwiesen sich die Hooligans als besonders nützlich, weil sich ihre Gewaltaffinität zum Zwecke der Einschüchterung oder der Mobilisierung gegen den politischen Gegner instrumentalisieren ließ. Nur die Erscheinungsformen der Propaganda haben sich verändert. Häufig sind es nicht mehr bekannte rechtsextremistische Organisationen, die ent-

sprechende Ideologie streuen, weil sich deren Urheberschaft bereits mindernd auf den Verbreitungsgrad auswirken könnte. Auch erscheint die Propaganda inhaltlich nicht mehr „offen“ rechtsextremistisch, sie wird eher konservativ-populistisch formuliert, um möglichst viele Adressaten zu erreichen. Erst im Zusammenhang lässt sich dann die rechtsextremistische Intention eines Urhebers und ggf. eine Verbindung zu einer rechtsextremistischen Organisation erkennen.

Über eine geplante strategische Einflussnahme von Rechtsextremisten auf Hooligans hinaus wirken sich weitere Kräfte förderlich auf eine zusätzliche Politisierung der Hooligan-Szene aus. Dazu gehören Solidarisierungseffekte, ein identitätsstiftendes Image, sceneimmanente Vertriebsstrukturen oder aber auch eine besondere Affinität zur Gewalt. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Befürwortung rechtsextremistischer Einstellung nachgewiesener Maßen mit einer höheren Gewaltbilligung und -bereitschaft einhergeht.⁶⁴ Gewaltbereite Fußballfans sind zwar nicht per se politisch, vielmehr stellt der „Spaß an der Gewalt“ für Hooligans ein zentrales Motiv dar, sich einer entsprechenden Gruppierung anzuschließen. Diese Gewalt muss sich aber nicht zwangsläufig gegen verfeindete Gruppierungen richten, sie wird auch gegen Personen angewandt, die in keiner Weise an der Austragung einer „Schlägerei“ interessiert sind.⁶⁵

Die Gewaltausübung beschränkt sich damit nicht auf den Fußball als Rahmen. Weil Hooligans den „Kick“ suchen, der in aller Regel von einem intensiven Alkoholkonsum begleitet wird und sie letztendlich als vermeintliche „Sieger“ über einen Gegner hervorgehen wollen, stellt ihre Instrumentalisierung durch Rechtsextremisten ein besonders großes Gefahrenpotenzial dar. Deutungsmuster, die mit der Abwertung anderer und der Aufwertung der eigenen Gruppe einhergehen, finden sich ebenfalls als Komponenten extremistischer Ideologien und bilden damit bereits eine Gemeinsamkeit.

⁶⁴ Vgl. Andreas Zick/Ralf Melzer, Presse-Handout – Zusammenfassung zentraler Ergebnisse, Fragile Mitte-Feindselige Zustände, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin 2014, in: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de (gelesen am 2. September 2015).

⁶⁵ Vgl. Andreas Böttger, Die Gewalt der Hooligans - Eine Folge moderner gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse?, in: Forschungsberichte Nr. 7, Hannover 1998, S. 14f.

Auch wenn die zahlenmäßige Bestimmung einer gemeinsamen Schnittmenge von Rechtsextremisten und Hooligans eine Dunkelfeldproblematik impliziert, so zeigt die in Bremen erfolgte gemeinschaftliche Phänomenbetrachtung der Sicherheitsbehörden, dass ein erheblicher Anteil der Hooligans auch der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen sind. Hieraus lässt sich ableiten, dass die rechtsextremistische Einflussnahme auf Hooligans sehr viel größere Auswirkungen zur Folge hat, als bisher angenommen und Hooligans insgesamt sehr viel politischer sind, als sie selbst vorgeben. Dieses Ergebnis ist auf Erkenntnisse zurückzuführen, die über mehrere Jahre gewonnen wurden. Die ausgewählten Fallbeispiele lassen sich in einen geschichtlichen und überregionalen Kontext einordnen und erscheinen daher übertragbar.

Hooligans wollen sich zwar häufig als „Patrioten“ verstehen, sie müssen aber konsequent für die gemeinsame Beteiligung an Aktionsformen der rechtsextremistischen Szene und deren Unterstützung oder für propagandistische Äußerungen sowie Provokationen politischer Gegner in Verantwortung gezogen werden. Solange Hooligans ihr Image als vermeintliche Patrioten verkaufen und einzelne Rechtsextremisten aus dem Schutz dieser Gruppen heraus fremdenfeindlich agieren können, ist dieses Problem schwerlich lösbar.

Von besonderer Bedeutung für die aktuellen Entwicklungen in diesem Zusammenhang sind soziale Netzwerke, die neben der propagandistischen Nutzung auch zur Organisation der Szene verwendet werden und damit das Mobilisierungspotential um ein Vielfaches erhöhen können.

Hier bilden sich Initiativen zu bestimmten politischen Themenfeldern, an denen neben Hooligans und Rechtsextremisten eben auch das bürgerliche Spektrum beteiligt ist. Obwohl die Gesamtzahl von Rechtsextremisten weiterhin leicht rückläufige Tendenzen aufweist, so zeigt sich aktuell an dem Ausmaß von Gewalt und Protesten gegen Unterkünfte für Flüchtlinge das besonders hohe Mobilisierungspotenzial der rechtsextremistischen Szene. Durch subtile Propaganda werden Ängste bis weit in die gesellschaftliche Mitte getragen und damit Hass geschürt, der verschiedene Teile der Gesellschaft verbindet und der in solchen Taten zum Ausdruck gelangt. Hier muss rechtsextremistische Einflussnahme erkannt werden, um auf geeignete Weise dagegen Po-

sition beziehen zu können. Der Bundesgerichtshof hat im Januar 2015 durch seine Rechtsprechung in Strafsachen die Einstufung von Hooligan-Gruppierungen als „Kriminelle Vereinigungen“ erleichtert. Dies eröffnet den Sicherheitsbehörden neue Handlungsspielräume. Es bleibt abzuwarten, ob sich hieraus neue Möglichkeiten schöpfen lassen.

„Ansgar Aryan“: Rechtsextremistische Mode für die Straße

Eine Analyse zu ideologischen Botschaften eines Modelabels

Elmar Vieregge

1. Einleitung und Fragestellung

Extremistische Szenen unterschiedlicher Ausrichtung grenzen sich nicht nur ideologisch von der Mehrheitsgesellschaft ab, sondern entwickeln auch eigene Kleidungsstile. Der mit Gleichgesinnten geteilte modische Ausdruck fördert dabei ein Identifikationsgefühl und sorgt gleichzeitig für eine optische Abgrenzung zu Außenstehenden. Innerhalb der Mehrheitsgesellschaft können dadurch derart starke Zuschreibungen erfolgen, dass bestimmte modische Aspekte zu Symbolen für eine Form des Extremismus werden. Dies kann derart nachhaltig sein, dass die Zuschreibungen zuweilen weiterexistieren, obwohl sie aufgrund einer Veränderung des Modestils ihre Bedeutung verloren haben. So werden als Symbol für den Rechtsextremismus weiterhin Bilder schwarzer Stiefel mit weißen Schnürsenkeln verwendet. Das geschieht nicht nur gelegentlich in der Medienberichterstattung¹, sondern auch durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, das ausgerechnet sein Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten mit einem derartigen Bild bewirbt.² Tatsächlich ist dieser gegen Ende des letzten Jahrhunderts bei rechtsextremistischen Skinheads beliebte Stil seit Jahren überholt und wortwörtlich aus der Mode gekommen.³

¹ Vgl. David Schumacher/Stephan Seiler/Matthias Vogel, Rettet das Freie Wort!, in: Mobil. Das Magazin der Deutschen Bahn, Nr. 5/2016, S. 56-69, hier: S. 62.

² Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Faltblatt Aussteigerprogramm für Rechtsextremismus, Köln 2015.

³ Für eine Betrachtung der Entwicklung rechtsextremistischer Kleidungsstile vgl. Elmar Vieregge, „Thor Steinar. Eine Bekleidungsmarke zwischen sportlicher Straßenmode und rechtsextremistischer Szene, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl/Rheinland 2012, S. 282-297.

Stattdessen hat sich die rechtsextremistische Mode seit Mitte der 1990er Jahre dahin entwickelt, dass an die Stelle eines für politische Gegner und die Polizei äußerlich leicht erkennbaren Erscheinungsbilds ein unauffälligerer Stil getreten ist, der auch von nicht extremistischen Personen gepflegt wird. Hauptverantwortlich dafür ist die 1999 gegründete Bekleidungsfirma „Thor Steinar“.⁴ Ihr im Bereich Streetwear angesiedeltes Sortiment richtet sich allgemein an eine junge, männliche, körperlich aktive Kundschaft. Dabei handelt es sich nicht um eine an sich rechtsextremistische Marke, aber um eine Marke, die sich bewusst für Rechtsextremisten interessant machte. Dazu gab sie sich nordisch-germanisch und provozierte mit Doppeldeutigkeiten in den Themengebieten „Germanien“, „Gewalt“, „Militär“, und „Drittes Reich“. Das Angebot war dabei derart erfolgreich, dass „Thor Steinar“ mit seinem zeitgemäßen Kleidungsstil das äußere Erscheinungsbild junger Rechtsextremisten modernisiert hat. Die Marke verlor zwar nach der im Winter 2008/09 erfolgten Übernahme durch einen arabischen Investor bei ihren rassistischen Kunden an Beliebtheit, hat aber ein modisches Vermächtnis geschaffen, das von innerhalb der rechtsextremistischen Szene entstandenen Nachahmern aufgegriffen wurde. Einer davon ist der Bekleidungshersteller „Ansgar Aryan“. Anhand der Analyse ihrer Produktpalette kann dargelegt werden, auf welche Weise sie Rechtsextremisten anspricht.

2. Die Marke „Ansgar Aryan“

„Ansgar Aryan“ entstand 2008 auf dem Höhepunkt des wirtschaftlichen Erfolgs und der Wirkung „Thor Steinars“ auf die rechtsextremistische Szene.⁵ Die Markteinführung erfolgte nach eigenen Angaben 2009.⁶ Verantwortlich für die Marke, ihren Internetauftritt und die zugeordnete Firma „NordicTex“ aus Oberhof/Thüringen war zunächst Daniel Kilian.⁷ Im Gegensatz zu „Thor Steinar“ gehörte sie bereits in

⁴ Vgl. Vieregge (Anm. 3), S. 281-309.

⁵ Der Verweis auf das Copyright der von der Marke genutzten Webseite enthält die Angabe „Since 2008“, vgl. www.ansgararyan.com (gelesen am 4. März 2015). Ein Hinweis auf das Gründungsjahr ergibt sich auch aus einer Kundeninformation in: Ansgar Aryan, Katalog 2010, S. 2.

⁶ Vgl. Ansgar Aryan, Katalog 2010, S. 2.

⁷ Vgl. www.ansgararyan.com/Impressum:_:4.html (gelesen am 2. Juni 2012).

ihrer Gründungszeit zur rechtsextremistischen Szene. Das betraf bereits die Namensgebung. Während das Vorbild geschickt den Namen des germanischen Gottes Thor mit einem Namen kombinierte, der klanglich dem des Obergruppenführers der Waffen-SS Felix Steiner ähnelte, aber eben nicht mit diesem identisch war, gab sich die neue Marke weitaus deutlicher. Sie kombinierte den unverfänglichen nordischen Männernamen Ansgar mit einem Kernbegriff der nationalsozialistischen Rassenideologie „Aryan“ (Arier).

Darauf, dass in diesem Fall keine provokante Doppeldeutigkeit vorlag, sondern eher ein Bekenntnis, deutet die politische Einbindung Kilians hin. Er betrieb nach Erkenntnissen des Thüringer Innenministeriums in den Jahren 2011/12 Verkaufsstände auf diversen Veranstaltungen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), und es handelte sich sowohl bei seinen beiden Mitarbeitern als auch einem für die Marke werbenden Model um Rechtsextremisten.⁸ 2013 erfolgte ein Betreiberwechsel. An die Stelle Kilians trat der bayerische NPD-Funktionär Patrick Schröder, der das Modelabel seitdem über die in Mantel (Oberpfalz) angesiedelte Firma „ProTextil“ betreibt.⁹ Im gleichen Jahr trat er in Weiden als NPD-Kandidat für die Wahl zum Bundestag an.¹⁰ Durch Schröder, der auch für das Internetfernsehangebot FSN.tv verantwortlich war, bestätigte sich die Einbindung der Marke in die Szene.

Dies zeigt sich auch anhand der Vertriebswege. Während das Vorbild auf den Internethandel in Kombination mit Ladengeschäften setzte, betreibt „Ansgar Aryan“ Verkaufsstände bei rechtsextremistischen Veranstaltungen und vertreibt seine Produkte über eine Internetplatt-

⁸ Vgl. Thüringer Landtag. 5. Wahlperiode, Drucksache 5/5055 vom 2. Oktober 2012, Antwort des Thüringer Innenministeriums auf die Kleine Anfrage 2517 der Abgeordneten König (DIE LINKE), Antwort auf Fragen 1, 2, 4.

⁹ Vgl. Thüringer Landtag. 5. Wahlperiode, Drucksache 5/7272 vom 6. Februar 2012, Antwort des Thüringer Innenministeriums auf die Kleine Anfrage 3629 der Abgeordneten König (DIE LINKE). Antwort auf Frage 5. In der Anfrage und der Antwort wurde der neue Betreiber lediglich abgekürzt als Patrick S. bezeichnet. Das in der Folgezeit geänderte Impressum der Internetseite benannte hingegen Patrick Schröder, vgl. www.ansgararyan.com/Impressum:_:4.html (gelesen am 4. März 2015).

¹⁰ Vgl. NPD Landesverband Bayern, 6. September 2013, www.facebook.com/npdbayern/posts/577694938938328 (gelesen am 18. März 2016).

form sowie über einschlägige Szenevertriebe. So werden die Textilien vom zur NPD gehörenden „Deutsche Stimme-Versand“, aber auch vom „Z-Versand“ oder dem „Weltnetzladen“ angeboten.¹¹ Vor diesem Hintergrund war es dann auch nur konsequent, dass das Label seine Textilien durch Anzeigen auf der Internetplattform „Altermedia Deutschland“ bewarb, die 2016 wegen ihrer besonders aggressiven neonazistischen Agitation verboten wurde.¹²

3. Produktanalyse

Das größte Segment des „Ansgar Aryan“-Angebots besteht aus T-Shirts für Herren, die für etwa 30 Euro verkauft werden. Darüber hinaus umfasst das Sortiment auch Polohemden, Sweatshirts, Kapuzenjacken oder Hosen. Die Textilien weisen insgesamt einen hochwertigen Stil auf und sind in der Regel mit großflächigen Aufdrucken versehen. Neben Kleidungsstücken bietet der Streetwear-Hersteller ein kleines Angebot sonstiger Gegenstände wie Poster, Getränke, Gürteltaschen oder legal erwerbbarer Waffen an. Er offeriert zwar auch einige Bekleidungsstücke für Damen, doch machen diese nur einen geringen Teil des auf Männer ausgerichteten Gesamtsortiments aus.

Im Gegensatz zu „Thor Steinar“, das auch Hemden für sportlich-elegante Kunden offeriert, wendet sich „Ansgar Aryan“ mit seinen Produkten konsequenter „an die Straße“. Das betrifft nicht nur die gesellschaftliche Verortung der Kunden, sondern auch deren Auftreten im öffentlichen Raum. So haben die Aufdrucke nicht nur einen dekorativen Charakter, sondern sollen offenbar für die Haltung ihrer Träger stehen. Dementsprechend kann der Charakter des Modelabels vor allem anhand dieser Aufdrucke festgemacht werden.

¹¹ Vgl. www.ds-versand.de/index.php?cat=c158_Alles_fuer-die-Kleinen.html, gelesen am 20. November 2012; www.z-versand.com/bekleidung/ansgararan/index.php (gelesen am 2. Juni 2012); www.weltnetzladen.com/bekleidung/ansgararyan/index.php (gelesen am 2. Juni 2012).

¹² Vgl. Ansgar Aryan, Anzeige „Sommer, Sonne und Meer. Die neue Kollektion“, www.altermedia-deutschland.info/ (gelesen am 3. Juni 2011).

3.1 Germanien

Das historisch-kulturelle Erbe der Germanen bot bereits „Thor Steinar“ eine Möglichkeit, ein an sich politisch unverfängliches Thema zu nutzen, das gleichzeitig Rechtsextremisten anspricht.¹³ Die Basis dafür war und ist weiterhin deren ideologisch motivierte Geschichtsdeutung, insbesondere ihre rassistische und militaristische Grundhaltung. So übergehen Rechtsextremisten ihnen nicht genehme Aspekte der heidnischen Vorfahren, etwa die ethnisch alles andere als geschlossene Zusammensetzung der damaligen Stammeswelt oder den Kulturaustausch mit dem Mittelmeerraum. Stattdessen missbrauchen sie die Vergangenheit, um der gegenwärtig auf Individualrechte, internationale Kooperation und Friedenserhaltung ausgerichteten demokratischen Ordnung einen Gegenentwurf zu präsentieren. Zudem sehen sie in den heidnischen Kriegern inspirierende Vorbilder für ein kompromissloses Kämpfertum der Gegenwart.

„Ansgar Aryan“ drückt seine Haltung zu diesem Thema deutlich aus. Die Marke offeriert diverse Textilien, auf denen sie sich mit Aufdrucken selber als „Germanic Brand“, also als „germanische Marke“, bezeichnet.¹⁴ Weitere Kleidungsstücke beschäftigen sich politisch unverfänglich mit Runensteinen oder dem Göttervater Odin.¹⁵ Der Thematisierung des Germanentums entspricht auch, dass der Textilhersteller unter seinem Angebot sonstiger Waren auch Met-Getränke mit Namen wie „Germanen Trunk“ (sic!) oder „Wikinger Blut“ (sic!) führt.¹⁶ Auf eine über die unverfängliche Beschäftigung mit der Vergangenheit hinausgehende Motivation deutet eine die Insel Thule thematisierende Weste hin.¹⁷ Sie spricht eine in der Antike vom griechischen Seefahrer

¹³ Vgl. Vieregge (Anm. 3), S. 296-298.

¹⁴ Vgl. T-Shirt „Treue um Treue“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Treue-um-Treue-schwarz-TS::135.html (gelesen am 7. März 2015); T-Shirt „Hagen v. Tronje“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Hagen-v-Tronje-TS::341.html (gelesen am 29. Dezember 2013).

¹⁵ Ansgar Aryan, Katalog Frühjahr/Sommer 2011, S. 48 f., S. 20 f.

¹⁶ Vgl. Honig-Met „Germanen Trunk“, www.ansgararyan.com/NEU/Germanen-Trunk::303.html (gelesen am 7. März 2015); Honig-Met „Wikinger Blut“, www.ansgararyan.com/NEU/Wikinger-Blut::299.html (gelesen am 7. März 2015).

¹⁷ Vgl. Weste „Thule Vest“, www.ansgararyan.com/OUTLET/MAeNNER/Thule-Vest::233.html (gelesen am 29. Mai 2015).

Pytheas benannte, jedoch bis heute nicht lokalisierte Insel im Nordatlantik an. Diese dient einerseits Nordland-Romantikern seit rund zweihundert Jahren als mystischer Ort ihrer Sehnsucht. Andererseits sehen Rassentheoretiker im Eiland die Keimzelle einer von ihnen überhöhten „nordischen Rasse“. Etwas deutlicher wird der politische Hintergrund bei einer Kapuzenjacke „Ragnarok“. Sie thematisiert den die germanische Mythologie beschließenden Tod der Götter in einer apokalyptischen Schlacht, die zum Untergang der gesamten Welt führt. Dies stellt an sich keine Verbindung zum Rechtsextremismus dar. Allerdings befindet sich auf der Jacke auch der Aufdruck „Eighty Eight Crew“, der neonazistische Kunden ansprechen dürfte.¹⁸ Da ihr Gruß „Heil Hitler!“ verboten ist und seine Verwendung strafrechtlich verfolgt wird, kürzen sie ihn mit „HH“ ab und ersetzen den so paarweise genutzten achten Buchstaben des Alphabets durch die Zahl 88. Eine politische Instrumentalisierung der Vergangenheit erfolgt auch anhand des T-Shirts „Germania“. Es zeigt das 1883 am rechten Rheinufer bei Rüdesheim errichtete Großdenkmal, mit dem das erst wenige Jahre zuvor vereinte Deutsche Reich seine nationale Geschlossenheit gegenüber dem damaligen Gegner Frankreich ausdrückte. In einer dazu gehörenden Produktbeschreibung heißt es, dass das Denkmal nicht nur für „unsere nationale Identität“ stehe, sondern auch für „Souveränität und Freiheit“. Dem folgt die Bekundung: „Während andere von der Globalisierung reden, besinnen wir uns auf unsere Herkunft.“¹⁹ In einer weiteren Beschreibung erklären die Verantwortlichen: „Während andere ihre Wurzeln verraten, besinnen wir uns auf unsere Herkunft.“²⁰ Damit greift „Ansgar Aryan“ die in der rechtsextremistischen Szene verbreitete Auffassung auf, dass die Bundesrepublik Deutschland kein freier und souveräner Staat sei, sondern dem Willen einer fremden Macht unterliege, welche durch die Globalisierung die Bindung des deutschen Volkes an seine Wurzeln kappen will, um es dauerhaft zu beherrschen.

¹⁸ Vgl. Kapuzenjacke „Ragnarok“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/ZIP-HOODIES-VESTS/Ragnarok-ZH::235.html (gelesen am 7. März 2015).

¹⁹ Vgl. T-Shirt „Germania“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/GERMANIA-weiss-TS::283.html (gelesen am 29. Dezember 2012).

²⁰ Vgl. T-Shirt „Germania“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Germania-mandarin-orange-TS::325.html (gelesen am 29. Mai 2016).

Das Modelabel wendet sich mit derartigen Produkten an Kunden, die nicht nur ein rein historisch-kulturelles Interesse an den heidnischen Vorfahren haben, sondern die heutigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse grundsätzlich ablehnen. Diese stehen einer Gegenwart feindlich gegenüber, durch die sie ihre Herkunft missachtet und die Souveränität, ja sogar den Bestand der deutschen Nation bedroht sehen. In der idealisierten Vergangenheit sollen sie gemäß „Ansgar Aryan“ offenbar eine Inspiration für den Kampf gegen diese Verhältnisse und für eine von ihnen zu gestaltende Zukunft finden.

3.2 Gewalt

Wie bereits beim Vorbild, so hat auch bei „Ansgar Aryan“ der Aspekt der Gewalt eine hohe Bedeutung.²¹ Das betrifft zunächst Kleidungsstücke, die positive Bezüge zur Gewalt herstellen. Darüber hinaus bietet der Textilhersteller mehrere für körperliche Auseinandersetzungen bestimmte Gegenstände an, bis hin zu Waffen. Dazu gehören Sturmhauben, Pfefferspray, Kubotans²², Quarzsandhandschuhe²³, Teleskopschlagstöcke, Baseballschläger und sogar Messer sowie eine Steinschleuder mit dazu gehörenden Stahlkugeln.²⁴ Zwar offeriert das Label diese Gegenstände unter der Bezeichnung „Sicherheit“, doch beschränkt sich die Zusammenstellung des Sortiments nicht auf Mittel zur Selbstverteidigung, sondern bedient mit einer Distanzwaffe wie der Steinschleuder auch ein Käuferinteresse an Angriffswaffen.

Dass es „Ansgar Aryan“ nicht nur um die Selbstverteidigung seiner Kundschaft geht, sondern ein ausdrücklicher Wille zur eigenen Gewaltausübung besteht, zeigen diverse Textilien mit positiven Bezügen zu Straßenkämpfen. Dazu gehört ein Kapuzenshirt, das nach dem Fußballhooligans thematisierenden Spielfilm „Football Factory“ be-

²¹ Vgl. Vieregge (Anm. 3), S. 298-300.

²² Dabei handelt es sich um ca. zehn Zentimeter lange Stäbe, die in der geschlossenen Faust getragen als kompaktes Schlagmittel dienen.

²³ Bei dieser Art von Handschuhen sind am Handrücken und den Fingeroberseiten mit Quarzsand gefüllte Kammern eingearbeitet, die nicht nur die Handknochen schützen, sondern auch die Wucht der eigenen Faustschläge verstärken.

²⁴ Vgl. www.ansgararyan.com/ACCESSOIRES/SICHERHEIT::_6_29.html (gelesen am 29. Mai 2015).

nannt und nach Herstellerangaben „für alle drei Halbzeiten“ bestens geeignet ist.²⁵ Ein weiteres Bekleidungsstück hat den bezeichnenden Aufdruck „Streetfight“ („Straßenkampf“) und zeigt auf dem Brustbild zwei Schlagringe und ein Schmetterlingsmesser.²⁶ Darüber hinaus spricht der Rückenaufdruck „Eighty Eight Ind.“ insbesondere eine gewaltorientierte Kundschaft mit einer neonazistischen Motivation an.²⁷ Für diese sind Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern, vor allem mit autonomen Antifaschisten, Teil ihrer extremistischen Betätigung. Diesen Konfliktsituationen widmet sich ein T-Shirt, das unter der Überschrift „Hate Crew“ unter anderem zwei bluttriefende Hackmesser und die Worte „Our day will come“ abbildet. In seinem Nackenbereich befindet sich zudem der Aufdruck: „We know where you work. We know where you live. You’re not hard to find“.²⁸ Darüber hinaus findet sich in dem das Bekleidungsstück bewerbenden Text die Aussage, dass sich „der Gegner ... warm anziehen (darf)“.²⁹

Die positive Thematisierung von Gewalt muss an sich keinen rechts-extremistischen Hintergrund haben. So ist etwa der Hooliganismus im überwiegenden Maß eine unpolitische Erscheinung und Straßenschlägereien beschränken sich nicht auf die rechte extremistische Szene. Allerdings gibt es traditionell in der Hooliganszene auch aktive Rechts-extremisten und es ergibt sich schon aufgrund des rechtsextremistischen Hintergrundes der für „Ansgar Aryan“ verantwortlichen Perso-

²⁵ Damit wird der Begriff „Dritte Halbzeit“ angesprochen, die von Hooligans genutzte Bezeichnung für ihre im Anschluss an die beiden Halbzeiten des Fußballspiels ausgetragenen Schlägereien. Vgl. Ansgar Aryan, Katalog Frühjahr Sommer 2012, S. 8; www.ansgararyan.com/MAeNNER/HOODIES/Football-Factory::231.html (gelesen am 29. Dezember 2016).

²⁶ Bei dieser Messer-Art handelt es sich um eine aus den Philippinen stammende, Balisong genannte Stichwaffe, bei der zwei bewegliche Schienen die Klinge umgeben und nach deren Freigabe als Griffstück fungieren. Vgl. T-Shirt „Streetfight“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Streetfight-schwarz-TS::175.html (gelesen am 29. Mai 2016).

²⁷ Zum Hintergrund der bei mehreren Produkten verwendeten Ziffer 88, siehe Anm. 18.

²⁸ „Wir wissen wo Du arbeitest. Wir wissen wo Du wohnst. Du bist nicht schwer zu finden.“ Vgl. T-Shirt „Our Day“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Our-Day-banana-moon-TS::182.html (gelesen am 7. März 2016).

²⁹ Ebenda.

nen ein entsprechender Bezug. Die Verwendung des Aufdrucks „Eighty Eight Ind.“ stützt diese Bewertung und zeigt, dass das Modelabel nicht nur allgemein die Straßengewalt rein erlebnisorientierter Personen befürwortet, sondern vor allem die von rechtsextremistischen Kunden ausgeübte Gewalt. Insgesamt gesehen macht das Unternehmen der rechtsextremistischen Szene ein für diese interessantes Angebot an Ausrüstungsgegenständen für Straßenkämpfe. Dadurch bedient es das Interesse junger, aktivistischer Szeneangehöriger, die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht nur als Notwendigkeit im politischen Kampf betrachten, sondern als unausweichlichen Teil ihres Weges.

3.3 „Drittes Reich“

Einer der zentralen Aspekte der Weltanschauung von Rechtsextremisten ist die sozialdarwinistische Überzeugung, dass die Bewährung von Individuen und ganzen Völkern im Kampf ein unausweichliches Lebensprinzip ist, das über deren Existenz oder Untergang bestimmt. Dementsprechend vertreten sie eine militaristische Grundhaltung, die Krieg nicht als letztes Mittel politischer Konflikte sieht, sondern als begrüßenswerte Herausforderung. Vor diesem Hintergrund entschuldigen sie die Politik des „Dritten Reichs“ und verherrlichen dessen Streitkräfte. Dieses Interesse bediente bereits „Thor Steinar“.³⁰ Es erfolgte jedoch auf eine vorsichtige Weise, indem zunächst in der heutigen Zeit eingesetzte Waffensysteme thematisiert und der Einsatz militärischer Gewalt allgemein verherrlicht wurde. Dadurch griff die Marke einerseits die militaristische Grundhaltung von Rechtsextremisten auf, stellte aber keinen ausschließlichen Bezug zu ihrer Geisteswelt her, da sich auch nicht extremistisch motivierte Personen für das Militärwesen interessieren. Darüber hinaus offerierte „Thor Steinar“ auch Textilien mit Bildern von Waffen, die von den Streitkräften des „Dritten Reichs“ eingesetzt wurden. Das geschah jedoch ebenfalls auf eine vorsichtige Weise unter Verzicht auf Bezüge zur Politik der nationalsozialistischen Diktatur.

„Ansgar Aryan“ hingegen verzichtet auf eine derartige Zurückhaltung. Vielmehr verherrlicht das Unternehmen sowohl die Streitkräfte als

³⁰ Vgl. Vieregge (Anm. 3), S. 302-304.

auch die Kriegsführung des „Dritten Reichs“ nicht nur indirekt, sondern auch auf eine direkte Weise. Es bildet zunächst, wie sein Vorbild, auf mehreren Produkten deutsche Waffen des II. Weltkriegs ab. Dazu gehören die Maschinenpistole „MP 40“,³¹ das Sturmgewehr „STG 44“³² oder der Panzer „Tiger“.³³ Auf die gleiche Weise vereinnahmt es berühmt gewordene Soldaten wie Erich Hartmann³⁴ oder Generalfeldmarschall Walter Model.³⁵ Dabei erfolgt eine Glorifizierung von Wehrmacht-Soldaten, indem etwa General Hasso von Manteuffel auf einer „Helden-Trunk“ genannten Met-Flasche abgebildet ist³⁶ oder die Soldaten eines Motorradgespanns als „Yesterday Heroes“ bezeichnet werden.³⁷

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem grundlegend aggressiven Charakter der NS-Diktatur oder den Folgen des Weltkriegs unterbleibt. Stattdessen verharmlost „Ansgar Aryan“ die Angriffe auf andere Nationen auf eine Art, die Angehörige der rechtsextremistischen Szene als amüsant, Bürger der betroffenen Länder hingegen als höhnisch empfinden dürften. So wird der 1939 erfolgte Überfall auf Polen anlässlich der 2012 in diesem Land sowie in der Ukraine durchgeführten Fußball-Europameisterschaft thematisiert. Dazu präsentiert ein T-Shirt unter der Überschrift „We’ll win the cup“ das Brandenburger Tor sowie das durch die Wehrmacht-Propaganda weit bekannte Bild deutscher Soldaten bei der Durchbrechung eines polnischen Grenzbal-

³¹ Vgl. T-Shirt „MP 40 II“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/MP-40-II-dark-earth-TS::323.html (gelesen am 29. Mai 2016).

³² Vgl. T-Shirt „STG 44 II“, Ansgar Aryan, Katalog Frühjahr/Sommer 2011, S. 24 f.; T-Shirt „STG II“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/STG-II-schwarz-TS::332.html (gelesen am 29. Mai 2016).

³³ Vgl. T-Shirt „Tiger Attack“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Tiger-Attack-TS-red::328.html (gelesen am 29. Mai 2016).

³⁴ Vgl. T-Shirt „Hartmann“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Hartmann-schwarz-TS::170.html (gelesen am 29. Mai 2016).

³⁵ Vgl. T-Shirt „Model“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Model-schwarz-TS::397.html, gelesen am 29. Mai 2016.

³⁶ Vgl. Met „Helden Trunk“, www.ansgararyan.com/NEU/Helden-Trunk::301.html (gelesen am 7. März 2015).

³⁷ Vgl. Sweatshirt „Rallye“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/OUTLET/RALLYE-SW::55.html (gelesen am 7. September 2016).

kens.³⁸ Im gleichen Stil thematisiert ein anderes Bekleidungsstück den 1940 über Frankreich errungenen Sieg, indem es einen deutschen Panzer vor dem Eiffelturm sowie den Text zeigt: „Nach Frankreich fahren wir nur auf Ketten.“³⁹ Diese spezielle Art von „Humor“ in Kombination mit der damit verbundenen Verharmlosung des durch den nationalsozialistischen Krieg verursachten Leids zeigt sich auch anhand eines „Hausbesuche“ genannten T-Shirts. Es ist mit einem Brustbild versehen, das deutsche Soldaten zeigt, die in ein augenscheinlich osteuropäisches Bauernhaus eindringen. Der Begleittext benennt es ausdrücklich als „Fun-Shirt“ und bewirbt es mit den Worten „Horch wer kommt von draußen rein. ANSGAR ARYAN - wir kommen mit Freunden! Spaß muss natürlich sein!“⁴⁰ Ein weiteres Produkt zeigt vor dem Eiffelturm paradiierende Wehrmacht-Soldaten sowie einen französischsprachigen Aufdruck, den die Marke mit „Viele Grüße aus Paris“ übersetzt. Zudem heißt es in einem begleitenden Werbetext: „Während sich Politiker vieler Parteien für die ungebremste Aufnahme von ‚Kulturbereicherern‘ aus der ganzen Welt nach Deutschland stark machen, schwelgen wir in Erinnerungen an die alten Zeiten, als wir noch die ‚Ausländer‘ waren.“⁴¹ Diese Kombination aus einer grundsätzlichen Ablehnung von Einwanderern und der Sehnsucht nach den „alten Zeiten“ weist auf den Hintergrund für die Verherrlichung der Wehrmacht und der Politik des NS-Staates hin. Es ist die fundamentale Ablehnung der Verhältnisse der gegenwärtigen Zeit.

Während in der Regel Soldaten der Wehrmacht als Vorbilder dargestellt werden, thematisiert „Ansgar Aryan“ in einem anderen Fall eine weitere Streitmacht der „alten Zeiten“, wenngleich dies in vorsichtiger und indirekter Form erfolgt. Es ist die aufgrund ihrer Uniformfarbe als „Schwarzes Korps“ bekannte SS. Auf sie bezieht sich ein „Back in

³⁸ Vgl. Ansgar Aryan, Katalog Frühjahr Sommer 2012, S. 8; T-Shirt „Fussballfest“, ansgararyan.com/OUTLET/MAeNNER/FUSSBALLFEST-weiss::43.html (gelesen am 7. September 2016).

³⁹ Vgl. Longsleeve „Frankreich“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Frankreich-schwarz-LS::415.html (gelesen am 29. Mai 2016).

⁴⁰ Vgl. T-Shirt „Hausbesuche“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Hausbesuche-classic-green-TS::326.html (gelesen am 29. Mai 2016).

⁴¹ Vgl. T-Shirt „Paris“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/ParisTS-schwarz::266.html (gelesen am 29. Mai 2016). Der französischsprachige Aufdruck lautet: „Bien le bonjour de Paris.“

Black“ benanntes Kapuzenshirt, das unter anderem mit der Aufschrift „Eighty Eight Crew“ sowie mit der Abbildung eines „Schweizer Dolchs“ versehen ist.⁴² Da es sich bei dieser Art von Stichwaffe um einen für die SS typischen, unter dem Begriff „SS-Dolch“ bekannten Ausrüstungsgegenstand handelt, dürfte insbesondere für rechtsextremistisch eingestellte Personen deutlich sein, welche Streitkraft gemeint ist. Zudem dürfte sich eine derartige Kundschaft durch die in gewohnter Weise als Platzhalter für die verbotene Parole „Heil Hitler!“ genutzte Aufschrift „Eighty Eight“ angesprochen fühlen.⁴³

3.4 Politik

„Thor Steinar“ verzichtete auf direkte politische Aussagen und machte sich stattdessen durch Doppeldeutigkeiten für rechtsextremistische Kunden interessant. Dadurch konnte sich die Marke gegen Vorwürfe verwehren, bei ihr handele es sich um ein rechtsextremistisches Unternehmen. Sie verteidigte sich gegen derartige Anschuldigungen mit der Behauptung, lediglich ein Bekleidungshersteller zu sein, der keine politische, insbesondere rechtsextremistische Absicht verfolgt. „Ansgar Aryan“ tätigt hingegen, im Gegensatz zu seinem Vorbild, in mehreren Fällen direkte politische Aussagen, bei denen keine Doppeldeutigkeiten vorliegen.

Das erfolgt etwa durch ein den rassistischen „Ku Klux Klan“ verherrlichendes T-Shirt. Mit der Parole „Join the Empire“ zeigt es vor dem Klan-Symbol eine mit einem Sturmgewehr bewaffnete Person in der für den „Klan“ typischen weißen Verkleidung mit spitzer Kapuze. Zudem ist das Shirt mit der Beitrittsaufforderung „We want you to enlist today“ versehen.⁴⁴ Mit diesem Produkt bekennt sich die Modemarke eindeutig zu der nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs zur Unterdrückung der befreiten Sklaven gegründeten Organisation, die sich bis heute als vermeintliche Verteidiger der „weißen Rasse“ sieht.

⁴² Vgl. Kapuzenshirt „Back in Black“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/HOODIES/Back-in-Black-schwarz-HO::405.html (gelesen am 4. Januar 2016).

⁴³ Vgl. die Angaben in Anm. 18 und 27.

⁴⁴ Vgl. T-Shirt „Join the Empire“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Join-the-Empire-schwarz-TS::390.html (gelesen am 7. September 2016).

„Ansgar Aryan“ bedient die Auffassung, im Widerstand gegen einen Unterdrückerstaat zu stehen, durch ein T-Shirt, das an den am 17. Juni 1953 gegen die kommunistische Diktatur der DDR ausgebrochenen, von sowjetischen Truppen niedergeschlagenen Aufstand erinnert. Das Kleidungsstück belässt es jedoch nicht bei einer reinen Erinnerung an die Erhebung, sondern setzt diese mit den aufgedruckten Parolen „Ostdeutscher Widerstand - Damals wie heute“ sowie „Besatzer raus“ in einen Zusammenhang mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen.⁴⁵ Die Propagierung einer widerständischen Haltung mit einem Fokus auf den östlichen Teil Deutschlands, in dem die rechtsextremistische Szene über weit stärkere Strukturen verfügt als im westlichen Landesteil, erfolgt durch ein weiteres Kleidungsstück. Es zeigt die Parolen „True Germanic Resistance“ sowie „No Go Area - East Germany“.⁴⁶ Dabei dürften viele Rechtsextremisten in der Aufforderung, sich auch heute noch gegen Besatzer zu wenden, einen Aufruf zum Vorgehen gegen die USA sehen, die in der Szene gemeinhin als Okkupanten erachtet werden. Dass „Ansgar Aryan“ in den Vereinigten Staaten tatsächlich eine Deutschland unterdrückende Macht sieht, verdeutlicht sich in einem Werbetext für ein T-Shirt, das sich mit esoterischen Auffassungen zur Raumfahrt beschäftigt. In diesem Text werden die USA ausdrücklich als „Besatzer“ bezeichnet.⁴⁷

Eine Ablehnung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse erfolgt auch im Bereich des Strafrechts. So präsentiert ein T-Shirt die Forderung „Hochspannung für Kinderschänder“ in Kombination mit dem Bild einer Hinrichtung mit einem elektrischen Stuhl.⁴⁸ Dabei handelt es sich um eine radikale Forderung, die auch von vielen nicht rechtsextremistischen Bürgern vertreten wird. „Ansgar Aryan“ betitelt dieses Produkt jedoch mit der Überschrift „Blitzkrieg“, der allgemein bekannten Bezeichnung für die nationalsozialistischen Feldzüge gegen

⁴⁵ Vgl. T-Shirt „Volksaufstand“, ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/Volksaufstand-weiss-TS::152.html (gelesen am 13. Juli 2013).

⁴⁶ Vgl. T-Shirt „No Go Area“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/No-go-Area-schwarz-TS::396.html (gelesen am 29. Mai 2016).

⁴⁷ Vgl. T-Shirt „First on the Moon“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/First-on-the-Moon-weiss-TS::191.html (gelesen am 29. Mai 2016).

⁴⁸ Vgl. „Hochspannung“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/HOCHSPANNUNG::70.html (gelesen am 29. Mai 2016).

Polen (1939) sowie die west- und nordeuropäischen Staaten (1940). Damit stellt die Marke einen Bezug zum „Dritten Reich“ her und richtet sich mit dem für sie typischen Zynismus an eine entsprechende Kundschaft.

Ein weiteres T-Shirt zeigt die politische Forderung „Volksgemeinschaft statt New World Order“.⁴⁹ Es spricht bei Rechtsextremisten verbreitete Verschwörungsideologien sowie deren völkisches Denken an. So sind viele Szene-Angehörige davon überzeugt, dass im Hintergrund agierende Mächte, mit denen unter anderem jüdisch-amerikanische Bankiers gemeint sind, Medien, Wirtschaft und Politik kontrollieren, um über eine Rassenvermischung die Kontrolle über gesamte die Welt zu erlangen. Dem stellen sie ihre Auffassung einer ethnisch geschlossenen, einheitlich agierenden Volksgemeinschaft entgegen.

Dieser Haltung entspricht auch ein T-Shirt, durch dessen Brustaufdruck sich sein Träger öffentlich als „Völkischer Sozialist“ präsentieren kann.⁵⁰ Das Produkt dürfte insbesondere bei Personen Anklang finden, die eine völkische Grundhaltung mit einer rechtsextremistischen Interpretation des Sozialismus verbinden - ganz im Sinn des Nationalsozialismus.

Betrachtet man die politischen Aussagen in ihrer Gesamtheit, so vermittelt „Ansgar Aryan“ das Bild der Bedrohung der eigenen Nation durch internationale Mächte, die den deutschen Nationalstaat und die Substanz des deutschen Volkes unter anderem durch eine großzügige Einwanderungspolitik beseitigen wollen. Dem setzen sie ihre Auffassungen eines geschlossen handelnden Volkes entgegen, das sich im Aufstand gegen diese Bedrohung befindet und mit der Waffe in der Hand Widerstand leistet. Insofern thematisiert „Ansgar Aryan“ mit einer Reihe von Produkten eine Bandbreite politischer Überzeugungen, die in dieser Kombination ausschließlich in der rechtsextremistischen Szene verbreitet sind.

⁴⁹ Vgl. Ansgar Aryan, Katalog Frühjahr/Sommer 2011, S. 53 f.; T-Shirt „VG 3“, www.ansgararyan.com/MAeNNER/SHIRTS/VG-3-s-w-r::310.html (gelesen am 13. Juli 2013).

⁵⁰ Vgl. Ansgar Aryan, Katalog Frühjahr/Sommer 2011, S. 34 f.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Mit „Ansgar Aryan“ existiert eine vom Erscheinungsbild und wohl auch vom wirtschaftlichen Erfolg „Thor Steinars“ inspirierte Modemarke, die den Stil des Vorbilds übernommen hat, um eine breite Palette rechtsextremistischer Überzeugungen anzusprechen. Im Gegensatz zum Vorbild beschränkt sie sich jedoch nicht auf Doppeldeutigkeiten, sondern wendet sich direkt an eine rechtsextremistische Kundschaft.

Dabei thematisiert die Marke mit den Germanen und der Straßengewalt zwar Aspekte, die keinen ausschließlichen Bezug zum Rechtsextremismus haben, doch sie setzt bereits in diesen Fällen mit der „Eighty Eight Crew“ entsprechende Zeichen. Charakteristisch sind klare Positionen wie die Selbstdarstellung als arisch, die Ablehnung der Globalisierung als Verrat an den eigenen Wurzeln, die Propagierung einer „Volksgemeinschaft“, die Werbung für einen „völkischen Sozialismus“, die Verherrlichung der Wehrmacht, der Bezug zur SS, die höhnische Verharmlosung des vom „Dritten Reich“ im Weltkrieg verursachten Leids, die Aufforderung zum Eintritt in den „Ku Klux Klan“, die Behauptung einer Besetzung Deutschlands sowie ein unter anderem damit begründeter Antiamerikanismus. Durch die in dieser Zusammenstellung ausschließlich bei Rechtsextremisten verbreitete Palette an Überzeugungen bedient das Modelabel einerseits deren Interesse und zeigt andererseits seine eigene Zugehörigkeit zur Szene. Sie ergibt sich bereits aufgrund der Bezüge zur NPD, denn der Textilhersteller verkaufte in der Gründungszeit seine Produkte auf deren Veranstaltungen und der für die Marke verantwortliche Patrick Schröder ist ein Aktivist der Partei.

Vor dem Hintergrund dieser Einbindung besteht allerdings ein Widerspruch, der sich aus der antiamerikanischen Grundhaltung von Rechtsextremisten ergibt. Sie lehnen die USA ab, sowohl aufgrund ihres Anteils an der militärischen Niederschlagung des „Dritten Reichs“ als auch wegen ihrer entscheidenden Rolle bei der Errichtung der Bundesrepublik auf Basis von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dies schließt eine Absage an die in der deutschen Gesellschaft bis heute dominante westlich geprägte Nachkriegskultur ein. Infolgedessen verwundert es, dass der Textilhersteller eigentlich ein Vertreter des US-Freizeitbekleidungsstils ist und seine Produktbeschrei-

bungen mit englischsprachigen Begriffen (Longsleeve, Hoodie, Vest, Outlet, Outdoor ...) durchzogen sind. Die Marke ist damit Teil eben jener Kultur der „Besatzer“, gegen die sie zum Widerstand aufruft. Dies müsste eigentlich zu einem ideologisch bedingten Problem bei rechtsextremistischen Kunden führen. Zudem entspricht dies nicht dem Selbstbild des Modelabels, das sich exemplarisch anhand eines „Pro Nation“ betitelten Aufklebers zeigt. Er präsentiert unter dem Schriftzug „Ansgar Aryan - Germanic Brand“ marschierende Wehrmacht-Soldaten sowie die Parole „Pro Nation“.⁵¹ Daraus kann geschlossen werden, dass sich die Verantwortlichen in der Tradition der Germanen und der Wehrmacht sehen und sich als moderne Kämpfer für ihre Version der deutschen Nation definieren.

Letztendlich ist die Modemarke „Ansgar Aryan“ eine Weiterentwicklung „Thor Steinars“. Sie greift den von ihrem Vorbild entwickelten Stil auf, ist aber im Gegensatz zu diesem ein Teil der rechtsextremistischen Szene. In ihr agiert sie seit mehreren Jahren wirtschaftlich erfolgreich und trägt zu deren modischer Modernisierung bei. Andererseits ist sie aufgrund ihres der US-amerikanischen Freizeitkultur entsprechenden Stils auch ein Beispiel für die ideologische Inkonsistenz der an Widersprüchen reichen rechtsextremistischen Szene.

⁵¹ Vgl. Outdoor Aufkleber „Pro Nation“, www.ansgararyan.com/NEU/Outdoor-Aufkleber-Pro-Nation::472.html (gelesen am 29. Mai 2016).

Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik Deutschland

Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus

Florian Finkbeiner

1. Einleitung und Fragestellung

Im Zuge des Erfolges von PEGIDA, der AfD und einer Reihe von anderen politischen Protesten von rechts wird nun wieder vor einer Renaissance der „Neuen Rechten“ gewarnt.¹ Es schien gerade nach der Finanzkrise ab 2007/08 lange Zeit so, als würde Deutschland – im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa – von einem „Rechtsruck“ verschont bleiben. Allerdings wurden gleichzeitig Entwicklungen „rechts der Mitte“ vernachlässigt. Umso größer wirkt nun die Empörung über die aktuellen Prozesse im rechten Spektrum. Unabhängig von je spezifischen soziokulturellen Ursachen und Kontextfaktoren hängt dies auch damit zusammen, dass es offenbar schwerfällt, diese Phänomene politisch einzuordnen: Handelt es sich um konservative, rechtskonservative, nationalistische, rechtspopulistische oder gar rechtsextremistische Tendenzen?

Dies gilt ebenfalls für das Phänomen der „Neuen Rechten“. Seit Ende der 1970er Jahre befasst sich die Forschung in regelmäßigen Abständen mit diesem Thema und fragt dabei oft nach potenziellen Gefahren. Aber neben der alles beherrschenden Frage, wie diese „Neue Rechte“ denn einzuordnen sei, blieben dabei Ursachenforschung und Untersuchungen der intrinsischen Motivation auf der Strecke – ganz abgesehen von einer Fülle an journalistischen Arbeiten hierzu, die größtenteils Bedrohungsszenarien heraufbeschwören. Doch bis heute ist um-

¹ Vgl. Micha Brumlik, Werben für den faschistischen Staat, in: taz, 5. Januar 2016, hier nach: <http://taz.de/> (gelesen am 6. Januar 2016); Robert Fisher, Vordenker der Völkischen, in: Zeit Online Störungsmelder, 28. Dezember 2015, hier nach: <http://blog.zeit.de> (gelesen am 6. Januar 2016); Konrad Litschko/Andreas Speit, Die Anheizer, in: taz, 30. Oktober 2015, hier nach: <http://www.taz.de> (gelesen am 6. Januar 2016).

stritten, was in der Vergangenheit und Gegenwart unter dem Begriff der „Neuen Rechten“ zu fassen ist.

Gerade die Analyse der Entstehung und Frühgeschichte dieser „Neuen Rechten“ in den 1970er Jahren gibt Aufschlüsse über die Dynamiken im rechten Spektrum und kann insofern dazu beitragen, die aktuellen Prozesse besser einzuordnen. Daher wird hier eine Annäherung an diese Entwicklung über die Person eines Protagonisten, nämlich Armin Mohler, gesucht. Obwohl er zu den zentralen Personen dieser „Neuen Rechten“ gehört und als deren „Vordenker“² gilt, wurde ihm bisher relativ wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt. Bei einer solchen ideengeschichtlichen Untersuchung muss auch der sozialgeschichtliche Kontext berücksichtigt werden, um nicht im anekdotenhaft Biographischen stecken zu bleiben, denn gerade die Umwälzungen der 1970er Jahre – nicht nur, aber auch im Konservatismus – sind entscheidende Determinanten für diese Frühgeschichte der „Neuen Rechten“. Schließlich ist die „Neue Rechte“ ein Produkt der gesellschaftlichen Entwicklungen und Spannungen sowie der ideellen Krise des Konservatismus und der Strukturveränderungen im Rechtsextremismus. Die 1970er Jahre waren „die schärfste Zeit in der *intellectual history* des bundesdeutschen Konservatismus“³. In dieser Phase der Aushandlung und Differenzierung von ideenpolitischen Konzepten entstanden neue Formationen bzw. rechtsgerichtete Projekte wie eben die „Neue Rechte“.⁴

Fortan werden zunächst die Einordnungsversuche, Definitionen und Charakteristika der „Neuen Rechten“ diskutiert. Darauf aufbauend erfolgt eine Analyse der Entwicklung von Armin Mohler und dessen Themensetzungen und Wandlungen. Aus praktischen Gründen und um die Diskurse im (rechts)konservativen Spektrum im Blick zu behalten, stehen vor allem die Impulse von Mohler in der Zeitschrift

² Armin Pfahl-Traugher, *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998, S. 35.

³ Herfried Münkler/Paul Nolte, „Dem Konservativen ist das zu Konservierende abhandengekommen“. Ein Gespräch über die *intellectual history* des bundesdeutschen Konservatismus, in: *Indes* 3/2015, S. 7-20, hier S. 15.

⁴ Vgl. Günter Bartsch, *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg 1975.

„Criticón“ im Vordergrund. Diese Zeitschrift entstand als Projekt, um infolge der Umbrüche der 1960er Jahre eine „Revitalisierung des Konservatismus“⁵ anzustoßen. Sie wurde zur „intellektuelle(n) Kernmarke“⁶ des Konservatismus und einem der wichtigsten Diskussionsforen.⁷ „Criticón“⁸ wollte die intellektuelle Neuformierung des konservativen Lagers fördern⁹ und eine kulturelle Gegenhegemonie – einen „Gramscismus von rechts“¹⁰ – schaffen. Zugleich wurde „Criticón“ ab den 1980er Jahren eine der bedeutendsten Zeitschriften für den Intellektuellenkreis der „Neuen Rechten“ und stellte damit einen Resonanzraum für die Weiterentwicklung der Positionen dar. Daher stehen fortan die von Mohler in „Criticón“ vertretenen Positionen im Laufe der 1970er Jahre im Zentrum des Interesses. Es werden sowohl dessen Wandlungen als auch die Spannungen im konservativen Spektrum aufgezeigt, um letztlich die Frühgeschichte und Entstehungsbedingungen der „Neuen Rechten“ genauer nachvollziehen zu können.

⁵ Vgl. Anton Maegerle, Criticón: Die Junge Freiheit im Zeitschriftenformat. Ein rechtsintellektuelles Strategieorgan, in: Helmut Kellershohn (Hrsg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S. 117-131, hier S. 122.

⁶ Reinhard Merkel, Der deutsche Konservatismus oder: Die Sehnsucht nach dem starken. Hinriss rechts, in: Die Zeit, Nr. 31 vom 28. Juli 1989, S. 35.

⁷ Vgl. Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: Criticón, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie Jg. 19/2007, S. 263-287, hier S. 263.

⁸ „Criticón“ leitet sich vom lateinischen „krino“ bzw. „Kritikón“ ab und bedeutet in etwa „zum Richten oder Beurteilen geschickt“ oder auch „urteilsfähig“.

⁹ Zwar hatte das Blatt durchschnittlich nur eine Auflage von ca. 8.000, aber ihre Zielgruppe war, wie Armin Pfahl-Traugher betont, überwiegend das „gehobene“, gebildete Milieu: „Hochschullehrer, Journalisten, Lehrer, Studenten und Unternehmer“, wodurch dem Blatt ein besonderer Stellenwert zukam, Pfahl-Traugher, Konservative Revolution und Neue Rechte (Anm. 2), S. 204.

¹⁰ Armin Pfahl-Traugher, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 160-182, hier S. 169; vgl. Critilo (Caspar von Schrenck-Notzing), Über die Kulturrevolution zur politischen Revolution, in: Criticón Nr. 59/1980, S. 107.

2. Die Debatte um die Einordnung der „Neuen Rechten“

Bis heute ist unklar, was die „Neue Rechte“ sein soll bzw. wo und wie sie zu verorten ist¹¹: Die Debatte zwischen „Grauzone“¹², „Scharnierfunktion“¹³ und „Brückenspektrum“¹⁴ hält mehr oder weniger an. Dabei geht es vor allem darum, das Phänomen der „Neuen Rechten“ entweder theoretisch als geistige Strömung¹⁵ oder politisch im Sinne des Ortes oder der Sphäre ihres Wirkens zu bestimmen.¹⁶ Die „Neue Rechte“ ist in den 1970er Jahren entstanden. Sie orientiert sich historisch an der „Konservativen Revolution“ und grenzt sich öffentlich vom Nationalsozialismus ab. Zugleich fungiert die „Nouvelle Droite“ in Frankreich, ein organisatorisch-intellektueller Zusammenschluss rechter Denker um Alain de Benoist, als Vorbild, wobei der deutsche Ableger allerdings stets in deren Schatten blieb.¹⁷ Durch die Zerfaserung des rechten Lagers infolge des politischen Niedergangs der NPD ab 1972 und des gleichzeitigen Aufblühens unterschiedlicher konservativer, rechtskonservativer bis rechtsextremistischer Strömungen

¹¹ Vgl. Eckhard Jesse, Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektrum, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 27/1996), Opladen 1996, S. 514-529.

¹² Vgl. Susanne Mantino, Die „Neue Rechte“ in der „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens „Neue Rechte“, Frankfurt a. M. 1992

¹³ Vgl. Wolfgang Gessenharter, Die „Neue Rechte“ als Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Rainer Eisenfeld/Ingo Müller (Hrsg.): Gegen Barbarei - Essays für Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt a. M. 1989, S. 424-452.

¹⁴ Vgl. Pfahl-Traughber, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus (Anm. 10), S. 163.

¹⁵ Vgl. Martina Koelschky, Die Stimme ihrer Herren. Ideologie und Strategie der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik, Köln 1986.

¹⁶ Zur Einteilung vgl. Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte (Anm. 2), S. 160 f.

¹⁷ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, Köln 1989, S. 136.

diversifizierte sich das politische Feld.¹⁸ Die „Neue Rechte“ ist keine genau zu definierende Formation, sie ist vielmehr ein „schillerndes Phänomen“¹⁹. Sie gewinnt ihren Gehalt weitgehend durch die Abgrenzung zur „alten“ Rechten sowie zu einer „gemäßigten“ Rechten. Sie zeichnet sich neben antiliberalen Positionen vor allem durch das Konzept des Ethnopluralismus aus. Dieser Ethnopluralismus konstruiert Gesellschaften nach ihren vermeintlichen Kulturen und Ethnien, die erhalten bleiben sollten. Formal wird sich dadurch zwar von biologischen Argumentationen distanziert. Letztlich zielt die ethnopluralistische Position aber auf eine völkische und ethnische Homogenität, gepaart mit einem identitären Nationalismus. Das langfristige Ziel dieser „Neuen Rechten“ ist die „kulturellen Hegemonie“ – die Deutungshoheit.²⁰

3. Armin Mohler und die „Neue Rechte“

Im Folgenden soll die Perspektive auf die „Neue Rechte“ gewissermaßen umgedreht werden: Statt sie zu kategorisieren, erfolgt eine Analyse der Bedeutung des Intellektuellen Armin Mohlers im (rechts)konservativen Spektrum. Dabei soll untersucht werden, welche Wandlungen Mohler im Wechselverhältnis zu den Debatten im konservativen Kreis um „*Criticón*“ durchlief, an dessen Ende die Theoriezirkel um die „Neue Rechte“ standen.

3.1. Entwicklung und Spannungsverhältnis

Armin Mohler war bis Ende der 1960er Jahre polarisierender, aber anerkannter Intellektueller. Der frühere Sekretär Ernst Jüngers galt beispielsweise für den „Spiegel“ noch Ende der 1960er Jahre als „kon-

¹⁸ Zur Entstehung der „Neuen Rechten“ vgl. Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation, Ideologie, Strategie, Frankfurt a. M. 1987, S. 23-42.

¹⁹ Uwe Backes, Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46/2001, S. 24-39, hier S. 27.

²⁰ Vgl. ebd., S. 28.

servative(r)“ Autor²¹ oder als „konservative(r) Intellektueller“²². Durch die „Kulturrevolution“ um „Achtundsechzig“ aber wurde der Konservatismus erschüttert und herausgefordert.²³ Der Schweizer Mohler war „einer der konsequentesten und aggressivsten Epigonen und Avantgardisten“²⁴ der Erneuerungsbewegung des Konservatismus. In der ersten „Criticón“-Ausgabe „Rückkehr zur Ratio“ 1970 schrieb Armin Mohler den einleitenden Beitrag. Darin lobte er Arnold Gehlens zuvor erschienenenes Werk „Moral und Hypermoral“. Dieses sei gerade für den Konservatismus eine „Wegmarke“, weil damit ein neuer „Realismus“ begründet werde. Gegen die dominierenden „linken“ Gesellschaftsvorstellungen müsse sich der Konservative nun auf die „Ratio“ berufen.²⁵ Mohler setzte seine Hoffnungen in die konservativen Riegen, sich gegen die „milchbärtige(n) Revolutionäre“²⁶ der Studentenbewegung zu wehren. Gerade in der „Kulturrevolution“ sah er eine Chance für die Konservativen begründet. Denn die gesellschaftliche Polarisierung werde dazu führen, dass sich sowohl das linke als auch das rechte Spektrum ideologisch wandeln. Während die Linken ihr Ende erfahren, würde sich der Konservatismus bald von seinen „veralteten“ Vorstellungen lösen können.²⁷

Während sich das konservative Lager um den Dekadenwechsel in der Defensive befand und es ihn aufgrund der Krise in erster Linie um eine Verteidigung gegen linke Vorstellungen ging, kam es ab 1973/74 zu einem Wandel. Die Beiträge in „Criticón“ zeigen, wie sich die

²¹ O. A.: „Die Welt“: Links an der Wand, in: Der Spiegel Nr. 14 vom 28. März 1966, S. 64-68, hier S. 64.

²² O. A.: Intellektuelle/Israel-Konflikt: Salem oder Schalom, in: Der Spiegel Nr. 28, vom 3. Juli 1967, S. 84-86, hier S. 84.

²³ Vgl. Hermann Lübke, „Konzessionismus dient aber nie der Beschwichtigung, sondern er hat Selbstschädigung zur Konsequenz“, Gespräch mit Felix Dirsch und Hartmut Becker, in: Hartmut Becker/Felix Dirsch/Stefan Winckler (Hrsg.): Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution, Graz 2004, S. 37-63, hier S. 57.

²⁴ Norbert Hilger, Armin Mohler und der Neokonservatismus, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 38. Jg. (1991), H. 8, S. 718-724, hier S. 718.

²⁵ Vgl. Armin Mohler, Gehlens „Moral und Hypermoral“ – eine Wegmarke, in: Criticón, Nr. 1/1970, S. 1.

²⁶ Armin Mohler, Von rechts gesehen, Stuttgart 1974, S. 113.

²⁷ Vgl. ebd., S. 29.

Grenzen zwischen den verschiedenen Strömungen zunehmend auflösen²⁸ und der positive Bezug zum Konservatismus Auftrieb erhielt.²⁹ Dieses Aufblühen einer heterogenen Strömung machte auch die Gründung von konservativen Zeitschriften, Organisationen und Zirkeln deutlich, was für die zeitgemäße Suche nach einer Rekonstruktion konservativer Meinungsführerschaft stand.³⁰ Mit zunehmender Hoffnung häuften sich zugleich polarisierende Beiträge, die nach dem Wesensgehalt des Konservatismus fragten und dadurch die zuvor vermeintliche Geschlossenheit infrage stellten.³¹

Mohler diagnostizierte früh einen „sich ankündigenden Wetterumschlag“³². Das linke Projekt werde in den Irrationalismus führen, dann schlage die Stunde der Konservativen. Doch zugleich warnte er davor, dass sich der Konservatismus aus diesem „konstruierten Laufstall“³³ der Tendenzwende werde befreien müssen. Das neue gesellschaftliche Bedürfnis nach Konservativem dürfe sich nicht zu einem Auftrieb des Liberalkonservatismus weiterentwickeln. Mohler negierte diese Spielart des Konservativen nicht kategorisch, sondern sah dessen ideengeschichtlichen und soziokulturellen Sinn nur in den Verhältnissen, in denen die Ideen von Edmund Burke auch Anwendung finden könnten – nämlich in England und der Schweiz. Für die Bundesrepublik

²⁸ Dies zeigt sich etwa allein schon daran, dass u. a. Hermann Lübke in dieser Phase in „Criticón“ publizierte, vgl. Hermann Lübke, Lebensqualität oder Fortschrittskritik von links, in: Criticón, Nr. 21/1974, S. 6-11.

²⁹ Vgl. Christof Günzl, Kommentar, in: Criticón, Nr. 18/1973, S. 151.

³⁰ Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44/2004, S. 449-478, S. 450.

³¹ Vgl. Erik von Kuehnelt-Leddihn, Rechts – doch ohne Glauben? Eine Anfrage an die dezidierten Nicht-Christen unter den Konservativen, in: Criticón, Nr. 24/1974, S. 160-163. Erik von Kuehnelt-Leddihn postulierte 1973 selbstbewusst die erstrebenswerte und langfristig betrachtet gegebene Notwendigkeit, den Konservatismus durch diese einmalige historische Situation, in der er wieder verlangt werde, als eine „Ideologie“ zu begründen – als eine „Ideologie der Rechten“, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Der Anti-Ideologismus, in: Criticón, Nr. 17/1973, S. 120-124, hier S. 124. Diese polarisierende Forderung wurde zwar nachfolgend diskutiert, aber kaum kritisiert.

³² Armin Mohler, Warum nicht konservativ? Die Problematik der nächsten politischen Mode, in: Criticón, Nr. 4/1971, S. 72-73, hier S. 72.

³³ Ebd.

Deutschland treffe dies nicht zu, und daher dürfe Burke „kein Exportartikel“³⁴ für den deutschen Konservatismus sein.

Mohler kritisierte den seiner Ansicht nach „veralteten“ Konservatismus und dessen aktuellen Spielarten – er nannte die süddeutsche katholische Variante polemisch „Demutskonservatismus“ und die norddeutsche liberal-konservative „Gärtnerkonservatismus“³⁵ –, weil dieser dazu neige, sich an abstrakte Kategorien zu klammern. Doch eben jene Tendenz entfremde ihn vom Zeitgeist; der Konservatismus müsse sich dagegen den Gegebenheiten und historischen Konstellationen anpassen.³⁶ Ein moderner Konservatismus müsse sich nach vorne richten – und dies könne er nach Mohler nur, gegenüber dem souveränen „Volk“ und der „Nation“ verpflichtet.³⁷ Dafür müsse der Konservatismus vom „wahren Menschen“ ausgehen. Dieser wolle, so Mohler, „nicht frei sein, sondern in einem Sinnzusammenhang stehen. Oder, um es mit einer gebräuchlichen konservativen Formel zu sagen: Der Mensch will nicht frei *von* allem, sondern frei *für* etwas sein.“³⁸ Der unvollkommene Mensch könne – und vor allem *wolle* – den „undurchschaubaren *Dschungel der Wirklichkeit*“³⁹ nicht erkennen. Er wisse vielmehr um die Bedeutung und Notwendigkeit eines ewigen Kreislaufs, eines Rhythmus von „Geburt und Vernichtung“⁴⁰ und daher sei die Sehnsucht nach Vernichtung im Menschen an sich angelegt. Mohler nannte dies provokativ den „faschistischen Stil“.⁴¹ Damit

³⁴ Ebd., S. 73.

³⁵ Vgl. Armin Mohler, *Konservativ* 1969. Sonderdruck aus *Formeln deutscher Politik*, München 1969, S. 94 f.

³⁶ Vgl. Armin Mohler, Was heißt schon „reaktionär“? in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Was ist reaktionär? Zur Dialektik von Fortschritt und Rückschritt*, Freiburg 1975, S. 68-72, hier S. 71.

³⁷ Armin Mohler, *Deutscher Konservatismus seit 1945*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen*, München 1974, S. 34-53, hier S. 36.

³⁸ Armin Mohler, *Konservativ* 1962, in: *Der Monat* 14 Jg. (1962), H. 16, S. 23-29, hier S. 27.

³⁹ Armin Mohler zit. n. Hilger, *Armin Mohler und der Neokonservatismus* (Anm. 24), S. 719.

⁴⁰ Armin Mohler zit. n. ebd., S. 720.

⁴¹ Vgl. Armin Mohler, *Der faschistische Stil*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Konservatismus International*, Stuttgart 1973, S. 172-190.

legte er seinen Menschentypus als revolutionären und entschlossenen an, der gerade im eigentlich sinnlosen – weil irrationalen und chancenlosen – Kampf aufgrund seiner Überzeugung weiterkämpft, und damit einen Sinn erhält. Dieses Menschenbild, das Mohler von Ernst Jüngers Frontkämpfer und Georges Sorels Produzententyp ableitete, war prägend für ihn. Es radikalisierte sich im Laufe der 1970er Jahre auch zunehmend.⁴²

Mohler erblickte in den politischen wie gesellschaftlichen Umwälzungen der Krisenjahre der 1970er die Möglichkeit, einen „entschlossenen“ Konservatismus als „Ideologie“ neu zu begründen.⁴³ Denn der große Fehler des Nachkriegskonservatismus sei es gewesen, sich hinter „der Parole ‚Ich bin konservativ und habe deshalb keine Ideologie‘“⁴⁴ zu verstecken: „Konservatismus‘ war hier nur noch ein Alibi für den Verzicht auf Politik.“⁴⁵ Mit einer „Ideologisierung“ des Konservatismus verband Mohler ein „aktionistisches Moment“⁴⁶ und zielte letztlich auf einen „aktionsfähigen Konservatismus“⁴⁷. Die konservativen Revolutionäre der Weimarer Zeit waren hier seine direkten Vorbilder, die er wegen ihres Zusammenhalts zeitlebens bewunderte. Dementsprechend plädierte Mohler Anfang der 1970er Jahre für eine stärkere Gruppensolidarität. Hierbei gestand er sogar zu, dass man an diesem Punkt von den „Linken“ noch lernen könne, weil die „Rechten“ nicht solidarisch genug untereinander seien.⁴⁸ Dieses Gruppenge-

⁴² Vgl. Armin Mohler, Mafia, Gulag und Agon. Über die drei Arten der Politik, in: Criticón, Nr. 63/1981, S. 17-21.

⁴³ Vgl. Mohler, Deutscher Konservatismus seit 1945 (Anm. 37), S. 39.

⁴⁴ Ebd., S. 40.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ In diesem Sinne kann auch sein Autorenporträt über Georges Sorel verstanden werden, den er für eben jenes entschlossene „aktionistische Moment“ als Vorbild ausmachte, vgl. Armin Mohler, Autorenporträt Georges Sorel, in: Criticón, Nr. 20/1973, S. 244-246. Noch radikal-aktionistischer formuliert in Armin Mohler, Ernst Niekisch 1889-1967, in: Criticón, Nr. 59/1980, S. 108-112.

⁴⁷ Vgl. Ludwig Elm, Der „neue“ Konservatismus: Das Desaster von gestern als Leitbild für morgen, in: Ders. (Hrsg.): Leitbilder des deutschen Konservatismus, Köln 1984, S. 227-274, hier S. 240.

⁴⁸ Vgl. Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987, S. 201 f.

fühl galt ihm als eigentliches Ziel einer „Weltanschauung“, das „Suchen nach Bindung, welches das Suchen nach Freiheit ablöst, und das Suchen nach Ganzheit, Einheit, welches von allen Zweiteilungen und Spaltungen wegstrebt.“⁴⁹ Diese „konservative Utopie“⁵⁰ müsse die Konservativen einen und sie zu einer entschlossenen „politischen Kraft“⁵¹ werden lassen. Mohler erhoffte sich durch die Tendenzwende eine Verfestigung und Radikalisierung des konservativen Lagers, plädierte daher dafür, zuvor entschlossene Linke in die konservativen Reihen aufzunehmen, Liberalkonservative aber auszugrenzen: „Ich bin der Überzeugung, dass die Konservativen den von der Linken kommenden Renegaten das Tor weit öffnen, vor den liberalen Renegaten es jedoch versperren sollten. Warum? Der Linke hat sich die Finger verbrannt; er weiß, worum es geht. Der Liberale jedoch weiß nicht, dass er selbst derjenige ist, der das Feuer gelegt hat (wüsste er es, so wäre er ja ein Linker geworden). Der Linke bringt Methoden und Härte mit, die wir brauchen können. Der Liberale schleppt Bazillen und seine Unbelehrbarkeit mit ein“⁵². Mohler sah diese Jahre als selektiven Prozess der Befreiung des Konservatismus vom Liberalismus.⁵³ Seine Positionen entfachten erneut eine heftige Debatte in „Crítico“.⁵⁴ In der Frage nach dem Verhältnis zum Liberalismus und dem Umgang mit den Renegaten offenbarte Mohler seine Intentionen: Der Konservatismus solle nicht als „Welterklärungssystem“⁵⁵ begründet werden. Es bedürfe einer „konservativen Theorie“, aus der heraus eine

⁴⁹ Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland, S. 10, zit. n. Dirk van Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993, S. 259 (Fußnote 101).

⁵⁰ Mohler, Konservativ 1969 (Anm. 35), S. 106.

⁵¹ Ebd., S. 118.

⁵² Armin Mohler, Die Kerenskis der Kulturrevolution. Zur Invasion APO-geschädigter Liberaler ins konservative Lager, in: Crítico, Nr. 21/1974, S. 23-25, hier S. 25.

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Vgl. Erik von Kuehnelt-Leddihn, Zwangskloster oder freie Wirtschaft? Anmerkungen zur Liberalismus-Debatte, in: Crítico, Nr. 22/1974, S. 69-72; Hans-Dietrich Sander, Fünf Appendices zu Mohlers Aufklärungsballon, in: Crítico, Nr. 22/1974, S. 75-76.

⁵⁵ Armin Mohler, Ein Marxismus von rechts? Konservatives und linkes Verständnis der Sprache, in: Crítico, Nr. 29/1975, S. 118-120, hier S. 120.

„konservative Ideologie“ abgeleitet werden könne, die allerdings keine Entscheidungen vorgebe, sondern lediglich eine radikal-konservative Bewegung zusammenführe, die selbst konkrete Entscheidungen treffen würde.⁵⁶

Doch statt der erhofften Einigung diversifizierten sich die Spielarten des Konservatismus Mitte der 1970er Jahre – der „Liberalkonservatismus“ wurde nur ein Streitpunkt.⁵⁷ Durch die zunehmenden Brüche und Spannungen machte sich im konservativen Lager Ernüchterung breit.⁵⁸ In eben dieser Phase reizte Mohler die Grenzen erstmals aus. Er kritisierte die verbreitete Annahme, dass die Union *die* Partei der Konservativen sei.⁵⁹ Dieser Tabubruch löste erneut eine heftige Debatte in „*Criticón*“ aus.⁶⁰ Es sei für Mohler nicht unmöglich, dass die CDU *die* Partei der Konservativen werden könnte, denn „ein Einzelner (kann) eine Partei in die ... Richtung zwingen“⁶¹. Daher unterstützte er anfangs Franz-Josef Strauß und dessen Idee einer „Vierten Partei“, bewunderte dessen „unglaublichen Instinkt“⁶², kritisierte aber die mangelnde Durchsetzungskraft. Als Strauß den Schritt der Abspaltung der CSU von der Schwesterpartei nicht ging, distanzierte sich Mohler. Ab den 1980er Jahren unterstützte er keine etablierte Partei mehr.⁶³ Mohler avancierte spätestens ab diesem Zeitpunkt zum um-

⁵⁶ Vgl. ebd. Mohler sah in der „Ideologie“ also lediglich ein Mittel zum Zweck. Er spezifizierte hierbei allerdings seine Positionen nicht weiter und vermochte wohl auch nicht zu erkennen, dass er sich aufgrund eines verkürzten Ideologieverständnisses gewissermaßen selbst widersprach.

⁵⁷ Vgl. Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.

⁵⁸ Vgl. Karlheinz Weißmann, *Deutscher Konservatismus II. Von 1918 bis zur Gegenwart*, in: Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.): *Lexikon des Konservatismus*, Graz 1996, S. 124-128, hier S. 127.

⁵⁹ Vgl. Armin Mohler, *Die CDU und wir*, in: *Criticón*, Nr. 26/1974, S. 246-249.

⁶⁰ In der Einleitung zum Diskussteil heißt es, dass viele Leser empört durch Leserbriefe und Abbestellungen auf Mohlers Äußerungen reagiert hätten.

⁶¹ Armin Mohler, *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978, S. 22.

⁶² Mohler im Gespräch in Leggewie, *Der Geist steht rechts* (Anm. 48), S. 201.

⁶³ Vgl. Armin Mohler, *Viele Fragen: Armin Mohler im Gespräch mit Petra Müller*, in: Ders. (Hrsg.): *Das Gespräch. Über Linke, Rechte und Langweiler*, Dresden 2001, S. 21-118, hier S. 57.

strittensten Konservativen⁶⁴ und zugleich zeigte sich hieran, wie strittig und letztlich trennend die Parteifrage für das konservative Spektrum wurde.⁶⁵

Seine anfängliche Hoffnung auf eine Konzentration des konservativen Lagers schlug mehr und mehr in Enttäuschung um. Er versuchte zunehmend, das konservative Spektrum herauszufordern, wollte sich sogar rein begrifflich von diesem distanzieren, indem er sich provokativ selbst als „rechts“⁶⁶ bezeichnete. Seine Person und Positionen wurden ab Mitte der 1970er Jahre immer umstrittener⁶⁷, kaum ein Beitrag von

⁶⁴ Vgl. Ehrenfried Schütte, Wie schlimm ist Mohler? in: *Criticón*, Nr. 30/1975, S. 159-160; Hanns Klatz, Abfall vom Konservatismus? Zu Armin Mohlers „Deutsche Nachkriegspresse und Vergangenheitsbewältigung. Erinnerungen an Giselher Wirsing“, in: *Criticón*, Nr. 33/1976, S. 25-26. Es ergreifen immer seltener Konservative für Mohler Partei, vgl. Carl Gustav Ströhm, Ein Klischee-Töter. Buchbericht zu Armin Mohler: Tendenzwende für Fortgeschrittene, in: *Criticón*, Nr. 51/1979, S. 42-44.

⁶⁵ Vgl. Klaus Hornung, Ein Kanzler wie du und ich? Skizze einer Warnung, in: *Criticón*, Nr. 27/1975, S. 19-20; Robert Hepp, Armin Mohler und die CDU. Leserbrief, in: *Criticón*, Nr. 28/1975, S. 59-61; Richard Schuster, CDU bleibt CDU, in: *Criticón*, Nr. 30/1975, S. 159.

⁶⁶ Mohler, Tendenzwende für Fortgeschrittene (Anm. 61), S. 37.

⁶⁷ Vgl. Karlheinz Weißmann, Autorenporträt Armin Mohler. Zum 65. Geburtstag, in: *Criticón*, Nr. 88/1985, S. 58-62, hier S. 61. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass er ab Ende der 1970er Jahre zunehmend unter dem Pseudonym „Scribifax“ publizierte, vgl. Martin Lichtmesz, *Criticón*, Staatsbriefe, Junge Freiheit, in: *Sezession* 38/2010, S. 34-35, hier S. 34, bzw. seinen Themenschwerpunkt hin zur Kunst verlagerte, vgl. exemplarisch Armin Mohler, Im Land der „institutionalisierten Revolution“. Die mexikanische Wandmalerei des 20. Jahrhunderts als ihr zwiespältiger Spiegel, in: *Criticón*, Nr. 39/1977, S. 31-38; Armin Mohler, „Figurenfeld Eichstätt“. Zur Problematik des historischen Denkmals in unserer Zeit, in: *Criticón*, Nr. 67/1981, S. 242-243. Gleichwohl transportiert er über dieses Themenfeld seinen Antiliberalismus. So sei beispielsweise die mexikanische Kunst gerade deshalb so bedeutend, weil sie für ein „antiliberales Kunstverständnis“ stehe, Armin Mohler, Der „Muralismo Mexicano“. Die mexikanische Wandmalerei des 20. Jahrhunderts (Rivero – Orozco - Siqueiros), in: *Criticón*, Nr. 38/1976, S. 283-287, hier S. 285.

ihm in „Criticón“ blieb unkommentiert.⁶⁸ Die zuvor noch nicht offen artikulierte – oder wie bei seinem Vorbild Carl Schmitt immanent indirekte – Kritik an der parlamentarischen Demokratie⁶⁹ entwickelte sich bis Mitte der 1970er Jahre weiter zu antidemokratischen Parolen.⁷⁰ Mohlers dezisionistisches Politikverständnis verlangte geradezu eine gesellschaftliche – auf das „Volk“ rekurrierende – Einheit.⁷¹ Doch hinter dem vorgehaltenen Eintreten für eine Basisdemokratie – Mohler nannte dies „wirkliche Demokratie“⁷² – und hinter der Forderung, die repräsentativ-demokratischen Tendenzen durch direktdemokratische Elemente stark einzuschränken, stand der Wunsch nach einem einheitsstiftenden, alles überragenden Staatsmann.⁷³ Im Zuge der terroristischen Bedrohungen und der daraus erwachsenden gesellschaftlichen Krisen sowie der steten „Unregierbarkeitsdebatte“ hatte die Beschwörung des „Ernstfalls“ in konservativen Kreisen Konjunktur. Allerdings gingen die hieraus gezogenen Forderungen, Maßnahmen und Lösungen weit auseinander, sodass der „Ernstfall“ zu einem „Schlüsselbegriff“⁷⁴ in den konservativen Debatten Ende der 1970er Jahre wurde. Der „Ernstfall“ war für Mohler ein be-

⁶⁸ Dies überrascht umso mehr, als dass die zuvor relativ große Zeitschriften-Rubrik „Diskussion“ in den „Criticón“-Ausgaben Mitte der 1970er Jahre zunehmend kleiner ausfällt.

⁶⁹ Vgl. Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten: Angst vor der Politik – Angst vor der Geschichte – Angst vor der Macht, Stuttgart 1965, S. 207.

⁷⁰ So vergleicht Claus Leggewie Mohlers Schrift „Vergangenheitsbewältigung“ von 1968 mit der Neuauflage 1980 und bemerkt eine „Verschärfung des Tonfalls und eine Radikalisierung der Positionen“, Leggewie, Der Geist steht rechts (Anm. 48), S. 209. Beispielhaft für den sich verschärfenden Tonfall, vgl. Armin Mohler, Krieg den Hütten, Friede den Palästen! Ist „Regionalismus“ konservative Pflicht? in: Criticón, Nr. 48/1978, S. 197-200.

⁷¹ Vgl. Mohler, Was die Deutschen fürchten (Anm. 69), S. 206; Hilger, Armin Mohler und der Neokonservatismus (Anm. 24), S. 722.

⁷² Armin Mohler, Zur konservativen Sammlung, Rundschreiben, 14. Februar 1970, Nachlass Mohler, zit. n. Karlheinz Weißmann, Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011, S. 178.

⁷³ Vgl. Hilger, Armin Mohler und der Neokonservatismus (Anm. 24), S. 724; allgemein zu diesem Demokratieverständnis Pfahl-Traugher, Konservative Revolution und Neue Rechte (Anm. 2), S. 196-199.

⁷⁴ Karlheinz Weißmann, Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945, Schnellroda 2011, S. 63.

stimmendes Thema, er sei die drängendste zu klärende Frage und zugleich der Gradmesser für die Konservativen.⁷⁵ Entscheidend sei weniger, ob der „Ernstfall“ eintrete oder nicht, sondern der Prozess der Vorbereitung, die „Wappnung für den Ernstfall“⁷⁶. Denn die Deutung und Klärung des Ernstfalls ordne das gesellschaftliche Gefüge neu: „So war es bei der Mobilisierung und der zeremoniellen Kriegserklärung früherer Zeiten. Durch sie änderten sich der Zweck und die Ordnung des staatlichen Lebens und die Art der Beziehungen zwischen den Staaten grundlegend“⁷⁷.

Auch wenn sich Mohler nun abgrenzend als „Rechter“ bezeichnete, war er doch zugleich von der politischen Rechten in der Bundesrepublik enttäuscht⁷⁸, kritisierte deren populistischen Nationalismus.⁷⁹ Daher suchte er neue politische Formen und proklamierte provokativ eine „nominalistische Wende für den Konservatismus“⁸⁰ in Anlehnung an die französische „Nouvelle Droite“ um Alain de Benoist, dessen

⁷⁵ 1978 organisierte Mohler eine Tagung zum „Ernstfall“. Es referierten neben Mohler u. a. Rüdiger Altmann, Hellmut Diwald, Josef Isensee und Robert Hepp. Danach wurde der Ernstfall definiert als eine „durchaus nicht seltene, dennoch aber eigentümliche Erscheinung. ... Wir wollen unter Ernstfällen eine Klasse von ‚Übergangssituationen‘ begreifen. In ihnen erhalten Abläufe im Leben von Menschen ... und/oder erprobten Institutionen, auch Systemen, mehr oder weniger plötzlich einen neuartigen Charakter“. Dieser Übergang sei entweder eine „normierte Ausnahme“, für die Vorkehrungen getroffen werden könnten, oder sie seien eine „nichtnormierte Ausnahme, die durch etwas seiner Art nach unvorhergesehenes Neues charakterisiert ist“, Knut Borchardt, Nachwort, in: Armin Mohler/Anton Peisl (Hrsg.): Der Ernstfall. Vortragsreihe der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München im Juni 1978, Frankfurt a. M. 1979, S. 212-226, hier S. 215.

⁷⁶ Ebd., S. 221.

⁷⁷ Ebd., S. 217.

⁷⁸ Maaß will davon sprechen, dass Mohler ab den 1980er Jahren „frustriert“ war, vgl. Sebastian Maaß, Die Geschichte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, Kiel 2014, S. 74. Weißmann spricht von einer „Desillusionierung“, vgl. Weißmann, Armin Mohler. Eine politische Biographie (Anm. 72), S. 215.

⁷⁹ Vgl. Mohler im Gespräch in Leggewie, Der Geist steht rechts (Anm. 48), S. 202 f.

⁸⁰ Vgl. Armin Mohler, Die nominalistische Wende, in: Criticón, Nr. 47/1978, S. 139-145.

Person und Werk Mohler auch in „Criticón“ einführte.⁸¹ Mit dieser Forderung nach einem Nominalismus, verstanden als Absage an jeglichen Universalismus, zielte Mohler auf eine Gretchenfrage ab.⁸² Damit sollte der „Konflikt der Konflikte“ unter den Konservativen geklärt, und erst eine „beseelte Einheit“⁸³ hergestellt werden. Doch mit dieser Generalkritik an den Konservativen⁸⁴ fand Mohler in „Criticón“ – zumindest öffentlich – keine Unterstützer, sondern rief heftige Kritik hervor, sodass er sich zunehmend selbst isolierte.⁸⁵ Mohler wiederum rechtfertigte sich damit, dass seine vermeintlich konservativen Kritiker die großen „Denker“ des Konservatismus – wie Friedrich Nietzsche, Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Arnold Gehlen – nie verstanden hätten.⁸⁶ Der Nominalismus als Negation alles Universellen wurde später zur Grundlage des „vehementen Anti-Egalitarismus der Neuen Rechten“⁸⁷.

⁸¹ Vgl. Armin Mohler, Alain de Benoist: Vu de droite, in: Criticón, Nr. 41/1977, S. 110; Armin Mohler, Kampfansage ans Christentum? in: Criticón, Nr. 65/1981, S. 149-150; Armin Mohler, Die französische Rechte. Zwischen Liberalkonservatismus und Nationaljakobinertum, in: Criticón, Nr. 72-73/1982, S. 165-168.

⁸² Mohler gesteht selbst ein, dass der „Criticón“-Herausgeber nur widerwillig für die Veröffentlichung des Beitrages gestimmt habe, Mohler, Die nominalistische Wende (Anm. 80), S. 139.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Vgl. Armin Mohler, Wir feinen Konservativen. Was lehrt uns die französische „Neue Rechte“? in: Criticón, Nr. 54/1979, S. 171-175, hier S. 173.

⁸⁵ Vgl. Oswald von Nostitz, Armin Mohler und die Konservativen, in: Criticón 55/1979, S. 246-248; Wilhelm Duden, Die Konservativen und die CDU, in: Criticón, Nr. 56/1979, S. 296-297; Alexander Gauland, Falsche Identifikationen, in: Criticón, Nr. 55/1979, S. 246.

⁸⁶ Vgl. Armin Mohler, Antwort eines „Apologeten“, in: Criticón, Nr. 56/1979, S. 297-299, hier S. 299.

⁸⁷ Patrick Moreau, Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland, in: Iring Fetscher (Hrsg.): Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983, S. 117-162, hier S. 119.

3.2. Auseinandergehen – Die „Neue Rechte“

Diese Abgrenzung erfolgte soziokulturell zu einem Zeitpunkt, als sich der identitätsstiftende Antikommunismus wieder verstärkte und aus der Frage nach Identität in dieser „Identitätskrise“⁸⁸ eine konkrete Suche nach ihr wurde.⁸⁹ Ende der 1970er Jahre war die Bundesrepublik Deutschland endgültig auf der „Suche nach der nationalen Identität“⁹⁰. Es kam zu einer „Renationalisierung des konservativen Lagers“⁹¹. Aber hierbei wurde nicht die Frage, ob, sondern wie stramm national die Konservativen ihr Programm gestalten sollten, zur endgültigen Zerreißprobe. Denn strömungsübergreifend wurde die Debatte um eine „deutsche Identität“ immer relevanter, aber nicht alle Strömungen wollten aus dieser Frage eine Forderung ableiten.⁹² Um den Preis der Identität wegen setzte man sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander – mit dem eigentlichen Ziel, sie zu verdrängen.⁹³ In „Criticón“ wurde die „Vergangenheitsbewältigung“ eines der

⁸⁸ Thomas Kroll/Tilman Reitz, Zeithistorische und wissenssoziologische Zugänge zu den Intellektuellen der 1960er und 1970er Jahre. Eine Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, Göttingen 2013, S. 7-18, hier S. 8.

⁸⁹ Vgl. Jens Hacke, Auf der Strecke geblieben? Über das Verschwinden des Konservatismus als politische Ideologie, in: Indes, Nr. 3/2015, S. 21-28, hier S. 23.

⁹⁰ Vgl. Iring Fetscher, Die Suche nach der nationalen Identität, in: Jürgen Habermas (Hrsg.): Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Band 1: Nation und Republik, Frankfurt a. M. 1979, S. 115-131.

⁹¹ Weißmann, Deutscher Konservatismus II. (Anm. 58), S. 127.

⁹² Vgl. die Jubiläumsausgabe „10 Jahre Criticón – Rückruf in die Geschichte“; Critilo: Rückruf in die Geschichte. 10 Jahre Criticón, in: Criticón, Nr. 60-61/1980, S. 159; Hellmut Diwald, Das Lindenblatt ist unerlässlich. Bemerkungen zur deutschen Identität, in: Criticón, Nr. 60-61/1980, S. 195-198; vgl. Holger Czitrich, Konservatismus und nationale Identität in der Bundesrepublik Deutschland. Der Konservatismus, seine Theorie und Entwicklung im Spiegel der Diskussionen über das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der siebziger Jahre, Frankfurt a. M. 1989.

⁹³ Vgl. Jürgen Kocka, Kritik und Identität. Nationalsozialismus, Alltag und Geographie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 33. Jg. (1986) Nr. 10, S. 890-897, hier S. 892.

meistdiskutierten Themen – und auch dabei waren es vor allem die polarisierenden Positionen von Mohler.⁹⁴

Nach Mohler müsse der „wahre“ Konservatismus hier ansetzen, beim „Kampf um die Rückgewinnung der deutschen Selbstbestimmung“⁹⁵. Für Mohler könne die „nationale Welle“ auf der Suche nach einer „deutschen Identität“ zur „Stunde der Konservativen“⁹⁶ werden. Doch angesichts der Enttäuschung über das Ausbleiben der aus seiner Sicht notwendigen Impulse und Erfolge aus den konservativen Reihen wandte er sich von diesen ab.⁹⁷ Er suchte nun, neue nationalkonservative Impulse zu setzen. Gleichzeitig wurde im konservativen Lager angesichts des Generationenkonfliktes und der polarisierenden Frage nach der Vergangenheitsbewältigung auch eine andere Thematik wieder aktueller: die „konservative Revolution“. Mohler war nicht nur ihr bedeutendster Apologet, sondern durch seine zunehmenden Provokationen wurde er gerade für die jüngere Generation der Konservativen attraktiver. Dieser Nachwuchs war besonders fasziniert von den konservativen Revolutionären. Daher gingen gerade sie später zur „Neuen Rechten“ über⁹⁸ – und Mohler wurde ihr „Spiritus Rector“⁹⁹.

Um eben jene „nationale Identität“¹⁰⁰ zu erreichen, müsse nach Mohler die Vergangenheit „bewältigt“ werden, indem diese nicht als Last,

⁹⁴ Vgl. Armin Mohler, Zum Hitlerbild. Buchbericht Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, in: *Criticón*, Nr. 51/1979, S. 41-42; Armin Mohler, Die Deutschen in der Mühle. Zum Stand der Vergangenheitsbewältigung nach „Holocaust“ und nach der Anti-Diwald-Kampagne, in: *Criticón*, Nr. 52/1979, S. 55-59, hier S. 59.

⁹⁵ Mohler, Wir feinen Konservativen (Anm. 84), S. 174.

⁹⁶ Armin Mohler, Deutsche Außenpolitik. Oder: die Bundesrepublik hat Gliederzerren, in: *Criticón*, Nr. 68/1981, S. 303-307, hier S. 306.

⁹⁷ Vgl. Ralf Walkenhaus, Armin Mohlers Denkstil, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 97-116, hier S. 98; Thomas Willms, Armin Mohler. Von der CSU zum Neofaschismus, Köln 2004, S. 7.

⁹⁸ Armin Mohler, *Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch*, Graz 2005, S. 208 f.; vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Politischer Extremismus*, Wiesbaden 2006, S. 78.

⁹⁹ Johannes Großmann, *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*, München 2014, S. 288.

¹⁰⁰ Mohler, Wir feinen Konservativen (Anm. 84), S. 175.

sondern als Erfahrung dienen solle.¹⁰¹ Die moralische Vergangenheitsbewältigung sei eine „deutsche Neurose“¹⁰², die verhindere, die „deutschen Ängste“¹⁰³ zu überwinden. Mohler beschrieb dies auch polemisch mit der Metapher des „Nasenrings“¹⁰⁴. Dieser Nationalismus ermögliche es letztlich, einen neuen, „wahren“ Konservatismus zu begründen – einen nationalen Konservatismus als „rechte Weltanschauung“¹⁰⁵. Ab den 1980er Jahren wurden sein Antiliberalismus¹⁰⁶, aber auch seine Kritik an der „Vergangenheitsbewältigung“ dermaßen radikal, dass er schließlich jegliche Form der Aufarbeitung der Vergangenheit negierte. Er ging sogar so weit, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren. Dies wurde beispielsweise daran deutlich, dass Mohler Ilse Koch, die Frau des Kommandanten im KZ-Buchen-

¹⁰¹Vgl. Armin Mohler, Brief an einen italienischen Freund. Die deutsche Rechte seit 1946, in: *Criticón*, Nr. 12/1972, S. 151-154, hier S. 151. Mitte der 1970er formulierte Mohler seine Position hierzu noch relativ gemäßigt und indirekt über Autorenporträts, vgl. Armin Mohler, Deutsche Nachkriegspresse u. Vergangenheitsbewältigung. Erinnerungen an Giselher Wirsing, in: *Criticón*, Nr. 32/1975, S. 245-250; Armin Mohler, Vergangenheitsbewältigung ist Gegenwartsmanipulation. Am Beispiel des Falles Karl Korn, in: *Criticón*, Nr. 34/1976, S. 57-62. Aber auch diese Beiträge waren polarisierend und umstritten, was sich an den vielen empörenden Leserbriefen in „*Criticón*“ ablesen lässt. Ab Ende der 1970er Jahre äußerte Mohler dann seine Position direkter und radikal. In eben jener Phase wandelte sich zugleich auch das Profil der Zeitschrift „*Criticón*“ selbst. Die gemäßigt konservative Basis schien sich in jenen Jahren mehr und mehr zu reduzieren. Das ursprüngliche Ziel, die verschiedenen konservativen Strömungen zusammenzuführen, verlor zunehmend an Bedeutung – zugunsten der neuen Strömung: der „Neuen Rechten“.

¹⁰²Vgl. Armin Mohler/Anton Peisl (Hrsg.): *Die deutsche Neurose*, Frankfurt a. M. 1979.

¹⁰³Mohler, Was die Deutschen fürchten (Anm. 69).

¹⁰⁴Armin Mohler, *Der Nasenring*. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung, München 1991.

¹⁰⁵Vgl. Armin Mohler, Weltanschauungen der rechten politischen Gruppierungen, in: Armin Mohler/Anton Peisl (Hrsg.): *Kursbuch der Weltanschauungen*, Frankfurt a. M. 1980, S. 146-171, hier S. 148.

¹⁰⁶Vgl. Armin Mohler, Gegen die Liberalen, Schnellroda 2010, S. 14; Armin Mohler, Lehre und Leere des Liberalismus. Anlässlich der Fukuyama-Debatte über das „Ende der Geschichte“, in: Volker Beismann/Markus Josef Klein (Hrsg.): *Politische Lageanalyse*. Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag am 15. Januar 1993, Bruchsal 1993, S. 207-233.

wald, die in aufsehenerregenden Prozessen in der Nachkriegszeit verurteilt wurde, nachträglich von ihrer Schuld freisprechen wollte.¹⁰⁷

Mohlers Nationalismus und Revisionismus wurden immer offensichtlicher, er zweifelte indirekt gar den Holocaust in seiner Dimension an: „Erstens wird die Zahl von sechs Millionen umgebrachten Juden radikal angezweifelt; die als Korrektur angebotenen Zahlen sind sechsstellig. Zweitens geht es um die sogenannten Vergasungskammern ... die (teilweise) nie in Gebrauch genommen wurde(n) ... Wir wissen nicht ob diese Thesen stimmen.“¹⁰⁸ Nach heftiger Kritik aus dem „Crítico“-Kreis verteidigte sich Mohler in einer Antwort mit eben jener stilistischen Form, er habe keine Aussagen getroffen, sondern nur Andeutungen aufgezeigt.¹⁰⁹ Seine Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen griff den Debatten vor, die wenige Jahre später im „Historikerstreit“ geführt wurden.¹¹⁰

Mohler jedenfalls radikalisierte sich zunehmend. Seine sprachlich-semanticische Vorsicht, seine antiliberalen und antidemokratischen Einstellungen zu äußern, schwand und er wurde zunehmend direkter, aggressiver und radikaler.¹¹¹ Hier zeigt sich sein Wandel in den 1970er Jahren: In den 1960er Jahren noch geschätzter „Welt“-Mitarbeiter, der zum Feindbild der Linken avancierte, in den 1980er Jahren aber „im linken *comme il faut* zur Kaste der Unberührbaren gezählt und von den ‚feinen‘ Konservativen als aktionistisches Schmutzkind“¹¹² zunehmend gemieden, wurde er zu einem der „führenden Rechtsintellek-

¹⁰⁷Vgl. Armin Mohler, Die „meistgehaßte Frau der Welt“. Ein Musterbeispiel von Vergangenheitsbewältigung: der Fall Ilse Koch, in: *Crítico*, Nr. 85/1984, S. 217-221.

¹⁰⁸Mohler, *Wir feinen Konservativen* (Anm. 84), S. 175.

¹⁰⁹Vgl. Mohler, Antwort eines „Apologeten“ (Anm. 86).

¹¹⁰Ernst Nolte, einer der Hauptprotagonisten des „Historikerstreits“, wurde bereits 1981 in „Crítico“ als herausragender Historiker betitelt, der sich durch ein „stark philosophisch bestimmtes und nirgendwo politisch abgezwacktes Denken“ auszeichne, Caspar von Schrenck-Notzing, Wieso Außenseiter? in: *Crítico*, Nr. 64/1981, S. 97; Zur Empörung über den „Historikerstreit“, vgl. exemplarisch *Critilo*: Editorial, in: *Crítico*, Nr. 104/1987, S. 239; Armin Mohler, Mißverständnisse um Ernst Nolte. Über sein Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945“, in: *Crítico*, Nr. 104/1987, S. 267-270.

¹¹¹Vgl. Weißmann, Armin Mohler (Anm. 72), S. 229.

¹¹²Leggewie, *Der Geist steht rechts* (Anm. 48), S. 188.

tuellen dieser Republik“¹¹³. Welchen Stellenwert Mohler dennoch in den 1980er Jahren genoss, verdeutlicht ein Briefwechsel zwischen ihm und Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Dieser soll Mohler geschrieben haben: „Distanz und Engagement gehören zu den unabdingbaren Eigenschaften, die ein Historiker braucht. Beides haben Sie uns Deutschen gegenüber in hohem Maße eingesetzt und uns dabei viel geholfen.“¹¹⁴

Höhepunkt von Mohlers Radikalisierung wurde ein Interview im Jahre 1995, in dem er provokativ äußerte: „Ich bin ein Faschist“¹¹⁵. Dabei bezog er sich auf das Faschismus-Verständnis von Primo de Rivera, dem Begründer der spanischen Falange.¹¹⁶ Faschismus „ist für mich, wenn enttäuschte Liberale und enttäuschte Sozialisten sich zu etwas Neuem zusammenfinden. Daraus entsteht, was man konservative Revolution nennt.“¹¹⁷ Mohler gilt als Wegbereiter der „Neuen Rechten“,¹¹⁸ als Provokateur und „intellektueller Husar, der sich nur im Kampf richtig wohl fühlt.“¹¹⁹

3.3. Intellektualisierung

Ende der 1970er Jahre entstand im Zuge der Transformation des Konservatismus, der Debatte um „nationale Identität“ und der gleichzeitigen Krise des „alten“ Rechtsextremismus eine neue „rechtsextremisti-

¹¹³Ebd.

¹¹⁴Richard von Weizsäcker an Armin Mohler, 16. Februar 1987, Nachlass Armin Mohler, Literaturarchiv Marbach, zit. n. Maaß, Die Geschichte der Neuen Rechten (Anm. 78), S. 64.

¹¹⁵Vgl. Armin Mohler, „Ich bin ein Faschist“, in: Leipziger Volkszeitung, 25./26. November 1995, zit. n. Walkenhaus, Armin Mohlers Denkstil (Anm. 97), S. 99.

¹¹⁶Vgl. Michael Bauerschmidt u.a., Mohler, Dr. phil. Armin, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 493-494, hier S. 493.

¹¹⁷Armin Mohler zit. n. Pfahl-Traugher, Konservative Revolution und Neue Rechte (Anm. 2), S. 169.

¹¹⁸Vgl. ebd., S. 16.

¹¹⁹Gunther Nickel, Zum 80. Geburtstag des streitbaren Publizisten Armin Mohler, in: Die Welt vom 12. April 2000.

sche Intellektuellen-Szene“¹²⁰. Armin Mohler nahm hierfür eine zentrale Rolle ein. Dies belegt indirekt auch der Historiker Sebastian Maaß mit seiner – vorsichtig ausgedrückt – problematischen Arbeit über die „Geschichte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland“, wenn er um der Relativierung rechter Positionen willen davon spricht, dass Mohler „Pionierarbeit“¹²¹ für eine „intellektuelle Rechte“ geleistet habe. Mohler hatte den diskursiven Raum ausgegrenzt und mit provokativen Forderungen ausgereizt, zugleich damit aber auch Impulse und Akzente gesetzt, die zwar im gemäßigten konservativen Milieu auf Kritik gestoßen waren. Aber Mohler konnte gerade in einer Phase der nationalen Identitätskrise wirkmächtig werden. Dies führte zwar zur Abgrenzung vom etablierten Milieu, ermöglichte ihm aber eine neue Anhängerschaft – die „Neue Rechte“.

Es kann an dieser Stelle nicht um eine konkrete Einordnung des rechtsextremistischen Potenzials gehen. Diese Frage ließe sich nur vertiefend durch eine Differenzierung und genauere Analyse der „nationalrevolutionären“ und „jungkonservativen“ Elemente und Strömungen innerhalb der „Neuen Rechten“ beantworten¹²², zumal diese je im Einzelfall zugeordnet werden müssten.¹²³ Vielmehr geht es hier um eine vorgelagerte Betrachtung. Denn was sich in den 1970er Jahren im Zuge der ideellen Krise und Wandlung des Konservatismus sowie der Strukturveränderungen im Rechtsextremismus änderte, ist insbesondere seine geistig-politische Erscheinung. Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn nennt dies auch eine „Intellectualisierung“¹²⁴. Damit meint er in einem wertneutralen Sinn, dass „Positionen formal nach-

¹²⁰Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 71-100, hier S. 80 f.

¹²¹Maaß, Die Geschichte der Neuen Rechten (Anm. 78), S. 75. Die Arbeit und Positionen von Maaß sind inhaltlich kaum haltbar.

¹²²Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 87.

¹²³Vgl. Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 69.

¹²⁴Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 61.

vollziehbar formuliert sein sollen und dass sie in ihrer Bezugnahme auf dritte Referenzen dem Anspruch einer intellektuellen Auseinandersetzung genügen.¹²⁵ Oder anders ausgedrückt: Die eigenen Positionen sollten sich von „alten“ rechten Positionen dadurch abgrenzen, dass sie zum einen durch Referenzen aus der Geistes- und Ideengeschichte sowie der Verhaltensforschung fundiert, zum anderen aber auch durch ihr vermeintlich verständliches Auftreten gesellschaftlich anschlussfähig werden würden.¹²⁶ Diese Janusköpfigkeit der „Neuen Rechten“ wird beispielsweise durch das Konzept des „Ethnopluralismus“ erreicht, indem zwar vermeintlich nicht biologisch-rassistisch für eine homogene „deutsche Nation“ eingetreten wird. Aber über die Propagierung der Gleichwertigkeit anderer Ethnien, wenn diese in ihren „kulturellen Räumen“ verblieben, wird der gleiche Effekt erzielt. Durch diese politische „Mimikry“¹²⁷ – die öffentlich terminologische Anpassung – werden nationalistische Positionen gesellschaftlich wirkmächtig und ermöglichen einen Übergang von rechtsextremistischen zu (rechts)konservativen Positionen – und umgekehrt.¹²⁸ Dies zeigt sich auch wiederum an einem Rekurs auf die „Konservative Revolution“ in der Weimarer Republik, die die „Neuen Rechten“ als Vorbild nahmen und nehmen. Die weltanschaulichen Vordenker um Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler bereiteten durch die Intellektualisierung konservativer, nationalistisch-völkischer, anti-liberaler sowie insgesamt antidemokratischer Positionen das Feld für den Nationalsozialismus.¹²⁹

¹²⁵Ebd.

¹²⁶Vgl. Patrick Moreau, Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland, in: Iring Fetscher (Hrsg.): Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983, S. 117-162.

¹²⁷Salzborn, Rechtsextremismus (Anm. 124), S. 63.

¹²⁸Vgl. Volker Weiß, Ab wann ist konservativ rechts? in: Die Zeit, 19. Februar 2016, hier nach: www.zeit.de (gelesen am 11. März 2016).

¹²⁹Vgl. Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Stuttgart 2005.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

In den 1970er Jahren diversifizierte sich der politische Konservatismus durch die Verlagerung in Versatzstücke anderer Strömungen. Er verlor sein Alleinstellungsmerkmal, seine spezifische Legitimation und bedurfte vielmehr einer neuen übergeordneten, metapolitischen Rechtfertigung. Denn gelang diese Vermittlung vorher noch durch die Religion, ersetzt die Nation zunehmend diese Funktion. Der Konservatismus verbleibt unter modernen bürgerlichen Verhältnissen vor allem als „Krisenphänomen“ (Kurt Lenk), d. h. als ein Indiz für gesellschaftliche Krisenlagen. Was ihn unter den gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen vor allem ausmacht, ist sein Gehalt als „Reaktionsbildung“¹³⁰ auf gesellschaftliche Prozesse. Er muss verstanden werden als „Mechanismus der Abwehr, eine Art, mit ‚Unsicherheit und Angst‘ umzugehen“¹³¹. Schafft es der Konservatismus aber nicht mehr, die sich in Krisenzeiten freisetzenden Ressentiments zu kanalisieren, ihnen gewissermaßen die Dynamik zu nehmen, können sich die Übergänge zu neurechten Positionen verselbstständigen. Denn es sind gerade neurechte Ansichten, die es vermögen, durch intellektualisierte Positionen gesellschaftlich anschlussfähig zu werden. Dem Konservatismus vor deutschem Hintergrund scheint die Fähigkeit des Transfers bisher kaum möglich, verliert er sich doch zumeist in einem antiliberalen Kulturdünkel und nationaler Borniertheit. Dieses Spannungsverhältnis zwischen bürgerlich-demokratischem Konservatismus und nationalistisch-populistischem Rechtskonservatismus, der fließende Übergänge zu neurechten und rechtsextremistischen Positionen aufweist, potenziert sich nunmehr zusehends. Diese „(n)eu(e)n Formen des Konservatismus“ begründen sich durch „neue neokonservative kulturelle Stimmungen, Tendenzen zu Radikalisierung und Polarisierung gerade in Fragen von Sicherheit und Migration.“¹³² Die „Ressen-

¹³⁰ Helmut Dubiel, Was ist Neokonservatismus? Frankfurt a. M. 1985, S. 12.

¹³¹ Robert Misik, Politik der Paranoia. Gegen die neuen Konservativen, Berlin 2009, S. 180; vgl. Kurt Lenk, Deutscher Konservatismus, Frankfurt/New York 1989, S. 281.

¹³² Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015, S. 200.

timentbewegung“¹³³ PEGIDA, aber auch die AfD und weitere autoritär-reaktionäre Protestphänomene klagen aus ihrer Sicht eine konservative Politik ein.¹³⁴ In eben jene Leerstelle treten die neurechten Intellektuellen und können gezielt Ressentiments der gesellschaftlichen Mitte aufgreifen und bedienen.¹³⁵ Eine „Neue Rechte“ jedenfalls – ob man sie nun als geistig-politische Strömung, Bewegung oder auch hypostatisch zu fassen versucht – erhält ihre Wirkungskraft, Impulse und Dynamik vor allem aus der jeweiligen soziohistorischen sowie ideenpolitischen Krise des Konservatismus.

Diese Gemengelage potenziert sich in jenen soziohistorischen Situationen, in denen gerade vor deutschem Hintergrund die Frage nach nationaler Identität gesamtgesellschaftlich verhandelt wird. Dies erklärt ansatzweise den Aufstieg der „Neuen Rechten“ Ende der 1970er Jahre und den vorläufigen Höhepunkt in den 1990er Jahren. In Krisen des nationalen Selbstverständnisses erweitert sich das Gelegenheitsfenster bzw. der diskursive Raum, damit Positionen dieser „Neuen Rechten“ gesellschaftlich anschlussfähig bzw. gehört werden können. Die gesellschaftliche Bedrohung besteht schließlich nicht nur darin, dass Ideen und Theorien ein sozial diskreditierter rechter Intellektueller entwickelt, sondern vor allem, wenn diese Positionen mehrheitsfähig bzw. aus der „Mitte der Gesellschaft“ heraus aufgegriffen werden können.¹³⁶ Hier schließt sich der Kreis um Armin Mohler. Denn sein letzter Schüler Götz Kubitschek, der auch Mohlers Grabrede 2003 hielt, gilt heute als bedeutender Intellektueller der „Neuen Rechten“.¹³⁷ In einem Interview in der Sendung „Kulturzeit“ vom März

¹³³ Armin Pfahl-Traughber, Pegida als neue Protestbewegung von „rechts“, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 27, Baden-Baden 2015, S. 154-171, hier S. 171.

¹³⁴ Vgl. Malte Henk, Wie ich auszog, die AfD zu verstehen, in: Die Zeit, 13. März 2016, hier nach: www.zeit.de (gelesen am 13. März 2016).

¹³⁵ Exemplarisch zu Götz Kubitschek, vgl. Armin Pfahl-Traughber, Neurechter Provokateur, in: Blick nach rechts, 19. Februar 2016, in: <http://www.bnr.de> (gelesen am 9. März 2016).

¹³⁶ Vgl. zur Umdeutung von Begriffen anschaulich o.A., Das Wörterbuch der neuesten Rechten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. April 2016, S. 43.

¹³⁷ Vgl. Armin Nassehi, Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben wer-

2016 freute sich Kubitschek regelrecht über die nationale Krise der Bundesrepublik angesichts der „Flüchtlingsdebatte“, denn diese ermögliche es, dass die neurechten Positionen endlich gesellschaftlich wirkmächtig würden.¹³⁸

den muss, Hamburg 2015, besonders den darin enthaltenen Briefwechsel zwischen Nassehi und Kubitschek, S. 296-330.

¹³⁸Vgl. Kulturzeit: Götz Kubitschek/Armin Nassehi, 9. März 2016, in: 3sat Mediathek, hier nach: www.3sat.de (gelesen am 12. März 2016).

Renaissance der „Neuen Rechten“ in Deutschland?

Zur Diskussion über neurechte Elemente im gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus

Samuel Salzborn

1. Einleitung und Fragestellung

Der Begriff „Neue Rechte“ ist einer derjenigen Termini in der Rechtsextremismusforschung, die sehr unterschiedlich und nicht selten auch diffus verwandt werden. Es existieren mindestens drei Begriffsverständnisse, die sich oft auch überlappen: Zum einen wird der Begriff – sehr weit gefasst – für rein zeitliche Veränderungen im Rechtsextremismus verwandt, zum zweiten – sehr eng gefasst – mit Blick auf alle Strömungen innerhalb der extremen Rechten,¹ die sich selbst als neurechts verstehen und schließlich zum dritten – vor allem in analytischer Intention – als Kategorie, die nicht nur die Selbstbeschreibung einzelner Akteure umfasst, sondern darüber hinaus auch funktional danach fragt, was oder wer als „Neue Rechte“ im Rechtsextremismus beschrieben werden kann bzw. sollte. Gemeinsam ist allen Differenzierungsansätzen, dass sie die „Neue Rechte“ von einer – wie auch immer konkret gefassten – alten Rechten abgrenzen: zeitlich, phänomenologisch oder systematisch.

Rein phänomenologisch betrachtet findet sich der Begriff „Neue Rechte“ in Deutschland seit den 1970er Jahren, organisatorisch verbunden mit der Gründung der „Aktion Neue Rechte“ im Jahr 1972, die ihrerseits an die französische Nouvelle Droite anschloss. Dabei besteht sowohl in der Selbstbeschreibung, wie der analytischen Fremdzuschreibung mit Blick auf die „Neue Rechte“ Einigkeit, dass die sub-

¹ Entgegen der in diesem Jahrbuch oft verwendeten Begrifflichkeit „rechtsextremistisch“ wird in diesem Beitrag generell der Begriff „rechtsextrem“ verwandt, da er aus Sicht des Autors eine wissenschaftlich größere Offenheit hat und ermöglicht, unterschiedliche Strömungen aufgrund ihrer weltanschaulichen Gemeinsamkeiten und Nähen unter einem Oberbegriff zusammenzufassen, auch wenn sich diese in ihren politischen Strategien und Verhaltensweisen unterscheiden mögen. Vgl. zum Begriffsverständnis ausführlich: Samuel Salzborn, *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, 2. Aufl., Baden-Baden 2015, S. 14 ff.

stanziiellen Unterschiede der „Neuen Rechten“ zu anderen Strömungen des Rechtsextremismus darin bestehen, dass sich sowohl deren politische Strategie, wie deren weltanschauliche Inhalte gewandelt haben. Die Hochzeit der nationalen wie internationalen Diskussion über die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik war in den 1990er Jahren, viele Studien in Deutschland erschienen bereits etwas früher,² die wichtigen internationalen Arbeiten mit etwas Zeitverzug.³

Der Grund, in der Gegenwart erneut einen Blick auf die „Neue Rechte“ zu werfen, besteht darin, dass sich der bundesdeutsche Rechtsextremismus in jüngerer Vergangenheit – wieder – nachhaltig gewandelt hat (u.a. Gründung und Etablierung neuer Publikationsorgane im neu-rechten Spektrum, Entwicklung neuer, strategisch an Überlegungen der „Neuen Rechten“ anschließender Aktions- und Agitationsformen, Entstehung einer neuen, sich formal gegenüber dem Neonazismus abgrenzenden rechten Partei) und sich die Frage ergibt, ob diese Wandlungen als eine Renaissance der „Neuen Rechten“, möglicherweise sogar als die erfolgreiche Durchsetzung ihrer politischen Ziele aufgrund langfristiger Erfolge bei der Erringung einer rechten „kulturellen Hegemonie“, gedeutet werden sollten?

² Vgl. Iring Fetscher (Hrsg.), Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983; Martina Koelschky, Die Stimme ihrer Herren. Ideologie und Strategien der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik, Köln 1986; Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation, Ideologie, Strategie, Frankfurt 1987; Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekas, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990; Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990.

³ Vgl. Tamir Bar-On, Fascism to the Nouvelle Droite: The Dream of Pan-European Empire, in: Journal of Contemporary European Studies, 16 (2008) 3, S. 327–345; Tamir Bar-On, Rethinking the French New Right. Alternatives to modernity, London/New York 2013; Michael Minkenberg, The New Right in Comparative Perspective: The USA and Germany, Ithaca, NY 1993; Michael O'Meara, New Culture, New Right. Anti-Liberalism in Postmodern Europe, Bloomington 2004; Roger Woods, Germany's new Right as culture and politics, New York 2007.

Die zentrale Frage des Beitrags besteht insofern darin, die Argumente, die für und die gegen eine Renaissance der „Neuen Rechten“ in Deutschland sprechen, systematisch vor dem Hintergrund erstens einer Skizze der Entstehung, Ideologie und Strategie der „Neuen Rechten“ sowie zweitens einer Auseinandersetzung mit dem Aufstieg und Fall der „Neuen Rechten“ in den 1990er und frühen 2000er Jahren zu formulieren. Auf dieser Basis soll dann drittens anhand einer Analyse jüngerer Entwicklungen im bundesdeutschen Rechtsextremismus unter Einbezug einer Analyse von Primärmaterial der rechtsextremen Szene das spezifische Spannungsverhältnis diskutiert werden, in dem Gründe, die für einen Renaissance sprechen, gegen diejenigen, die dagegen sprechen, abgewogen und in Relation zu Geschichte, Ideologie und Strategie der „Neuen Rechten“ gesetzt werden. Denn die Entwicklungen sind durchaus ambivalent: Nicht jede temporäre Veränderung im Rechtsextremismus muss gleich als neurechts verstanden werden, sondern kann auch einfach „nur“ eine Veränderung bzw. Erneuerung ohne unmittelbaren, sondern auch ohne mittelbaren Einfluss der „Neuen Rechten“ sein.

2. Entstehung, Ideologie und Strategie der „Neuen Rechten“

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion ist die „Neue Rechte“ funktional sehr unterschiedlich verstanden worden, die Überlegungen reichen metaphorisch von dem Begriff des Scharniers über den der Brücke bis hin zu dem des Bindeglieds zum Konservatismus. Zugleich wird kontrovers diskutiert, ob die „Neue Rechte“ Teil des Rechtsextremismus, Teil des Konservatismus oder eine unabhängige Strömung zwischen beiden Milieus ist. Sowohl aufgrund ihrer organisatorischen, publizistischen und personellen Aktivitäten, aber besonders aufgrund ihrer Weltanschauung wird die „Neue Rechte“ hier verstanden als eine Strömung *im* Rechtsextremismus, deren funktionales Anliegen darin besteht, mit ihrer völkisch-kulturalistischen Sichtweise in möglichst viele politische Spektren zu wirken. Das politische Ziel der „Neuen Rechten“ lässt sich im Wesentlichen unter zwei Schlagworten zusammenfassen: die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch

die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) „kulturellen Hegemonie“.⁴

Das metapolitische Anliegen der „Neuen Rechten“ betont die intellektuellen Schwächen weiter Teile der rechtsextremen Szene und setzt gegen deren Theorie- und Kulturabstinenz die Forderung, eigene Politikansätze intellektuell begründen und damit legitimieren zu müssen. Insofern meint die metapolitische Intellektualisierung im Sinne der „Neuen Rechten“, dass die völkischen Positionen, die (auch) von der „Neuen Rechten“ vertreten werden, umfangreich begründet und mit Referenzen aus der Geistes- und Ideengeschichte fundiert werden sollen, wobei – wie der Zeithistoriker Roger Griffin zurecht betont hat – die metapolitischen Ideen der „Neuen Rechten“ weiterhin „einen Restbestand faschistischer Ideologie in ihren Forderungen nach kultureller Regeneration“ beinhalten.⁵ Dabei geht es der „Neuen Rechten“ um „kulturelle Hegemonie“, d.h. sie ist eine lose Bewegung, die politische Macht gerade nicht durch Erringung von parteipolitischer Regierungsverantwortung erreichen will, sondern ihre Positionen gesellschaftlich als hegemonial durchsetzen möchte, wobei der Kampf um „kulturelle Hegemonie“ stets auch kulturpessimistische Züge trägt.⁶ Das kann dann auch bedeuten, dass eine Partei ihre Positionen (schleichend) übernimmt, orientiert aber mehr darauf, Einstellungen und Werthaltungen auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene zu beeinflussen.

Der historische Entstehungszusammenhang der „Neuen Rechten“ ist das Scheitern der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) auf dem parlamentarischen Weg Ende der 1960er Jahre. Als die NPD bei der Bundestagswahl 1969 knapp an der Fünf-Prozent-Sperrklausel scheiterte und damit ihren vorherigen Höhenflug der erfolgreichen Einzüge in mehrere Länderparlamente nicht fortsetzen konnte, differenzierte sich die rechtsextreme Szene zunächst in zwei

⁴ Vgl. Roger Griffin, *Between metapolitics and apoliteia: the Nouvelle Droite's strategy for conserving the fascist vision in the 'interregnum'*, in: *Modern & Contemporary France*, 8 (2000) 1, S. 35–53; Armin Pfahl-Traughber, *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998.

⁵ Griffin, *Between metapolitics and apoliteia* (Anm. 4), S. 35.

⁶ Vgl. Woods, *Germany's new Right* (Anm. 3), S. 25.

Flügel, unterschieden vor allem in ihrer Problemanalyse für dieses Scheitern: Ein Flügel, der den Weg in außerparlamentarische, paramilitärische und terroristische Organisationen fand, vertrat die Auffassung, die NPD sei zu legalistisch gewesen, es sei für neonationalsozialistische Ansätze ein Fehler, sich überhaupt auf die Spielregeln des Parlamentarismus einzulassen, stattdessen müsse die Demokratie durch einen gewaltsamen Umsturz abgeschafft und ein diktatorisches Regime auf Basis von unmittelbarer Gewaltausübung errichtet werden. Der andere Flügel attestierte als Grund für das Scheitern der NPD deren mangelnde Intellektualität und orientierte sich strategisch nicht auf einen Kampf um die Straße, sondern auf einen Kampf um die Köpfe:⁷ die Menschen müssten von rechtsextremen Ansichten überzeugt werden, man müsse zunächst – so der von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci entlehnte Begriff – einen Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ führen und dabei, dies zeigte schon die Begriffsadaption, auch mit Strategien der politischen Mimikry arbeiten, also sich Begriffe und Strategien des politischen Gegners abschauen und selbst camouflagiert in den öffentlichen Diskurs einwirken.⁸

Insofern entstand die „Neue Rechte“ in Deutschland auch als bewusster Gegenpol zur in den späten 1960er Jahren entstandenen Neuen Linken der Anti-Vietnamkriegs- und Studierendenprotestgeneration, die von dieser bestimmte strategische Ansätze übernahm, man könnte auch sagen: plagiierte. Dazu zählt auf der einen Seite die Strategie, losen Zirkel und Gruppen den Vorzug vor einer großen, einheitlichen Organisation zu geben, zum anderen die starke Orientierung auf die intellektuelle Auseinandersetzung im medialen Raum und schließlich auch der fluide Charakter von vorhandenen Organisationen, an die sich im Spektrum der „Neuen Rechten“ weniger geklammert wird, als beispielsweise im Parteienspektrum. So nimmt es auch wenig Wun-

⁷ Vgl. Samuel Salzborn, Rechtsextremismus (Anm. 1), S. 31ff.

⁸ Vgl. Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990; Wolfgang Gessenharter, Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994; Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004; Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte in Europa. Zur ideologisch-strategischen Funktion intellektueller Zirkel bei der Erneuerung der extremen Rechten in der EU, Brüssel 2001.

der, dass nicht nur die als Abspaltung von der NPD 1972 gegründete „Aktion Neue Rechte“ schnell in der Bedeutungslosigkeit verschwand, die neurechten Wertvorstellungen allerdings an anderen Orten weiter diskutiert und lanciert werden.

Die 1970er Jahre sind auch das Jahrzehnt der Gründung zahlreicher Publikationsorgane, die sich teilweise zu wesentlichen Organen der neurechten Szene entwickelten (wie z.B. das bieder aufgemachte Magazin „Criticón“), andere aber, nachdem in ihnen einflussreiche Debatten geführt, sie aber an Verbreitung verloren haben, auch sang- und klanglos untergingen (wie die nationalrevolutionäre „wir selbst“, deren Chefideologe Henning Eichberg in der Frühphase der neurechten Bewegung maßgeblichen Einfluss auf die Ideologieproduktion, aber auch die Brückenbildung bis in die grün-alternative Szene hatte).⁹ Ebenfalls nicht zu unterschätzen, wenngleich erst in den späten 1980er, frühen 1990er Jahren wirklich einflussreich in der bundesdeutschen Szene, ist die französische Nouvelle Droite mit ihrem organisatorischen Kern der GRECE um den Chefdenker Alain de Benoist,¹⁰ der im Bereich der Begriffspolitik vor allem durch sein Konzept des *ethno-différencialisme* prägend war.¹¹ Dabei handelt es sich um eine Variation der ethnischen Ungleichheitsideologie des Rechtsextremismus, die allerdings kulturalistisch und nicht rassistisch argumentiert und an das Konzept des „Ethnopluralismus“ anknüpft, dessen Formulierung in Deutschland wesentlich Henning Eichberg zugeschrieben wird.

Die politische Strategie der „Neuen Rechten“ ist, in Erweiterung der Aspekte einer (weitgehenden) Organisationslosigkeit und der Adaption linker Kulturtechniken, gekennzeichnet durch eine politische Mimikry und den Versuch, eine intellektuelle Metapolitik mit dem Ziel

⁹ Vgl. Clemens Heni, Salonfähigkeit der Neuen Rechten. „Nationale Identität“, Antisemitismus und Antiamerikanismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1970–2005: Henning Eichberg als Exempel, Marburg 2007.

¹⁰ Vgl. Tamir Bar-On, Rethinking the French New Right (Anm. 3).

¹¹ Vgl. Pierre-André Taguieff, Sur la Nouvelle Droite. Jalons d’une analyse critique, Paris 1994; Alberto Spektorowski, The New Right: ethno-regionalism, ethno-pluralism and the emergence of a neo-fascist ‚Third Way‘, in: Journal of Political Ideologies, 8 (2003) 1, S. 111–130.

einer konservativen Kulturrevolution zu betreiben. Auch hier sind die terminologischen Adaptionen an die politische Linke, insbesondere den italienischen Hegemonietheoretiker Antonio Gramsci unübersehbar. Das strategische Ziel besteht darin, durch Mimikry – also durch äußerliche (terminologische) Anpassung an die jeweilige (politische, mediale) Umgebung – die eigenen Ziele zu verschleiern und so in den gesellschaftlichen Mainstream hineinzuwirken, diesen nicht in Detailfragen zu verändern, sondern im Sinne einer Metapolitik grundlegende Denkrichtungen einer Gesellschaft zu prägen und zu bestimmen, um so den Bereich der (politischen) Kultur zu besetzen, der dann – mittel- oder langfristig – auch zu einer politischen Neuordnung im Sinne der „Neuen Rechten“ führen soll. Es ist also ein Umweg, der auch scheinbar vor- und unpolitische Felder wie Kunst und Musik einschließt, als Teil der strategischen Erwägungen jenseits der Parteiförderung des Rechtsextremismus.

Mit Blick auf die weltanschaulichen Ankerpunkte der „Neuen Rechten“ muss zunächst betont werden, dass das Adjektiv „neu“ hier tendenziell auf eine falsche Fährte lockt – denn, mit Ausnahme des Terminus des „Ethnopluralismus“, ist nichts an der Weltanschauung der „Neuen Rechten“ wirklich neu,¹² sondern nimmt vielmehr, ausdrücklich und explizit, Anleihe bei der – von Armin Mohler, der wie kaum ein zweiter für das Bestreben nach Integration zwischen den Spektren im rechtsextremen Milieu stand – so betitelten „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik.¹³ Deren Protagonisten werden ihrerseits retrospektiv zurecht als weltanschauliche Vordenker und Wegbreiter des Nationalsozialismus gesehen, zugleich diesem aber intellektuell auch überlegen waren. Insofern sind die ideengeschichtlichen Referenzen innerhalb der „Neuen Rechten“ auch jene Intellektuelle der Weimarer Zeit, die das weltanschauliche Grundgerüst des Nationalsozialismus – direkt oder indirekt – geprägt haben, wie Max Hildebert Boehm, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler,

¹² Vgl. Astrid Bötticher, Warum Neonazis? Radikale alte und neue Rechte – ein Ideologievergleich, Marburg 2008.

¹³ Vgl. Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950.

Othmar Spann, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Georges Sorel, Edgar Julius Jung, Ernst Niekisch und Ernst Jünger.¹⁴

Die „Neue Rechte“ geht dabei, wie alle Teilsegmente des Rechtsextremismus, von einer Ungleichheit der Menschen aus, die nach wie vor ethnisch, aber nicht mehr explizit rassistisch zu begründen versucht wird. Deren Antiuniversalismus mündet nicht, wie in der NS-Ideologie, in der Vernichtungs-, sondern einer Segmentierungsvorstellung, der konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien („Ethnopluralismus“). Diese ethnische Kategorialtrennung basiert auf einem homogenisierenden und soziobiologischen Differenzdenken. In diesem werden Menschen nur in ihrer ethnisch-kulturellen Identität – und nicht in ihrer Subjektivität und Individualität – gedacht, immer nur als Teil eines (unabänderlichen) Kollektivs, das anderen Kollektiven gegenüber- und entgegensteht, im Sinne einer auch kämpferisch und kriegerisch gedachten Freund-Feind-Dichotomie, die sich mit einem heroischen Männlichkeitsideal zur „männlichen Nation“ amalgamiert.¹⁵ Mit Blick auf den Gesellschaftsaufbau dominiert innenpolitisch ein völkischer Nationalismus in Verbindung mit einem autoritären Etatismus, der sich außenpolitisch in ethnopluralistische Konzepte übersetzt. Ein gewichtiger Faktor in der neurechten Diskussion ist zudem die Spiritualität und das Ganzheitlichkeitsdenken, was nicht nur eine organische und hierarchische Staatsorganisation umfasst, sondern auch eine starke Hinwendung zu religiösen Vorstellungen, neben christlich-fundamentalistischen Programmatiken besonders zu (neu-)heidnischen, naturreligiösen oder germanischen Vielgötterglauben als „Suche nach einer neuen Religion des Politischen“.¹⁶

¹⁴ Vgl. Jeffrey Herf, *Reactionary Modernism: Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984; Roger Woods, *The Conservative Revolution in the Weimar Republic*, Basingstoke, Hampshire 1996.

¹⁵ Vgl. Gabriele Kämper, *Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten*, Köln 2005.

¹⁶ Bar-On, *Rethinking the French New Right* (Anm. 3), S. 110.

3. Aufstieg und Niedergang der „Neuen Rechten“

Die Hochzeit der „Neuen Rechten“ in Deutschland sind zweifelsfrei die 1990er Jahre, was nicht zuletzt aus dem Kontext der so genannten „geistig-moralischen Wende“ resultiert, die die konservativ-liberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) seit 1982 proklamiert und die sich, nicht nur weltanschaulich, sondern auch personell, in den 1990er Jahren nachhaltig verfangen hatte: Denn das Programm, ein völkisches Nationenselbstverständnis (wieder) salonfähig zu machen, die offizielle Geschichtsschreibung mit Blick auf den Nationalsozialismus zu revidieren und sich selbst zu Opfern zu stilisieren, waren während der Regierung Kohl wesentliche Politikinhalte nicht nur der extremen Rechten, sondern der staatsoffiziellen bundesdeutschen Politik. Insofern bestanden für die „Neue Rechte“ günstige Gelegenheitsstrukturen: Das grundsätzliche Klima in der Bundesrepublik war staatsoffiziell rechtskonservativ, das Asylrecht 1993 mit den Stimmen fast aller Parteien so nachhaltig eingeschränkt, dass zeitgenössisch oft von dessen faktischer Abschaffung gesprochen wurde, die rassistischen Morde und Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte über lange Zeiträume von der Staatsgewalt nicht hinreichend unterbunden und oft nur mit der Sorge bedacht, sie könnten dem Ansehen Deutschlands in der Welt schaden, herrschte ein politisches Klima Anfang der 1990er Jahre, in denen neurechte Positionen auch außerhalb der rechtsextremen Szene Fuß fassen konnten.¹⁷

Daher hatten es auch einige neurechte Intellektuelle geschafft, in den Medien ein Netzwerk der gegenseitigen und wechselseitigen Rezeption zu etablieren. So machten sie die eigenen Thesen einer größeren Öffentlichkeit bekannt:¹⁸ Im Fahrwasser des Historikerstreits war es

¹⁷ Vgl. Jacob Heilbrunn, Germany's New Right, in: *Foreign Affairs*, 75 (1996) 6, S. 80–98; Michael Minkenberg, The New Right in Germany. The transformation of conservatism and the extreme right, in: *European Journal of Political Research*, 22 (1992), S. 55–81; ders., The radical right in public office: Agenda-setting and policy effects, in: *West European Politics*, 24 (2001) 4, S. 1–21; Karen Schönwälder, Right-wing extremism and racist violence in Germany, in: *West European Politics*, 18 (1995) 2, S. 448–456.

¹⁸ Vgl. Barbara Junge/Julia Naumann/Holger Stark, RechtsSchreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet,

einem der wichtigsten Vordenker der „Neuen Rechten“ in Deutschland, Karlheinz Weißmann, gelungen, seine Sicht über den Nationalsozialismus in der renommierten Reihe „Propyläen Geschichte Deutschlands“ unterzubringen (der Band wurde, kurz nach Erscheinen, wegen seiner geschichtsrevisionistischen Positionen wieder vom Markt genommen),¹⁹ neurechte und rechtsextreme Intellektuelle lancierten weit verbreitete Aufrufe wie den zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus unter dem Titel „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“, dessen Intention es war, die Deutschen zu Opfern zu stilisieren und die deutsche Verantwortung für den Nationalsozialismus klein zu reden – an sich nichts ungewöhnliches in der rechtsextremen Szene, nur dass dieser Aufruf nicht einfach in rechten Postillen erschien, sondern als Anzeige am 7. April 1995 in der meinungsführenden „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – und hier, was auf die Strategie der Verwischung der Grenzen zwischen Rechtsextremismus und politischer Mitte verwies, auch gemeinsam mit zahlreichen Unterschriften von Politikern des rechtskonservativen Flügels der CDU/CSU und des nationalliberalen Flügels der FDP.²⁰

Zugleich war die in den 1990er Jahren als Flaggschiff der „Neuen Rechten“ geltende Wochenzeitung „Junge Freiheit“²¹ um intensive, intellektuell anspruchsvolle Debattenführung und Lancierung von Themen bemüht und im neurechten Spektrum anzusiedelnde Magazine wie „Criticón“ und „wir selbst“ schafften es nicht nur, Autor(inn)en außerhalb des explizit rechten Spektrums zu gewinnen, sondern neben politischen und historischen Themen kulturelle Fragen zu thematisieren. Mitte/Ende der 1990er Jahre wurden aber die Differenzen innerhalb des Konservatismus wieder stärker – das mag zum einen damit zu tun haben, dass eine der in Sachen Rechtsextremismus

Berlin 1997; Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen*, Münster 1999.

¹⁹ Karlheinz Weißmann, *Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler von 1933–1945*, Berlin 1995.

²⁰ Vgl. Gerhard Braunthal, *Right-wing extremism in contemporary Germany*, Basingstoke 2009, S. 152f.

²¹ Vgl. Stephan Braun/Ute Vogt (Hrsg.), *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007; Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit*, Duisburg 1994.

aufmerksamen Verfassungsschutzbehörden (die von Nordrhein-Westfalen) begann, sich intensiv mit der „Neuen Rechten“ als Teil des Rechtsextremismus zu befassen, zum anderen damit, dass die Detailstudien zu Teilaspekten der rechtsintellektuellen Bewegung deutlich zunahmen und in der deutschsprachigen Rechtsextremismusforschung intensive Reflexionen sowohl über die (neu-)heidnischen und esoterischen²², die ökologisch-lebensschützenden²³, die männerbündischen²⁴ oder auch die geschichtsrevisionistischen Aspekte stattfanden.²⁵ Zentral dürfte schließlich aber auch gewesen sein, dass die „geistig-moralische“ Vorherrschaft des rechten Konservatismus in den Unionsparteien nicht nur durch den rot-grünen Regierungswechsel 1998 politisch gebrochen wurde, sondern dass der rechtskonservative Flügel in der CDU/CSU zunehmend von (wieder) stärker transatlantisch orientierten Kräften dominiert wurde und insofern auch innerparteilich an Einfluss verlor.

Außerdem sollte nicht vernachlässigt werden, dass gerade im Bereich der neurechten Medien selbst das intellektuelle Potenzial geradezu dramatisch zusammenbrach, es etwa bei der „Jungen Freiheit“ eine massive Entintellektualisierung gab und die bundesdeutsche Rechte an ihr intellektuelles Potenzial der 1990er Jahre über längere Zeiträume hinweg zunächst nicht mehr anknüpfen konnte, schlichtweg weil das (Diskussions-)Niveau (wieder) deutlich einfältiger und primitiver geworden ist. Eines der einflussreichen intendierten Werke der „Neuen Rechten“, das vom „Criticón“-Chef Caspar von Schrenck-Notzing

²² Vgl. Friedrich Paul Heller/Anton Maegerle, Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik, Stuttgart 2001.

²³ Vgl. Oliver Geden, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996; Volkmar Wölk, Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der „Neuen“ Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Duisburg 1992.

²⁴ Vgl. Dietrich Heither/Michael Gehler/Alexandra Kurth/Gerhard Schäfer, Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt 1997; Alexandra Kurth, Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800, Frankfurt/New York 2004.

²⁵ Vgl. Gerd Wiegel, Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, Köln 2001.

herausgegebene „Lexikon des Konservatismus“,²⁶ das sich vor allem dadurch auszeichnete, dass es um nachhaltige Differenzverwischungen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus bemüht war und zugleich auf ästhetisch-kulturellem Gebiet Dominanz entwickeln wollte, erschien nicht nur in einem abseitigen österreichischen Verlag, sondern verpuffte in der Szene weitgehend. Die FAZ – wenige Jahre zuvor noch ein wichtiger Hebel neurechter Intellektueller, um ihre Positionen zu platzieren – verriss es in wenigen Zeilen wegen seiner einseitigen Ausrichtung sogar als „schwachbeinig“. ²⁷

Seit den späten 1990er Jahren hat sich insofern der Einfluss der „Neuen Rechten“ gewandelt, was auch an der sozialwissenschaftliche Diskussion abzulesen ist: Die von den Politikwissenschaftlern Wolfgang Gessenharter und Hartmut Fröchling bzw. Wolfgang Gessenharter und Thomas Pfeiffer herausgegebenen Bände „Rechtsextremismus und Neue Reche in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?“ und „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“ diskutierten nun vor allem funktionale Aspekte der „Neuen Rechten“:²⁸ War sie ein Scharnier, war sie eine Brücke, war sie ein Bindeglied zum Konservatismus? Sollte man also die „Neue Rechte“ als rechtsextremen Teil des Konservatismus begreifen – oder als vom Konservatismus zunächst unabhängige Strömung des Rechtsextremismus? Oder zielte sie möglicherweise, fluktuierend zwischen allen Szenen, vor allem darauf, ihre kulturalistisch-völkische Sichtweise in möglichst vielen politischen Spektren zu lancieren und platzieren, war sie also, wie ein Begriff in der Debatte lautete, möglicherweise ein politisches Chamäleon, also ein nach außen hin anpassungsfähig erscheinender Akteur, an dessen tatsächlicher Positionierung aber nichts verändert?

²⁶ Vgl. Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), Lexikon des Konservatismus, Graz 1996.

²⁷ Vgl. Werner Hornung, Schwachbeinig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Mai 1997.

²⁸ Vgl. Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Reche in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998; Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004.

Damit führte die Diskussion zurück in einen Bereich, der in der bundesdeutschen Rechtsextremismusforschung immer wieder diskutiert worden war – die „Grauzone“ bzw. das „Brückenspektrum“. Dasjenige Spektrum von Organisationen, die sich selbst nicht als Teil des Rechtsextremismus sehen, aber weltanschaulich in wesentlichen Punkten mit rechtsextremen Positionen übereinstimmen und durch personelle oder organisatorische Überschneidungen selbst auch immer wieder Brücken zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus bauen. Der Begriff der „Grauzone“ betont den stufenweisen (weltanschaulichen) Übergang vom Rechtsextremismus zur politischen Mitte (ist aber analytisch schwach, weil eine Grauzone letztlich alles sein kann und damit faktisch nichts ist),²⁹ der des „Brückenspektrums“ die Funktion bestimmter Gruppen für die Etablierung des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft. Die zwei wichtigsten sozialen Milieus, die weltanschaulich wie organisatorisch über längere Traditionen verfügen und strukturell in dieses Spektrum fallen, sind die Vertriebenenverbände³⁰ und Teile der studentischen Verbindungen, vor allem die Burschenschaften, die Gildenschaften und die Verbindungen aus dem Verband der „Vereine Deutscher Studenten“ (VVDSt).³¹

Beide verbindet eine starke (völkische) Traditionsorientierung, ein reaktionäres Familien- und ein antifeministisches und homophobes Geschlechterbild, ein Festhalten an organisatorischen und gesellschaftlichen Hierarchien ebenso, wie eine rassistisch und/oder ethnoplural begründete Ablehnung des Universalitätspostulats und damit ein völkisches Menschen- und Gesellschaftsbild sowie eine starke Tendenz zu geschichtsrevisionistischen Positionen, insbesondere mit Blick auf die Umkehr des Täter-Opfer-Verhältnisses. Damit vertreten beide Mi-

²⁹ Vgl. Samuel Salzborn, Unter falscher Flagge. Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik?, in: Zeitschrift für Politik, 59 (2012) 1, S. 103–111.

³⁰ Vgl. Samuel Salzborn, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000; ders., Heimatrecht und Volkstumskampf. Die außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.

³¹ Vgl. Dietrich Heither/Michael Gehler/Alexandra Kurth/Gerhard Schäfer, Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt 1997; Projekt „Konservatismus und Wissenschaft“ (Hrsg.), Verbindende Verbände. Ein Lesebuch zu den politischen und sozialen Funktionen von Studentenverbindungen, Marburg 2000.

lieus, die sich oft auch personell mit dem organisierten Rechtsextremismus überlappen, wesentliche Aspekte der neurechten Weltanschauung, die zwar nicht aus dieser Tradition stammen, aber trotzdem dieselben soziostrukturellen Funktionen erfüllen, wie die „Neue Rechte“ sich ihr programmatisch verschrieben hat. Insofern erweiterten sich die Debatten der deutschen Rechtsextremismusforschung über die „Neue Rechte“ zunehmend (wieder) in Richtung eines intellektuellen Brückenspektrums, das selbstbeschreibend zwar nicht Teil der „Neuen Rechten“ ist, ihr weltanschaulich aber nahe steht.³²

4. Der Wiederaufstieg der „Neuen Rechten“: Strategien zwischen Metapolitik und kultureller Hegemoniegewinnung

Waren die späten 1990er und frühen 2000er Jahre die Zeit des Niedergangs der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik und ihrer öffentlichen Marginalisierung, so waren sie zugleich auch die Zeit der internen Sammlung und Reorganisation neurechter Strukturen. Fernab der großen öffentlichen Bühne wurden neue Organisationen und Zeitschriften gegründet, neue Aktionsformen entwickelt und über die Frage diskutiert, in welcher Weise denn der Anspruch auf eine rechte kulturelle Hegemonie durch eine intellektuelle Metapolitik mit dem Ziel einer konservativen Kulturrevolution erreicht werden könnte. Diese Entwicklungen lassen sich in zwei Bereiche systematisieren: einerseits die Gründung und Etablierung neuer Publikationsorgane und Organisationsstrukturen im neurechten Spektrum sowie die Entwicklung neuer Aktions- und Agitationsformen zur Reetablierung öffentlicher Wahrnehmung von neurechten Positionen, etwa durch eine grundlegend modifizierte Demonstrationspolitik, andererseits die Entstehung einer neuen, sich formal gegenüber dem Neonazismus abgrenzenden rechten Partei, der „Alternative für Deutschland“ (AfD).

In diesen beiden Feldern lagen aber auch substantielle Differenzen in der neurechten Szene, denn eine reine Kulturpolitik steht im Wider-

³² Vgl. Christoph Butterwegge/Janine Cremer/Alexander Häusler/Gudrun Hentges/Thomas Pfeiffer/Carolin Reißlandt/Samuel Salz Born, Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002. Siehe hierzu auch Volker Weiß, Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin, Paderborn 2011.

spruch zu der Idee einer Parteigründung. Anders gesagt: in der neurechten Szene der Bundesrepublik hat sich seit den 2000er Jahren zunehmend ein Gegensatz zwischen den beiden zentralen Paradigmen der „Neuen Rechten“ zugespitzt: denn während das *Paradigma der Intellektualisierung durch Metapolitik* letztlich eine unbedingte Parlamentarismusabstinenz unterstellt, zielt das *Paradigma der Erringung einer kulturellen Hegemonie* im Gegenteil letztlich auf den unbedingten Einflussgewinn (egal, auf welchem Weg), so dass die Frage, ob eine rechte Partei Gegenstand neurechter Strategien sein kann, kontrovers diskutiert wird.

4.1. Intellektualisierung durch Metapolitik: das Paradigma der unbedingten Parlamentarismusabstinenz

Im Umfeld der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die in den 1990er Jahren das Flaggschiff der „Neuen Rechten“ und maßgeblich für die Verbreitung eines völkischen Nationalismus in der öffentliche Debatte verantwortlich war, entwickelten sich – nach dem vorübergehenden intellektuellen Niedergang der Zeitung – in den beginnenden 2000er Jahren mehrere Projekte zur Reorganisation der „Neuen Rechten“. Der „Jungen Freiheit“ selbst kommt dabei nach wie vor die Funktion der Strukturierung von Debatten und der Integration verschiedener rechter Strömungen zu, wobei sie mit einer verkauften Auflage von rund 22.000 Exemplaren wöchentlich (Stand: 3/2014; zum Vergleich: Anfang 2008 waren es noch etwas mehr als 15.000) die Rolle eines rechten Leitmediums erfüllt.

Die Entwicklung der „Neuen Rechten“ seit der Jahrtausendwende vollzog sich in zwei unterschiedlichen Schritten: Der erste bestand in der Schaffung neuer Institutionen bzw. Organisationen, vor allem dem „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und der „Bibliothek des Konservatismus“, sowie der Gründung neuer Zeitungsprojekte, vor allem der „Sezession“ und der „Blauen Narzisse“, der zweite in der Entwicklung und dem Einsatz neuer Formen sozialer Bewegungen von rechts, vor allem in der Adaption der „Identitären Bewegung“ in Deutschland und die Entstehung der Pegida-Bewegung (Pegida steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“). Auf die Phase der Reorganisation der eigenen Strukturen als Ausweg aus der objek-

tiven Marginalisierung der „Neuen Rechten“ um die Jahrtausendwende folgte insofern die Transformation der weltanschaulichen und strategischen Reetablierung in die Form sozialer Bewegungen. In allen Fällen bleibt das Paradigma der unbedingten Parlamentarismusabstinenz zentral, wobei Pegida durch die Kooperationen mit der AfD, mehr noch aber durch Antreten mit einer eigenen Kandidatin bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2015, dieses Paradigma objektiv aufweicht und insofern auch Teil einer ambivalenten Strategie der Metapolitik darstellt, die innerhalb der neurechten Szene umstritten ist.

Die beiden zentralen, neu geschaffenen neurechten Strategieorte waren und sind das „Institut für Staatspolitik“ und die „Bibliothek des Konservatismus“. Das „Institut für Staatspolitik“, das in keinerlei Beziehung zu einer Universität steht, wurde im Mai 2000 unter maßgeblicher Führung von drei Gildenschaftern gegründet: Dieter Stein, Chefredakteur der „Junge Freiheit“ und Gildenschafter der Freiburger Hochschulgilde, Karlheinz Weißmann, Chefdenker der „Neuen Rechten“ und Gildenschafter der Göttinger Hochschulgilde sowie Götz Kubitschek, langjähriger Aktivensprecher der „Deutschen Gildenschaft“ und zeitweilig Ressortchef für den Bereich „Sicherheit und Militär“ bei der „Jungen Freiheit“.³³ Kubitschek übernahm die Geschäftsführung des IfS, zusätzlich aber auch die redaktionelle Leitung der „Sezession“ sowie des neuinitiierten Verlags „Edition Antaios“. Das IfS fokussiert auf fünf thematische Kernbereiche: „Staat und Gesellschaft“, „Politik und Identität“, „Zuwanderung und Integration“, „Erziehung und Bildung“, „Krieg und Krise“ und führt regelmäßig Sommer- und Winterakademien durch und veröffentlicht wesentliche der dort gehaltenen Vorträge in Aufsatz- oder Broschürenform.³⁴ Dem „Institut für Staatspolitik“ fällt im neurechten Spektrum die Funktion der „Wissenschaft und Bildung sowie der Politik- und Medienbera-

³³ Vgl. Helmut Kellershohn, Die Deutsche Gildenschaft und die Gründung des ‚Instituts für Staatspolitik‘, in: DISS-Journal. Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, 8 (2001), S. 6–7.

³⁴ Vgl. Helmut Kellershohn, Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des ‚Instituts für Staatspolitik‘, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 259–289.

tung“ zu, wie der Experte für rechtsextreme Medien und neurechte Vernetzungen, Helmut Kellershohn, schreibt, wobei das IfS dabei eine operationelle Aufgabenteilung mit „Junger Freiheit“ und der „Edition Antaios“ eingeht: Während die „Junge Freiheit“ die Medienöffentlichkeit schafft, fokussiert die „Edition Antaios“ auf die „Publikation von Arbeitsergebnissen, die im Kontext dieses Netzwerkes entstehen“.³⁵

Einen weiteren Baustein in diesem institutionellen Netzwerk der „Neuen Rechten“ in Deutschland stellt die „Bibliothek des Konservatismus“ dar, die wie das IfS 2000 gegründet wurde: Die „Bibliothek des Konservatismus“ entstand auf Betreiben des vormaligen „Criticón“-Chefs Caspar von Schrenck-Notzing, der im Jahr 2000 eine gemeinnützige „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung“ (FKBF) ins Leben rief und diese wiederum eng mit der „Jungen Freiheit“ verzahnte, als er im Jahr 2007 den Stiftungsvorsitz an den Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, Dieter Stein, übergab. Die FKBF verwaltete zunächst die rund 15.000 Bände umfassende Privatbibliothek von Schrenck-Notzing sowie das Archiv der „Criticón“, rekrutierte aber zahlreiche Spenden, so dass im Jahr 2011 an zentraler Stelle in Berlin eine „Bibliothek des Konservatismus“ eingeweiht werden konnte, die mittlerweile auf drei Etagen umfangreiche Bestände an Literatur zur Verfügung stellt, aber auch Vortragsveranstaltungen organisiert, eigene Publikationen herausgibt und langfristig das Ziel verfolgt, „eine konservative Denkfabrik mit verschiedenen Veranstaltungsformaten, vielleicht sogar hin zu einer Akademie oder einem hochschulähnlichen Zweig“³⁶ zu etablieren. Man wolle die „konservativen Eliten von morgen“ mit dem „geistigen Rüstzeug“³⁷ ausstatten, also für das neurechte Konzept – das hier begrifflich streng orientiert an der Terminologie der Konservativen Revolution der Weimarer Republik als „konservativ“ etikettiert wird – einer Intellektualisierung durch Metapolitik den Ort schaffen.

³⁵ Kellershohn, Die Deutsche Gildenschaft (Anm. 33), S. 6.

³⁶ Wolfgang Fenske, Ziel ist eine Denkfabrik, in: Junge Freiheit vom 10. Oktober 2014, S. 5.

³⁷ Sabrina Moritz, Bitte zusammenrücken, in: Junge Freiheit vom 10. Oktober 2014, S. 4–5.

Nachdem Medien wie „Criticón“ oder „wir selbst“, die die intellektuelle Debatte der neurechten Szene vor allem in den 1980er Jahren maßgeblich und intensiv prägten, ihr Erscheinen eingestellt hatten, war eine für die neurechte Szene eklatante Lücke entstanden: Anfang der 2000er Jahre gab es keinen medialen Ort mehr, der die intellektuelle Diskussion neurechter Themen *jenseits des Tagesgeschäfts* organisierte und strukturierte. Diese Lücke sollte die vom „Institut für Staatspolitik“ herausgegebene „Sezession“ schließen, die seit 2003 mit zunächst vier, dann mit sechs Ausgaben jährlich erscheint. Als intellektueller und metapolitischer Debattenort der „Neuen Rechten“ arbeitet sie an einer Reaktualisierung der Theorien der Konservativen Revolution der Weimarer Republik und integriert deren Positionen in aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten. Die erste Ausgabe der „Sezession“ erschien im April 2003, das Editorial eröffnet mit dem an Carl Schmitt erinnernden Satz: „Der Ernstfall hat den Vorzug, die Tatsachen deutlicher hervortreten zu lassen.“³⁸ Auch wenn der damalige Chefidelogie der „Sezession“ und wichtigste Vordenker der „Neuen Rechten“ im Deutschland der Gegenwart, Karlheinz Weißmann, damit zunächst nur ein Heft mit dem Themenschwerpunkt „Ernst Jünger“ einleitete, in dem es aber faktisch fast nur um Krieg ging, konnte dieser Satz programmatisch für das Gesamtanliegen der „Sezession“ gelesen werden. Getreu des ersten Satzes in Carl Schmitts „Politischer Theologie“³⁹, nach dem souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheide, attestierte Weißmann hier als Anliegen den „Ernstfall“. In diesen sieht sich der neurechte Rechtsextremismus in Deutschland und Europa versetzt, nachdem sich die weltpolitische und geostrategische Kartografie aufgrund von 9/11 nachhaltig verändert hat. Denn das antiamerikanische und eurozentrische Anliegen der rechtsintellektuellen „Neuen Rechten“ wurde von Islam und Islamismus vor grundlegend neue, eben nicht nur religiöse, sondern gerade politische Herausforderungen gestellt. Das Generalziel der „Sezession“ besteht in einer Resakralisierung der Politik. Diese ist aber nicht einfach gleichzusetzen mit einer reinen Rückholung oder Umkehrung der Aufklärungs- und Säkularisierungsprozesse in Deutschland und

³⁸ Karlheinz Weißmann, Editorial, in: Sezession, H. 1 (2003), S. 1.

³⁹ Vgl. Carl Schmitt, Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität (EA 1922), 2. Aufl., München/Leipzig 1934.

Europa, sondern bezieht diese vielmehr in die Weltbildformulierung ein und wendet sich damit also nicht nur gegen den Prozess der Säkularisierung, sondern zugleich auch gegen den der Individualisierung von Religion. Die Agenda der „Sezession“ ist gegen eine „heillose Welt“ gerichtet,⁴⁰ gegen eine „„judenchristlich“ inspirierte deutsche Reformation“ und für einen „in ‚politische Form‘ gebrachten Katholizismus“.⁴¹

Eine ähnliche Agenda, allerdings auf dem intellektuellen Niveau einer anspruchsvollen Schülerzeitung, verfolgt die „Blaue Narzisse“ (die 2004 ursprünglich auch als Schülerzeitung in der ostdeutschen Stadt Chemnitz entstanden ist): die Popularisierung neurechter Ideen, allerdings nicht wie bei der „Sezession“ adressiert an fest in der Szene integrierte und weltanschaulich überzeugte Anhänger neurechter Ideologie, sondern gerichtet an ein jüngeres Publikum, das zwar empfänglich für rechte Ideologie, aber eben gerade noch nicht gefestigt und in die Szene integriert ist. Auch wenn die „Blaue Narzisse“ teilweise mit gedruckten Papierausgaben erscheint, bildet ihr zentrales Schlachtfeld das Internet, wo neurechte Weltanschauungen in niedrigschwelliger Weise vermittelt und somit an Rezipienten verbreitet werden, die intentional möglicherweise nie auf die „Neue Rechte“ gestoßen wären, aber auf diese Weise fast zufällig den ersten Kontakt zur Szene hergestellt bekommen. Die „Blaue Narzisse“ ist insofern im neurechten Netzwerk der gegenwärtigen Bundesrepublik eine Vorfeldinstitution für Agitation und Propaganda, die eine Einstiegsmöglichkeit auf geringem intellektuellem Niveau, aber mit zentralen Themen und Strategien der „Neuen Rechten“ ermöglicht.

Ähnlich einzuschätzen ist auch die Entstehung der „Identitären Bewegung“ in Deutschland, die – wie schon die „Neue Rechte“ bei ihrer Entstehung in den 1970er Jahren – zentral von den Entwicklungen in Frankreich inspiriert wurde. Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ entstand im Oktober 2012 zunächst virtuell – auf Facebook. Sie begreift sich als Ableger der französischen Jugendorganisation „Génération Identitaire“ und proklamiert – getreu der neurechten Strategie der Mimikry – eine formale Abgrenzung gegenüber offen nationalsozia-

⁴⁰ Siegfried Gerlich, Zur Politischen Theologie Carl Schmitts, in: Sezession, H. 42 (2011), S. 28–31, hier S. 29.

⁴¹ Ebd.

listischen Positionen. Dies geschieht auch gegenüber linken Positionen, aber da diese inhaltlich offensichtlich und evident ist, handelt es sich hierbei auch um eine bewusste Strategie der analogisierenden Gleichsetzung, bei der es mit Blick auf die Rezipienten vor allem darum geht, nicht den Eindruck einer Nähe zum Rechtsextremismus zu erwecken.

Die Politikwissenschaftlerin Gudrun Hentges u.a. haben in einer systematischen Untersuchung die Aktivitäten der „Identitären Bewegung“ in Deutschland analysiert, die diese virtuell und im wirklichen Leben durchgeführt hat.⁴² Wie bei der „Blauen Narzisse“ ist der Schwerpunkt der „Identitären“ dabei das Internet, das heißt von einer wirklichen sozialen Bewegung kann schon allein aufgrund mangelnder Realpolitik nicht gesprochen werden. Gleichwohl stellt das Internet als Medium für die Agitation von partizipationsfernen Personen, die allerdings grundsätzlich über eine rechte Weltanschauung verfügen, einen idealen Ort für die intensivere Einbindung in neurechte Denkweisen dar. Die Strategie der „Identitären“ besteht dabei darin, im realen Leben möglichst spektakuläre Aktionen (vor allem gegen Zuwanderung) durchzuführen, die dann gefilmt und online vermarktet werden – so inszeniert, dass kaum auffällt, dass die tatsächliche „Bewegung“ bei ihren Aktionen nur eine Handvoll Aktivisten versammeln kann, die aber filmisch so dargestellt werden, als seien sie eine große Bewegung. Hentges u.a. schreiben: „Das Internet ermöglicht mit einem geringeren Organisationsaufwand die Simulation eines kontinuierlichen Protestgeschehens, das überregional – gar transnational und international vernetzt – aufrechtgehalten wird, so dass eine Diskrepanz zwischen den eigentlichen Aktionen ‚auf der Straße‘, die bisweilen von nicht mehr als einem Dutzend Aktivisten durchgeführt werden, und dem virtuellen Echo, das diese Aktionen aufgrund viraler Verbreitung im Internet erfahren, entsteht.“⁴³

Während die „Identitäre Bewegung“ damit so etwas wie den aktionistischen Arm der „Neuen Rechten“ darstellt, der neurechte Themenfelder wie Identitäts- und Heimatpolitik oder Antimigrationsagitation be-

⁴² Vgl. Gudrun Hentges/Gürcan Kökgiran/Kristina Nottbohm, Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 27 (2014) 3 (Supplement), S. 1–26.

⁴³ Ebd., S. 9.

sonders für Jugendliche attraktiv machen soll und hierfür moderne Kommunikationsformen adaptiert, fungiert Pegida als medial ebenfalls ungeheuer wirksames Propagandamittel gegen Zuwanderung und für völkischen Nationalismus – weil die Pegida-Demonstrationen als Großveranstaltungen inszeniert wurden. Die beiden meinungsführenden Medien im rechten Spektrum versteigen sich sogar zu Superlativen, die mehr über neurechte Wünsche sagen, als über die politische Wirklichkeit: Von der „Jungen Freiheit“ wird Pegida als „Massenbewegung“ titulierte, die „die Politik vor sich hertreibt“, ⁴⁴ die „Preußische Allgemeine Zeitung“ behauptet sogar, „Deutschland geht auf die Straße“ ⁴⁵ und orakelt, dass das Jahr 2014 die „politische Landschaft der Bundesrepublik möglicherweise grundlegender umgewälzt“ habe, „als man dies bislang zur Kenntnis nehmen wollte“. ⁴⁶

Das Interessante dabei ist, sowohl die „Identitären“ wie auch Pegida versuchen sich als Massenbewegungen darzustellen: die „Identitären“ suggerieren dies durch ihre Aktionsformen, Pegida dadurch, dass sie über mehrere Wochen hinweg in einer einzigen deutschen Stadt (Dresden) mehrere tausend, zum Teil auch zehntausend Personen zu einer realen Demonstration mobilisieren konnten – was allerdings gemessen an rund 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik trotzdem objektiv marginal bleibt, noch zumal die „Bewegung“ auf eine einzige Stadt beschränkt blieb (alle anderen Versuche, in anderen Städten zu demonstrieren, verliefen mit Teilnahmezahlen im zwei- bis dreistelligen Bereich faktisch im Sande). Dass die ostdeutsche Stadt Dresden der Kristallisationspunkt für Pegida war, darf dabei vor dem Hintergrund, dass die Stadt eine Hochburg des Rechtsextremismus ist, nicht überraschen – denn in Dresden, dem Kristallisationspunkt der Pegida-Bewegung, kamen NPD und AfD bei der letzten Landtagswahl im August 2014 zusammen auf 27.861 Zweitstimmen, wobei die Stimmen für beide Parteien einem Anteil von 11,5 Prozent aller abgegebenen gültigen Zweitstimmen in Dresden entsprachen.

⁴⁴ Henning Hoffgaard, Wie eine Massenbewegung die Politik vor sich hertreibt, in: Junge Freiheit vom 12. Dezember 2014, S. 4.

⁴⁵ Hans Heckel, Bürgern platzt der Kragen, in: Preußische Allgemeine Zeitung vom 29. November 2014, S. 1.

⁴⁶ Ders., Die Nervosität wächst, in: Preußische Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 2014, S. 1.

Das neue an den Pegida-Demonstrationen in Dresden war, dass sie wöchentlich stattfanden und sich die Aktivisten zunächst nicht bereit erklärten, mit Medien oder gar Wissenschaftlern zu sprechen. Während diese demokratische Medien als „Lügenpresse“ verunglimpft werden, nur weil sie die völkischen oder rassistischen Partikularinteressen eben auch als solche benennen, wurden Propagandamedien wie dubiose Internetblogs oder das russische Fernsehen glorifiziert – weil sie den eigenen Wahn zur Wahrheit erklären. Und Pegida-Gründer Lutz Bachmann war auch offen für ein ganzseitiges Interview in der „Jungen Freiheit“ und in der „Sezession“.⁴⁷

Die Pegida-Demonstrationen, an denen sich zwar zahlreiche organisierte Rechtsextremisten und Neonazis beteiligten und auch zur Teilnahme mobilisierten, waren – im Unterschied zu den Aktionen der „Identitären“ – kein genuin neurechtes Projekt, setzen aber auch ohne direkte Einflussnahme faktisch die Anliegen der „Neuen Rechten“ öffentlichkeitswirksam um: für völkische Identität und protektionistischen Nationalismus, gegen Zuwanderung, gegen die Aufklärung und gegen den Feminismus. Das von Pegida verwandte Schlagwort „Islamisierung“ war dabei lediglich ein Vorwand, um völkische Positionen wieder öffentlich zu platzieren.⁴⁸ Eine explorative Studie der TU Dresden unter Leitung des Politikwissenschaftlers Hans Vorländer, die im Dezember 2014 und Januar 2015 bei mehreren der Pegida-Veranstaltungen erhoben wurde, zeigt, dass der „typische“ Pegida-Demonstrant aus der Mittelschicht kommt, für die regionalen Verhältnisse über ein leicht überdurchschnittliches Einkommen verfügt und gut ausgebildet sowie berufstätig ist. Überdies ist er 48 Jahre alt, männlich und religiös wie auch parteilich ungebunden. Nur ein Viertel der Befragten wird dabei tatsächlich durch die Themenfelder „Islam,

⁴⁷ Vgl. Lutz Bachmann, Wir haben einen Nerv getroffen. Interview von Moritz Schwarz, in: Junge Freiheit vom 12. Dezember 2014, S. 3; ders., Der lange Atem der PEGIDA. Interview, in: Sezession, Sonderheft „Pegida“, März 2015, S. 18.

⁴⁸ Vgl. Samuel Salzborn, Demokratieferne Rebellionen. Pegida und die Renaissance völkischer Verschwörungsphantasien, in: Wolfgang Frindte u.a. (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ – Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2015, S. 359–366.

Islamismus oder Islamisierung“ motiviert.⁴⁹ Eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung des Politikwissenschaftlers Franz Walter hat diese Erkenntnisse grundsätzlich bestätigt und darüber hinaus gezeigt, dass die politische Sympathie bei den Pegida-Anhängern in überwältigendem Maße bei der AfD liegt.⁵⁰

Pegida ist insofern eine völkisch-ethnopluralistische und verschwörungsphantastische, aber sonst durchaus heterogene Bewegung, die unterschiedliche rechte Spektren vereint hat und nicht umstandslos der „Neuen Rechten“ zugeschlagen werden kann. Gleichwohl sind die neurechten Hoffnungen in Bewegungen wie Pegida immens. Die „Junge Freiheit“ prognostiziert als Zukunftsszenario, dass Pegida „eine Art vorpolitischen Raum bilden“ können, der „nicht identisch, aber ähnlich mit der AfD-Wählerschaft“ sei: „Ein Sammelbecken derer, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten, nicht verstanden fühlen: eine Art deutsche ‚Tea Party‘, die mit ihrem *agenda setting* durchaus politisch Einfluß zu nehmen vermag.“⁵¹ Und die „Blaue Narzisse“ hofft, dass von Pegida „ein Impuls für die politische Kultur in Deutschland ausgeht: Kommt auf die Straße und zeigt, wofür ihr seid!“⁵²

4.2. Kulturelle Hegemonie: das Paradigma des unbedingten Einflussgewinnes

Die bundesdeutsche „Neue Rechte“ hat in ihrer Geschichte immer wieder Höhen und Tiefen erlebt, wobei sich gerade im Bereich der öffentlichen Meinungsverschiebung durchaus punktuell Erfolge für neurechte Strategien zeigen. Der deutlichste ist sicher, dass die neurechte Parole einer angeblichen „Political Correctness“, die in den 1990er Jahren von der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ als Kampagne lanciert wurde und suggerieren soll, bestimmte Dinge dürften in Deutsch-

⁴⁹ Vgl. Hans Vorländer, Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, Dresden 2015.

⁵⁰ Vgl. Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld, 2015.

⁵¹ Christian Vollradt, Und nun?, in: Junge Freiheit vom 30. Januar 2015, S. 2.

⁵² Felix Menzel, Weg mit links und rechts!, in: Blaue Narzisse, H. 17 (2015), S. 2–6, hier S. 6.

land nicht offen ausgesprochen werden, inzwischen weit über die rechte Szene hinaus Verwendung findet und völlig von seinem rechts-extremen Ursprung als Element der neurechten Strategie des Kampfes um „kulturelle Hegemonie“ entkoppelt ist. Gleichwohl beschränk(t)en sich die Erfolge der „Neuen Rechten“ eben vor allem auf das Feld des schleichenden Einsickerns bestimmter weltanschaulicher Paradigmen in den allgemeinen Diskurs – und nie auf eine tatsächliche Machteroberung. Dies änderte sich mit der Entstehung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), weil sich erstmals eine Partei am rechten Rand zu etablieren beginnt, die (im Unterschied zur NPD) formal die Abgrenzung vom Nationalsozialismus sucht und die zugleich reihenweise Versatzstücke neurechter Ideologie in ihrem – allerdings sehr heterogenen und keineswegs konsistenten – Weltbild zusammenfasst.

Bei der Europawahl 2014 hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in der Bundesrepublik 7,1 Prozent der Stimmen erhalten und ist damit mit sieben Sitzen in das Europäische Parlament (EP) eingezogen, weitere Erfolge bei den Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern Sachsen (9,7 Prozent, 14 Sitze), Brandenburg (12,2 Prozent, 11 Sitze) und Thüringen (10,6 Prozent, 11 Sitze) sowie im Stadtstaat Hamburg (6,1 Prozent, 8 Sitze) folgten. Ob sich die Partei damit bereits etabliert hat, ist fraglich, weil es politisch ähnliche, dezidiert europafeindliche Projekte am rechten Rand des Parteienspektrums in Deutschland schon oft gegeben hat (wie den „Bund freier Bürger“, die „Republikaner“ oder die „Pro DM-Partei“), diese allerdings immer über deutlich weniger Finanzmittel und deutlich weniger medialen Einfluss verfügt haben, als die AfD.

Das programmatische Gerüst der Partei vor ihrer Spaltung basierte auf dem Surrogat der Ideologiefreiheit. Die AfD inszenierte sich als Partei des Sachverstandes und der Wirtschaftskompetenz, allein schon der biografische Zusammenhang von Gründungsparteichef Bernd Lucke als Wirtschaftswissenschaftler und frommer evangelisch-reformierter Christ verwies auf das ideologische Konglomerat aus Marktradikalismus und Rechtskonservatismus. Die Ideologie der AfD setzte sich zusammen aus durchaus heterogenen Versatzstücken unterschiedlicher Denkschulen des Neoliberalismus und des Konservatismus, die aber dadurch miteinander verbunden waren, dass sie zum einen markt-

radikal und staatsfeindlich, zum anderen antiegalitär und antisozial sind.⁵³

Die ideologische Grundposition der AfD vor ihrer Spaltung war nicht nur neoliberal, sondern inkorporierte zugleich auch Elemente des Konservatismus, denn ihrem Marktradikalismus entsprach schon damals kein politischer Liberalismus. Während die Freiheit der Wirtschaft und die Freiheit zur Realisierung von Unternehmensprofiten radikal eingefordert wird (bei gleichzeitiger, verschwörungstheoretische Züge annehmender Agitation gegen Banken und Staat)⁵⁴, soll die Freiheit des Individuums extrem eingeschränkt werden – dies zeigt sich beim Thema Migration ebenso wie bei der Ablehnung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder der Glorifizierung der traditionellen Familie. Meinungsfreiheit fordert die AfD nur für den eigenen Kampf gegen eine angebliche „Political Correctness“ ein⁵⁵, den zahlreichen Demonstranten, die von ihrem Recht, gegen die AfD zu protestieren, Gebrauch machen, spricht sie diese aber faktisch ab.

Zugleich will die AfD Gewinne nutzen und Profite privatisieren, Kosten und Risiken aber verstaatlichen und so vordergründig den „kleinen Mann“ entlasten, faktisch aber damit die Gewinne der Konzerne steigern – und die Risiken verstaatlichen.⁵⁶ Der argumentative Winkelzug der AfD ist hierbei, sich zur Partei der Antiideologen, der Sachverständigen und Experten zu stilisieren. Der Sozialwissenschaftler David Bebnowski hat in dem Kontext zurecht darauf hingewiesen, dass Ökonomie natürlich keineswegs „unideologisch“ ist, sondern ganz im Gegenteil genau diejenigen ökonomischen Flügel, für die die AfD weltanschaulich steht, letztlich sogar die Verantwortung für die gegenwärtige Wirtschaftskrise tragen, die nicht durch zu viel, sondern

⁵³ Vgl. Alternative für Deutschland, Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, Erfurt 2014; Alternative für Deutschland, Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, o.O. 2014.

⁵⁴ Vgl. Alternative für Deutschland, Politische Leitlinien (Anm. 53), S. 2.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 3; Alternative für Deutschland, Die AfD in den Medien, Teil 3: Political Correctness, www.alternativefuer.de (gelesen am 25. Mai 2014), S. 1.

⁵⁶ Vgl. Alternative für Deutschland, Politische Leitlinien (Anm. 53), S. 3–7.

durch zu wenig staatliche Kontrolle der Wirtschaft ausgelöst wurde.⁵⁷ Es gibt, so Bebnowski, keine „neutrale ökonomische Expertise“, keine „unideologische wirtschaftswissenschaftliche Wahrheit“.⁵⁸

Zugleich kokettiert die Ideologie des wirtschaftswissenschaftlichen Expertentums, das sich auf einen vermeintlich neutralen Sachverstand stützt, auch mit der Idee der gelenkten und gesteuerten Demokratie, in der vermeintlich neutrale Experten Entscheidungen treffen – und nicht Mehrheiten. Dass diese Experten in keiner Weise demokratisch legitimiert sein können, macht die Argumentation der AfD, (direkt-)demokratische Legitimation erweitern zu wollen, zu einem Widerspruch: argumentativ schließt sie sich aus und zeigt damit, dass die AfD vor allem damit nicht einverstanden ist, dass ihre eigene, konservativ-marktradikale Position nicht hegemonial ist, unterstellend, dass diese der „wahre“ Wille des Volkes sei.⁵⁹ Ideengeschichtlich fußt dieses Argument, in dem direkte Demokratie eingefordert wird, allerdings diejenigen, die sie einfordern, vorher schon zu wissen vorgeben, was denn das Ergebnis direktdemokratischer Beteiligung sein soll, auf Überlegungen von Carl Schmitt – dem wichtigsten Protagonisten der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik und einem der zentralen Vordenker des Nationalsozialismus. Schmitt hatte den Weimarer Parlamentarismus scharf kritisiert und zwei Motive gegen die repräsentative Demokratie in Stellung gebracht⁶⁰: die Einforderung von mehr direktdemokratischen Momenten in Verbindung mit einer Person, die diesen „Volkswillen“ zu erspüren in der Lage sei, so dass das Volk gar nicht mehr abstimmen muss, weil sein Wille „erfüllt“ werden kann. Im Ergebnis ist ein solches Modell also nicht nur die

⁵⁷ David Bebnowski, Populismus der Expertokraten. Eine Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 2 (2013) 4, S.151–159, hier S. 157.

⁵⁸ Ebd., S. 158.

⁵⁹ Vgl. Alternative für Deutschland, Politische Leitlinien (Anm. 53), S. 1–3; Alternative für Deutschland, Mut zu Deutschland (Anm. 53), S. 8–12.

⁶⁰ Vgl. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1923; Carl Schmitt, Legalität und Legitimität, Berlin 1932.

Suspendierung von Partizipation, sondern auch die Installation einer mächtigen Führungsperson gegen die Demokratie.⁶¹

Die Ökonomisierung von Politik ist ein wesentliches Element einer solchen Suspendierung. Denn die Grundlage von Demokratie bildet der Konflikt, verbunden mit der Einsicht, dass es widerstreitende Interessen innerhalb einer Gesellschaft gibt, die nicht neutralisiert werden können. Wer einer Ökonomisierung der Politik das Wort redet, will damit die demokratische Macht der legitimierten Akteure – Parteien, Parlamente, Regierungen – einschränken. Am deutlichsten kommt diese Haltung in dem Wahlslogan der AfD zum Ausdruck, der auf einem Wahlplakat im Europawahlkampf 2014 eingesetzt wurde: „Alle Macht geht vom Volke aus. Wann bei uns?“ Hiermit suggeriert die AfD, dass in Deutschland nicht alle Macht vom Volke ausgehe, ignorierend, dass gerade der Parteienpluralismus Ausdruck der Volkssouveränität ist. Wer Entscheidungen in eine vermeintlich neutrale Expertokratie delegieren will, verschafft im Gegenteil einem durch nichts legitimierten Pseudo-Sachverstand exorbitante Macht gegen den *demos*. In europäischer Relation zielt die AfD dann auf ein „leistungsfähiges und selbstbewusstes Deutschland“⁶², wie es im Europawahlprogramm heißt, dessen politische und vor allem ökonomische Dominanz national gegen die Europäische Union gestärkt werden soll. Letztlich will man nur von den europäischen Chancen profitieren, nicht aber die Risiken mittragen, wie ein anderer Wahlplakatslogan – mit Verschwörungsphantasie unterlegt – illustriert: „Griechen leiden. Deutsche zahlen. Banken kassieren.“

Der Politikwissenschaftler Kai Arzheimer hat auf Grundlage einer quantitativen und qualitativen Analyse gezeigt, dass die AfD aufgrund ihrer politischen Positionen wie ihres Nationalismus oder ihrer Ablehnung von Gender Mainstreaming „in der Tat am rechten Ende des deutschen Parteienspektrums zu lokalisieren ist“.⁶³ Der Sozialwissen-

⁶¹ Vgl. Samuel Salzborn, Schmitt, Rousseau und das Paradox des Volkswillens, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.): Legalität ohne Legitimität? Carl Schmitts Kategorie der Legitimität, Wiesbaden 2015, S. 53–75.

⁶² Alternative für Deutschland, Mut zu Deutschland (Anm. 53), S. 2.

⁶³ Kai Arzheimer, The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: West European Politics 38 (2015) 3, S. 535–556, hier S. 551.

schaftler Sebastian Friedrich spricht von einem „neokonservativen Hegemonieprojekt“, das die AfD verfolge und betont dabei besonders das „mediale Bündnis“ der AfD mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, aber auch mit rechtsextremen Internetblogs wie „Politically Incorrect“ oder „Die freie Welt“.⁶⁴ Zugleich weist Friedrich auf die engen Kooperationen der AfD mit Pegida hin, die als erste und einzige Partei im bundesdeutschen Parlamentarismus offen und direkt den Dialog mit der Pegida-Bewegung gesucht und diese erfolgreich öffentlich salonfähig gemacht hat.⁶⁵

In der Tat hat sich die „Junge Freiheit“, wie auch Helmut Kellershohn betont, faktisch als „inoffizielles Sprachrohr der AfD zur Verfügung gestellt“,⁶⁶ was sich allein daran zeigt, dass die „Junge Freiheit“ regelmäßig ganzseitige Interviews mit AfD-Funktionsträgern,⁶⁷ Gastbeiträge⁶⁸ oder auch Werbeanzeigen der Partei publiziert. Der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ sieht die AfD auch als Ausdruck für die Verstärkung von „Signalen für ein großes politisches Repräsentationsdefizit“⁶⁹ und Karlheinz Weißmann, regelmäßiger Kolumnist des Blattes und Chefdenker der „Neuen Rechten“ in Deutschland, betont nicht nur die „prinzipielle Legitimität“ einer Bewegung wie der AfD, sondern hält die Partei für den Ausdruck für ein „ebenso notwendiges wie erwartbares Vorzeichen großer Veränderungen“: „Gemeint ist damit nicht nur der Konjunkturinbruch, der ansteht, oder die Latenz

⁶⁴ Sebastian Friedrich, *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*, Berlin 2015, S. 101.

⁶⁵ Ebd., S. 103.

⁶⁶ Helmut Kellershohn, „Konservative Volkspartei“ – Über das Interesse der jungkonservativen Neuen Rechten an der AfD, in: www.diss-duisburg.de (gelesen am 2. Februar 2015).

⁶⁷ Vgl. Frauke Petry, Wir wollen zweistellig werden! Interview von Moritz Schwarz, in: *Junge Freiheit* vom 22. August 2014, S. 3; Björn Höcke, Ich möchte meinem Land dienen. Interview von Moritz Schwarz, in: *Junge Freiheit* vom 17. Oktober 2014, S. 3; Alexander Gauland, Es geht um die Zukunft der Partei. Interview von Moritz Schwarz und Marcus Schmidt, in: *Junge Freiheit* vom 30. Januar 2015, S. 3.

⁶⁸ Vgl. Alexander Gauland, Neues Gleichgewicht, in: *Junge Freiheit* vom 15. August 2014, S. 2.

⁶⁹ Dieter Stein, Vor dem Kulminationspunkt, in: *Junge Freiheit* vom 9. Januar 2015, S. 1.

der Euro-Krise, sondern die sukzessive Infragestellung der Lebenslügen, auf denen die Staatsdoktrin in den letzten Jahrzehnten gegründet war: Europa und die Westbindung als definitive Lösung der Deutschen Fragen, der Nationalstaat als Anachronismus, Scheckbuchdiplomatie und Frieden schaffen ohne Waffen, ein Dasein, von Freunden umzingelt, Wirtschaft als Schicksal, der Sozialstaat als Selbstverständlichkeit, Einwanderung als Bereicherung, Konsum als Sedativ, Auschwitz als Gründungsmythos, der Sonderweg als Ursache alles Bösen auf Erden. Nichts davon sollte Bestand haben, und bei den Verteilungskämpfen, die bevorstehen, geht es nicht nur um materielle Ressourcen, sondern auch und gerade um ideelle.“⁷⁰

Weißmann bringt damit die neurechten Forderungen nach einer konservativen Kulturrevolution als antiaufklärerische Gegenrevolution zentral mit der AfD in Bezug und geht damit in der neurechten Hoffnung auf die Partei sogar noch einen Schritt über die Hoffnung auf eine Veränderung der „kulturellen Hegemonie“ hinaus.

Neben der „Jungen Freiheit“ ist die „Preußische Allgemeine Zeitung“ die zweite rechte Wochenzeitung, die aufgrund ihrer traditionellen Anbindung an das Vertriebenenmilieu der Bundesrepublik (sie ist das Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen“, einer der großen Landsmannschaften im „Bund der Vertriebenen“) und damit ihres strukturellen Einflusses in einem großen Milieu zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus nicht nur seit Jahrzehnten stabile Auflagenzahlen im fünfstelligen Bereich verzeichnet, sondern auch ein breites Spektrum am rechten Rand anspricht, allerdings auch immer mit der „Jungen Freiheit“ um die Meinungsführerschaft im rechtsintellektuellen Milieu konkurriert.

Die „Preußische Allgemeine Zeitung“ wendet sich zugunsten der AfD gegen die „etablierten Parteien“, welche die „Sorgen der Wähler“ ignorieren und spricht von einer „Entfremdung von etablierten Parteien“.⁷¹ Die AfD stehe für ein „neues Selbstbewusstsein rechts der Mitte“, die diejenigen repräsentiere, die „an die Meinungsvielfalt in den

⁷⁰ Karlheinz Weißmann, Ruhe bewahren, in: Junge Freiheit vom 24. Oktober 2014, S. 2.

⁷¹ Hans Heckel, Entfremdung schreitet voran, in: Preußische Allgemeine Zeitung vom 6. September 2014, S. 1.

Medien ohnehin nicht mehr glauben“ und die sich einem „konzentrierten Netz aus ‚System-Medien‘“ ausgesetzt sehen.⁷² Die AfD bilde den Ausgangspunkt für einen „Umbau des deutschen Parteiensystems“,⁷³ für einen „epochalen Umbruch“.⁷⁴ Weil die „Zuwanderung ... der Politik beinahe gänzlich entglitten“ sei, würden „die meisten Deutschen zur Wahl der neuen Partei animiert“, da die AfD auf den „unkontrollierten Strom von Zuwanderern“⁷⁵ und eine „außer Kontrolle“ geratene „Zuwanderungs- und Asylpraxis“ reagiere.⁷⁶

Mit Blick auf die beiden meinungsführenden Wochenzeitungen im rechten Milieu zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, die beide immer wieder wichtige Sprachrohre für neurechte Positionierungen waren und sind, zeigt sich eine massive Zustimmung zur Umsetzung neurechter Ideen durch und mittels der AfD – allerdings bleibt ein Grundton der Skepsis, mehr noch bei der „Jungen Freiheit“ als bei der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, der jedoch ausschließlich darin begründet ist, dass die AfD jederzeit parlamentarisch scheitern könnte und man damit auf das falsche Pferd gesetzt hätte. Und das wäre im Fall der „Jungen Freiheit“ nicht das erste Mal, dass eine rechte Kleinpartei zur Hoffnung für neurechte Kulturrevolutions- und Hegemoniephantasien erklärt wurde – die lange Jahre wohlwollend begleiteten „Republikaner“ sind inzwischen in der Bedeutungslosigkeit verschwunden, den „Bund freier Bürger“, in den die „Junge Freiheit“ in den 1990er Jahren viel Hoffnung investiert hatte, kannte man außerhalb von Deutschland aufgrund seiner strukturellen Bedeutungslosigkeit im Prinzip nicht einmal.

Die Spaltung der AfD infolge ihres Parteitages im Juli 2015 bestärkte auch genau diese Skepsis über Erfolgspotenziale der AfD und ihrer Abspaltung um den ehemaligen Parteichef Lucke: das Wählerpotenzial, dass die zwei Parteien ansprechen können, ist in Summe dasselbe, das vormals die AfD als eine Partei mobilisieren konnte, so dass die

⁷² Hans Heckel, Faschismuskeule prallte ab, in: Preußische Allgemeine Zeitung vom 20. September 2014, S. 1.

⁷³ Ders., Entfremdung schreitet voran (Anm. 71), S. 1.

⁷⁴ Ders., AfD vor dem großen Sprung, in: Preußische Allgemeine Zeitung vom 13. September 2014, S. 1.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ders., Entfremdung schreitet voran (Anm. 71), S. 1.

Spaltung faktisch langfristig zu einer Schwächung der Hoffnungen beiträgt, die von neurechter Seite in das Projekt gesetzt werden. Dazu trägt auch bei, dass die neue AfD unter Führung von Frauke Petry offen rechte Positionierungen setzt und der letzte Funke eines liberalen Anstrichs verfliegen ist, so dass auch die neurechten Orientierungen auf einen camouflagierten Machtzuwachs schwinden, da die AfD seit Juli 2015 auf einen antiintellektuellen Kurs setzt.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Bei der Analyse neurechter Politik darf man einen Kardinalfehler nicht machen: den Schein für das Sein zu halten. Denn es ist Teil neurechter Strategie, eigene Marginalitäten, wo sie zu attestieren sind, nicht zuzugeben und das eigene Handeln in der Öffentlichkeit generell *nur* als Erfolg zu verkaufen. In diesem Sinne sind die Projekte, vom „Institut für Staatspolitik“ über die „Bibliothek des Konservatismus“ bis hin zur „Sezession“ oder „Blauen Narzisse“, *auch* sich selbstbe-
spiegelnde Kleinstprojekte, die vor allem den Zweck erfüllen, den in den meisten Fällen in ihren intellektuellen Biografien gescheiterten Protagonisten der „Neuen Rechten“ den narzisstischen Glauben zu verschaffen, doch über omnipotente intellektuelle Größe zu verfügen. Jenseits dieses Realismus kann aber auch festgehalten werden: die „Neue Rechte“ verfügt in der gegenwärtigen Bundesrepublik wieder über institutionelle Strukturen, die mit ihren Gedanken soziale Bewegungen wie die „Identitären“ entweder selbst initiieren oder, wie Pegida, mindestens indirekt beeinflussen – allerdings nicht dadurch, dass diese Bewegungen intellektuell oder gar metapolitisch ausgerichtet wären. Denn gerade Pegida ist alles andere als intellektuell und auch die „Identitären“ führen faktisch mehr oder weniger offen neonazistische Aktionen durch, wenn auch mit modifizierten und modernisierten Vermarktungsstrategien. Aber beide Bewegungen wirken intensiv in den öffentlichen Raum und verschaffen so den neurechten Anliegen eine überproportional große Medienpräsenz, die ihrerseits wiederum die eigentliche Strategie kulturkonservativer Metapolitik darstellt. Dass mit der AfD – zumindest vorübergehend – eine Partei in Landesparlamenten der Bundesrepublik vertreten ist, die zentrale Forderungen der „Neuen Rechten“ vertritt, sollte dabei als ambivalent für die Erfolge der „Neuen Rechten“ gedeutet werden: Während sich

ihre Anliegen eines Kampfes um kulturelle Hegemonie mit Hilfe der AfD weiter verfestigen wird, kann die Partei mitnichten als Ausdruck einer intellektuellen Metapolitik verstanden werden – zu inkohärent ihre Programmatik, zu offen für neonazistische Akteure ihre Personalstruktur, noch mehr seit und wegen ihrer Spaltung im Juli 2015.

Folglich muss konstatiert werden, dass die „Neue Rechte“ in Deutschland sich nach einer Phase des Niederganges und der vorübergehenden Bedeutungslosigkeit organisatorisch und agitatorisch neu strukturiert und in verschiedenen operationellen Handlungsfeldern (Öffentlichkeitswirksamkeit, Ideologie- und Strategiediskussion, Agitation und Werbung, Propaganda und Selbstmarketing) sowohl mit Blick auf intern bindende, wie extern mobilisierende Faktoren reorganisiert hat. Mit der AfD und auch Bewegungen wie Pegida ist ein öffentlicher Resonanzboden geschaffen, der Perspektiven für eine quantitative Erweiterung des Zuspruchs zu neurechten Positionen ermöglichen kann. Den Anspruch auf Intellektualität oder gar kulturelle Metapolitik erfüllen diese Organisationen allerdings in keiner Weise, so dass perspektivisch die Frage interessant bleibt, ob nicht genau an diesem Widerspruch der kurzweilige Erfolg neurechter Strategien wieder zusammenbrechen wird – weil die Camouflage-Strategie, eigene Sympathien für den Nationalsozialismus öffentlich zu kaschieren, zusammenbricht. Denn nicht zufällig ist Pegida-Gründer Bachmann über ein Foto gestürzt, in dem er sich selbst optisch als Hitler inszenierte (mit Oberlippenbart und Seitenscheitel) und dies mit der Unterzeile „Er ist wieder da!“ verknüpfte – und damit seine eigentlichen Motive hinter der zunächst öffentlich bieder inszenierten Pegida-Fassade transparent wurden. So lugt hinter der neurechten Maske immer auch der Nationalsozialismus hervor.

Der Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten – Eine Fallstudie zur „Deutschen Geschichte für junge Leser“ von Karlheinz Weißmann

Christoph Renner

1. Einleitung und Fragestellung

Als „Unser Geschenk an Deutschland“ bezeichnete Verleger Dieter Stein die „Deutsche Geschichte für junge Leser“ (DGfjL)¹ bei der gemeinsamen Buchvorstellung mit dem Autor am Stand der „Jungen Freiheit“ auf der Frankfurter Buchmesse; es war der 3. Oktober 2015, der Tag der deutschen Einheit. Die „DGfjL“ von Karlheinz Weißmann, mittlerweile nach der Erstveröffentlichung im September 2015 bereits in der dritten Auflage,² behandelt die deutsche Geschichte von der Steinzeit bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1989. Da es sich bei dem Autor selbst um einen Gymnasiallehrer und führenden Vertreter der Neuen Rechten handelt und sein neuestes Werk eine Zielgruppe vakanten Alters anspricht, lohnt eine intensivere Betrachtung der DGfjL aus geschichtswissenschaftlicher und ideologietheoretischer Sicht.

Die vorliegende Abhandlung kann jedoch weder eine umfassende Darstellung der Bewegung Neue Rechte³ und ihrer Ideologie liefern,

¹ Vgl. Karlheinz Weißmann, Deutsche Geschichte für junge Leser, 3. Aufl. Berlin 2015.

² Vgl. zum vorangegangenen Zitat wie zur Auskunft über die Auflagenzahl der DGfjL Dieter Stein/Karlheinz Weißmann: Präsentation der „Deutschen Geschichte für junge Leser“ (21. Oktober 2015), in: <https://www.youtube.com/watch?v=hk0I1JBjx04> (gelesen am 26. Februar 2016).

³ Friedemann Schmidts Arbeitsdefinition zur Neuen Rechten aus dem Jahr 2001 kann hierbei auch heute noch genannt werden: Die Neue Rechte in Deutschland könne „als loser Verbund von Intellektuellen, politischen Publizisten und ‚Bewegungsunternehmern‘ aufgefasst werden, die versuchen, unter Berücksichtigung sich wandelnder Dominanzkonstellationen in der politisch-kulturellen Debatte, Anschluss an den Diskurs von Meinungseliten zu gewinnen, über dessen Beeinflussung eine Veränderung der politischen Kultur im Sinne einer Entghettoisierung des deutschen Nationalismus herbeizuführen und hierüber in letzter Instanz machtpolitischen Einfluss zu gewinnen.“ Friedemann Schmidt, Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel lau-

noch für jeden von Weißmann in der DGfjL behandelten Zeitabschnitt einen vollständigen Abgleich mit dem geschichtswissenschaftlichen Forschungsstand leisten. Stattdessen wird der Schwerpunkt der Arbeit darauf liegen, geschichtspolitische Sichtweisen der Neuen Rechten auf die deutsche Geschichte (3.) mit jenen in der DGfjL abzugleichen. Die thematische Abgrenzung erfolgt dabei durch die Konzentration auf die Zeiträume des Wilhelminismus (4.1.), der Weimarer Republik (4.2.), des Nationalsozialismus (4.3.) sowie der Zeit der Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung (4.4.). Innerhalb dieser Auswahl wird besonders intensiv auf die Darstellungen von Nationalsozialismus und Bundesrepublik eingegangen, da diese Kulminationspunkte der Geschichtsdeutungen der Neuen Rechten des 20. Jahrhunderts sind.

Den Rahmen der Hauptuntersuchung (3. und 4.) bilden die Fragen nach Weißmanns Vorgehensweise (2.) sowie nach dem in der DGfjL tradierten Volksverständnis (5.). Das erste Ziel ist es dabei, zu erreichen, was der Zielgruppe der DGfjL verwehrt bleiben soll: eine Einhegung der historischen Abhandlungen Weißmanns durch einen Abgleich mit typischen Geschichtsdeutungen der Neuen Rechten. Punktuell wird dabei auch ein Vergleich der Darstellungen in der DGfjL mit dem geschichtswissenschaftlichen Forschungsstand vorgenommen werden. Zum Zweiten soll über das Fallbeispiel der DGfjL ein Ver-

fende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden 2001, S. 22f. Schwierigkeiten bereitet die Bezeichnung der Bewegung der Forschung bis heute: „Der Begriff ‚Neue Rechte‘ ist einer derjenigen Termini in der Rechtsextremismusforschung, die sehr unterschiedlich und nicht selten auch diffus verwendet werden.“ Laut Samuel Salzborn existierten mindestens drei Begriffsverständnisse, nämlich eine chronologische, die schlichtweg rechte Bewegungen in Deutschland nach der NS-Zeit meine, zum anderen alle Bewegungen, die sich selbst als „neurechts“ bezeichneten. Im Sinne der dritten Kategorie, die analytisch danach frage, „was oder wer als ‚Neue Rechte‘ beschrieben werden kann bzw. sollte“, wird auch die vorliegende Abhandlung vorgehen. Diese geht auch davon aus, dass die Neue Rechte „eine Option des Rechtsextremismus“ darstelle, weil sie sich von Vertretern der Alten Rechten (e.g. der NPD) nur durch Nuancen sowie strategische Überlegungen unterscheide. Samuel Salzborn, *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, 2. Aufl. Baden-Baden 2015, S. 63f.

such unternommen werden, den Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten klarer zu konturieren.

2. Zur Vorgehensweise des Autors

Karlheinz Weißmann, der „nationale „Pädagoge“⁴, der seit 1987 an einem Gymnasium in Northeim die Fächer Geschichte und Religion lehrt, mittlerweile als Oberstudienrat⁵, sprach in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ vom 8. Oktober 2015 über die DGfjL. Durch den Geschichtsunterricht an den heutigen Schulen solle vermittelt werden, „dass die Heutigen in der besten aller denkbaren Welten angekommen sind, mit der verglichen alles in der Vergangenheit böse, sprich undemokratisch, intolerant, frauenfeindlich und latent rassistisch war“. Der Geschichtsunterricht an deutschen Schulen diene der „Festigung des schlechten Kollektivgewissens“, stattdessen müsse man die „Heranwachsenden mit Stolz auf ihr Vaterland füllen.“⁶ Dies sei dann auch, ohne einen Hehl daraus machen zu wollen, der Zweck der DGfjL, wie Weißmann am Stand der „Jungen Freiheit“ auf der Frankfurter Buchmesse am 3. Oktober 2015 nochmals unterstrich – es sei eben ein großer Unterschied, ob man das Ziel der DGfjL verfolge, oder ob man, wie in anderen Geschichtsdarstellungen für Kinder über die deutsche Geschichte, die Vorstellung in einem Kind „heranzüchten“ wolle, dass es zu einem „schuldigen Kollektiv“ gehöre, „oder wenigstens zu einem Kollektiv, dass es eigentlich nicht wert ist, erhalten zu werden.“⁷

⁴ F. Schmidt (Anm. 3), S. 180.

⁵ Vgl. Gerhard Schäfer, Karlheinz Weißmann: Gildenschafter zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, in: Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.), Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster 1999, S. 130-146, hier S. 130. Laut der Website des besagten Northeimer Gymnasiums ist Karlheinz Weißmann bis heute dort aktive Lehrkraft, vgl. Homepage Corvinianum Northeim: Kollegium (Stand: Februar 2016), in: <http://www.corvinianum.de/index.php/ge.html> (gelesen am 31. März 2016).

⁶ Moritz Schwarz: Interview mit Karlheinz Weißmann, „Dieses Buch ist ein patriotisches.“ (8. Oktober 2015), in: <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2015/dieses-buch-ist-ein-patriotisches/> (gelesen am 2. März 2016).

⁷ D. Stein/K. Weißmann (Anm. 2).

Wie Weißmann dieses Geschichtsverständnis für Kinder und Jugendliche interessant aufbereiten will, erklärt er im selben Interview: „An sich ist es nicht schwer, ein aufgewecktes Kind für Geschichte zu interessieren. Die Vergangenheit ist etwas, das dunkel, geheimnisvoll, anders erscheint, also interessant. ... Und wenn der Schulmeister es richtig anstellt, dann kann er etwas davon in seinen Unterricht retten. Natürlich geht es da auch um das Lernen von Daten und Fakten, aber eben nicht nur, und vor allem die Erzählung, die plastische Schilderung von Menschen und Ereignissen, ist eine sehr gute Möglichkeit, das Interesse von Kindern oder Jugendlichen zu wecken oder zu erhalten.“⁸

Nach diesem Verständnis ist auch die „Deutsche Geschichte für junge Leser“ aufgebaut. Von Arminius über Karl den Großen zu Otto von Bismarck wird eine stark personalisierte, mythisch-apodiktische Heldengeschichte im Sinne einer Meistererzählung der nationalen Selbstvergewisserung geschrieben. Dies geschieht in der Regel aus der Perspektive der deutschen Akteure heraus, die meistens Helden und schlechtesten Falls Opfer sind. Der Text, eine Melange banalen Plaudertons und verschachtelter Syntax, wird von zahlreichen Illustrationen begleitet. Eine Doppelseite jedes Kapitels besteht aus reinem Bildmaterial, das zu einem großen Anteil Kampfszenen darstellt.⁹

Zu Beginn der 1990er Jahre hatten Vertreter der Neuen Rechten gehofft, dass die Bundesrepublik im Zuge der Wiedervereinigung zu einem Nationalismus zurückkehren würde, der gedanklich an preußische Nationalstaatstraditionen wie an den antiliberalen wie demokratiefeindlichen Geist der Vertreter der Konservativen Revolution zur Zeit der Weimarer Republik anknüpfen würde, aus Deutschlands Mittellage in Europa resultierende Hegemonieansprüche eingeschlossen.¹⁰ Der Grund für den Zeitpunkt der Publikation der DGfjL ist von Weißmann bewusst gewählt. Er ist der Meinung, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise, ähnlich wie in der Zeit der Wiedervereinigung, an einem Scheideweg befände, an

⁸ M. Schwarz (Anm. 6)

⁹ Insgesamt 21 Illustrationen im Buch zeigen militärische Szenen oder jene des Kampfes, darunter zehn Bilder auf Doppelseiten. Zum Primat des Kriegerischen siehe Kapitel 5.

¹⁰ Vgl. F. Schmidt (Anm.3), S. 27; G. Schäfer (Anm.5), S. 69.

welchem das Gedankengut der Neuen Rechten bessere Chancen hat gehört zu werden. Die DGfjL möchte daher über die Behandlung der deutschen Geschichte Nationalstolz im Leser wecken¹¹ - völlig losgelöst von der Bedeutung demokratischer Werte, da diese für Weißmann kein Integrationsangebot für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk darstellen.¹²

Die DGfjL ist der Ausdruck davon, dass Weißmann bei der Schaffung einer neuen nationalen Identität seine Hoffnung zum Einen in ein wachsendes Unbehagen in der Bevölkerung setzt, weil von der Notwendigkeit für Migranten, sich in Deutschland zu assimilieren, wegen „ihrer rein zahlenmäßige(n) Stärke“ „keine Rede“ mehr sein könne und sich darob die Frage nach dem „Wir“ für die Deutschen wieder verstärkt stelle.¹³ Zum Anderen scheint es genau die Zielgruppe der DGfjL zu sein, in die Weißmann im Kampf um die nationalstaatliche

¹¹ Auf Dieter Steins Frage, warum das Buch gerade im Moment „einen Nerv“ treffe, antwortet Weißmann: „Ich denke mir, dass der Hauptgrund vielleicht tatsächlich ist: Es gibt eine starke Verunsicherung. Ich glaube, dass wir politisch gesehen, weltanschaulich und ideologisch gesehen jetzt wieder an einem Punkt ankommen, an dem wir in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, nach der Wiedervereinigung schon einmal waren. Wir haben damals leider die Chance verpasst, die notwendigen Klärungen herbeizuführen. Die Probleme sind letztlich verschleppt worden, man hat geglaubt, man könne einfach fortsetzen, was man eben bis dahin getan hat. Der ‚Endsieg des Westens‘ schien das zu rechtfertigen, während wir jetzt eben sukzessive begreifen: Das 20. Jahrhundert endet erst in diesen Tagen. Also all die Illusionen, die man im 20. Jahrhundert gehabt hat, werden jetzt abgetragen. Was in der Gestalt der Flüchtlingskrise, in der Gestalt des Zusammenbruchs des Nahen Ostens, des Verschwindens ganzer Staatensysteme auf uns einfällt, das ist die Marge, das ist die Markierung. Diese Verunsicherung lässt die Menschen natürlich auch danach fragen: ‚Wer sind wir?‘ Und zwar nicht nur als Einzelne ... sondern: ‚Wer sind wir eigentlich in Bezug auf die Gemeinschaften, zu denen wir gehören, also was macht uns aus?‘ Und da muss man schon sehen: Es gibt diesbezüglich natürlich ein großes Defizit.“ Stein/Weißmann (Anm. 2)

¹² Auf diesen Aspekt wird in Kapitel 4.4 und 5 intensiv eingegangen werden.

¹³ Gil Barkei: „Ich glaube nicht, dass der deutsche Geist erloschen ist.“ (10. September 2016), in: <https://jungfreiheit.de/kultur/2016/ich-glaube-nicht-dass-der-deutsche-geist-erloschen-ist/> (gelesen am 22. Oktober 2016). Siehe auch Anmerkung 12.

„Erneuerung“¹⁴ setzt. So zitierte die „Junge Freiheit“ Weißmann aus einem Vortrag in der „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin mit den Worten: „Große Hoffnung lege Weißmann in die nachwachsende Generation. „Eine bestimmte Substanz wird man in jungen Deutschen nicht zerstören können. Das ist meine tiefe Überzeugung nach 35 Dienstjahren als Lehrer. Ich glaube nicht, daß der deutsche Geist erloschen ist.“¹⁵

Die Öffentlichkeitsstrategie für die Neue Rechte, die Weißmann so versteht, dass man jeweils nach Einschätzung der politischen Lage zu entscheiden habe, ob der geistige Angriff oder die Mimikry zu wählen sei¹⁶, ist schon im Layout der DGfjL erkennbar: Auf dem Cover prangen die Revolutionäre von 1848, in deren Tradition gemeinhin auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht. Des Weiteren ähnelt die Aufmachung anderen, in der geschichtspolitischen Tendenz von der DGfjL freilich grundverschiedenen Geschichtsdarstellungen für Kinder, wie etwa der „Deutschen Geschichte“ von Manfred Mai.¹⁷ Unter nachahmender Camouflage verbergen sich inhaltlich einige geschichtspolitische „geistige Angriffe“, weil Weißmann vor Geschichtsrevisionismus mitunter nicht zurückschreckt. Es wird eine der Aufgaben dieser Abhandlung sein, entsprechende Stellen der DGfjL kenntlich zu machen und kritisch aufzubereiten.

3. „Rückruf in die Geschichte“: Weißmann und der Diskurs der Neuen Rechten um die Deutung der deutschen Vergangenheit

Das Verhältnis der Neuen Rechten zum Nationalsozialismus ist durch eine formale Abgrenzung gekennzeichnet.¹⁸ Diese Abgrenzung ist

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998, S. 174; S. Salzborn (Anm. 3), S. 63; G. Schäfer (Anm. 5), S. 24f.

¹⁷ Vgl. Manfred Mai, *Deutsche Geschichte*, 3. Aufl. Weinheim 2009.

¹⁸ Vgl. hierzu u.a. Rainer Benthin, *Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten*, Frankfurt am Main 2004, S.142 oder auch Hans Sarkowicz, *Publizistik in der Grau- und Braunzone*, in: Wolfgang Benz

Teil einer Öffentlichkeitsstrategie, durch sukzessive Steigerung der eigenen Reputierlichkeit verstärkt Einfluss auf gesellschaftliche Debatten nehmen zu können.¹⁹ Da der Nationalsozialismus heute in breiten Teilen der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit der Bundesrepublik „als Barbarei, radikaler Zivilisationsbruch und singuläre, mit nichts zu vergleichende Epoche“²⁰ betrachtet wird, verzichtete die Neue Rechte auf den positiven Bezug zum Nationalsozialismus, weil für rechtes Gedankengut ohne Abgrenzung zum Nationalsozialismus kaum politisch-diskursiver Raumgewinn in Deutschland möglich ist.²¹ Nichtsdestotrotz lehnen Vertreter der Neuen Rechten die einschlägige Historiographie über die Zeit des Nationalsozialismus ab, da sie jene nur als Instrument eines deutschen „Nationalmasochismus“²² betrachten.

Die Politikwissenschaftlerin Alice Brauner-Orthen bringt den Unterschied zwischen dem Geschichtsrevisionismus der Alten und Neuen Rechten in Bezug auf die NS-Zeit auf den Punkt, es könne „... analytisch zwischen einem neofaschistischen Geschichtsrevisionismus (Kernpunkt hierbei ist die ‚Auschwitz-Lüge‘ eines Thies Christophersen, Fred Leuchter, Paul Rassinier, Robert Faurisson, Wilhelm Stäglich, David Irving, Germar Rudolf) und einem moderaten Revisionismus (also die Verharmlosung und Entschuldigung für Verbrechen im Dritten Reich) unterschieden werden. Denn in den Publikationen der Neuen Rechten lassen sich keine Hinweise auf eine Leugnung der Verbrechen während des Nationalsozialismus finden. Die

(Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1994, S. 67-86, hier S. 67.

¹⁹ Armin Pfahl-Traugher schreibt etwa über Karlheinz Weißmann: „... er hält sich bewusst mit eindeutig rechtsextremistischen Äußerungen zurück und ist in dieser Hinsicht ganz seinem ... strategischen Rat verpflichtet, wonach man die politische Lage einschätzen und entscheiden müsse, ob der Generalangriff oder die Mimikry angesagt sei.“ A. Pfahl-Traugher (Anm.16), S. 173f. Siehe auch Anmerkung 16.

²⁰ R. Benthin (Anm. 18), S. 149.

²¹ „Angesichts der Erblast des Faschismus sieht sich der offene Rekurs auf nationalistische und rassistische Ideologeme in Deutschland dem schwerwiegenden Vorwurf einer Anknüpfung an das nationalsozialistische Terrorsystem ausgesetzt.“ F. Schmidt, (Anm. 3), S. 19.

²² H. Sarkowicz (Anm. 18), S. 67.

Neue Rechte versucht, die Greuelthaten zu relativieren bzw. zu entschuldigen. Zur Verharmlosung der NS-Zeit bedient sie sich eines akademischen Geschichtsrevisionismus, der z.B. die alleinige Kriegsschuld Deutschlands im Zweiten Weltkrieg in Frage stellt.“²³

Der veränderte Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus stellt für Vertreter der Neuen Rechten eine zentrale Voraussetzung für die Schaffung einer neuen, nationalen Identität dar: „Das kollektive Gedächtnis der Deutschen sei mit Blick auf die Nationalgeschichte zu Unrecht von der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus geprägt, so dass keine positive Identifikation mit Deutschland möglich sei.“²⁴

Somit wird die Frage nach dem Umgang mit der NS-Zeit, wie bereits in der Einleitung erwähnt, zum Kulminationspunkt der Deutung deutscher Geschichte durch die Neue Rechte, während geschichtsrevisionistische Tendenzen dieser Form der Uminterpretation inhärent sind.

Das Credo von Vertretern der Neuen Rechten, wie für Karlheinz Weißmann, lautet an dieser Stelle: Verharmlosung durch Historisierung²⁵ und Relativierung. Der Nationalsozialismus soll als kleiner Ausschnitt einer langen Nationalgeschichte erscheinen, als Irrtum einer ansonsten großen Vergangenheit. Auffällig ist bei diesem Vorgehen zudem, dass nationalsozialistische Verbrechen bewusst mit denen anderer Systeme gleichgesetzt und damit die Singularität ihrer Qualität angezweifelt wird²⁶, um „eine unterschiedslose Einreihung in die Geschichte menschlicher Grausamkeiten“²⁷ zu erreichen.

²³ Alice Brauner-Orthen, *Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen*, Opladen 2001, S. 46.

²⁴ R. Benthin (Anm. 18), S. 144.

²⁵ „Aber im Gegensatz zu den ewiggestrigen Altrechtten neigen sie (die Neue Rechte) nicht zu blinder Apologie oder Verklärung der NS-Zeit (was allerdings auch nicht ganz ausgeschlossen ist!), sondern zur radikalen Historisierung, die auch den Holocaust zu einem von vielen schrecklichen Ereignissen in der Weltgeschichte macht.“ H. Sarkowicz (Anm. 18), *Grau- und Braunzone*, S. 67.

²⁶ „Das nationalsozialistische System wird so zu einem historischen Irrtum bzw. einem dunklen Fleck in der Geschichte erklärt, wie er nicht nur in der deutschen, sondern in jeglicher Nationalgeschichte vorgekommen sei. Der NS

Karlheinz Weißmann hat diese Form der Geschichtsrevision entscheidend mitgeprägt: Er gilt als der „wichtigste Vordenker der ‚Neuen Rechten‘ im Deutschland der Gegenwart“.²⁸ Ab Mitte der 1980er Jahre verschaffte er sich Zugang zu Zeitschriften des sogenannten „Brückenspektrums“ zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, wie „Mut“, „Criticon“ und „Junge Freiheit“²⁹, publizierte aber gleichzeitig auch für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und den „Rheinischen Merkur“. In seiner publizistischen Tätigkeit baute er engen Kontakt zu älteren Vertretern der Neuen Rechten wie Caspar von Schrenck-Notzing oder Armin Mohler auf. Später kamen dann auch Kooperationen mit jüngeren Vertretern zustande, wie etwa mit dem Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, Dieter Stein, oder dem Historiker und Lektor Rainer Zitelmann.³⁰ Angeregt durch Zitelmann veröffentlichte Weißmann 1992 seinen „Rückruf in die Geschichte“³¹, was als Standardwerk der Neuen Rechten gilt.

In diesem Werk deutet Weißmann die deutsche Wiedervereinigung als „Epochenschnitt“. Durch den Untergang der alten Bundesrepublik habe nunmehr das neue Deutschland „überraschend viel mit dem alten Bismarck-Reich“ gemein. Der geopolitische Aspekt der Mittellage zwinge die Deutschen, von ihrem „Verzweigungswunsch“ Abstand zu nehmen. Die „Nation“ solle sich rückbesinnen auf den alten preußisch-deutschen Nationalstaat, dessen Traditionen durch die 1949 erfolgte Westbindung der Bundesrepublik „ausgetilgt“ worden seien. Vor diesem Hintergrund kritisiert Weißmann die vergleichsweise defensive Außenpolitik der Bundesrepublik nach 1949 als „Unterbrechung der Geschichte“.³² Priorität hätten für Deutschland nicht Demokratie und Konstitutionalismus, sondern die nationale Machtpolitik mit dem

wird also im Sinne des Wortes relativiert. Dabei geht es nicht in alt-rechter Manier um eine Legitimation des Nationalsozialismus bzw. Leugnung dessen Verbrechen, sondern um Relativierung durch Vergleich“, R. Benthin (Anm. 18), S. 158.

²⁷ Brauner-Orthen (Anm. 23), S. 47.

²⁸ S. Salzborn (Anm. 3), S. 73.

²⁹ Vgl. A. Pfahl-Traughber (Anm. 16), S. 175.

³⁰ Vgl. G. Schäfer (Anm. 5), S. 135.

³¹ Vgl. Ebenda S. 136

³² Nicht nur hier offenbart sich Weißmanns ideologische Nähe zu Schrenck-Notzing und Mohler.

Primat der Außenpolitik.³³ Mit dem Titel „Rückruf in die Geschichte“ soll offenbar an politisch-kulturelle Werte Deutschlands vor 1949 angeknüpft werden.³⁴ Die Ablehnung der Bundesrepublik im Sinne Mohlers oder Schrenck-Notzings wie auch der positive Rückbezug auf preußische Nationalstaatlichkeit bestimmen auch das Geschichtsbild in der DGfjL.

Der Wunsch nach der Rückkehr der Bundesrepublik zu alter Machtstaatlichkeit im Zuge der Wiedervereinigung ist zentraler Topos der Neuen Rechten nach 1989, hätte diese doch „infolge ihrer ungefragten Westbindung den Faktor Macht- und Interessenpolitik verdrängt.“³⁵

Mit Weißmanns 1995 in der „Propyläen Geschichte Deutschlands“ erschienenem Werk „Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945“³⁶ erhielt er die Möglichkeit zur Autorenschaft in einer renommierten geschichtswissenschaftlichen Reihe, welche ihm nicht durch seine wissenschaftlichen Qualifikationen, sondern durch politische Nähe zum Verlagslektor geboten wurde.³⁷ Seine Darstellung der NS-Zeit unter Ausbootung des Historikers Hans Mommsen³⁸ löste aus den Reihen etablierter Geschichtswissenschaftler massiven Protest aus, sodass der Ullstein-Verlag schließlich das Buch vom Markt nahm und Herbert Fleissner das Projekt übertrug.³⁹

Im „Weg in den Abgrund“ werden zwar Verbrechen durch das Hitler-Regime nicht geleugnet, wohl aber relativiert, wenn Weißmann sie lediglich der SS zuschreibt sowie die Verstrickung der Wehrmacht in die Verbrechen nicht beachtet, und mit großer Emphase von Verbrechen der Roten Armee aus Sicht der deutschen Bevölkerung berich-

³³ Weißmann, Karlheinz: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren – neue Chancen. Frankfurt 1992, S. 9, 123, 115, 175, 43, 138, zit. nach A. Pfahl-Traughber (Anm. 16), S. 199f.

³⁴ Vgl. A. Pfahl-Traughber (Anm. 16), S. 200.

³⁵ G. Schäfer (Anm. 5), S. 141.

³⁶ Vgl. Weißmann, Karlheinz: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995.

³⁷ Vgl. A. Pfahl-Traughber (Anm. 16), S. 176.

³⁸ Vgl. zu den Hintergründen ausführlich G. Schäfer (Anm. 5), S. 144f.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 145.

tet.⁴⁰ Die Strategie der Relativierung von NS-Verbrechen zeigt sich auch in der DGfjL.

Die Negierung der Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus und die Ablehnung der Wehlerschen These vom deutschen Sonderweg⁴¹ sind zentrale geschichtspolitische Ansprüche Weißmanns und der Neuen Rechten, der sich Weißmann auch durch seine Mitwirkung bei dem im Jahre 2000 durch Götz Kubitschek gegründeten „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) verschrieben hatte. Dies gilt als Denkfabrik der Neuen Rechten.⁴² Im Frühjahr 2014 indes verließ Weißmann nach eigenen Angaben aufgrund von Differenzen mit Kubitschek das IfS, als Gründe hierfür benennt er vor allem unter-

⁴⁰ Vgl. A. Pfahl-Traugher (Anm. 16), S. 178.

⁴¹ Vgl. hierzu erläuternd der Essay Wehlers aus seiner Essaysammlung zum 20. Jahrhundert: „Da (in Deutschland) gab es seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, vollends dann seit 1914 ein deutsches ‚Sonderbewusstsein‘, das auf die Unterscheidung vom ‚Westen‘ statt auf die Gemeinsamkeiten axiomatischen Wert legte. Da blieb eine ‚bürgerliche Revolution‘ aus Dadurch wurde der Liberalismus irreparabel geschwächt und in die Kümmerform einer Bewegung gepresst, die immer nur eine vom Staat gewährte ‚Libertät‘ erwartete. Auf der anderen Seite blieben die traditionellen Machteliten ... so stark und selbstbewusst, dass sie ... die Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Lebens blockieren konnten. Während die industrielle und soziale Modernisierung voranschritten, erzeugte die Bremswirkung dieses traditionellen Überhangs ein so gefährliches Spannungsverhältnis, dass unter den neuen Bedingungen des verlorenen Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise seit 1929 der Weg in die autoritäre, dann die diktatoriale Regierungsform als akzeptable Krisenlösung erschien.“ Hans-Ulrich Wehler, *Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 85f.. Wehler schließt seine Ausführungen mit der Aussage, dass sich die „Sonderweg“-Interpretation bewahre „als schlüssigste Erklärung des Irrwegs, der zum Nationalsozialismus und seinen Folgen geführt hat.“ Darüber hinaus sei die Bundesrepublik gut beraten, „diese Deutung in ihrem Grundkonsens zu bewahren.“ Ebenda, S. 89. Die Neue Rechte lehnt indes die Wehlersche Sonderwegthese ab und nimmt eine Umdeutung vor, indem sie vielmehr die Bundesrepublik als Abkehr von der nationalstaatlichen Tradition Deutschlands als Sonderweg der deutschen Geschichte bezeichnet. Vgl. F. Schmidt (Anm. 3), S. 194-198.

⁴² Vgl. S. Salzborn (Anm. 3), S. 71f.

schiedliche Vorstellungen im Umgang mit der AfD, für deren Unterstützung er „von Anfang an eingetreten“⁴³ sei.

4. Zwischen Relativierung und Geschichtsrevision: historische Umdeutungen in der „Deutschen Geschichte für junge Leser“

4.1 Wilhelminismus

Ziel des Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten ist es, nach dem Politikwissenschaftler Friedemann Schmidt, „die belasteten Phasen vormaliger deutscher Nationalstaatlichkeit, NS-Staat und Wilhelminismus, in ein günstigeres Licht zu rücken.“⁴⁴ Es sei aber angemerkt, dass aufgrund der geringeren vergangenheitspolitischen Brisanz die geschichtsrevisionistische Darstellung der Wilhelminischen Ära in der DGfjL noch stärker zum Vorschein kommt, als etwa in der Zeit des Nationalsozialismus (Kapitel 4.3).⁴⁵ Weißmann beeilt sich zu be-

⁴³ Karlheinz Weißmann: Interview mit der „Jungen Freiheit“, „Sonst endet die AfD als Lega Ost“ (21. Dezember 2015), in: <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2015/sonst-endet-die-afd-als-lega-ost/> (gelesen am 3. März 2016). Der Einfluss des Gedankenguts Kubitscheks und der Neuen Rechten auf den rechten Flügel der AfD kann, insbesondere in Thüringen und Sachsen-Anhalt, indes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Vgl. u.v. a. Justus Bender/Reinhard Bingener: „Die rechten Fäden in der Hand“ (16. April 2016), in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html> (gelesen am 20. Oktober 2016); Marcus Bensmann: „Die Identitären und die AfD: ‚Wer sind die Menschen, die gestern das Brandenburger Tor bestiegen?‘“ (28. August 2016), in: <https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/08/28/die-identitaeren-und-die-afd/> (gelesen am 21. Oktober 2016); Wolfgang Minder u.a.: WDR-Dokumentation, „AfD. Und Jetzt?“ (15.06.2016), in: <http://www.ardmediathek.de/tv/die-story/AfD-Und-jetzt/WDR-Fernsehen/Video?bcastId=7486242&documentId=35999914> (gelesen am 19. Oktober 2016). Was Weißmann genau mit den „Differenzen im Umgang mit der AfD“ meint, kann an dieser Stelle nicht ohne Spekulation geklärt werden.

⁴⁴ F. Schmidt (Anm. 3), S. 199.

⁴⁵ Im Rahmen der vorliegenden Abhandlung kann, wie in der Einleitung beschrieben, nicht jeder von Weißmann behandelte Zeitabschnitt aus der DGfjL analysiert werden. Allerdings lassen sich auch in anderen Zeitepochen als den vier untersuchten Geschichtsumdeutungen finden. Als Beispiele seien hier der

tonen, dass Wilhelm II. den anderen Herrscherpersönlichkeit seiner Zeit weit voraus gewesen sei⁴⁶, und erklärt dem jungen Leser die zunehmende bündnispolitische Isolation des Deutschen Reiches in Europa vor 1914 allein mit dem Neid und dem Unbehagen der deutschen Nachbarn ob der Stärke des Reiches: Der zusammenfassende Text, den es zu jedem Kapitel gibt, lautet: „Von Kaiser Wilhelm II. und dem deutschen Erfindungsgeist, vom scheinbar unaufhaltsamen Erfolg der deutschen Industrie und der Angst der deutschen Nachbarn.“⁴⁷ Der Weg in den Ersten Weltkrieg wird als einer dem Deutschen Reich aufgezwungenen beschrieben, Frankreich und Russland hätten das erstarkende Deutschland durch ihre Bündnispolitik bewusst versucht, „vom Westen wie vom Osten ‚einzukreisen‘.“⁴⁸ Die schlichte Reproduktion der zeitgenössischen Einkreisungsneurose⁴⁹ offenbart eine typische „Apologie des preußisch-deutschen Nationalismus“⁵⁰, die Verantwortung für die Kündigung des Bismarckschen Bündnissystems in Europa wird ebenfalls den anderen Großmächten zugeschrieben.⁵¹ Bezüglich der Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich zu Beginn des Ersten Weltkrieges schreibt

dezidierte Antiamerikanismus genannt, der sich auch schon in der Verächtlichmachung der Gründung der Vereinigten Staaten zeigt, vgl. Weißmann (Anm. 1), S. 141f.; S.169, sowie die oppositionelle Haltung gegenüber den aufklärerischen Werten der Französischen Revolution, vgl. ebenda, S. 142f.

⁴⁶ K. Weißmann (Anm.1), S. 173.

⁴⁷ Ebenda, S. 171, sowie im Inhaltsverzeichnis des Buches.

⁴⁸ Ebenda, S. 176.

⁴⁹ Vgl. zur zeitgenössischen Verwendung des Terminus „Einkreisung“ sowie zur historiographischen Untersuchung grundlegend Krumeich: „Die Auffassung, dass es tatsächlich eine politische Strategie der ‚Einkreisung‘ bzw. der ‚Isolierung‘ Deutschlands durch die Entente Mächte gegeben habe, war allerdings seit den 1960er Jahren aus den deutschen Geschichtshandbüchern weitgehend verschwunden Nicht Einkreisung hat stattgefunden sondern eine Art von ‚Selbstauskreisung‘, d.h. Selbstisolierung des Deutschen Reiches, dessen wie auch immer motivierte extravagante Außen- und Rüstungspolitik erst die Feindschaft Englands und dann die Zementierung eines immer stärker gegen Deutschland gerichteten Bündnissystems der sog. ‚Entente-Mächte‘ ... zunehmend bewirkt habe.“ Gerd Krumeich, *Einkreisung. Zur Entstehung und Bedeutung eines politischen Schlagwortes*, in: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 63 (1989), S. 99-104, hier S. 100.

⁵⁰ F. Schmidt (Anm. 3), S. 199.

⁵¹ Vgl. K. Weißmann (Anm. 1), S. 176.

Weißmann: „Nur Großbritannien hätte zu dem Zeitpunkt noch etwas tun können, um die Kettenreaktion aufzuhalten. Aber es erklärte wegen der Verletzung der belgischen Neutralität Deutschland den Krieg. Die Begründung war nur vorgeschoben. In Wirklichkeit wollte man in London die Gelegenheit nutzen, Deutschland, den gefürchteten Konkurrenten, zu schlagen oder zumindest zu schwächen.“⁵²

In Bezug auf seine Darstellung des letzten Jahres des Ersten Weltkriegs ist anzumerken, dass Weißmann die Dolchstoßlegende durchaus revitalisiert: „In der englischen Armee gab es eine wachsende Zahl von Kriegsdienstverweigerern, in der französischen kam es sogar zu Streiks der Soldaten, die sich weigerten zu kämpfen, in der österreichischen meuterten Einheiten Die deutschen Truppen blieben demgegenüber diszipliniert.“⁵³ Anschließend meint er, dass dies jedenfalls für das Landheer gegolten habe. Die einfache Reproduktion vom Mythos der tapferen deutschen Truppen⁵⁴, „im Felde unbesiegt“ zu sein, wird dabei genauso ungefiltert reproduziert wie die Einkreisungsrhetorik. Die Tapferkeit der deutschen Bodentruppen kontrastiert der Autor mit der Meuterei der Matrosen in Kiel: „Die Matrosen saßen mehr oder weniger untätig in den Häfen, weil die britische Marine viel stärker war und die Küste blockierte. Da hatte man viel Zeit zum Nachdenken und zum Diskutieren. Was wiederum dazu führte, dass hier Männer Gehör fanden, die erzählten, die Marineführung plane, obwohl man keine Chance habe, noch einmal mit der deutschen Flotte auszulaufen Die Nachricht verbreitete sich im rasenden Tempo. Es passte außerdem gut zu dem, was jene Sozialisten behaupteten, die seit langem unter den Arbeitern – und jetzt auch unter den Soldaten – dafür warben, den Krieg zu beenden, die Arbeit niederzulegen und eine Revolution zu machen, um die ganze Ordnung umzustürzen.“⁵⁵

⁵² Ebenda, S. 182.

⁵³ Ebenda, S. 188.

⁵⁴ Zu den Auflösungserscheinungen an der deutschen Westfront nach der „Michael“-Offensive im Frühjahr des Jahres 1918 vgl. grundlegend Wilhelm Deist, Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, in: Wolfram Wette (Hrsg.), Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992, S. 146-167.

⁵⁵ K. Weißmann (Anm. 1), S. 189.

Auch wenn auf die Zeit des Wilhelminismus im Rahmen dieser Arbeit nur kurz eingegangen werden konnte, zeigt sich bereits in der Darstellung dieser Epoche der deutschen Geschichte die Bereitschaft des Autors, geschichtsrevisionistische Thesen in sein Werk zu integrieren.

4.2 Weimarer Republik

Der Aufstieg des NS liegt für Vertreter der Neuen Rechten „in der Konsequenz einer gedemütigten Nation“. Die Verantwortlichkeit wird „auf die vorangegangene demokratische Phase der verhassten Weimarer Demokratie“⁵⁶ übertragen. Dieselbe Ansicht vertritt Weißmann auch in der DGfJL. Er rückt die Weimarer Republik von Beginn an in ein schlechtes Licht, wobei richtige Feststellungen immer wieder auf zweifelhafte Werturteile treffen⁵⁷: „Tatsächlich haben die Deutschen niemals in ihrer Geschichte einen so blutigen Umsturz herbeigeführt wie Engländer oder Franzosen, aber gleichzeitig fehlte ihnen offenbar auch der Mut, einen scharfen Schnitt zu machen, ein unbrauchbares politisches System zu beseitigen, um ein ganz neues an seine Stelle zu setzen. Die ‚Novemberrevolution‘ von 1918 erscheint insofern als eine typisch deutsche Revolution, das heißt, sie war keine richtige, eher ungewollt, ein Zusammenbruch der Ordnung des alten Kaiserreichs, nicht das Ergebnis eines entschlossenen Willens zur Republik. Bezeichnend ist, dass der erste Regierungschef des neuen Staats, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, einen Wutausbruch bekam, als man ihm erzählte, dass die Republik ausgerufen worden sei. Selbst er hätte wohl lieber die Monarchie behalten.“⁵⁸

Die Errungenschaften der ersten Demokratie auf deutschem Boden würdigt Weißmann höchstens halbherzig⁵⁹, stattdessen beeilt er sich, die Unfähigkeit der demokratischen Führungspersonlichkeiten zu betonen, und nimmt das Scheitern der Weimarer Republik vorweg: „Dementsprechend stimmten die Bürger bei den Wahlen zum ersten Parlament der Republik für die Parteien, die Bismarck einmal ‚Reichsfeinde‘ genannt hatte: Sozialdemokraten, Zentrum und die linken

⁵⁶ F. Schmidt (Anm. 3), S. 189.

⁵⁷ Ebenda, S. 198.

⁵⁸ K. Weißmann (Anm. 1), S. 191.

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 201f.

Liberalen. Dieses erste Parlament nannte man wie 1948 ‚Nationalversammlung‘. ... Deren größtes Problem bestand darin, dass die Personen, die nun die wichtigen politischen Ämter ausübten, ihren Aufgaben oft kaum gewachsen waren und man für die tägliche Arbeit auf die Hilfe der alten Beamten des Kaiserreichs angewiesen blieb. Das machte sich nicht sofort bemerkbar, aber Stück für Stück.“⁶⁰

Diesen Ausführungen lässt Weißmann eine emotive Abhandlung über die ungerechte Behandlung der Deutschen durch den „Diktatfrieden“, die „Schmach von Versailles“⁶¹, folgen. Er beklagt dramatisch die deutschen Gebietsverluste und die Behandlung Deutschlands durch die Sieger, die „das Selbstbestimmungsrecht der Völker ... mit Füßen“⁶² getreten hätten: „Viele Deutschen fühlten sich zu Recht getäuscht, waren voller Wut und Hass auf die Sieger, sahen mit Entsetzen, was Deutschland angetan wurde.“⁶³ Dass Deutschland Russland etwas mehr als ein Jahr zuvor wesentlich härtere Friedensbedingungen aufgezwungen hatte⁶⁴, erwähnt Weißmann nicht.

Nachdem er den Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 (37,8 Prozent Stimmanteil) beschreibt, stellt der Autor die Frage nach dem Grund für diesen Erfolg, die er gleich selbst beantwortet: „Was hat die Menschen damals dazu gebracht, Hitlers Partei zu wählen oder ihr sogar beizutreten? Nur ausnahmsweise spielte der Widerstand gegen die Juden eine Rolle. ... Vielmehr zeigten sich viele überzeugt, dass es ein guter Gedanke sei, zwischen dem Gedanken der Nationen und dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit eine Verbindung herzustellen. Das, so glaubten sie, komme in dem Wort ‚Nationalsozialismus‘ zum Ausdruck, und nur ein ‚nationaler Sozialismus‘ werde es ermöglichen, das geschlagene Deutschland wiederaufzurichten. Viele Wähler und Mitglieder der NSDAP waren jung, ohne politische Erfahrung, enttäuscht von der Weimarer Republik, erbittert über die Unfähigkeit der demokratischen Politiker, die Probleme zu lösen, erbittert über die dauernde Demüti-

⁶⁰ Ebenda, S. 191.

⁶¹ Ebenda, S. 193.

⁶² Ebenda, S. 196.

⁶³ Ebenda, S. 197.

⁶⁴ Vgl. Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, 2. Aufl. Berlin 2013, S. 661-674.

gung ihres Volkes, aber auch idealistisch, bereit sich einer Idee zur Verfügung zu stellen, die sie als richtig betrachteten, bereit einem Mann zu folgen, von dem sie glaubten, dass er mit der Republik auch die tiefere Ursache der deutschen Katastrophe beseitigte.“⁶⁵

Abgesehen von der Tatsache, dass der Terminus „Widerstand“ im Zusammenhang mit der Verfolgung von Juden in einem Jugendbuch unpassend ist, erklärt Weißmann als Gründe für den Erfolg des Nationalsozialismus weder die steigende Radikalisierung in der deutschen Bevölkerung noch den radikal-exklusiven Charakter der nationalsozialistischen Ideologie.⁶⁶ Nicht nur, dass die Verantwortung für den Nationalsozialismus hier wiederum mit der „Unfähigkeit der demokratischen Politiker“ sowie der „Demütigung des Volkes“ erklärt wird – Der Autor konfrontiert an dieser Stelle den Leser mit in Kreisen der Neuen Rechten weit verbreiteten, „prinzipiell positive(n) Bewertung der historischen Verbindung von Nationalismus und Sozialismus.“⁶⁷

Es wird ferner nicht erklärt, „warum es in Deutschland zu einer nationalsozialistischen Diktatur kommen konnte und in anderen Ländern nicht“⁶⁸ und überdies „die besondere Bedeutung der antidemokratischen und antiliberalen Haltung der konservativen Eliten vor und

⁶⁵ K. Weißmann (Anm. 1), S. 207f.

⁶⁶ „... in der vorkonstitutionellen, außerstaatlichen Konstruktion des Volkes als ‚natürlicher Blutsgemeinschaft‘, die zu einer eigenen Ordnung ... finden muss, ist die rassistische, antisemitische Grenzlinie untrennbar eingelassen. Antisemitismus konstituierte die nationalsozialistische Volksgemeinschaft; er befeuerte auch deren Radikalität und Destruktionspotential. ... Die SA schlug, verprügelte ebenso unbewaffnete, zivile jüdische Bürger, die kaum eine Chance hatten, sich zu wehren. Diese Asymmetrie der Gewalt, die die Nationalsozialisten in einem wesentlichen Punkt von den Kommunisten unterschied, war im Kern rassistisch. ... Es ging um Vernichtung, um eine Gewalt, die mit Gegenwehr gar nicht mehr rechnete, sondern allein Gewalt antun wollte ...“ Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 354ff.

⁶⁷ G. Schäfer (Anm. 5), S. 134.

⁶⁸ A. Pfahl-Traugher (Anm. 16), S. 177.

während der Weimarer Republik, die damit ideologisch wie politisch den Weg hin zur NS- Diktatur ebneten“⁶⁹, unterschlagen.

Obwohl Weißmann durchaus ausführt, dass es der Entscheidungsgewalt des Reichspräsidenten Hindenburg oblag, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, gelingt es Weißmann wiederum, in seiner Beschreibung der Vorgänge zwei Faktoren als auslösende Momente für die Machtergreifung der Nationalsozialisten herauszustellen, die Schwäche der Republik und böswillige Nachbarstaaten: „Wenn man es ganz nüchtern betrachtet, dann gab es in den letzten beiden Jahren der Weimarer Republik im Grunde nur eine Möglichkeit, Hitler den Weg zur Macht zu versperren: Der Reichspräsident Hindenburg ... hätte die Verfassung aufheben und die Gewalt mit Hilfe der Soldaten ausüben müssen. Die Demokratie war im Grunde nicht mehr zu retten, aber vielleicht konnte man wenigstens die staatliche Ordnung retten. Aber dazu war Hindenburg nicht willens, da er – zu Recht – befürchtete, dass bei einem solchen Vorgehen der Erfolg sehr unsicher war. Genausogut konnte ein Bürgerkrieg ausbrechen und die Nachbarn Deutschlands, vor allem Frankreich und Polen, die Gelegenheit nutzen, Teile des Reichsgebietes zu besetzen. Also entschied er sich, Hitler (den er eigentlich nicht ausstehen konnte) zum Kanzler zu machen.“⁷⁰

Die obige Darstellung ist schlichtweg falsch. 2015 legte der Historiker Michael Grüttner erneut dar, dass sich die NSDAP Anfang 1933 in einer schweren Krise befunden hatte – mit Verlusten in der Wählergunst, innerparteilichen Streitigkeiten bis hin zu Gerüchten um eine Spaltung sowie einem drohenden Bankrott der Partei. Hinzu kam, dass auch die Wirtschaft der Weimarer Republik zu diesem Zeitpunkt in Begriff war sich zu erholen.⁷¹

⁶⁹ Pfahl-Traugher (Anm. 16), S. 178. Die Ausführungen Pfahl-Traugher beziehen sich auf Weißmanns im Jahr 1995 erschienenes Werk „Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945“. Die Tatsache, dass diese Einschätzungen nunmehr unmodifiziert auf Inhalte in der „Deutschen Geschichte für junge Leser“ übertragbar zu sein scheinen, lässt auf eine Kontinuitätslinie in Weißmanns geschichtsrevisionistischem Denken schließen.

⁷⁰ K. Weißmann (Anm. 1), S. 211f.

⁷¹ Vgl. Michael Grüttner, Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933-1939, Stuttgart 2015, S. 26.

Das eschatologische Grundnarrativ Weißmanns über die Weimarer Republik, das ihr Scheitern vorwegnimmt, ist integraler Bestandteil einer Entlastungsstrategie von der „überzogenen ‚Täter‘- zur eigentlichen ‚Opfer‘-Rolle Deutschlands“⁷² hin. Die deutsche Bevölkerung „sieht Weißmann weitgehend als Objekt des historischen Prozesses, das an dessen Auswirkungen zu leiden hatte.“⁷³ In diese Sichtweise passt auch die Übertragung der Hauptschuld für die Entstehung des Nationalsozialismus auf demokratische Vertreter der Weimarer Republik, denn dadurch wird rückwirkend eine moralische und politische Entlastung breiter Teile der damaligen Bevölkerung erreicht.

4.3 Nationalsozialismus

Eine unterschiedslose Einreihung in die deutsche Geschichte (3.) erfährt die NS-Zeit in der DGfjL auch formal – in insgesamt vierundzwanzig Kapiteln wird die deutsche Geschichte von der Vorzeit bis zur Wiedervereinigung behandelt. Jedes Kapitel ist dabei genau zehn Seiten lang. Somit bekommen etwa die Germanen sowie „Preußen und seine großen Könige“, jeweils genauso großen Erzählanteil wie „Deutschland unter Hitler“ und „Die Zeit des Zweiten Weltkrieges“.

Die Art und Weise, in der die deutsche Geschichte aufbereitet wird, ist als Muster bei Vertretern der Neuen Rechten charakteristisch: Die Abwendung vom dominanten Erinnern an den Nationalsozialismus findet durch „De-Thematisierungen“ statt „zugunsten eines stärkeren Erinnerns an ‚glorreichere‘ Epochen deutscher Nationalgeschichte“.⁷⁴ Fast schon krampfhaft erscheint Weißmann in den Kapiteln „Deutschland unter Hitler“ und „Die Zeit des Zweiten Weltkriegs“ darum bemüht, den größten Teil der deutschen Bevölkerung von

⁷² R. Benthin (Anm. 18), S. 163.

⁷³ Pfahl-Traghuber (Anm. 16), S. 178.

⁷⁴ R. Benthin (Anm. 18), S. 157. Der Text des „Deutschlandliedes“ beispielsweise ist in seiner Gänze abgedruckt in der DGfjL. Weißmann begründet das damit, dass der gesamte Text deshalb abgedruckt sei, weil man ihn heute wegen der Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht mehr sänge, der Text von den frühen Vertretern der deutschen Nationalbewegung natürlich nicht in diesem Sinne gebraucht worden sei. Vgl. ebenda, S. 156.

Schuld freizusprechen. Durch kontinuierliche Beschreibung der Deutschen als „Opfer“ relativiert Weißmann den Nationalsozialismus, was auch die spätere Analyse der NS-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zeigen wird. Die bereits erläuterte Strategie der Relativierung umfasst dabei nicht nur die Gegenüberstellung kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen, sondern durch eine Umkehr des Verhältnisses von Täter und Opfer, und die Opferrolle schreibt Weißmann den Deutschen beständig zu, muss dem Leser die Evidenz deutscher Kriegsverbrechen zwangsläufig marginalisiert vorkommen, wenn zur gleichen Zeit ein vorgeblich schlimmes Schicksal der Deutschen beständig beschrieben wird.

Bedenklich erscheint zudem, auf welche Art und Weise Weißmann Hitlers Erfolge zu Beginn seiner Regierungszeit schildert. Es ist davon die Rede, „dass es Hitler gelang, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen“, den Jungen wieder „Ausbildungsplätze, Brot und Butter“ zur Verfügung zu stellen, „es wurden neue Häuser und Wohnungen, ‚kreuzungsfreie Nurautostraßen‘ – die Autobahnen – errichtet, Kanäle und andere Verkehrswege gebaut“, auch habe man nunmehr „bezahlten Urlaub nehmen“ können. Weißmanns Einschätzung lautet: „Wer sich in die ‚Volksgemeinschaft‘ ... eingliederte, durfte zufrieden sein.“⁷⁵

An dieser Stelle unterschlägt Weißmann die Tatsache, dass der NS-Staat als „Gefälligkeitsdiktatur“⁷⁶ durch verschiedene fiskale und sozialpolitische Vergünstigungen zwar dafür sorgen konnte, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ins „Dritte Reich“ zu integrieren, dass diese Maßnahmen jedoch auch und vor allem durch den Ausschluss der Juden aus der Arbeitswelt und deren Ausbeutung⁷⁷ geleis-

⁷⁵ Ebenda, S. 213.

⁷⁶ „So rigoros die NS-Führung im Fall von Juden, so genannten Minderwertigen oder Fremdvölkischen vom Rassenstandpunkt aus entschied, so klassenbewusst verteilte sie innenpolitisch die Lasten zum Vorteil der Schwächeren. ... Hitler schonte die Durchschnittsarier auf Kosten der Lebensgrundlagen anderer. Um das eigene Volk bei Laune zu halten, ruinierte die Reichsregierung die Währungen Europas, indem sie ständig höhere Kontributionen erzwang.“ Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2007, S. 37.

⁷⁷ Vgl. hierzu ausführlich Ebenda, S. 49-86 und 93-107.

tet werden konnten, diese Verbindung zieht Weißmann nicht. Er beschreibt stattdessen die Vorzüge der Sozialpolitik des NS-Regimes.⁷⁸ Anlass zur Sorge gibt auch die offenkundige Faszination, die Weißmanns Werk bezüglich der kollektivierenden Angebote des Nationalsozialismus ungefiltert und ohne Kontextualisierung transportiert: Er beschreibt die Mitgliedschaft der allermeisten Deutschen in „Hitlerjugend“, „Bund Deutscher Mädel“ oder SA und SS und spricht vom Marschieren in Uniformen und wehenden Fahnen. Der heutige Leser solle nicht vergessen, „welches Gefühl von Einheit und Stärke das vermittelte, in einem Volk, das in der Vergangenheit so oft gedemütigt und zerrissen war.“⁷⁹

Ein Hauptziel des Autors ist wie bereits beschrieben klar konturiert, nämlich die Entlastung der deutschen Bevölkerung von nationalsozialistischen Verbrechen. In Bezug auf die „Reichskristallnacht“ betont Weißmann, sie hätte „meistens betroffen beiseite gestanden.“⁸⁰ In dieses Schema passt auch seine Einschätzung der nationalsozialistischen Außen- und Rüstungspolitik bis 1938, in der er sich keine Mühe macht zu erläutern, dass er hier aus zeitgenössischer Perspektive heraus spricht: „Die Deutschen hatten es längst satt, sich vom Ausland Regeln vorschreiben zu lassen. Niemand konnte begreifen, warum für Deutsche etwas anderes gelten sollte als für jede andere Nation. Wenn Hitler also 1935 die Wehrpflicht wieder einführte, durfte er allgemeiner Zustimmung sicher sein. Dasselbe galt für jede Maßnahme, die er ergriff, um den Versailler Vertrag abzuschütteln: den Aufbau moderner Waffengattungen mit Kriegsschiffen und Flugzeugen, einen Vertrag mit Großbritannien, das dieses Vorgehen anerkannte, die Rückkehr des Saarlandes mit seinen wichtigen Industriegebieten, das seit 1919 von Frankreich besetzt war, und schließlich die Vereini-

⁷⁸ Götz Aly's These von der gelungenen Integration des Volkes durch das nationalsozialistische System findet sich auch in Weißmanns „Rückruf in die Geschichte“, wenngleich dessen Werk von geringerer Distanz gekennzeichnet ist, wenn er versucht, die Modernität des NS-Regimes mit Sozial- und Gesundheitspolitik, KdF-Fahrten und Ehestandsdarlehen zu belegen, weil er dabei den Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus der Arbeitswelt ignoriert. Vgl. G. Schäfer (Anm. 5), S. 144.

⁷⁹ K. Weißmann (Anm. 1), S. 216.

⁸⁰ Ebenda, S. 213.

gung Deutschlands mit Österreich zum ‚Großdeutschen Reich‘ im März 1938, die die Sieger 1919 verboten hatten.“⁸¹

Überdies begründet Weißmann die Aufrüstungspolitik des Dritten Reiches als Präventivmaßnahme, denn Frankreich habe vor Hitlers Aufrüstung durchaus mit dem Gedanken gespielt, Deutschland (mit Hilfe Polens) anzugreifen.⁸² In Bezug auf Polen und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kann somit der Vordenker der Neuen Rechten kaum Distanz zu traditionellem Geschichtsrevisionismus aufbauen. Weißmann nimmt hinsichtlich der Frage nach der Rolle des Aggressors eine Inversion⁸³ vor: „An sich hatten die Regierungen in Warschau und Berlin durchaus Sympathien füreinander. Beide waren nationalistisch und diktatorisch, jüdenfeindlich und gegen den Kommunismus eingestellt, und Polen hatte gern an der Zerschlagung der Tschechoslowakei teilgenommen Aber in Polen versprach man sich zuletzt mehr von einem Bündnis mit Großbritannien und

⁸¹ Ebenda, S. 216.

⁸² Ebenda, S. 217.

⁸³ Zwar hat Weißmann durchaus Recht mit der beschriebenen Annäherung zwischen Deutschland und Polen vor 1939, aber seine Darstellung stellt tatsächlich eine haltlose Inversion bezüglich der Frage des Aggressors dar, denn Hitler hatte die „Absicht, zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung den deutschen ‚Lebensraum‘ nach Osten zu erweitern“ und befahl deshalb „der Wehrmacht im Frühjahr 1939 die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Polen ...“. Hans Umbreit, Erster Teil. Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (5/1), Stuttgart 1988, S. 28f. Umbreit verweist auch auf jene Ansprache Hitlers an hohe militärische Führer vor Kriegsbeginn, die den Vernichtungscharakter des Feldzugs im Osten bereits vorwegnahm und später vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Beweisdokument verwendet wurde und ebenso auf Planung und Durchführung des Polenfeldzuges unter dem Decknamen „Fall Weiß“. Vgl. Ebdenda. Gotthard Jasper schrieb bereits 1962, es sei „unwiderleglich, dass der Nationalsozialismus und Hitler vom rassentheoretischen Ausgangspunkt her in der Expansion nach Osten das Hauptziel ihrer Außenpolitik erblickten. ... Hitler ... wolle die Expansion in den Osten, obwohl das nur mit Gewalt möglich sein werde, und auf dem Weg dahin müsse zunächst Österreich angeschlossen, dann die CSR zerschlagen und schließlich Polen in die Knie gezwungen werden.“ Gotthard Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Zu den Büchern von A.J.P. Taylor und David L. Hoggan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1962), S. 311- 340, hier S. 311f.

Frankreich gegen Deutschland als von einem Bündnis mit Deutschland gegen die Sowjetunion. In der Folge lehnte Polen deshalb alles ab, was Deutschland forderte, und begann gleichzeitig auf die Deutschen, die in Polen lebten, Druck auszuüben.⁸⁴

Nicht nur, dass Weißmann die Frage nach der Schuld für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wie in Kreisen der Neuen Rechten üblich, nicht stellt, es wird auch ein Teil der Geschichte des Zweiten Weltkrieges umgedeutet. Darin hat sich der Autor in der Vergangenheit bereits hervorgetan.⁸⁵ Es wird dem Leser nahegelegt, die im Subtext mitschwingende Schuldfrage selbst dahingehend zu beantworten, nämlich dass Deutschland für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht die alleinige Schuld zu tragen habe. Diese Erkenntnis stellt einen Teil der Strategie des Entlastungsrevisionismus der Neuen Rechten dar.⁸⁶ In sich verquer ist Weißmanns Darstellung, wenn er zwei Seiten später über den geheimen Inhalt des Hitler-Stalin-Paktes informiert, in dem die Aufteilung Polens zwischen den beiden Großmächten bereits beschlossene Sache war.⁸⁷ Ein junger Leser wird die Zusammenhänge nicht im Nachhinein rekonstruieren können, und so wahrscheinlich die Kriegsschuld aufseiten der Polen sehen, die ja alle deutschen Verhandlungsangebote abgelehnt hätten, ganz gleich wie unehrlich oder unzumutbar sie gewesen sein mögen.

In seiner gesamten Darstellung des Zweiten Weltkrieges baut er überdies die kommunistische Sowjetunion und Stalin als Antipoden der Deutschen auf, um von deutscher Seite begangene Verbrechen zu rechtfertigen durch die Darstellung der Sowjetunion in den schwärzesten Farben. Das Verhältnis Stalins zu den europäischen Großmächten und seine Beweggründe für die Unterzeichnung des „Hitler-Stalin Paktes“ beschreibt Weißmann folgendermaßen: „Die Sowjetunion hatte die freie Wahl, auf wessen Seite sie sich stellen wollte, aber in jedem Fall musste sie davon profitieren, dass nach einem Krieg alle europäischen Mächte geschwächt waren – dann konnte man

⁸⁴ K. Weißmann (Anm. 1), S. 217.

⁸⁵ Hiermit sind Versuche der Umdeutung des Endes des Zweiten Weltkrieges neurechter und rechtsextremer Intellektueller unter Beteiligung Weißmanns u.a. im Jahre 1995 gemeint. Vgl. S. Salzborn (Anm. 3), S. 68.

⁸⁶ Vgl. A. Brauner-Orthen (Anm. 23), S. 46.

⁸⁷ Vgl. K. Weißmann (Anm. 1), S. 219.

auch die erledigen, die übrigblieben. Zuerst einmal ging es Stalin aber darum, wer den besten Preis für seine Hilfe bot, und da war das Angebot Hitlers verlockender: Deutschland und die Sowjetunion ... sollten gemeinsam Polen angreifen und es danach zwischen ihren Staaten aufteilen.“⁸⁸

Im weiteren Verlauf beschreibt Weißmann, dass Deutschland nach dem Sieg über Polen Paris und London den Vorschlag gemacht hatte, wieder zu verhandeln. Die Fortführung des Krieges mit den Westmächten erscheint somit als kausal logischer Zusammenhang zwischen der Ablehnung von Verhandlungen durch Frankreich und Großbritannien: „Aber dort lehnte man ab und plante stattdessen Angriffe auf Deutschland und die Sowjetunion.“⁸⁹

Neben der formalen Abkehr von allzu ostentativ positiver Bewertung des NS zeigt sich bei Weißmann auch eine weitere, typische Sicht der Neuen Rechten auf die NS-Zeit: die bereits mehrfach erläuterte Positionierung Deutschlands in die Opferrolle.⁹⁰ Die Lage der deutschen Wehrmacht im Sommer 1940 beschreibt Weißmann anhand dreier Problemfelder, die in die Verschiebung des Täter-Opfer-Verhältnisses passen: zum ersten die „unbeugsamen“ Briten, zum zweiten die SU, „von der er (Hitler, der Autor) ahnte, dass sie irgendetwas im Schilde führte, was sich zuletzt gegen Deutschland richten würde“, zum dritten die USA. Franklin D. Roosevelt attestiert er, dass seine „ganze Sympathie Großbritannien“ und sein „ganzer Widerwille Hitler und den Deutschen“ gegolten habe.⁹¹ In dieser Darstellung kann der junge Leser das Gefühl bekommen, Deutschlands Kriegführung sei eine Art Verteidigungsakt gegen feindliche Aggressoren aus dem Ausland gewesen.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass Weißmann die neofaschistische Präventivschlagsthese revitalisiert. Der Autor rechtfertigt offen das „Unternehmen Barbarossa“:

„Man liest manchmal, dass das (Angriff auf die SU) mit einer Art Größenwahn zusammenhing, aber Hitler ging es eher darum, dass,

⁸⁸ K. Weißmann (Anm.1), S. 219.

⁸⁹ Ebenda, S. 221.

⁹⁰ Vgl. R. Benthin (Anm. 18), S. 163; Pfahl-Traugher (Anm. 16), S. 178.

⁹¹ Die drei letzten Zitate allesamt nach K. Weißmann (Anm. 1), S. 222.

wenn er die Briten nicht besiegen konnte, ihm nichts anderes blieb, als Stalin in die Knie zu zwingen. Denn Stalin hatte Hitler unmissverständlich klargemacht, dass er ihm nur die Wahl lasse, entweder ganz Osteuropa auszuliefern und sich der Sowjetunion unterzuordnen, oder zuzusehen, wie er, Stalin, ein Bündnis mit Großbritannien eingehe. Eine Drohung, die Hitler sehr ernst nahm, und das mit gutem Grund, denn Stalin begann jetzt, seine Armee auf einen Krieg gegen Deutschland vorzubereiten.⁹²

Die These vom Präventivkrieg gegen die Sowjetunion, die bereits zur damaligen Zeit von der NS-Kriegspropaganda lanciert wurde, ist von der einschlägigen Geschichtswissenschaft ins Reich der Fabeln verabschiedet worden.⁹³ Es gilt als gesichert, dass Stalin vom deutschen Angriff überrascht wurde und die sowjetischen Truppen im Juni des Jahres 1941 nicht auf einen baldigen Angriff auf das Deutsche Reich vorbereitet waren.⁹⁴ Weißmann freilich beschreibt dies anders: „Als die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 in den sowjetischen Machtbereich einmarschierte, stieß sie zunächst auf kaum wirksame Gegenwehr. Denn die sowjetischen Soldaten waren auf einen Vorstoß, nicht auf Verteidigung vorbereitet ...“⁹⁵

⁹² Ebenda, S. 222f.

⁹³ Vgl. hierzu knapp Wigbert Benz, Die Lüge vom deutschen Präventivkrieg 1941, in: Hans Jürgen Pandel (Hrsg.): Legenden – Mythen – Lügen, Bielefeld 1996, S. 54–59.

⁹⁴ Vgl. Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen ‚Barbarossa‘, Berlin 1999, S. 406–412. Am Ende seiner Untersuchungen schreibt Gorodetsky: „Dass der deutsche Überfall Stalin so unvorbereitet traf, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Sowjetunion vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und vor allem des Großen Vaterländischen Krieges keine wirklich positive Alternative hatte. ... Ein Präventivschlag konnte die Wucht des Ansturms bestenfalls abschwächen, diesen aber nicht aufhalten. ... Wie Molotow berichtet, war Stalin bereits vor dem Krieg der Meinung, ‚dass wir uns erst 1943 mit den Deutschen messen können.‘ Noch wahrscheinlicher aber ist, dass er in seinem tiefsten Inneren hoffte, Russland werde den Krieg völlig vermeiden und die Früchte der Friedenskonferenz ernten können, deren Einberufung gegen Ende des Jahres 1941 erwartete.“ Ebenda, S. 412.

⁹⁵ K. Weißmann (Anm. 1), S. 223.

Der Gymnasiallehrer für Geschichte scheut sich nicht, seine jungen Leser mit ungefilterten Propagandabildern zu konfrontieren. Er beschreibt, wie große Teile der sowjetischen Bevölkerung die deutschen Truppen als Befreier von der kommunistischen Herrschaft gefeiert hätten, erzählt von „alten Aufnahmen“, in denen Bäuerinnen den deutschen Soldaten Brot und Salz zur Begrüßung gereicht oder Priester Angehörige der Wehrmacht mit dem Kreuz gesegnet hätten, weil sie in den Kampf gegen den Kommunismus gezogen seien, der so viel Leid über die Menschen gebracht habe.⁹⁶

Der weitere Verlauf des Kriegs wird von Weißmann zwar so dargestellt, dass deutsche Kriegsverbrechen zumindest nicht geleugnet werden, allerdings ist er bemüht, etwaigen deutschen Verbrechen stets solche der Alliierten entgegenzustellen. Dies wird auch deutlich, wenn er auf die Unterschiede in der Kriegsführung zwischen deutscher Ost- und Westfront eingeht: „Im Westen hielten die Beteiligten die Regeln ein, die für gewöhnlich in Kriegen zwischen Europäern galten ..., im Osten dagegen hatte schon die Sowjetunion deutlich gemacht, dass sie die Vernichtung des Feindes um jeden Preis wollte, während Hitler seinerseits der Meinung war, dass Kommunisten und slawische ‚Untermenschen‘ keine Schonung verdienten.“⁹⁷

An diesem Punkt lässt Weißmann Sensibilität bei der Frage nach dem Aggressor an der Ostfront vermissen. Auf wichtige Grundsatzvorgaben der deutschen Führung, die die brutale Kriegsführung während des Russlandfeldzuges bereits vorwegnahmen und auch Angehörige der Wehrmacht von sämtlichen humanitären und kriegsrechtlichen Vorgaben befreiten, wie beispielsweise den Kriegsgerichtsbarkeitserlass⁹⁸

⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 225f.

⁹⁷ Ebenda, S. 226.

⁹⁸ „In Hitlers Konzept des Weltanschauungskrieges spielten die Kommissarrichtlinien eine elementare Rolle und trugen dadurch maßgeblich zur Entgrenzung der Kriegsführung im ‚Unternehmen Barbarossa‘ bei. Zusammen mit dem Kriegsgerichtsbarkeitserlass, den ‚Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland‘ und weiteren Erlassen, Merkblättern und Direktiven bildeten die Kommissarrichtlinien einen Befehlskomplex, der geschaffen worden war, um den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Krieg planmäßig in einen ideologisierten ‚Vernichtungskampf‘ zu transformieren. ... Der einschneidende Charakter des Kommissarbefehls rührte außerdem daher, dass das Heer nun erstmals systematisch in das Vernichtungsprogramm des NS-Regimes einge-

vom 13. Mai 1941 sowie den Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941,⁹⁹ geht Weißmann nicht ein. Über die Grausamkeit des Russlandfeldzuges berichtet er lediglich in der Hinsicht, „dass sehr viele sowjetische Soldaten in deutschem Gewahrsam und dann sehr viele deutsche Soldaten in sowjetischem Gewahrsam elend zugrunde gingen“¹⁰⁰, um dann direkt mit der Schlacht von Stalingrad anzuknüpfen: Als im Februar 1943 die Wehrmacht in Stalingrad eine vernichtende Niederlage erlitt, seien 110.000 deutsche Soldaten in sowjetische Kriegsgefangenschaft gegangen, von denen nur 5.000 überlebt hätten.¹⁰¹ Diese Zahlen sind zwar nicht falsch, ein konkretes Beispiel für deutsche Kriegsverbrechen wird aber nicht gegeben.

Den weiteren Kriegsverlauf, das Stocken der deutschen Ostoffensive im Winter 1941/42, den Kriegseintritt der USA, und die Landung der Streitkräfte Großbritanniens und der USA im Juni 1944, handelt Weißmann in wenigen Zeilen ab, um dann den alliierten Luftkrieg gegen Deutschland zu beschreiben, „deren Flugzeuge mit riesigen Bombenlasten nach Deutschland kamen und das Land in Schutt und Asche legten“, praktisch jede größere Stadt in Deutschland sei zerstört worden und mehr als eine halbe Millionen Zivilisten getötet.¹⁰² Die sinnlose Endsiegtaktik des nationalsozialistischen Deutschland wird außen vor gelassen, stattdessen die „Verbrechen“ der Gegner relativ emotional beschrieben – den Krieg hätten die Alliierten nicht „gegen Hitler oder die nationalsozialistische Diktatur, sondern gegen die Deutschen“ geführt. Aus ihrer Sicht sei Hitler nur irgendein deutscher Führer gewesen, auch das Schicksal der Juden hätte sie nicht besonders interessiert.¹⁰³

bunden und seinen Kampftruppen einige Tötungsarbeit abverlangt wurde.“ Felix Römer, *Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42*, Paderborn 2008, S. 12f.

⁹⁹ Vgl. ausführlich schon 1967 Hans-Adolf Jacobsen, *Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener*, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.): *Anatomie des SS-Staates 2*, 5. Aufl. München 1989, S. 137-232.

¹⁰⁰ K. Weißmann (Anm. 1), S. 226.

¹⁰¹ Ebenda, S. 226.

¹⁰² Ebenda, S. 226.

¹⁰³ Ebenda, S. 231.

Die bereits angesprochene Inversion von Täter-Opferverhältnissen findet in der Beschreibung der letzten Kriegsmonate ihren Höhepunkt: „Bis zum Schluss wurde der Krieg mit äußerster Härte geführt. Hitler verlangte von den deutschen Soldaten Widerstand bis zum letzten, aber ein anderer Grund war, dass vor allem die sowjetischen Truppen nicht nur erbarmungslos gegen Soldaten, sondern auch gegen die Zivilisten vorgingen, als sie die Reichsgrenze überschritten. In großen Trecks flüchteten deshalb Millionen von Deutschen seit dem Winter 1944 aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Westen, viele von ihnen starben. Wer in die Hände sowjetischer Soldaten fiel, wurde verschleppt, getötet, gefoltert, die Mädchen und Frauen vergewaltigt.“¹⁰⁴ Es erstaunt nicht, dass Weißmann anschließend betont, dass Stalin mindestens genauso viele Morde auf dem Gewissen gehabt hätte wie Hitler.¹⁰⁵ In Weißmanns Darstellung des Zweiten Weltkrieges ist zu beobachten, dass bei der Frage nach begangenen Verbrechen, der Kriegsschuld oder der Rolle des Aggressors eine bewusste Abkehr von einer Konzentration auf Deutschland stattfindet.¹⁰⁶

Weißmann ist bemüht, Verbrechen, wenn überhaupt, dann nur aus der Verantwortlichkeit der NS-Spitzen heraus zu erklären, was zwangsläufig zu einer Entlastung von Teilen der deutschen Bevölkerung führen muss. Auch die Strategie der Neuen Rechten, die tragende Rolle der Wehrmacht in Bezug auf Kriegsverbrechen schlicht zu negieren oder auszublenden¹⁰⁷, findet Einzug in die DGfjL, was eine Darstellung des Zweiten Weltkrieges auf der Grundlage geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse fundamental konterkariert.¹⁰⁸ Eine Beteili-

¹⁰⁴Ebenda, S. 232.

¹⁰⁵Ebenda, S. 233.

¹⁰⁶K. Weißmann (Anm. 1), S. 188f.

¹⁰⁷Vgl. R. Benthin (Anm. 18), S. 160

¹⁰⁸Vgl. u.a. Hans-Adolf Jacobsen, Die Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich (1933-1945), in: Hans-Günther Thiele (Hrsg.): Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse, Bremen 1997, S. 17-29. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Widerstand gegen die Wehrmachtsausstellung 1995-1999, in der die Beteiligung der Wehrmacht an nationalsozialistischen Verbrechen deutlich gemacht wurde, Unterstützung vor allem auch aus den Reihen der Neuen Rechten erhielt: „Auch für die Neue Rechte bot die Ausstellung eine willkommene Gelegenheit, ihren Revisionismus zu schärfen und politisch zu instrumentalisieren. Dabei war der Umstand, dass es sich um ein

gung der Wehrmacht an nationalsozialistischen Verbrechen wird überhaupt nicht angesprochen.

Die Darstellung des Holocaust ist Weißmann nur etwa eine Seite wert, wenngleich er bereits richtig an früherer Stelle auf die systematische Ausgrenzung der jüdischen Bürger in der nationalsozialistischen Gesellschaft eingeht.¹⁰⁹ Vorbehalte gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland werden überdies damit erklärt, dass sich u.a. mit Leo Trotzki eine große Anzahl von Juden im Bolschewismus engagiert hätten.¹¹⁰ Von der Beschreibung des Holocaust nimmt ein beachtlicher Teil die rechtfertigende Erklärung ein, warum der Großteil der deutschen Bevölkerung sich nicht für die Juden eingesetzt habe, was er mit dem Leid des Krieges, der Unterdrückung durch das NS-Regime und der Angst vor der Rache der Alliierten erklärt.¹¹¹ Zur Frage, inwiefern man damals habe ahnen können, was mit den deportierten Juden geschehen sei¹¹², hat Weißmann eine deutliche Antwort parat: „Die Juden wurden dabei in spezielle Konzentrationslager gebracht, von denen die meisten Deutschen nur wussten, dass sie irgendwo ‚im Osten‘ lagen.“¹¹³ Weißmann nennt auch knapp Deportationen und

in der politischen Öffentlichkeit stark polarisierendes Thema handelte, von großem Vorteil, da eine Mobilisierung über die eigene Subkultur hinaus möglich erschien.“ R. Benthin (Anm. 18), S. 160f. Weißmann indes beachtete in „Der Weg in den Abgrund“ die durch neuere Forschung belegte tiefe Verstrickung der Wehrmacht in deutsche Kriegsverbrechen nicht. Zit. nach Pfahl-Traghuber (Anm. 16), S.178. Selbiges gilt auch für die DGfjL.

¹⁰⁹Vgl. K. Weißmann (Anm. 1), S. 212f.

¹¹⁰Vgl. ebenda, S. 200.

¹¹¹Vgl. ebenda, S. 227.

¹¹²Dass es sich Weißmann mit seiner Aussage, dass man in Deutschland zum großen Teil nichts von der Massenvernichtung der Juden gewusst habe, zu einfach macht, zeigen wichtige Forschungsarbeiten. Vgl. Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst! Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2006, S. 327f.: „In dieser von Angst erfüllten Atmosphäre ... der zweiten Kriegshälfte war die Bevölkerung offenbar mehr oder weniger unwillig, sich weiterhin mit Details der ‚Judenfrage‘ zu befassen und die bruchstückhaft vorhandenen Einzelinformationen und offiziellen Stellungnahmen des Regimes zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen. Damit hätte man sich eingestehen müssen, dass der Massenmord an den Juden ein Jahrhundertverbrechen darstellte”

¹¹³K. Weißmann (Anm. 1), S. 227.

Massenerschießungen, aber bedenklich wird seine Entlastungsstrategie, wenn der Holocaust als ein Prozess dargestellt wird, an dem lediglich die NS-Führung beteiligt gewesen sei: „Weder Hitler noch seine engere Umgebung trauten sich, offen zu sagen oder zu zeigen, was sie da eigentlich planten und taten. ... Also beschloss die nationalsozialistische Führung das, was die ‚Endlösung der Judenfrage‘ genannt wurde, in aller Heimlichkeit zu vollziehen.“¹¹⁴

Es bleibt die Frage, ob ein zehnjähriger Leser in der Lage ist, die Frage zu stellen, wie denn die vielen Juden millionenfach ermordet werden konnten¹¹⁵, wenn doch nur das „Regime Hitlers“ an deren Auslöschung beteiligt gewesen sein soll. Die jüdischen Opferzahlen beziffert Weißmann für das Konzentrationslager Auschwitz auf über eine Million, hier weicht er nicht von den Erkenntnissen der Forschung ab. Allerdings nennt er nicht die geschätzten Opferzahlen des Holocaust von knapp sechs Millionen, denn ein Großteil der Juden starb durch Erschießungen und Massaker auch unter Beteiligung der Wehrmacht, nicht in Vernichtungslagern.¹¹⁶ Somit wird die Zahl der jüdischen Opfer relativiert und durch die genannten Zahlen deutscher Verstorbener (z.B. 500.000 durch alliierte Luftangriffe) im Vergleich überdies die Singularität des Holocaust in Abrede gestellt.

4.4 Bundesrepublik Deutschland

Die Sicht der Neuen Rechten auf das vergangene Jahrhundert ist jene, dass das deutsche Volk „das eigentliche Opfer des 20. Jahrhun-

¹¹⁴K. Weißmann (Anm. 1), S. 227.

¹¹⁵Raul Hilberg schrieb 1997 schon im Vorwort seines Standardwerkes, dass kein Einzelner oder keine Behörde allein für die Vernichtung der Juden verantwortlich gewesen sei. Die Arbeit habe sich vielmehr auf eine weitverteilte Bürokratie verteilt, und jeder habe sich einreden können, nur ein Rädchen im Getriebe zu sein. Vgl. Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt am Main 1997, S. 9).

¹¹⁶Vgl. u.a. Dieter Pohl, Dimensionen eines Menschheitsverbrechens. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden 1939-1945, in: Burkhard Asmuss (Hrsg.), Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung, Berlin 2002, S. 103-120, hier S. 105: Die Opfer des nationalsozialistischen Völkermords an den europäischen Juden beziffert Pohl auf ca. 5,6 Millionen.

derts“¹¹⁷ gewesen sei. Auch Weißmann ist dieser Ansicht, und in dieser Behauptung geht die Pathologisierung der Bonner Demokratie mit einher.¹¹⁸ Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Vergangenheitspolitik in Bezug auf den Nationalsozialismus ist für Weißmann das Produkt der „Umerziehung“ durch die USA nach 1945, welches er deutlich ablehnt.¹¹⁹

Die deutsche Teilung, die als Resultat aus der Niederlage des Dritten Reiches folgend sich nach der Einteilung in vier Besatzungszonen 1949 auch auf staatlicher Ebene manifestierte, wird aus Sicht der Neuen Rechten als „Demütigung der ehemaligen Weltmacht durch die neuen Großmächte“¹²⁰ gesehen. Die Westbindung der Bundesrepublik nach 1949 gilt ihm demzufolge auch als Bruch mit nationalstaatlichen Traditionen (Kapitel 3).¹²¹ Für die Neue Rechte bedeutet in der Retrospektive der alliierte Sieg eine „Befreiung vom Faschismus unter dem Deckmantel der Umerziehung.“¹²² Die Sicht der Neuen Rechten auf die Zeit des Nationalsozialismus ist mit ihrer Bewertung der Bundesrepublik verschränkt; durch das aus ihrer Sicht dominierende Erinnern an die NS-Zeit sei keine positive Identifikation mit dem Nationalstaat mehr möglich.¹²³ Diese Kritik delegitimiert die Bundesrepublik in elementarer Weise, da diese sich von ihrer Gründung an als Antwort auf die Verwerfungen der NS-Zeit begriff.¹²⁴

Betrachtet man Weißmanns Darstellung der Nachkriegszeit und der Bundesrepublik, dann fällt auf, dass er die Schule Mohlers und auch

¹¹⁷F. Schmidt (Anm. 3), S. 19.

¹¹⁸Vgl. ebenda, S. 198.

¹¹⁹Vgl. Margret Feit, Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strukturen, Frankfurt am Main 1987, S. 136.

¹²⁰M. Feit (Anm. 119), S. 138.

¹²¹Vgl. A. Pfahl-Traugber (Anm. 16), S. 200.

¹²²M. Feit (Anm. 119), S. 139.

¹²³Vgl. R. Benthin (Anm. 18), S. 145.

¹²⁴„Die Frage, wie mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umzugehen sei, ... führt mitten in die Debatte über das Selbstverständnis eines Staates, der sich seit seiner Gründung nicht zuletzt als Antwort auf die Herausforderung des Nationalsozialismus begreift.“ Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2006, S.7.

Schrenck-Notzings durchschritten hat¹²⁵, wenn er den Leser am Nasenring durch die Zeit der „Charakterwäsche“ führt¹²⁶: „Die Deutschen in den vier Zonen hatten im Grunde keine Rechte mehr. Sie mussten sich den Befehlen der Sieger absolut unterwerfen und es wurde ihnen unmissverständlich klargemacht, dass sie zu einem Verbrechervolk gehörten.“¹²⁷ Dies schreibt Weißmann über den Beginn der alliierten Besatzung, nachdem er mit großer Emphase zuvor die Verbrechen der Alliierten in Ost und West am deutschen Volk beschrieben hat.¹²⁸

Die Friedensbedingungen der Siegermächte charakterisiert er mit dem Terminus „Super-Versailles“¹²⁹, und die nach dem Krieg in den Besatzungszonen einsetzende Entnazifizierung wird folgendermaßen beschrieben: „Auch die Alliierten entdeckten erst nach der Besetzung viele Untaten, die das nationalsozialistische Regime begangen hatte ... und jetzt ging man der Einfachheit halber davon aus, dass die Deutschen allesamt schuldig seien. Die meisten (Deutschen) waren sehr wohl dafür, die tatsächlich Verantwortlichen zu bestrafen, aber was die Alliierten als ‚Entnazifizierung‘ durchführten, leuchtete der Mehrheit nicht ein. Denn da wurden auch diejenigen zur Rechenschaft gezogen, die nach 1933 aus mehr oder weniger verständlichen Gründen in die NSDAP eingetreten oder irgendwelche Aufgaben in Staat und Wirtschaft übernommen hatten.“¹³⁰ Es wird dem Leser der Eindruck vermittelt, es habe in der Bundesrepublik eine vollständige Entnazifizierung stattgefunden, während vielmehr von einer Kontinuität der Funktionseliten von Nationalsozialismus zur jungen Bundesrepublik und damit lediglich von einer unvollständigen Entnazifizierung gesprochen werden kann¹³¹: „In den ersten beiden Jahrzehnten wurde

¹²⁵Vgl. G. Schäfer (Anm. 5), S. 135.

¹²⁶Vgl. Mohler, Armin: Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung, 2. Aufl. Essen 1989; Schrenck-Notzing, Caspar von: Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Stuttgart 1965.

¹²⁷K. Weißmann (Anm. 1), S. 232f..

¹²⁸Vgl. ebenda, S. 231f.

¹²⁹Ebenda, S. 231.

¹³⁰M. Feit (Anm. 119), S. 233.

¹³¹Norbert Frei attestiert der jungen Bundesrepublik bis Ende der 1950er Jahre eine „skandalös“ vernachlässigte strafrechtliche Auseinandersetzung mit der

die Bundesrepublik ... maßgeblich von den demokratisch ummantelten Eliten aus NSDAP und SS gestaltet (Justiz, Polizei, Wissenschaft, Politik).¹³² Des Weiteren macht sich wiederum die bewusste Trennung zwischen nationalsozialistischen Verbrechen und Kollaboration aus der Bevölkerung bemerkbar.

Weißmanns Darstellung der frühen Bundesrepublik Deutschland ist die eines völlig fremdbestimmten Staates¹³³, was sich auch in der Frage der Wiederbewaffnung niederschlägt, hier nimmt er vermeintlich die Perspektive der Alliierten ein: „... also musste man den Deutschen, denen man gerade noch beigebracht hatte, dass der deutsche Soldat ein Verbrecher war, dazu bringen, wieder einen Stahlhelm aufzusetzen und ein Gewehr in die Hand zu nehmen.“¹³⁴

Die unter Konrad Adenauer erfolgte Westbindung der Bundesrepublik wird überdies negativ bewertet, was im Werk eines Neuen Rechten nicht überrascht.¹³⁵ Der erste Bundeskanzler eines in Weißmanns Augen erst nach 1955 „halbwegs selbstständigen“¹³⁶ Staates habe geglaubt, „mit den Amerikanern“¹³⁷ im ‚stärksten Bündnis der Geschichte‘ zu sein Ob er das auch noch glaubte, als ... die DDR-

NS-Vergangenheit sowie eine „nicht minder skandalöse“ personelle Kontinuität innerhalb der Justiz. Vgl. N. Frei (Anm. 124), S. 406.

¹³²G. Schäfer (Anm. 5), S. 140.

¹³³Weißmann unterschlägt hier, wie in seinem „Rückruf in die Geschichte“, in seiner Darstellung des Besatzungsstatus nicht nur durchaus eigenständige Konzepte deutscher Parteien und Gewerkschaften, die wichtigen Beiträge aus Exil und Widerstand, die nicht einfach nur als Kopien verschiedener Besatzungspolitiken bewertet werden dürfen, sondern auch das eingeschränkte Souveränitätsrecht der Bundesrepublik, das in den 50er Jahren europäisch und atlantisch eingebunden war. Vgl. G. Schäfer (Anm. 5), S. 139.

¹³⁴K. Weißmann (Anm. 1), S. 237.

¹³⁵Vgl. M. Feit (Anm. 119), S. 128; Pfahl-Traugher (Anm. 16), S. 199; Brauner Orthen (Anm. 23), S. 73.

¹³⁶K. Weißmann (Anm. 1), S. 237f.

¹³⁷Mit der Ablehnung westlicher Werte geht auch in der DGfJL ein für die Neue Rechte typischer Antiamerikanismus einher. Vgl. etwa Brauner-Orthen (Anm. 23), S. 69. Es finden sich in der DGfJL, vom Zeitpunkt der Gründung der Vereinigten Staaten bis hin zu ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg und danach, lediglich kritische bis verächtliche Anmerkungen über die USA. Vgl. auch Anm. 45.

Regierung am 13. August 1961 begann, mitten durch Berlin eine Mauer zu bauen, ist eher unwahrscheinlich.“¹³⁸

Die Kritik der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland weist neben bereits beschriebenen geschichtspolitischen Aspekten weitere Merkmale der Kritik der Neuen Rechten an der westlichen Gesellschaftsform der Bundesrepublik nach 1945 auf. Wenn Weißmann die Zeiten des Wirtschaftswunders und des Aufschwungs beschreibt, dann konstatiert er gleich danach: „Allerdings hatte dieses ‚Wir sind wieder wer‘ nichts mit militärischer Stärke zu tun.“¹³⁹ Die Kritik an der „Feindunfähigkeit des demokratischen Systems“ im Sinne des Jungkonservativen und Vordenkers der Neuen Rechten, Carl Schmitt, schwingt in dieser Kritik mit¹⁴⁰, „genauso wie typisch jungkonservative „nostalgische Reminiszenzen an nationalstaatliche Machtpolitik“.“¹⁴¹ Eine solche kann die Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Neuen Rechten mit ihrem Anschluss an die westlichen Gesellschaften nicht betreiben. Dass in Weißmanns DGfjL das Klage lied über angebliche deutsche Fremdbestimmung die lobenden Zeilen über demokratische und freiheitliche Errungenschaften übertönt, ist mit ziemlicher Sicherheit der Tatsache geschuldet, dass universelle Menschenrechte, parlamentarische Demokratie, Kapitalismus und

¹³⁸K. Weißmann (Anm. 1), S. 239.

¹³⁹Ebenda, S. 240.

¹⁴⁰A. Pfahl-Traughber (Anm.16), S. 199.

¹⁴¹Zu den wichtigsten zeitgenössischen Protagonisten gehören dabei „von Papen-Berater Edgar Julius Jung, der sowohl Individualismus als auch die Menschenrechte ablehnte und die Weimarer Republik als ‚Herrschaft der Minderwertigen‘ diffamierte, der Buchautor und Übersetzer Arthur Moeller van den Bruck, der mit dem Schlagwort ‚Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde‘ einen unüberwindbaren Gegensatz zwischen Liberalismus und Volkswillen behauptete, der Staatsrechtler Carl Schmitt, der mit einer Zuspitzung auf ein Freund-Feind-Denken den Nutzen von Kompromissen negierte und als entschiedener Parlamentarismus-Gegner die Homogenität von Gesellschaft einforderte.“ Armin Pfahl-Traughber, Die Erben der ‚Konservativen Revolution‘. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der ‚Neuen Rechten‘, in: Helmut Fröchling/Wolfgang Gessenharter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, S. 77-97, hier S. 82. Vgl. auch Anmerkung 173.

Meinungsfreiheit durch die Neue Rechte überwiegend abgelehnt werden.¹⁴²

Der ideale Staat ist für Weißmann jener, in welchem die Einbettung des Einzelnen in eine völkische Gemeinschaft wieder den Vorrang vor individuellen Freiheitsrechten erhält, denn das „Verständnis, dass der Einzelne keiner Einbettung in einen größeren Zusammenhang bedürfe“, beruhe auf einem „falsch verstandenen Liberalismus.“¹⁴³ Für Karlheinz Weißmann ist in der Bundesrepublik Deutschland ein „Vakuum der Zugehörigkeit“ entstanden, weil sie als Staat keine Ausbildung nationaler Identität für die Menschen, die in ihm leben, mehr ermögliche. Dieser angebliche Umstand entzöge der Bundesrepublik daher auch zu einem gewissen Grad ihre Legitimität¹⁴⁴, weil ein Staat eben dafür da sei – in die Geschichte gewissermaßen „zurückzurufen“, sich dort gemeinsamer identitätsstiftender Mythen zu bedienen und die Grenzen der Zugehörigkeit zum deutschen Volk zu definieren,

¹⁴²F. Schmidt (Anm. 3), S. 18; Brauner-Orthen (Anm. 23), S. 36. Vielsagend dazu sind Weißmanns eigene Aussagen zur Buchvorstellung der DGfJL. Von seinem Verleger und Interviewer Dieter Stein danach gefragt, ob demokratische Werte für Asylsuchende in der Bundesrepublik Deutschland als Integrationsangebote nicht zu wenig seien, antwortete Weißmann in deutlichen Worten. Zunächst zitierte er die Präambel des Grundgesetzes: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen ... hat sich das deutsche Volk ...“. Daran anschließend kritisiert Weißmann die sogenannten „Verfassungspatrioten“, denen es eben nicht um die Definition des „deutschen Volks“ oder um es selber ginge: „... aber das meinen diejenigen, die sich als Verfassungspatrioten bezeichnen, nicht: Die meinen ja Menschenrechte, Demokratie, Teilhabe, Mitbestimmung, usw. – den ganzen Kanon der universalen Werte. Und wenn die Werte universal sind, dann sind sie nichts Besonderes. Und wenn sie nichts Besonderes sind, dann stiften sie keine Identität. Und wenn sie keine Identität stiften, dann sind sie ungeeignet ein Integrationsangebot zu machen.“ Stein/Weißmann (Anm. 2).

¹⁴³Ebenda.

¹⁴⁴„Unsere Politiker versuchen verzweifelt eine Legitimitätsgrundlage aufrecht zu erhalten, oder neu zu schaffen – also der appellative Charakter, indem beispielsweise sowohl die Kanzlerin, als auch der Bundespräsident sich an die Nation wandten, ohne überhaupt jemals vorher jemals ein klärendes Wort darüber zu sprechen, was denn diese Nation eigentlich sein soll – da muss man eben sehen: Es gibt nicht so viele Optionen, es gibt nicht so viele Möglichkeiten, den Menschen zu verwurzeln. Und die wenigen Möglichkeiten, die bestehen, das sind umkämpfte Ressourcen.“ Ebenda.

durch gemeinsame Geschichte und Herkunft. Das genau will Weißmann mit seiner DGfjL erreichen.¹⁴⁵

Wie oben bereits angeklungen, spielen Wohlstand und freiheitliche Werte für die Individuen für Weißmann ebenfalls dann eine untergeordnete Rolle, wenn zur selben Zeit der Nationalstaat nicht über die gewünschte machtpolitische Bedeutung in der Welt verfügt, weshalb er über die 1980er Jahre der Bundesrepublik in der DGfjL schreiben kann: „Das Interesse danach (an der deutschen Teilung) nahm in der Bundesrepublik nach und nach ab. ... Das hatte manche verständlichen, manche weniger verständliche Gründe. Die verständlichen waren, dass für die meisten Deutschen eine Wiedervereinigung immer unwahrscheinlicher wurde, die weniger verständlichen waren, dass es immer mehr Deutschen nur noch um ihren Wohlstand oder ihre Ruhe oder beides ging.“¹⁴⁶ Bei Kenntnis der Ideologie der Neuen Rechten wird Weißmanns Standpunkt klar: Dem Individualismus der modernen Konsum- und Kapitalgesellschaft¹⁴⁷ soll eine Absage zugunsten eines Ideals vermeintlich höherer Wirkkraft erteilt werden – der bewussten Zugehörigkeit des Einzelnen zu seinem Volk.

Die Entstehung der Forderungen der Achtundsechziger-Generation wird aus den Folgen einer dekadenten, der eigenen Nationalität entfremdeten Gesellschaft heraus erklärt, denn nicht „dass die Heranwachsenden den Komfort nicht zu schätzen wussten – nie war es dieser Gruppe so gut gegangen -, aber viele hatten doch das Gefühl einer größer werdenden inneren Leere.“¹⁴⁸ Weißmann nennt zwar grundlegende Kritik der Achtundsechziger knapp (Nationalsozialisten in Ämtern, Vietnamkrieg, Kapitalismus), wobei er sich bei ers-

¹⁴⁵ „Was macht die Identität eines Menschen aus, als Person? Da wird man sagen müssen, wenn wir uns kennenlernen, uns wechselseitig vorstellen, dann können wir uns nur besser kennenlernen, wenn wir uns eben gegenseitig unsere Geschichte erzählen.“ Genauso verhielte es sich auch mit der Geschichte eines Volkes: „Wenn ich darauf verzichte, den Heranwachsenden klarzumachen: ‚Das (die deutsche Geschichte) hat mit dir zu tun‘, dann führt das zu einer gestörten Identität. Dann hat man es mit Leuten zu tun, die sich auf der einen Seite tatsächlich nur als Individuum betrachten. Auf der anderen Seite als Glieder einer völlig amorphen Menschheit.“ Ebenda.

¹⁴⁶ K. Weißmann (Anm. 1), S. 241.

¹⁴⁷ Vgl. M. Feit (Anm. 119), S. 138.

¹⁴⁸ K. Weißmann (Anm. 1), S. 242.

terem Punkt im Vergleich zu seiner Beschreibung der Entnazifizierung selbst widerspricht. Seine Einführung der Protestkultur der Achtundsechziger macht aber deutlich, welches Bild er an den Leser transportieren möchte: „Die Reaktionen der Jungen, um diese Leere zu füllen, waren ganz verschieden. Einige ließen sich die Haare wachsen, hörten wilde Musik, vor allem aus den USA, nahmen Drogen und stellten das Zähneputzen ein ...“¹⁴⁹ Die oppositionelle Haltung gegenüber den Achtundsechzigern ist charakteristisch für Vertreter der Neuen Rechten: Sie sehen eine Meinungshegemonie in der Bundesrepublik durch eine Generation, die mittlerweile in die Führungspositionen der Gesellschaft Einzug erhalten habe.¹⁵⁰ Die Achtundsechziger hätten es laut der Neuen Rechten also verstanden, durch kulturelle Hegemonie die öffentliche Meinung in Deutschland derart zu bestimmen, dass das Ziel der Schaffung einer nationalen Identität losgelöst von einer Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus erschwert sei. Die DGfjL des Gymnasiallehrers Weißmann kann daher als Versuch verstanden werden, mit der Gegenaufklärung schon vor der Mündigkeit zu beginnen.

Diese Einschätzung wird auch in Bezug auf die nur sehr knappe Darstellung der deutschen Wiedervereinigung in der DGfjL deutlich: Den Gedanken, „dass die Deutschen diesseits wie jenseits der Grenze eine Nation seien, lehnten Professoren, die Lehrer und Journalisten ... ab. Bei vielen spielte eine Rolle, dass sie als Linke die kommunistische

¹⁴⁹Ebenda, S. 242.

¹⁵⁰Für das Verständnis der Neuen Rechten als Bewegung ist evident, dass sich diese als Antwort auf die Formierung der Neuen Linken in den 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begreift, dementsprechend werden auch Taktiken der Neuen Linken kopiert: Durch „intellektuelle Metapolitik“ (für die Karlheinz Weißmann in seiner publizistischen Tätigkeit ein besonderer Exponent ist) soll in der Bundesrepublik Deutschland eine rechte ‚kulturelle Hegemonie‘ erreicht werden – eine Stellung, die in Deutschland aus der Sicht von Karlheinz Weißmann und der Neuen Rechten im Moment noch Vertreter der sogenannten Achtundsechziger-Generation innehätten. Vgl. S. Salzborn (Anm. 3), S. 64f, vgl. auch R. Benthin (Anm. 18); S. 133; Volker Weiß, Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin, Paderborn 2011, S. 89-100.

Staatsordnung der DDR gar nicht so schlecht fanden. ... „¹⁵¹ Viele „unter den Gebildeten“ hätten es sich längst angewöhnt, ihre eigene Nation zu verachten, denn „Die Deutschen, so dachten diese Deutschen, waren schließlich für Hitler und alles, was er getan hatte, verantwortlich. Also mussten Deutsche etwas Hassenswertes sein, und das Beste wäre, wenn die Deutschen verschwänden.“¹⁵²

Ein letzter Aspekt, der in Weißmanns knappen Beschreibungen der Bundesrepublik beachtenswert erscheint, ist die negative Darstellung Willy Brandts, der zwar „große Versprechungen“ gemacht habe, sich aber „durch das Kanzleramt bald überfordert zeigte“.¹⁵³ Nicht Brandts Fähigkeit zur Aussöhnung mit der rebellierenden Jugend, auch nicht sein historischer Kniefall von Warschau 1970 prägt Weißmanns Einschätzung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers, sondern dessen angeblich verfehlte Ostpolitik.

Zur ideologischen Einordnung sei dabei angemerkt, dass der Verlust der deutschen Gebiete jenseits der „Oder-Neiße-Linie“ und deren endgültiger Verzicht in den 1990er Jahren einen Kernpunkt der Sicht der Neuen Rechten auf die Außenpolitik der Bundesrepublik darstellt¹⁵⁴, bereits zu Zeiten der Bonner Republik lehnte die Neue Rechte die Entspannungspolitik als Mittel hin zur Wiedervereinigung ab.¹⁵⁵

¹⁵¹K. Weißmann (Anm. 1), S. 247. Weißmann hat in der Tat nicht Unrecht, dass gerade Politiker des linken Spektrums, wie z.B. der SPD und der Grünen, sowie linksliberale Intellektuelle der Bonner Republik einer möglichen Wiedervereinigung noch im Herbst 1989 tendenziell kritisch gegenüberstanden. Un-erwähnt lässt Weißmann jedoch die Tatsache, dass die deutsche Wiedervereinigung Ende der 1980er Jahre als reele Möglichkeit den Horizont nahezu aller bundesrepublikanischer Protagonisten unabhängig ihrer politischen Couleur überschritt – nicht von ungefähr kommt die Tatsache, dass die Erosion des SED-Regimes nach dem Oktober 1989 in einem derartigen Tempo vonstatten ging. Vgl. hierzu die zum damaligen Zeitpunkt erste komplette historiographische Abhandlung über die deutsche Wiedervereinigung: Andreas Röd-der, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, Bonn 2010, S. 163-178.

¹⁵²K. Weißmann (Anm. 1), S. 247.

¹⁵³Ebenda, S. 243.

¹⁵⁴Vgl. M. Feit (Anm. 119), S. 138.

¹⁵⁵Vgl. Ebenda, S. 135.

Dementsprechend wird die Ostpolitik Willy Brandts als gescheitert beschrieben: „Anders als in der Vergangenheit sollte die Bundesrepublik die DDR jetzt als eigenen Staat anerkennen. Gleichzeitig war man auch bereit, mit den anderen kommunistischen Ländern Abkommen zu schließen. Diese Art von ‚Entspannung‘ hatte allerdings zur Folge, dass man die Unterdrückung im Kommunismus möglichst beschweigen oder beschönigen musste und der Gedanke an eine Wiedervereinigung Stück für Stück verlorenging.“¹⁵⁶

5. Volksverständnis in der „Deutschen Geschichte für junge Leser“

Dem Postulat der Neuen Rechten nach einer „konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien“¹⁵⁷, das mit dem Begriff des „Ethnopluralismus“ bezeichnet wird, basiert auf einem Differenzdenken, in dem „die Ungleichheit ... zwischen den Völkern nicht nur eine biologische Tatsache, sondern auch ein Faktum von historischer Bedeutung sei“¹⁵⁸, und in dem „Menschen nur in ihrer ethnisch-kulturellen Identität – und nicht in ihrer Subjektivität – gedacht werden, immer nur als Teil eines (unabänderlichen) Kollektivs ...“¹⁵⁹ Es ist daher logisch, dass es Weißmann ein Anliegen ist, dieses kollektivierende Verständnis des Verhältnisses von Individuum und Nation durch die DGfJL auch seinen Lesern näherzubringen: „Wir sind nicht einfach Atome, wir sind nicht Individuen im Wortsinne, sondern wir sind selbstverständlich Glieder einer Kette, wir haben Vorfahren. Diese Kontinuität hängt mit der Geschichte unseres Volkes zusammen. Das ist früheren Generationen eine Selbstverständlichkeit gewesen. Heute muss man unglaublich lange ausholen und das wortreich erklären, warum das eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Das Buch soll dazu dienen, diese Selbstverständlichkeit vor allem in der jüngeren Generation wieder stärker zu verankern.“¹⁶⁰ Am Ende des

¹⁵⁶K. Weißmann (Anm. 1), S. 243.

¹⁵⁷S. Salzborn (Anm. 3), S. 67.

¹⁵⁸M. Feit (Anm. 119), S. 122.

¹⁵⁹S. Salzborn (Anm. 3), S. 67, vgl. hierzu auch R. Benthin (Anm. 18), S. 151.

¹⁶⁰D. Stein/K. Weißmann (Anm. 2).

ersten Kapitels sowie des Buchrückens der DGfjL betont Weißmann, er wolle „nicht nur Deine Geschichte oder die Deiner Familie, Deines Dorfs, Deiner Stadt oder Deiner Gegend ... (erzählen), sondern auch die Geschichte Deines Volkes, jener besonderen Gruppe von Menschen, der Du angehörst, durch Deine Vorfahren, Deine Sprache, die Art und Weise, wie du lebst und etwas als selbstverständlich empfindest.“¹⁶¹ Der Einzelne kann laut Weißmann also offensichtlich nur in einem ihm übergeordneten Ganzen existieren, das Ausschlusskriterium der Herkunft für die Zugehörigkeit zu einem Volk wird auch nochmals im Buch aufgegriffen.¹⁶²

Dazu gehöre die Bereitschaft für jeden Einzelnen, das „kulturelle Erbe“ der eigenen Nation anzunehmen¹⁶³, und die eigene kulturelle Gemeinschaft gleichzeitig unter dem Postulat der Homogenität nach innen sowie in ihrer bewussten irreversiblen Verschiedenheit nach außen, d.h. von anderen kulturellen Gruppen und Völkern, zu verstehen.¹⁶⁴ Mit dieser Forderung schließt Weißmann auch sein Buch, indem er über den Ablauf der deutschen Geschichte nochmals resümiert: „In über tausend Jahren haben die Deutschen als Volk Erstaunliches geleistet. Sie haben eine wichtige Rolle in Europa gespielt und werden sie ohne Zweifel auch zukünftig spielen. Sie haben sich aber oft genug auch selbst im Weg gestanden, waren uneinig und zerstritten, haben mit Fremden gemeinsame Sache gegen Ihre Landsleute gemacht, oder waren zu feige, ihr Land gegen Bedrohungen zu verteidigen. Die deutsche Geschichte kannte viele Höhe-, aber auch viele Tiefpunkte, bis hin zur totalen Katastrophe. Nun gibt es aber kein Volk, das frei von Schwächen ist, und vielleicht sind die umso größer,

¹⁶¹K. Weißmann (Anm. 56), S. 20.

¹⁶²Vgl. ebenda, S. 41.

¹⁶³„Dieses Buch ist ein patriotisches, es soll dazu dienen, den Heranwachsenden ein umfassendes und verständliches Bild der Vergangenheit unseres Volkes zu liefern. Es wird nichts beschönigt und nichts ausgelassen, aber der Akzent darauf gelegt, was uns als Deutschen zu Recht Selbstbewusstsein einflößt. Insofern, um noch einmal auf das Stichwort „Identität“ zurückzukommen, soll es tatsächlich Identität stiften. So wie der einzelne nur versteht, wer er ist, indem er sich seiner Geschichte vergewissert, so weiß die Nation auch nur, was sie ist, wenn sie ihre große Erzählung hört und vergegenwärtigt.“ M. Schwarz (Anm. 6).

¹⁶⁴Vgl. S. Salzborn (Anm. 3), S. 66.

je größer die Stärken sind. Das jedenfalls kann man bei den Deutschen sagen, und es bleibt deshalb die Aufgabe, die Vergangenheit unseres Volkes ins Auge zu fassen, um Fehler zu vermeiden, vor allem aber um das notwendige Selbstbewusstsein daraus zu ziehen, dass die heute hier Lebenden die Erben einer stolzen Überlieferung sind.“¹⁶⁵

Im germanophilen Überlegenheitsdenken Weißmanns und der Neuen Rechten erklärt sich offenkundig der Nationalsozialismus auch noch aus der Perspektive der eigenen nationalen Stärke heraus, als sei der Holocaust Beweis einer Unvollkommenheit, die man sich eingestehen könne, da die wahre kulturelle Größe eines Volke auch im Eingeständnis dieser eigenen Unvollkommenheit läge.¹⁶⁶

Mit dem Verständnis vom Ethnopluralismus und der Sicht vom „Kollektiv Volk“ geht die Vorstellung einher, dass sich diese erst durch die Abgrenzung von anderen Kollektiven, wenn nötig auch im kriegerischen Sinne¹⁶⁷, konstituiert. Diese „Freund-Feind-Unterscheidung“¹⁶⁸, in der der Kampf „das Volk zur Schicksalsgemeinschaft“¹⁶⁹ formt, findet sich in der DGfjL mehrfach. In der Einleitung des Kapitels „Heinrich und Otto gründen das Reich“, transportiert Weißmann sein Verständnis dieses Separationsdenkens an die Leser: „Das Wichtigste ist das gemeinsame Gefühl, das Gefühl zusammenzugehören. Nun zählt zu den wichtigen Erfahrungen des Menschen, dass das Gefühl der Zusammengehörigkeit besonders stark ist, wenn unsere Gemeinschaft bedroht wird. ... eine Bedrohung trägt doch wesentlich dazu bei, dass die Menschen sich darüber klar werden, was ihnen wichtig ist, wo sie hingehören, wofür sie zu kämpfen und möglicherweise zu sterben bereit sind.“¹⁷⁰

In seiner positiven Bewertung des Kreuzzuges und dagegen im Kontrast einer sehr negativen und einseitigen Einschätzung des Islam erinnert Weißmann an seine obige Beschreibung: „Für die Menschen

¹⁶⁵K. Weißmann (Anm. 1), S. 250.

¹⁶⁶Vgl. M. Feit (Anm. 119), S. 139.

¹⁶⁷In Kapitel 2 wird auf die Aufbereitung der deutschen Geschichte in der DGfjL eingegangen, dabei wird auch erwähnt, dass die Illustrationen zu einem beachtlichen Teil Kampfszenen darstellen.

¹⁶⁸A. Brauner-Orthen (Anm. 23), S. 37.

¹⁶⁹F. Schmidt (Anm. 3), S. 172.

¹⁷⁰K. Weißmann (Anm. 1), S. 41.

des Mittelalters war der Kreuzzug aber etwas ganz Positives. ... Du erinnerst dich, wie sehr eine äußere Bedrohung das Gemeinschaftsgefühl stärkt? So war es auch im Fall der Kreuzzüge.“¹⁷¹

Zur Kaiserkrönung Wilhelms I. schreibt er über Bismarcks Intentionen, Frankreich zu demütigen. Dabei kommt seine völkische Forderung nach der „Bestimmung des Eigenen sowie der Wahrnehmung des Fremden als Fremdes“¹⁷², nochmals deutlich zum Vorschein: „Er wollte sich dabei natürlich zunutze machen, wovon am Anfang des Buches schon einmal die Rede war: dass sich eine Gemeinschaft immer dann besonders als Gemeinschaft empfindet, wenn sie weiß, gegen wen sie steht. Und der Krieg gegen den ‚Erbfeind‘ Frankreich und dann vor allem der in greifbare Nähe gerückte Sieg Deutschlands hatten genau dazu geführt.“¹⁷³ Dieses separatistische, homogenisierende Volksverständnis will Weißmann dem Leser der DGfjL vermitteln. Durch den Stolz auf das „Vaterland“ soll die Bereitschaft einhergehen, sich in die „Gemeinschaft Volk“ zu integrieren. Damit der beschriebene Stolz überhaupt entstehen kann, werden dunkle Punkte der Vergangenheit des Landes ausgeblendet oder relativiert, wobei Weißmann in der DGfjL vor Geschichtsrevisionismus nicht zurückschreckt.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Als Fazit der vorliegenden Abhandlung ist zu nennen, dass es sich bei der DGfjL um ein von neurechter Ideologie geprägtes Werk handelt, in welchem versucht wird, unter einer sich im Zuge der Flüchtlingskrise scheinbar zum Vorteil der Neuen Rechten verändernden Dominanzkonstellation, dem Leser dessen auf einem Differenzdenken beruhende Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ bewusst zu machen – und mit dieser Bewusstmachung schon vor der Mündigkeit zu beginnen. Weißmanns Agenda ist es, in die deutsche Geschichte „zurückzurufen“, sich dabei ihrer Identifikationspotenziale für die Schaffung einer „erneuerten“ nationalen Identität zu versichern und gleichzeitig dunkle Punkte der Vergangenheit des Landes nach Möglichkeit aus-

¹⁷¹Ebenda, S. 58f.

¹⁷²A. Brauner-Orthen (Anm. 23), S. 84.

¹⁷³K. Weißmann (Anm. 1), S. 166.

zublenden; über den positiven Rekurs auf die Nation soll ein neues, neo-nationalistisches Selbstbewusstsein geweckt werden. Bei der DGfjL hat es der Leser mit einer Erzählung der nationalen Selbstvergewisserung zu tun, in der sich der Autor der deutschen Geschichte oft nicht aus seriöser geschichtswissenschaftlicher Sicht nähert, sondern vielmehr häufig historische Fakten und bedenkliche eigene Umdeutungen so vermischt, wie es dem Narrativ des Nationalen dienlich ist.

Zum Geschichtsbild der Neuen Rechten gehört zweifelsohne die Apologie des wie der positive Rückbezug auf den preußischen Nationalstaat.¹⁷⁴ Da die Zeit des Wilhelminismus zu den historisch belasteten Epochen deutscher Geschichte zu zählen ist, überraschen entsprechende Entlastungsversuche aus der DGfjL nicht: Die vor dem Ersten Weltkrieg in der militärischen wie politischen Führung verbreitete Einkreisungsneurose wird ungefiltert reproduziert und für historisch vollständig begründet erklärt. Die Schuld für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gibt Weißmann an keiner Stelle dem Wilhelminischen Kaiserreich, sondern er findet sie allein bei den anderen europäischen Großmächten. Dazu gesellt sich die Revitalisierung vom alten Mythos der tapferen deutschen Truppen, „im Felde unbesiegt“ zu sein; gleichsam findet auch die Dolchstoßlegende Einzug in Weißmanns Darstellung

Die Weimarer Republik wird pathologisiert: Dies ist allein am echatologischen Grundnarrativ Weißmanns über die erste Demokratie auf deutschem Boden zu bemerken – ihr Scheitern wird vorweggenommen, als sei die Geschichte eine Einbahnstraße, die in den Nationalsozialismus zwangsläufig münden musste. Schuld daran sind für Weißmann die böswilligen Nachbarstaaten, die Deutschland durch die Versailler Friedensverträge gedemütigt hätten, sowie die Unfähigkeit der demokratischen Politiker. Dabei unterschlägt er bewusst den Beitrag der antiliberalen Haltung konservativer Eliten der Weimarer Republik zum Aufstieg des Nationalsozialismus. Das verwundert keineswegs, sieht sich Weißmann doch selbst in der Tradition der antidemokratischen Vertreter der „Konservativen Revolution“ (oder auch der

¹⁷⁴Eine komplette geschichtswissenschaftliche Prüfung der Abhandlungen Weißmanns über die Anteile preußischer Geschichte in der DGfjL wäre allein einen Beitrag wert gewesen.

„Jungkonservativen“), die geistig wie ideologisch den Weg in den Nationalsozialismus ebneten.¹⁷⁵

In Bezug auf die NS-Zeit finden sich in der DGfjL Aspekte von Geschichtsrevisionismus der Neuen wie der Alten Rechten. Charakteristisch für Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten ist hierfür grundsätzlich die Tatsache, dass Weißmann auch in seiner DGfjL eine Abgrenzung zum Nationalsozialismus vollzieht; auch der Holocaust wird nicht geleugnet. In der DGfjL erfährt die Zeit des Nationalsozialismus vielmehr eine formale unterschiedslose Einreihung in die deutsche Geschichte, indem ihr exakt derselbe Erzähltanteil zukommt wie allen anderen Epochen, zusammen dargestellt in insgesamt vierundzwanzig Kapiteln. Im Zuge dieser Historisierung, die den Nationalsozialismus in der Retrospektive als kleinen Ausschnitt mit dadurch bewusst geminderter Bedeutung in Erinnerungskultur und Geschichtsbewusstsein der Deutschen denkt, werden NS-Verbrechen beständig relativiert. Durch die Rote Armee begangene Verbrechen oder die Luftangriffe der Alliierten beschreibt Weißmann auf emotive Weise aus der Perspektive der Deutschen heraus, während Verbrechen vonseiten des Dritten Reiches, wenn überhaupt, nur knapp und darob nicht in konkreten Zahlen geschildert werden. In seiner Darstellung des Zweiten Weltkriegs hat es Weißmann versäumt, irgendeinen Unterschied im verbrecherischen Charakter der verschiedenen Kriegsparteien anzuerkennen. Bedenklich sind zudem, gerade in Anbetracht der Zielgruppe der DGfjL, Weißmanns unkontextualisierte Ausführungen über die suggestive Faszinationskraft kollektivierender Erfahrungen unter völkischen Vorzeichen, die mitunter auch vor schlichter unkommentierter Reproduktion zeitgenössischer NS-Propaganda nicht halt machen. Hier begibt sich der Autor in die Nähe typischer Geschichtsrevision der Alten Rechten, bis er einstweilen hierzu gar keine

¹⁷⁵ „Insofern sind die ideengeschichtlichen Referenzen innerhalb der ‚Neuen Rechten‘ auch jene Intellektuelle der Weimarer Zeit, die das weltanschauliche Grundgerüst des Nationalsozialismus – direkt oder indirekt – geprägt haben, wie Max Hildebert Boehm, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Othmar Spann, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Geroges Sorel, Edgar Julius Jung, Ernst Niekisch und Ernst Jünger.“ Salzborn (Anm. 3), S. 67, oder ausführlich Kurt Lenk u.a., Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt/New York 1997.

Distanz mehr erheben kann. Dazu passt, dass er die Aufrüstungspolitik des Dritten Reiches vor Beginn des Zweiten Weltkrieges als gewissermaßen defensive Präventivmaßnahme deutet, die einem Angriff Deutschlands durch Frankreich und Polen vorgebeugt habe. Des Weiteren leugnet er die überwiegende Schuld des Reiches am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und rechtfertigt offen das „Unternehmen Barbarossa“, indem er den deutschen Ostfeldzug ab 1941 als Präventivkrieg deklariert. Weißmann ist bei seiner Darstellung aller belasteter Phasen deutscher Nationalstaatlichkeit stets darum bedacht, die deutsche Bevölkerung von jeglicher Schuld freizusprechen – aus ihrer Perspektive heraus erklärt er sie zumeist als Opfer der Geschichte. Durch diese Umkehrung der Täter-Opfer-Verhältnisse soll eine rückwirkende Entlastung ihrer selbst erreicht werden.

Als pathologischer Staat wird auch die Bundesrepublik dargestellt. Dies zeigt sich allein in der haltlosen Überbetonung kritischer Aspekte im Verhältnis zu fast vollständig fehlender Würdigung demokratischer Errungenschaften. Unverhältnismäßig und tendenziös in Raum wie Ton ist Weißmanns Erzählung einer angeblichen Fremdbestimmung der frühen Bundesrepublik bis ins Jahr 1955, die Geschichtslüge einer vollständig erfolgten Entnazifizierung Westdeutschlands in den Jahrzehnten nach 1945 eingeschlossen. Hierzu gesellen sich in der DGfJL für die Neue Rechte typische geschichtspolitische Generalangriffe auf die Bundesrepublik, dazu zählen die Kritik der Westbindung und damit vermeintlich verloren gegangener Machtstaatlichkeit und militärischer Stärke, der mit Willy Brandt Anfang der 1970er Jahre einsetzenden Neuen Ostpolitik sowie die Kritik an der Generation der Achtundsechziger. Im Subtext schwingt auch immer wieder eine charakteristische Verächtlichmachung der „dekadenten“ Lebensformen westlicher Gesellschaften in der DGfJL mit, antiamerikanische Einlassungen eingeschlossen.¹⁷⁶

Wer allein Weißmanns Narrativ über die vier in dieser Abhandlung untersuchten Epochen deutscher Nationalstaatlichkeit erfasst, erkennt in der Tendenz eine im Verhältnis gegenüber dem preußischen Nationalstaat und dem Dritten Reich haltlose negative Darstellung der beiden Demokratien auf deutschem Boden. Explizite positive Bezüge auf

¹⁷⁶Vgl. Anm. 45 sowie 137.

Vertreter der Konservativen Revolution sowie direkte Kritik freiheitlicher Werte und der universalen Gültigkeit von Menschenrechten finden sich zwar in der DGfjL nicht: Nichtsdestotrotz offenbart diese obige Ausrichtung der Weißmannschen Erzählung doch den geschichtspolitischen Horizont der Bewegung, welcher der Autor angehört. Der „geistige Angriff“ auf das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland in der DGfjL besteht daher in dem Willen, jungen Lesern eine Erzählung vorzulegen, in der eine Bundesrepublik Deutschland verabschiedet wird, die sich als Antwort auf die Verbrechen des NS-Regimes versteht und sich weniger ihrer schwer erkämpften demokratischen Errungenschaften vergewissert zugunsten von „Rückrufen“ in Zeiten, in denen es in Deutschland hierarchische Gesellschaftsordnungen gab sowie eine offensivere Interpretation von Machtstaatlichkeit. Insofern sind Rekurse und Averse der Geschichtsdeutungen der Neuen Rechten Spiegel ihrer nationalistischen, autoritär-etatistischen, ethnopluralistischen und differenzierenden, soziobiologischen, völkisch-homogenisierenden und in Bezug auf demokratische Werte und Menschenrechte antiuniversalistische¹⁷⁷ Weltsicht.

Es zählt zu den publizistischen Eigenheiten Weißmanns und der Neuen Rechten, ihre geschichtsrevisionistischen Positionen oftmals durch ausschweifende camouflierende Rhetorik soweit zu verschleiern, dass sie mitunter nur mit großer Mühe konturierbar sind. Dies ist in der DGfjL anders, und es ist dem erwünschten Rezipientenkreis des Buches geschuldet, dass die geschichtspolitische Agenda Weißmanns in der DGfjL relativ offen zum Vorschein kommt. Wenn es also um die Verortung geschichtsrevisionistischer Positionen der Neuen Rechten wie für Karlheinz Weißmann im Speziellen geht, kann die DGfjL künftig als fruchtbare Quelle dienen, zu deren erster Erschließung die vorliegende Abhandlung einen Beitrag leisten konnte.

¹⁷⁷Vgl. S. Salzborn (Anm. 3), S. 66.